

AR

75. Jahrgang
Mai 2022

G 4914
Heft

02

Frauen im Archiv

Pioneering Women Archivists in early 20th Century England: a progress report

Frauen an der Spitze von nordrhein-westfälischen Kommunalarchiven

Viele Wege ins Archiv. Die Ausbildung von Frauen (und Männern)

Frauen als Führungskräfte in staatlichen Archiven. Eine Zwischenbilanz

Feminismus im Archiv. Ein Blick auf die Archive der Frauen- und Lesbenbewegung in Deutschland

Stichwort „Frauen“ ungelöst. Frauen- und Geschlechterforschung in und mit Archiven u.a.

CHI

Zeitschrift für Archivwesen

VAR

INHALT

EDITORIAL	113
FRAUEN IM ARCHIV	
Kathrin Pilger: Frauen im Archiv	114
Elizabeth Shepherd: Pioneering Women Archivists in early 20th Century England: a progress report	117
Antje Diener-Staackling: Frauen an der Spitze von nordrhein-westfälischen Kommunalarchiven	121
Mechthild Black-Veldtrup: Viele Wege ins Archiv. Die Ausbildung von Frauen (und Männern)	123
Interview mit Elsbeth Andre, Sabine Graf, Andrea Hänger, Ulrike Höroldt, Margit Ksoll-Marcon und Andrea Wettmann, geführt von Elisabeth Heigl und Sabine Schneider: Frauen als Führungskräfte in staatlichen Archiven. Eine Zwischenbilanz	127
Barbara Günther/Silke Mehrwald: Feminismus im Archiv. Ein Blick auf die Archive der Frauen- und Lesbenbewegung in Deutschland	136
Julia Paulus: Stichwort „Frauen“ ungelöst. Frauen- und Geschlechterforschung in und mit Archiven	144
Izabela A. Dahl: From victim to survivor of Nazi persecution. Gendering the collection of the Polish Research Institute (PIŻ) in Lund	146
Annette Hennigs/Julia Kathke: Frauen- oder Übernahmequote? Der Faktor Geschlecht in der Überlieferungsbildung	151
Barbara Limberg: Enthält u. a.: „Frauen“. Reflexionen zur Überlieferungsbildung und Erschließung im Bundesarchiv	156
Max Plassmann: Mittelalter ohne Frauen? Von einer Leerstelle in archivischen Findmitteln	164
ARCHIVTHEORIE UND PRAXIS	167
Zeit zu Handeln. Zur Bedeutung von Bewertungs- und Aussonderungskonzepten und einer aktiven Übernahme- steuerung von analogen Unterlagen in Zeiten der Digitalisierung (G. Schneider) • Digitale Zugänge zu Archivgut schaffen. Das OFP-Projekt – Provenienzforschung an Akten des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (J. Moldenhawer/T. Gurok)	
TAGUNGSBERICHTE	177
Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Archiven und Verfassungsschutzämtern. Zum Abschluss der KLA-AG „Umgang mit Unterlagen der Verfassungsschutzämter“ (U. Zuber) • 10. Tag der Bestandserhaltung. Klima – Wandel und Herausforderungen (K. Jahn) • Internationale Konferenz „Originalerhalt in Perspektive“ der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) (T. Wille)	
LITERATURBERICHTE	183
MITTEILUNGEN UND BEITRÄGE DES LANDESARCHIVS NRW	184
Anderthalb Fuß in der Tür ... Landesarchiv Nordrhein-Westfalen unterrichtet elektronische Schriftgutverwaltung für Neueinsteigende in die Landesverwaltung NRW (M. Schlemmer)	
MITTEILUNGEN UND BEITRÄGE DES VdA	185
Aktuelles: Nachwahl in der Fachgruppe 7 • Kurz nachgefragt: Neue Mitglieder im Gesamtvorstand • Konstituierende Sitzung des neuen Gesamtvorstands (Amtszeit 2022-2025) • Berichte aus dem Verband	
PERSONALNACHRICHTEN	195
NACHRUFE	197
Jürgen Stenzel (K. H. Lütcke), Dr. Fritz Wolff (A. Hedwig/J. Kistenich-Zerfaß)	
VORSCHAU	199

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

heutzutage, so könnte man meinen, seien wir im Archivwesen auf einem guten Weg zur Gleichstellung der (binären) Geschlechter. Gefühlt arbeiten in den Archiven aktuell genauso viele, oder gar mehr Frauen als Männer und auch in der Überlieferungsbildung müsste sich doch spätestens mit der Einführung fachlicher Instrumente (Federführungsmodell, vertikale und horizontale Bewertung, Dokumentationsprofil usw.) eine spürbare Trendwende vollzogen haben und die Unterlagen über Frauen und Männer dürften gleichermaßen repräsentiert sein. Um solche Annahmen einer genauen Prüfung zu unterziehen, hat sich der Beirat entschlossen, dem Thema „Frauen im Archiv“ einen eigenen Schwerpunkt zu widmen. Der analytische Blick hat sich gelohnt, denn das vorliegende Heft kann in vielen Bereichen zeigen, dass der Gleichheitsglaube vorwiegend auf einer subjektiven Wahrnehmung beruht. Die fundierten und differenzierenden Beiträge, die in der Einleitung vorgestellt werden, fördern Einsichten zutage, die so bestimmt nicht immer erwartet wurden; vielfach wird der Finger in die Wunde gelegt und damit aufgezeigt, an welchen Stellen gehandelt werden kann und muss. So ist es auch nur folgerichtig, dass diese Zeitschrift, die den gesamten Berufsstand repräsentieren möchte, aber immer noch eine geschlechtliche Kategorie in ihrem Namen trägt, erneut umbenannt und 75 Jahre nach ihrer Gründung einen neutralen Titel erhalten wird!

Unter den weiteren Rubriken finden Sie wie gewohnt Artikel zu verschiedenen archivfachlichen Themen, wobei der Beitrag „Zeit zu Handeln. Zur Bedeutung von Bewertungs- und Aussonderungskonzepten und einer aktiven Übernahmesteuerung von analogen Unterlagen in Zeiten der Digitalisierung“ von Gerd Schneider einer besonderen Erwähnung bedarf. Wie der Autor, der als studierter Mathematiker lange für namhafte Unternehmensberatungen tätig war, in einer Vorbemerkung selbst darlegt, erhebt der Beitrag keinen wissenschaftlichen Anspruch. Vielmehr handelt es sich um Erfahrungen und Eindrücke, die v. a. aus einer über zwanzigjährigen Projekterfahrung mit Beratertätigkeiten für Archive verschiedenster Sparten stammen.

Schließlich finden Sie im vorliegenden Heft wieder Literatur- und Tagungsberichte, Mitteilungen und Beiträge des Landesarchivs NRW und des VdA sowie Personalnachrichten und Nachrufe.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und einen schönen Frühling.

*Herzlichst, Kathrin Pilger, in Verbindung mit Ralf Jacob,
Bettina Joergens, Frank M. Bischoff, Torsten Musial und Bernhard Homa*

FRAUEN IM ARCHIV

von *Kathrin Pilger*

Als sich im Jahr 1902 die Teilnehmer des Dritten Deutschen Archivtags zur Gruppenaufnahme im Innenhof des Staatsarchivs in Düsseldorf versammelten, war die archivische Welt noch ausnahmslos männlich¹:



Dritter Deutscher Archivtag (im Rahmen der Generalversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Düsseldorf 22.09.1902, LAV NRW R RWB 2515-2 (Foto: unbekannt)

Dr. Heinrich Theodor Ilgen (rechts in der Mitte sitzend, mit Gehstock), Direktor des Staatsarchivs Düsseldorf, hatte Kollegen aus ganz Deutschland (und dem benachbarten Ausland) zum fachlichen Austausch in den ein Jahr zuvor fertiggestellten Archivneubau an der Prinz-Georg-Straße eingeladen.

Im März 1917 erreichte denselben Düsseldorfer Archivdirektor eine Anfrage des Vorsitzenden des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark, Dr. August Meininghaus, die „wissenschaftliche Befähigung“ eines gewissen „Fr[äu]l[ei]n Dr. L[ui]se von Winterfeld“, das seit fast einem Jahr die „Geschäfte des Stadtarchivars“ versehe, anhand einer von ihr verfassten Druckschrift einzuschätzen, da man „vor der Frage ihrer Anstellung stehe“.² Das Urteil von Ilgen und weiterer Archivleiter, die ebenfalls befragt worden waren, fiel wohlwollend aus. Man stellte dem „Fräulein v. W.“ das sich in kurzer Zeit „als besonders tüchtige Kraft gezeigt“ hatte, übereinstimmend ein „glänzendes Zeugnis“ aus.³ Am 19. März 1917 wurde von der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung „die endgültige (feste) Anstellung Fräulein von Winterfelds“ als Archivleiterin beschlossen.



Luise von Winterfeld als Stadtarchivarin in Dortmund, ca. 1920 (Foto: Stadtarchiv Dortmund)

Wer war diese Pionierin des deutschen Archivwesens, die fast zwei Jahre vor Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in der Männerdomäne „Archiv“ Fuß fassen konnte?

1882 in Metz als Tochter einer adeligen Offiziersfamilie geboren, hatte Dorothea Anna Luise von Winterfeld den in ihrer Zeit einzig möglichen Weg der beruflichen Selbstverwirklichung für Frauen eingeschlagen: Sie wurde Lehrerin. Parallel zum Besuch von Oberlehrerinnenkursen bereitete Winterfeld sich privat auf das Abitur vor, das sie 1908 erwarb.¹ Soeben war das Frauenstudium in Deutschland erlaubt worden, als Luise von Winterfeld ein Studium der Geschichte und Germanistik aufnahm und 1911 mit einer geschichtswissenschaftlichen Promotion abschloss. 1912 hatte sie das Glück, als Volontärin beim Stadtarchiv Köln anfangen zu können. Die „Heimatfrontregelung“ für Frauen im Ersten Weltkrieg verschaffte ihr die Gelegenheit, 1916 für den verstorbenen Leiter des Dortmunder Stadtarchivs einzuspringen und im Jahr darauf, wie berichtet, als erste deutsche Archivleiterin eingestellt zu werden. Bis zum Alter von 68 Jahren leitete sie das Archiv der Stadt Dortmund. Zu ihrem 70. Geburtstag 1952 gratulierte die Kultusministerin Christine Teusch – übrigens die erste Ministerin in der Bundesrepublik Deutschland – der Archivdirektorin i. R. dazu „die erste Frau gewesen“ zu sein, „die nach der Jahrhundertwende in Deutschland den Beruf eines Archivars eingeschlagen hat.“²

Die Zahl von Frauenkarrieren im Männerberuf „Archivar“ lässt sich bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts (wenn nicht gar bis zu seinem Ende!), zumindest für die alte Bundesrepublik an weniger als einer Hand abzählen: Klara van Eyll wurde 1971 Direktorin des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs, Antjekatrin Graßmann 1978 Leiterin des Archivs der Hansestadt Lübeck, 1994 gelangte Angelika Menne-Haritz in die Leitung der Archivschule Marburg. Dabei fällt auf, dass in den staatlichen Archiven Frauen offenbar lange gar keine Chance auf eine Leitungsposition hatten; erst 2002 (!) gelangte mit Ulrike Höroldt die erste Frau an die Spitze eines Landesarchivs.

Die ersten Archivarinnen in Leitungspositionen, allen voran Luise von Winterfeld, blieben ledig, um ihren Beruf ausüben zu können. Noch bis 1977 galt offiziell die Regelung, dass eine Frau in Westdeutschland nur dann berufstätig sein konnte, wenn dies mit ihren „Pflichten in Ehe und Familie“ vereinbar war; der Ehemann entschied mithin über die Möglichkeit der Berufsausübung. Auch im Archivwesen unterlag die Berufstätigkeit von Frauen den gleichen strukturellen Diskriminierungen, wie es sie trotz des wachsenden Engagements der Frauenbewegung in vielen Berufen gab und teilweise bis heute noch gibt. Die fehlende Repräsentanz von Frauen, gerade in Leitungsfunktionen, drückt sich auch in der archivischen Überlieferung aus. Deshalb werden im vorliegenden Heft beide Themenkomplexe: „Beschäftigung von Frauen in Archiven“ und „Überlieferung über Frauen in Archiven“ zusammen in den Blick genommen.

Den Auftakt bildet die Untersuchung von Elizabeth Shepherd, die die Rolle der Frauen bei der Entwicklung archivischer Professionalisierung im England des frühen 20. Jh. beleuchtet. Ähnlich wie in Deutschland wurden die großen nationalen Kulturinstitutionen (z. B. Public Record Office) von Männern gegründet und geleitet; historisch gebildete Frauen, die vom Universitätsbesuch weitgehend ausgeschlossen waren, leisteten Pionierarbeit im kommunalen Archivwesen. Letzteres bot und bietet auch in Deutschland vielen Seiteneinsteigerinnen eine Chance, um in den Archivberuf zu gelangen – auch in Leitungspositionen, wie Antje

Diener-Staeckling in ihrem Beitrag mit einem Fokus auf den Verhältnissen in Westfalen zeigen kann. Wie sich die Repräsentanz der Frauen in der Ausbildung in Marburg und Potsdam, bezogen auf die Ausbildungsgänge gehobener Dienst (bzw. Bachelor) und höherer Dienst bis heute entwickelt hat, beschreibt Mechthild Black-Veldtrup in einem Beitrag, der auf Daten aus Marburg und Potsdam basiert, die hier erstmals unter dem Genderaspekt betrachtet werden. Zusammen mit ausgewählten Daten der erst 1998 etablierten FAMI-Ausbildung lässt sich erkennen, dass Frauen im mittleren und gehobenen Archivdienst mehr als 50 % der Absolvent*innen stellen; in der Ausbildung für den höheren Dienst hingegen sind sie schon auf der Ebene der Bewerbungen deutlich unterrepräsentiert. Gleichsam eine Bündelung aller Problematiken, aber auch lösungsorientierte Gedanken bietet das sehr inspirierende Interview über Frauen als Führungskräfte in staatlichen Archiven, das die Referendarinnen Elisabeth Heigl und Sabine Schneider mit Elsbeth Andre, Sabine Graf, Andrea Hänger, Ulrike Höroldt, Margit Ksoll-Marcon und Andrea Wettmann, geführt haben. Vor der Folie eigener Erfahrungen wird hier u. a. deutlich, dass Frauen in Führungspositionen auf männlich dominiertem Terrain Probleme haben können, angemessen wahrgenommen zu werden. Die oft gestellte Frage, ob Frauen anders führen als Männer, lässt sich (natürlich) auch aus diesem Kreis heraus nicht abschließend beantworten; vielmehr besteht ein Konsens darüber, dass der individuelle Charakter der Führungsperson entscheidend sei. Hinsichtlich der offensichtlichen Unterrepräsentanz von Frauen in herausgehobenen archivischen Leitungspositionen scheint das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ entscheidend zu sein. Schon nach dem Abschluss des Geschichtsstudiums ist die Familienplanung oft der Hinderungsgrund für junge Frauen, sich für ein Archivreferendariat (wofür in einigen Bundesländern noch die studiumsverlängernde Promotion verlangt wird) zu bewerben; das Referendariat ist zudem noch mit Umzügen zwischen Ausbildungsarchiv und Archivschule verbunden. Die Familienplanung ist dann auch der Grund dafür, dass Frauen nach Abschluss des Referendariats gegenüber ihren männlichen Kollegen (und Konkurrenten) auf dem Karriereweg ins Hintertreffen geraten. Dabei stellt sich die Frage, was gegen strukturelle Benachteiligungen von Frauen im Archiv unternommen werden kann.

Den zweiten Themenkomplex zur Überlieferungs- und Erschließungslage von Frauengeschichte in den Archiven eröffnet der Beitrag von Barbara Günther und Silke Mehrwald, der einen Überblick über die selbstverwalteten autonomen Frauen- und Lesbenarchive in Deutschland bietet, die in den letzten Jahren eine starke fachliche Professionalisierung erfahren haben. In solchen selbstverwalteten und autonomen Archiven werden Genderforscherinnen wie Julia Paulus zu Frauenthemen eher fündig als in staatlichen Archiven, in denen das Stichwort „Frauen“ bei der Recherche kaum Treffer generiert und Quellenfunde eher Zufallsfunde sind. Eine interessante Perspektive auf die geschlechter-spezifische Dimension des Sammelns und Erschließens arbeitet

¹ Das lässt sich nicht nur anhand des Fotos, sondern auch durch die Teilnehmerliste belegen. LAV NRW R BR 2093 Nr. 443.

² LAV NRW R BR 2093 Nr. 430 Bl. 28.

³ Ebd., Bl. 29.

⁴ Vgl. Emil Dösseler: Luise v. Winterfeld, geb. 10.06.1882, gest. 21.07.1967, in: Der Archivar (1968), Sp. 382-384 und LAV NRW R NW 1097 Nr. 26961 (Beilage zum Personalbogen).

⁵ LAV NRW R NW 4 Nr. 6, Bl. 8.

Izabella Dahl in ihrem Beitrag über das Polnische Forschungsinstitut mit den Zeugenaussagen polnischer KZ-Überlebender im schwedischen Lund heraus; der Umstand, dass es sich bei den Überlebenden mehrheitlich um Frauen handelte, hatte Auswirkungen darauf, welche Zeugnisse und Geschichten über den Holocaust aufgezeichnet und bewahrt wurden. Inwieweit die Kategorie „Geschlecht“ in der staatlichen Überlieferungsbildung bisher eine (oder keine) Rolle spielte, untersuchen Annette Hennigs und Julia Kathke unter der mit Absicht provozierend formulierten Frage „Frauen- oder Übernahmequote?“. Die Autorinnen können am Beispiel der Überlieferungsmodelle Justiz und Personalverwaltung sowie anhand der Sammlungsrichtlinien für das nichtstaatliche Schriftgut im Landesarchiv NRW zeigen, dass der Faktor „Geschlecht“ bisher weitgehend unberücksichtigt geblieben ist; hier besteht dringend Handlungsbedarf, möchten doch die staatlichen Archive gesellschaftliche Realitäten unverzerrt abbilden. Eine ähnlich dünne Überlieferungssituation der Frauenthemen konstatiert Barbara Limberg im behördlichen Schriftgut des Bundesarchivs. Selbst im Ministerium für Gesundheitswesen, das von der ersten Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt geleitet wurde, sucht man frauen- oder familienpolitische Themen, die dort angesiedelt waren, vergebens. Das mag zum einen an tatsächlich nicht übernommenen Unterlagen (das Federführungsprinzip, das der Bewertung im Bundesarchiv lange Zeit zugrunde lag, wurde erst 1978 eingeführt⁶) liegen, jedoch wirft die mäßig erfolgreiche Suche auch ein ungünstiges Licht auf die Erschließungssituation (übrigens auch in anderen Archiven). Natürlich können Schlagworte, die nicht vergeben und „Enthält“-Vermerke, die nicht angelegt wurden, selbst mit modernster Suchmaschinenteknologie auch zum Thema „Geschlecht“ nicht zu gewünschten Ergebnissen führen. Dass mittels der archivischen Erschließung aber eine regelrechte Zementierung von Geschlechterrollen stattfinden konnte, zeigt Max Plassmann eindrucksvoll anhand seiner Beobachtungen zur Erschließung mittelalterlicher Urkunden durch früher im Stadtarchiv Köln tätige Archivare. Die häufig als Zeuginnen in den Urkunden genannten Frauen wurden in den Findmitteln einfach unter den Nach- bzw. Beinamen des Ehemannes subsumiert; diese Art der Erschließung verstärkt das in der Forschung lange dominante Bild eines „Mittelalters ohne Frauen“.

Bei der Zusammenstellung des vorliegenden Themenheftes wurde die Redaktion (nicht nur von Kollegen) mit der Frage konfrontiert, ob ein eigenes Heft über Frauen in unserer heutigen, emanzipierten Zeit überhaupt nötig sei. Frauen seien doch im Archivwesen mittlerweile gleichberechtigt, wenn nicht sogar überrepräsentiert. Die Fakten sprechen in diesem Zusammenhang

eine andere Sprache als die subjektive Wahrnehmung: Solange der Anteil an Frauen in hohen archivischen Leitungspositionen immer noch deutlich unter dem der Männer liegt, solange Kolleginnen mit Kind (gravierender noch: mit mehreren Kindern) mehrheitlich (ob gewollt oder ungewollt) in maximal mittleren Führungspositionen verbleiben⁷, solange Forschungen zu Frauenthemen in Archiven durch Überlieferungs- und Erschließungsstrategien beeinträchtigt werden, hat das Thema „Frauen im Archiv“ die Berechtigung, ein eigenes Heft zu füllen und auf Desiderate hinzuweisen. Dazu leisten alle Aufsätze dieses Heftes mit klugen und differenzierten Betrachtungsweisen einen Beitrag, um die Welt der Archive nicht nur weiblicher, sondern auf dem Weg zu einer immer inklusiveren Gesellschaft auch zukunftsfähiger zu machen.

Der Dank der Redaktion gilt allen Autor*innen, die sich auf das spannende Thema eingelassen und mit ihren Beiträgen vielfach Neuland betreten haben, wobei sie kaum auf Vorarbeiten bzw. Literatur zurückgreifen konnten. Ebenfalls gedankt sei denjenigen Kolleginnen, die Ideen mitentwickelt und wertvolle Hinweise auf mögliche Autor*innen und Themen geliefert haben.

Dr. Kathrin Pilger

Landesarchiv NRW

Schifferstraße 30, 47059 Duisburg

Tel. 0203 98721-119

E-Mail: kathrin.pilger@lav.nrw.de

⁶ Vgl. Hans-Dieter Kreikamp in: Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung, S. 83, Irmtraud Eder-Stein, Gerhard Johann, in: Der Archivar 32 (1979) Sp. 291 ff, Siegfried Büttner, in: Der Archivar 39 (1986) Sp. 28 ff.

⁷ Dies lässt sich z. B. im Landesarchiv NRW, das gegenüber der Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr aufgeschlossen ist, beobachten: Zwar sind die 6 höchsten Leitungspositionen (Präsident und 5 Abteilungsleitungen) zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt, doch ist davon nur eine Kollegin Mutter. Von den 17 mittleren Leitungspositionen (Dezernatsleitungen) (ohne die beiden Dezernatsleitungen, die von der Abteilungsleiterin bzw. dem Abteilungsleiter in Personalunion besetzt werden) sind gerade einmal 5 mit Frauen besetzt, von denen 4 ein oder zwei Kinder haben. Das bedeutet, dass sich die anteilige Besetzung der mittleren Führungspositionen zahlenmäßig genauso verhält wie schon die Ausbildungszahlen des h. D. vermuten lassen; interessant ist jedoch die Beobachtung, dass die Anzahl der Mütter hier überwiegt, was die Vermutung nahelegt, dass nicht der Faktor „Frau“, sondern der Faktor „Familie“ der eigentliche Grund für verhinderte oder lediglich mittlere Karrieren im Archiv ist.

PIONEERING WOMEN ARCHIVISTS IN EARLY 20TH CENTURY ENGLAND: A PROGRESS REPORT

by *Elizabeth Shepherd*

INTRODUCTION

Many professions, as they mature, seek to understand themselves through reflection on and investigation of their own histories and of their historical context. Archival science is no exception. Archival history has tended to be the history of great men and institutional archives, such as the Public Record Office (now The UK National Archives).¹ My own work² focused on the national themes of archival history in 19th and 20th century England, examining government commissions and reports, the development of archival institutions, professional infrastructure and university education, providing the larger framework for our history. Few women in the archival field have been studied in detail: Eileen Power (1889-1940), Professor of Economic History at London School of Economics (LSE) (by Berg³) and Margaret Cross Norton, head of the Illinois State Archives (by Mitchell⁴), are notable exceptions. Where are the voices of pioneering women in the history of archives?

This short article will summarise my work so far on the study of early 20th century women archivists in England, part of a new field of archival history. My research examines in some detail the life and professional work of a number of pioneering women in the archival field to exemplify their pioneering endeavour, to give them a voice in archival history and to provide a basis for some observations about the role of women archivists in shaping the emerging archival profession in early 20th century England. So far, I have researched Joan Wake (1884-1974) record agent, founder of Northamptonshire Record Society and county archives⁵; Ethel Stokes (1870-1944) a record agent and a friend of Wake's, who founded the Records Preservation Section of the British Records Association and was its first archivist⁶; and Lilian Redstone BA, MBE (1885-1955), daughter of a well-known Suffolk antiquary, who was the first archivist for Ipswich and East Suffolk. By examining their lives and the lives of other women, the research will enable us to draw some conclusions about their contribution to the early development of the archival profession in England. Women in the early 20th century often faced educational barriers, few had the classical education needed for university entrance and few universities admitted women. London University was the first in England to award degrees to women in 1878. At Oxford University although there were women's colleges, no degrees

were awarded to women until 1920, and at Cambridge University not until 1948. Women often had to choose between marriage and employment. A number of women, however, studied at the LSE, where they were taught by Hubert Hall. Hall, author of "A Repertory of British Archives", worked at the Public Record Office from 1879, rising to Assistant Keeper by the time of his retirement in 1921.⁷ Hall was trained in the von Ranke tradition and he passed on the documentary approach to history through his seminar teaching at the LSE. Proctor, in her thesis, shows that at the LSE, a "majority of seminar participants were women". Hall's teaching "encompassed diplomatics and palaeography and administrative history but it also provided the skills needed for employment in the various branches of historical work". Proctor reports that Hall was immensely proud of the fact that "numerous posts or employment as historical lecturers and as archivists or researchers have been obtained by students as the result of their training in the courses" he ran at LSE, and he was always ready to promote their advancement. She says that Hall, along with his PRO contemporaries, Charles Johnson and Charles Crump, trained "a generation of women historical workers". She further suggests that while these women were not employed as academic historians in the universities, there was a direct line from "the women who came within [Hall's] ambit as students, collaborators and researchers, whether in his classes at LSE or in the PRO searchrooms, [to] a later generation of women who were clearly identified as archivists".

¹ J. D. Cantwell (1991), *The Public Record Office 1838-1958*, HMSO.

² E. Shepherd (2009), *Archives and Archivists in 20th century England*, Ashgate.

³ M. Berg (1996), *A Woman in History*, Eileen Power, 1889-1940, CUP.

⁴ T. W. Mitchell (ed) (2003), *Norton on archives: the writings of Margaret Cross Norton on archival and records management*, Society of American Archivists.

⁵ E. Shepherd, *Hidden voices in the archives: pioneering women archivists in early 20th century England*, in *Engaging with Archives and Records: Histories and Theories* eds. Fiorella Foscari, Heather MacNeil, Gillian Oliver and Bonnie Mak. Facet, 2017.

⁶ E. Shepherd, *Pioneering women archivists in England: Ethel Stokes (1870-1944)*, record agent, *Archival Science*, 17: 2 (2017): 175-194.

⁷ M. Proctor (2012), *Hubert Hall (1857-1944): Archival endeavour and the promotion of historical enterprise*, Doctoral thesis, University of Liverpool.

During World War I, the London Society for Women's Suffrage enquired into the employment of older educated women on war work. In 1915, The Association of Women Clerks and Secretaries proposed a scheme for the temporary employment of women as record cataloguers and indexers in county councils. Hall proposed an alternative scheme of advanced historical training and permanent jobs for women as "skilled archivists and assistant archivists". He suggested a Committee be formed to investigate, to include Lilian Knowles and Eileen Power both at LSE, but I was not able to find any record that this ever happened.⁸

SOME PIONEERING WOMEN IN ARCHIVES

Maxine Berg's analysis of the work and personality of Eileen Power, Professor of Economic History at the LSE in the 1930s and the best known medieval historian of the inter-war years, provides a model for this research. Power studied at Girton College, Cambridge from 1907, at the Ecole des Chartes in Paris in 1910, and the LSE in 1911, where she attended Hubert Hall's seminars. She was appointed to a lectureship at the LSE in 1921 and to a chair in 1931. Power played a part in the history of archives, as secretary to the newly founded Economic History Society in 1927. In 1932, she proposed "the formation of a Committee for the study and preservation of London business archives" which would compile a register of archives and establish a depository at LSE. Lord Hanworth, Master of the Rolls and President of the recently formed British Records Association, met the Director of the LSE, William Beveridge, to discuss a business archives section of British Records Association which would promote the preservation of archives of commercial and industrial enterprises useful to the economic historian, compile a register of business records over 100 years old, seek to preserve business records by arranging their deposit in public institutions and provide expert advice and publications. The Council for the Preservation of Business Archives was launched in 1934 with foundation members comprising academics, businessmen, archivists and librarians.

Joan Wake studied with Power at the LSE in 1913-1915. Wake was born in 1884, the fifth of six children of Sir Herewald Wake 12th Baronet, was privately educated at home. The family was well-connected, married into the Bloomsbury Sitwells, and in the social circle of the suffragists. Before the War, Wake travelled widely around Europe. She enrolled at the LSE in 1913, studying palaeography, diplomatic and medieval economic history and attending Hubert Hall's seminars and lectures by Eileen Power. She became a Fellow of the Royal Historical Society. Wake began her archival work in earnest in 1920 by founding the Northamptonshire Record Society, to publish local records (many of which Wake herself edited), organise lectures and exhibitions and to acquire local records. Paper salvage drives during the War and the breakup of country estates threatened the survival of local archives and made rescue work essential. In a few localities, such as Northamptonshire, local public archive services emerged from archaeological and record societies. After the Second World War negotiations began with Northampton borough and the county council about a joint archives service. The Northamptonshire Archive Committee was established and the five staff members of the Record Society, led by Wake, transferred to the new body.⁹ Wake had devoted herself to local records rescue and publication for over 40 years, eventually establishing the joint archive

service for the borough and county of Northampton in 1951. However, Wake's contribution to national archival development was even greater. She was a significant figure in the British Record Society and organised the first Conference of Record Societies at the Archaeological Congress in 1930, which discussed records preservation and "acceptable standards" for record repositories. The Committee set up to continue the work, including Wake, led to the formation of the British Records Association (BRA) in 1932. Wake remained an active Council and Committee member of BRA for the next 25 years. She was also the first Vice Chairman of the Society of Local Archivists, founded in 1947. Her obituary recorded her "striking personality, at times formidable, her character and her capacity" for work.

Joan Wake wrote a tribute to her friend, Ethel Stokes, following the latter's untimely death in 1944 in a traffic accident in the black-out.¹⁰ Although their family backgrounds were very different, Wake and Stokes were colleagues, correspondents and friends. Stokes was from a much more modest background than Wake. Born in 1870, she was a student at Notting Hill High School in London one of the first founded by the Girls Public Day Schools Trust, but family circumstances prevented her from going to university. Instead, she began work as a record agent in the 1890s. "A sturdy and plainly dressed figure" with a "strong and vigorous" personality, Stokes set up business with Mary Cox, the daughter of a law stationer. Stokes and Cox had rooms at 75 Chancery Lane, near the Public Record Office (PRO), from which they worked and largely lived. During the First World War, Stokes and Cox, with a group of elderly women, took on women's work; not spinning and weaving but stitching wind-proof waistcoats for the troops. Stokes also devoted time to the Paddington Boy Scouts, acting as the Secretary from soon after their foundation in 1917 until she died. Stokes and Cox ran a very busy, highly organised record agency, with private and official clients around the world. By the 1930s, Stokes and Cox had clients in the USA, Canada, Australia, Argentina, as well as in Europe. Stokes and Cox undertook legal searches for official purposes; genealogical work for clients in New York, Sydney, Burma and Buenos Aires; documentary support for Austrian refugees trying to reach England in the late 1930s; and an extensive search as part of a court case claim into the circumstances of a treaty made by the British army with the Thompson River Indians in British Columbia in 1858.¹¹ Ethel Stokes was also closely involved in two of the major early 20th Century national historical projects: the Victoria County Histories of England and the Complete Peerage. She worked with H A Doubleday VCH's founding editor and then later at the Complete Peerage, a working association of over 40 years.¹²

However, her place in archival history rests on her largely unacknowledged role as founder in 1929 of the Records Preservation Committee, a forerunner of the British Records Association. Stokes was Secretary of a British Record Society Committee charged with obtaining funding for editorial and publishing work; but she had a larger vision for English archives. She wrote a report which proposed "a nationally useful" society for "organised work throughout the country", and "to secure the establishment of local record offices" so that "our splendid heritage of records should be preserved and properly valued". Stokes sent her scheme to many influential people including Lord Hanworth, Master of the Rolls. She secured the support of Professor Frank Stenton, and AE Stamp, Deputy Keeper of the PRO and obtained national publicity through The Times. William Le Hardy, of record

agents, Hardy and Page, chaired the supervising Committee and provided a room at 2 Stone Buildings for the sorting and listing of solicitors records. The Carnegie Trust gave a grant. In 1932, the Records Preservation Section transferred to the newly founded British Records Association. The BRA records tell of tireless advocacy for archives and rescue work, mainly undertaken by Stokes after 4.30 in the afternoon when the PRO closed and she finished her day's work as a record agent for her clients. For example, in six months in 1939, 38 receipts and 91 dispatches of records were made by Stokes for the BRA around England. A huge network of hundreds of volunteers and workers around the country rescued, registered, sorted and listed records in the inter-war period, when local archive services were still in formation. Under the guidance of Stokes, by the end of the Second World War, records preservation work had achieved a national profile.

Lilian Redstone (1885-1955)¹³ met Ethel Stokes when Stokes visited Woodbridge in Suffolk where Lilian lived. She was the youngest of three daughters of a well-known Suffolk antiquary and school teacher, Vincent Burrough Redstone. The Redstones supported the pioneering research undertaken by Sidney and Beatrice Webb, the economists and social reformers who were co-founders of the LSE in 1895, by providing access to and advice on local historical records in 1903. Vincent was Honorary Secretary of the Suffolk Institute of Archaeology and Natural History and he trained his three daughters in historical skills including palaeography and transcription. Stokes and Redstone became friends, and, together with Vincent, from about 1904 onwards worked regularly at the PRO searching and transcribing records for their clients and their own historical research. Lilian Redstone was also employed on an emerging historical project, the Victoria County History, around the same time that Ethel Stokes worked for VCH. Since its inception in 1899, VCH had provided research work for many highly-qualified female historical workers, a number of whom were educated by Hall at the LSE. Unpublished work by John Beckett shows that many of the VCH staff in the London office were women, including "topographical supervisors" who formed part of "a large staff of topographers and architects at work on a variety of counties. There was a supervisor for each county to whom we gave our account of each parish when finished, and she overhauled our work before it was passed to the editors."¹⁴ Lilian Redstone held such a position from 1905 until 1909, and wrote topographical entries for Buckinghamshire, Berkshire, Hampshire, Huntingdonshire, Surrey and Worcestershire, as well as 33 histories for her native Suffolk, still unpublished. After 1909, she wrote for the VCH on a freelance basis. She took a London BA external degree in history in 1910 and went on "to take her place among that first generation of learned ladies who made history their profession" as a record agent, perhaps (Scarfe suggests) following the lead of her friend Ethel Stokes.¹⁵ Following the disruption of the War, Lilian was employed in the Historical Records Section of the Ministry of Munitions and Disposal from 1917 to 1920, as a result of which she was awarded the MBE. Her father, Vincent, began to research the family background of the famous poet Geoffrey Chaucer, having discovered a link between the Chaucer family and the town of Ipswich in Suffolk. Vincent and Lilian published the work in 1937.¹⁶ Lilian was for several decades the London agent for the University of Chicago Chaucer research project, searching for and transcribing records held at the PRO, British Museum and elsewhere and sending notes and transcripts to Chicago where they informed the work of Professor

John Matthews Manly, editor of the Canterbury Tales project, and his research associate, Edith Rickert. Between completing her PhD at the University of Chicago in 1899 and taking up an academic and teaching post there in 1914, Rickert lived in London for about 10 years, researching for American academics unable to travel. It is intriguing to think that she and Lilian might have met during that time: certainly, from about 1920 until her death in 1955, one of Lilian's major projects was the organisation of the London Chaucer historical research work.

Lilian's close involvement with the BRA came through her professional and social connection to Ethel Stokes, working as the Suffolk link for the Records Preservation Section of BRA, and taking on the work of Honorary Secretary to the Section after Ethel's sudden death in 1944 until a successor could be appointed. After the War, Lilian was appointed as the first official Archivist to the Corporation of Bury, combined with responsibility for the county of West Suffolk. Later she was appointed as Archivist to the Ipswich Public Library, jointly with the county of East Suffolk. In due course, having ensured these new county record offices were firmly established, she retired but continued to act as advisory archivist. Lilian published several historical works and prepared the first modern manual for the archival profession, "Local Records: Their Nature and Care", published in 1953, which aimed to inform archivists, history students and county councillors about the work of local record offices and provide professional guidance on aspects of archive policy and practices.¹⁷ In these ways, Lilian helped to build the foundations of the modern archival profession in England.

CONCLUSION

In 19th century England, great cultural institutions were founded and developed by great men, including the establishment of the Public Record Office in 1838. In the first half of the 20th century, archival and records preservation work developed in the localities, where scholarly and historically trained women, largely excluded from the universities, were able to establish themselves and carry out the fundamentally important, but often unglamorous, labour of ensuring the preservation of the sources of local and community history. These women forged the profession of archivist, and shaped the organisations, the county record offices and archives, which would, in time, act as official guardians of local records.

⁸ The National Archives, file PRO 44/3; London School of Economics, Archives and Special Collections, box 367.

⁹ L. Redstone and F. Steer, *Local Records: their nature and care*. Society of Local Archivists/County Councils Association/Library Association: London, 1953, 38-39.

¹⁰ Joan Wake, "Edith Stokes: a tribute", *Northamptonshire Past and Present*, 11/1 (1944), 3-9.

¹¹ Northamptonshire Record Office (NRO): Joan Wake Collection 1974/27, Boxes 235, 236.

¹² P. W. Hammond, ed., *Complete Peerage XIV* (1998), p. Xiv; Herbert Arthur Doubleday, 1867-1941 (1942), 23.

¹³ N. Scarfe in: J. Thirsk and J. Imray, eds., *Suffolk Farming in the Nineteenth Century* (Suffolk Record Society, I, 1958), 6-13.

¹⁴ J. Beckett, *Women Writers and the Victoria County History*, paper given to Institute of Historical Research's "Locality and Region" Seminar on 3 May 2011.

¹⁵ N. Scarfe in J. Thirsk and J. Imray, eds., *Suffolk Farming in the Nineteenth Century* (Suffolk Record Society, I, 1958), 6-13.

¹⁶ V. B. Redstone and L. J. Redstone, *The Heyrons of London: a study in the social origins of Geoffrey Chaucer*, *Speculum*, 12:2, (1937), 182-195.

¹⁷ L. Redstone and F. Steer, *Local Records: Their Nature and Care* (1953) London, G Bell for the Society of Local Archivists.

They emerged place by place, a patchwork of provision, taking opportunities where they were offered to find offices, storage spaces, and skilled workers. These women also founded some of the key national voluntary organisations which took on the records preservation campaigns and ensured that the very stuff of our national local history was not pulped in the war effort paper salvage drives, but protected and made available for future generations. Uncovering the hidden contribution of pioneering women archivists is essential to a proper understanding of our past.

PIONIERINNEN DES ARCHIVWESENS IM ENGLAND DES FRÜHEN 20. JAHRHUNDERTS: EIN ERFAHRUNGS- BERICHT

Dieser kurze Artikel gibt einen Überblick über die bisherigen Forschungsarbeiten zu wegweisenden Archivarinnen in England im frühen 20. Jahrhundert. Während Berichte über die Geschichte der nationalen Institutionen und der Männer, die sie gründeten und leiteten, geschrieben wurden, wurden nur wenige Frauen im Archivbereich im Detail untersucht. Diese Forschung versucht, dies zu korrigieren und weiblichen Archivarinnen eine Stimme zu geben. Der Artikel befasst sich mit dem Leben und Wirken von vier Pionierinnen: Eileen Power, Joan Wake, Ethel Stokes and Lilian Redstone.

Professor Elizabeth Shepherd

UCL Department of Information Studies
Foster Court
University College London
Gower Street, London WC1E 6BT
E-Mail: e.shepherd@ucl.ac.uk
Web: <http://www.ucl.ac.uk/dis/>

FRAUEN AN DER SPITZE VON NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN KOMMUNALARCHIVEN

von *Antje Diener-Staeckling*

Aus dem kommunalen Archivbereich in Westfalen sind Frauen seit jeher nicht wegzudenken. Dies gilt sowohl für die Mitarbeit in allen archivischen Bereichen als auch für die Leitung kleinerer und größerer Kommunalarchive. Im Gegensatz zum Osten Deutschlands ist das fachliche Archivwesen in Westdeutschland lange Zeit eine recht einheitliche Männerbastion gewesen.¹ Die Aufnahme zur Laufbahnausbildung im gehobenen und höheren Archivdienst stellte bis in die 1980er Jahre oft eine Hürde dar. Ihre quasi-kasernierte Form war vorrangig auf frisch promovierte junge Männer ausgerichtet. Im kommunalen Bereich, der sich oft archivische² Fachkräfte nicht leistete,³ war hingegen oft ein Seiteneinstieg in das Archivwesen möglich. Dieser war meist mit einer berufsbegleitenden archivischen Ausbildung verbunden. Hier boten sich in NRW seit der Mitte der 1960er Jahre die sogenannten „Duisburger Kurse“⁴ an. Seit 1998 kam deutschlandübergreifend die Fernweiterbildung im Fachbereich Archiv-Bibliothek-Dokumentation an der FH Potsdam zur Diplomarchivarin bzw. zum Diplomarchivar hinzu.⁵

Inzwischen ist das Geschlechterverhältnis sowohl in der Marburger als auch in der Potsdamer Ausbildung ausgeglichen. Trotzdem bleiben Seiteneinsteigerinnen in den kommunalen Archiven in Westfalen nach wie vor weit verbreitet. Vor allem im höheren und mittleren Dienst haben sie einen erhöhten Fortbildungsbedarf und nutzen die Angebote der Archivämter und der Archivschule Marburg.

Viele von Ihnen lassen sich auch berufsbegleitend fortbilden, was oft eine Verbesserung und Absicherung der eigenen Person in der Verwaltung darstellt.

In den rund 400 Städten⁶ und 31 Kreisen in NRW sollten theoretisch alle Archivstellen besetzt sein.⁷ Dies ist natürlich nicht immer der Fall. Im Durchschnitt bildet sich die Situation von Frauen in Führungspositionen in westfälischen und rheinischen Kommunen wie folgt ab⁸:

Von allen untersuchten Archiven in Westfalen und im Rheinland werden 62 Archivleitungen von Frauen besetzt, davon sind 26 Seiteneinsteigerinnen. Im höheren Dienst sind 11 Archivarinnen angesiedelt, im gehobenen Dienst 30 und im mittleren Dienst 13 Archivkolleginnen. Im kommunalen Bereich sind Frauen oft in Fachverbänden aktiv, regional und überregional. Sie sind aktive Teilnehmerinnen der regionalen Arbeitskreise auf Kreisebene. Bemerkenswert ist in jedem Fall der hohe Anteil der Seitenein-

steigerinnen v. a. in Westfalen. Im kommunalen Bereich waren es in der Vergangenheit oft Historikerinnen, die über Projektstellen in das Archivwesen einstiegen. Es zeigt sich in Westfalen genauso wie im Rheinland, dass bei Neueinstellungen der Trend von der Seiteneinsteigerin zur Facharchivarin im gehobenen Dienst geht, um u. a. den aktuellen Herausforderungen wie der digitalen Langzeitarchivierung und der Digitalisierung besser gerecht werden zu können. Der Markt für Archivarinnen und Archivare ist aber im fachlichen Bereich in jedem Jahr so gut wie leergefeht.⁹ Auch aktuell herrscht akuter Fachkräftemangel im Archivwesen. Seiteneinsteigerinnen gewinnen deswegen auch für den Leitungsbereich in ganz NRW wie bereits vor 30 Jahren immer mehr an Bedeutung. Festzuhalten ist hier, als Unterschied zwischen dem Rheinland und Westfalen: fast alle Kreisarchive und größeren Archive sind im Rheinland mit Fachkräften besetzt, wogegen in Westfalen auch Seiteneinsteigerinnen die Archive leiten. Geschlechtsunabhängig werden Kreisarchive im Rheinland oft im höheren Dienst geleitet, in Westfalen ist es meist der gehobene Dienst.

¹ Irmgard Ch. Becker, Volker Hirsch, Annegret Wenz-Haubfleisch (Hrsg.): Neue Strukturen – bewährte Methoden? Was bleibt vom Archivwesen der DDR. Beiträge zum 15. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg, 2011; Marcus Stumpf: Zur gegenwärtigen Situation der Aus- und Weiterbildung von Archivarinnen und Archivaren in Deutschland in: Archivpflege für Westfalen und Lippe, Heft 88, 2018, S. 2-8.

² Natürlich sind hiermit die finanziellen Probleme der Kommunen gerade seit 1980 gemeint, die oft nicht zwischen Pflichtaufgabe Archiv und „Kann-Aufgabe“ Museum unterscheiden können. Ein Mangel, den die Einführung des Archivgesetzes in NRW seit 1989 wenigstens etwas verbessern konnte.

³ Stumpf, Zur gegenwärtigen Situation, S. 3.

⁴ Die „Duisburger Kurse“ sollten bereits in dieser Zeit dem Fachkräftemangel in den Kommunen abhelfen. Initiatoren waren neben den Landschaftsverbänden die Stadtarchive Duisburg und Bochum. Sie bestanden von 1964-1994, vgl.: Stumpf, Zur gegenwärtigen Situation, S. 5.

⁵ Stumpf, Zur gegenwärtigen Situation, S. 5.

⁶ Aktuell 396 Gemeinden, vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Gemeinden_in_Nordrhein-Westfalen (abgerufen 04.01.2022).

⁷ In Westfalen 220 Städte und 31 Kreise.

⁸ Hier wurde nur ein Durchschnitt untersucht: In Westfalen dienten 16 Kreise und kreisfreie Städte als Untersuchungsausgangspunkt; im Rheinland wurden die kleineren Kommunen in zwei Kreisen, die Kreisarchive und kreisfreien Städte erfasst. Die Untersuchung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll nur die Entwicklung im Durchschnitt in NRW abbilden.

⁹ Vgl. Grundsätzlich Jochen Rath, „sollte – hätte – könnte – würde – machen!“: Chancen archivischer Vorfelddarstellung im Kontext von Personal- und Organisationsentwicklung, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe Band 89 (2018), Seite 9-15.

Insgesamt ist doch zu bemerken, dass unabhängig vom Geschlecht die Archive aufgrund der aktuellen Herausforderungen immer mehr Fachpersonal benötigen, was sogar überregional nicht mit der Ausbildungsquote der Archivschule in Marburg oder der FH Potsdam abzudecken ist. Aufgrund des Fachkräftemangels gibt es auch für den mittleren Dienst seit 2012 die Möglichkeit, sich im FaMI-Fachwirt*innen-Lehrgang für die Leitung eines kleinen Kommunalarchivs weiterzubilden.¹⁰

Selbst wenn Kommunalarchive ausdrücklich eine Facharchivarin wiederbesetzen wollen, werden sie aufgrund des geschilderten Fachkräftemangels oft nicht fündig. Die Landschaftsverbände bieten deswegen neben ihren Fortbildungen seit 2016 den Kommunen an, die Ausbildung eines Facharchivars oder einer Facharchivarin im gehobenen Archivdienst zu übernehmen.¹¹ Das Angebot wird von den Kommunen regelmäßig genutzt.

WOMEN AS HEAD OF MUNICIPAL ARCHIVES

In North-Rhine-Westphalia there are round about 63 women in charge of municipal archives throughout the county. Different from the development in the east of Germany, in the west the profession of an archivist is mainly a male profession. It is obvious, that, confronted with the skill labour shortage, the role of women in the archivist world will grow in the future, even for women without professional training. In the matter of fact, it will become obligatory to develop an archivistical advanced training throughout Germany.

Dr. Antje Diener-Staeckling

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

Jahnstr. 26, 48147 Münster

Tel. 0251 591-3897, Fax: 0251 591-269

E-Mail: antje.diener-staeckling@lwl.org

¹⁰ Hans-Jürgen Höötmann: Realisierung der Aufstiegsfortbildung zum Fachwirt/zur Fachwirtin für Medien- und Informationsdienste in Nordrhein-Westfalen in: Archivpflege für Westfalen-Lippe, Heft 78/1/2013, S. 13-19.

¹¹ Katharina Tiemann, LWL-Initiative gegen den Fachkräftemangel in Archiven: Ausbildung in Kooperation, archivamtblog: <https://archivamt.hypothesos.org/3725> (abgerufen 16.02.2022).

VIELE WEGE INS ARCHIV

DIE AUSBILDUNG VON FRAUEN (UND MÄNNERN)

von *Mechthild Black-Veldtrup*

Wir alle kennen die Wege ins Archiv im Rahmen einer Ausbildung:¹ die Ausbildung als Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv (die man mit einer berufsbegleitenden Fortbildung zum Fachwirt ergänzen kann), das duale Studium als Archivarin*in mit dem Abschluss des Diploms, das Referendariat für den höheren Archivdienst und die drei Studiengänge in Potsdam, den Bachelor of Arts Archiv² (mit der Möglichkeit, den Masterstudiengang Informationswissenschaften anzuschließen), die 4-jährige Fernweiterbildung Archiv (Abschluss BA)³ und den berufsbegleitenden Master of Arts-Weiterbildungsstudiengang Archivwissenschaft.⁴ Insofern kann dieser Beitrag eigentlich ungeschrieben bleiben, denn die Informationen zu allen Ausbildungsgängen sind leicht zugänglich.

Inzwischen haben wir – und das ist vielleicht doch noch nicht so bekannt – in allen Ausbildungsgängen einen Frauenanteil von leicht unter bis mindestens fünfzig Prozent erreicht, auch wenn auf keiner der Ebenen davon gesprochen werden kann, dass es sich um einen typischen Frauenberuf handelt. Für die Famis, die ja seit dieser Ausbildungsgang 1998 aus der Taufe gehoben wurde, von vielen Archiven in Deutschland, insbesondere von Kommunalarchiven, aber auch von den Landesarchiven und vom Bundesarchiv ausgebildet werden, gibt es keine Statistik. Die Datenlage, die für die Verfasserin leicht erreichbar war, beschränkt sich deshalb auf zwei Berufsschulen in Düsseldorf und Dortmund mit den aktuellen Daten aus drei laufenden Jahrgängen:

Fami-Ausbildung – Fachrichtung Archiv im Schuljahr 2021/2022 an den beiden Berufskollegs in NRW

	Karl-Schiller-Berufskolleg Dortmund Fami, Fachrichtung Archiv ⁵				Berufskolleg Bachstraße Düsseldorf Fami, Fachrichtung Archiv ⁶			
	Insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %	Insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
Unterstufe	11	6	5	45,45	8	3	5	62,50
Mittelstufe	11	4	7	63,63	3	1	2	66,66
Oberstufe	3	2	1	33,33	5	2	3	60,00

Alle sechs Klassen zusammen genommen ergeben einen durchschnittlichen Frauenanteil von 55 %, der in der Tendenz auch für die übrigen Bundesländer vermutlich richtigliegt.

Dank Karsten Uhde von der Archivschule Marburg sind die statistischen Angaben in Bezug auf die Ausbildung zum früher so genannten gehobenen Archivdienst leicht zugänglich:

Duales Studium zur Diplomarchivarin/zum Diplomarchivar an der Archivschule Marburg

Kurs-Nr.	Jahr des Examens	Kursgröße insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
1	1951	5	3	2	40,00
2	1955	8	7	1	12,50
3	1957	9	4	5	55,56
4	1960	10	7	3	30,00
5	1962	18	12	6	33,33
6	1965	20	10	10	50,00
7	1966	23	16	7	30,43
8	1968	19	13	6	31,58
9	1969	16	9	7	43,75

¹ Das Thema Ausbildung und Berufsbild wurde zuletzt umfassend in Heft 4 des „Archivar“, 68 (2015) und zuvor in Heft 4, 63 (2010) behandelt, nachdem die Festschrift für Norbert Reimann zu seinem 65. Geburtstag 2008 in Münster unter dem Titel: Beruf und Berufsbild des Archivars im Wandel, hrsg. von Marcus Stumpf (Westfälische Quellen und Archivpublikationen 25) ebenfalls die Ausbildungsgänge thematisiert hat. Vgl. auch: Berufsbild im Wandel – Aktuelle Herausforderungen für die archivarische Ausbildung und Fortbildung. Beiträge zum 9. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg), Marburg 2005; neuere Beiträge: Stefan Sudmann, Der Archivar als „Joker“?, in: Städte- und Gemeinderat 73, Heft 11 (2019), S. 9-11; Susanne Freund: Berufsbild mit Perspektive. Arbeiten im Archiv, in: Politik und Kultur, Heft 3 (2020), S. 25 ff. Berufsbild mit Perspektive | Deutscher Kulturrat (diese und alle weiteren Websites wurden abgerufen am 28. Februar 2022). Einen lohnenden historischen Blick auf die Archivarsausbildung in Marburg bei Philip Haas und Martin Schürer: Was von Preußen blieb. Das Ringen um die Ausbildung und Organisation des archivarischen Berufsstandes nach 1945 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 183), Darmstadt – Marburg 2020.

² Archiv (B.A.) – Studienga1977ngsbeschreibung (fh-potsdam.de).

³ Fernweiterbildung Archiv - Fachbereich Informationswissenschaften (fh-potsdam.de).

⁴ Fernweiterbildung Archivwiss1978enschaft M.A. berufsbegleitend - Fachbereich Informationswissenschaften (fh-potsdam.de).

⁵ Ich danke Ronald Gesecus, Dortmund, und Max-Lennart Krämer, Münster, für diese Zahlen. Sie beziehen sich jeweils auf die Ausbildung in der Fachrichtung Archiv.

⁶ Für die Erhebung dieser Zahlen bin ich Anja Nietiet, Düsseldorf, und Regina Hönerlage, Duisburg, zu Dank verpflichtet. Auch hier geht es um die Auszubildenden in der Fachrichtung Archiv.

Kurs-Nr.	Jahr des Examens	Kursgröße insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
10	1971	31	16	15	48,39
11	1972	21	15	6	28,57
12	1974	26	14	12	46,15
13	1975	27	9	18	47,16
14	1977	33	14	19	57,58
15	1978	19	12	7	36,84
16	1980	31	14	17	54,84
17	1981	25	11	14	56,00
18	1982	36	20	16	44,44
19	1983	26	14	12	46,15
20	1984	16	10	6	37,50
21	1985	26	12	14	53,85
22	1987	21	10	11	52,38
23	1988	25	9	16	64,00
24	1989	22	12	10	45,45
25	1990	28	11	17	62,12
26	1991	22	5	17	77,27
27	1992	19	7	12	63,16
28	1993	20	8	12	60,00
29	1994	15	5	10	66,67
30	1994	18	9	9	50,00
31	1995	15	5	10	66,67
32	1996	24	9	15	62,50
33	1997	12	4	8	66,67
34	1998	19	6	13	68,42
35	1999	15	9	6	40,00
36	2000	14	7	7	50,00
37	2001	29	7	22	75,86
38	2002	17	9	8	47,06
39	2003	18	9	9	50,00
40	2004	20	9	11	55,00
41	2005	20	10	10	50,00
42	2006	12	5	7	58,33
43	2007	21	6	15	71,43
44	2008	17	2	15	88,24
45	2009	11	2	9	81,82
46	2010	24	10	14	58,33
47	2011	10	3	7	70,00
48	2012	19	3	16	84,21
49	2013	19	8	11	57,89
50	2014	21	9	11	57,14
51	2015	13	5	8	61,54
52	2016	26	14	12	46,15
53	2017	11	4	7	63,64
54	2018	21	11	10	47,62
55	2019	22	10	12	54,55
56	2020	25	10	15	60,00
57	2021	23	12	11	47,83
58	2022	21	11	10	47,62
59	2023	28	12	16	57,14

Legt man nur die Zahlen der letzten neun Jahre bzw. Kurse zugrunde, ergibt sich hinsichtlich des Frauenanteils ein Durchschnitt von 54,01 %. Auch heute noch weisen einzelne Kurse einen Anteil weiblicher Kursteilnehmer von knapp unter 50 % auf, und es scheint, wenn man auf die einzelnen Spitzen von über 80 % Frauenanteil zwischen 2008 und 2012 schaut, ein Ausbildungsgang geworden zu sein, der inzwischen für Männer wieder interessanter geworden ist.

Ein ähnliches Bild mit einem sogar leicht höheren Frauenanteil ergibt sich, wenn man die Zahlen für die beiden Studiengänge an der Fachhochschule Potsdam hinzunimmt, die mit einem Bachelor-Abschluss enden. Zunächst zum BA-Studiengang Archiv, der mit 57,61 % Frauenanteil in den letzten neun Kursen knapp über dem Marburger Durchschnitt liegt:

Grundständiges 7-semestriges BA-Studium Archiv an der FH Potsdam

Semester	Studienanfänger*innen mit Studienbeginn in Semester (s. linke Spalte)			
	insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
WS 2013/2014	33	13	20	60,60
WS 2014/2015	26	8	18	69,23
WS 2015/2016	30	16	14	46,67
WS 2016/2017	41	14	27	65,85
WS 2017/2018	34	20	14	41,18
WS 2018/2019	35	16	19	54,28
WS 2019/2020	50	18	32	64,00
WS 2020/2021	54	25	29	53,70
WS 2021/2022	65	26	39	60,00
Insgesamt	368	156	212	57,61

Deutlich höher fällt der Durchschnitt über die neun zwischen 2007 und 2021 begonnenen Bachelorkurse in Potsdam aus, die als 4-jährige Fernweiterbildung veranstaltet werden. Dort liegt der Anteil der Studentinnen bei fast 68 Prozent.

4-jährige Fernweiterbildung Archiv (Abschluss BA) an der FH Potsdam

Jahrgang	Studienanfänger*innen mit Studienbeginn in Semester (s. linke Spalte)			
	insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
2007	30	8	22	73,33
2009	27	2	25	92,59
2011	25	12	13	52,00
2013	27	8	19	70,37
2015	26	10	16	61,53
2017	29	13	16	55,17
2019	29	11	18	62,06
2020	35	15	20	57,14
2021	31	5	26	83,87
Insgesamt				67,56

Susanne Freund, der ich für sämtliche hier zitierten Zahlen aus Potsdam Dank sage, erklärt den hohen Frauenanteil in den Potsdamer Bachelorkursen mit „den guten Berufschancen, die Sicherheit und Kontinuität und damit auch eine gezielte Familienplanung versprechen. ... Grundsätzlich ist es wohl immer noch so, dass Frauen sich eher für die Familienplanung zuständig fühlen und deshalb den Weg des gehobenen Dienstes einschlagen.“⁷ Auch die Tatsache, dass die DDR-Vergangenheit immer noch nachwirke – dort wurde der Beruf überwiegend von Frauen ausgeübt – spiele wohl eine Rolle: Die Fernweiterbildung Archiv mit dem Abschluss des Bachelor of Arts wurde tatsächlich

überwiegend von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den neuen Bundesländern besucht, wobei in zwei der neun Jahrgänge das Verhältnis umgekehrt war und die allgemeine Tendenz sich im Laufe der Jahre deutlich abschwächte: Lag das Teilnehmerverhältnis zwischen neuen und alten Bundesländern 2007 bei 26 zu 4, hatte es sich 2021 mit 17 zu 14 nahezu angeglichen.

Die Daten für die Ausbildung für den höheren Archivdienst an der Archivschule Marburg stellte Karsten Uhde freundlicherweise zur Verfügung:

Referendarkurse an der Archivschule Marburg

Kurs-Nr.	Jahr des Examens	Kursgröße insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
1	1950	11	10	1	9,09
2	1954	13	13	0	0,00
3	1956	17	17	0	0,00
4	1959	18	17	1	5,56
5	1961	15	12	3	20,00
6	1964	19	17	2	10,53
7	1965	15	12	3	20,00
8	1967	24	23	1	4,17
9	1968	18	16	2	11,11
10	1970	19	17	2	10,53
11	1971	24	21	3	12,50
12	1973	35	29	6	17,14
13	1974	21	19	2	9,52
14	1976	20	18	2	10,00
15	1977	23	20	3	13,04
16	1979	23	22	1	4,35
17	1980	27	25	2	7,41
18	1982	19	16	3	15,79
19	1983	25	17	8	32,00
20	1985	18	13	5	27,78
21	1986	19	16	3	15,79
22	1989	30	26	4	13,33
23	1991	20	13	7	35,00
24	1991	20	15	5	25,00
25	1993	20	14	6	30,00
26	1993	17	13	4	23,53
27	1995	12	9	3	25,00
28	1995	15	10	5	33,33
29	1996	18	14	4	22,22
30	1997	28	19	9	32,14
31	1998	15	10	5	33,33
32	1999	23	12	11	47,83
33	2000	14	9	5	35,71
34	2001	25	15	10	40,00
35	2002	21	13	8	38,10
36	2003	14	8	6	42,86
37	2004	20	16	4	20,00
38	2005	22	14	8	36,36
39	2006	17	11	6	35,29
40	2007	11	7	4	36,36
41	2008	15	10	5	33,33
42	2009	15	7	8	53,33
43	2010	13	8	5	38,46
44	2011	18	13	5	27,78
45	2012	17	10	7	41,18
46	2013	15	7	8	53,33
47	2014	12	8	4	33,33

Kurs-Nr.	Jahr des Examens	Kursgröße insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
48	2015	15	7	8	53,33
49	2016	10	5	5	50,00
50	2017	14	9	5	35,71
51	2018	11	6	5	45,45
52	2019	16	8	8	50,00
53	2020	12	8	4	33,33
54	2021	13	8	5	38,46
55	2022	11	6	5	45,45
56	2023	21	11	10	47,62

Gegenüber den Famis und dem gehobenen Dienst ist der Anteil von Kursteilnehmerinnen im Referendariat im Durchschnitt der letzten neun Jahre mit 44,37 Prozent deutlich geringer, auch wenn es in den letzten elf Jahren erstmals Kurse gab, die einen 50 %-Anteil an Frauen erreichten und sowohl 2013 als auch 2015 sogar leicht überschritten. Über die Jahrzehnte gesehen ist der Anteil der Frauen an der Ausbildung zum höheren Dienst allerdings deutlich gewachsen und in der Tendenz weiter steigend.

Meistens liegt der Frauenanteil in den Weiterbildungs-Masterkursen Archivwissenschaft in Potsdam über 50 Prozent, in drei der neun betrachteten Jahrgänge jedoch darunter. Viele der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer haben nach Auskunft von Susanne Freund „einen langen Weg hinter sich – geisteswissenschaftliches Studium, in einigen Fällen Promotion, Projekte, befristete Verträge ...“ Der Masterabschluss eröffne dann meist erstmals die Chance auf eine feste Stelle. Hier sei Familienplanung vermutlich nicht in erster Linie ein Grund für Frauen, diesen anspruchsvollen und herausfordernden Weg über sechs berufsbegleitende Semester zu gehen.⁸

6-semesteriger Weiterbildungs-Masterstudiengang Archivwissenschaft an der FH Potsdam

Jahrgang	Studienanfänger*innen mit Studienbeginn in Semester (s. linke Spalte)			
	insgesamt	♂	♀	♀-anteil in %
2007	24	16	8	33,33
2009	35	22	13	37,14
2011	31	11	20	64,51
2013	32	13	19	59,37
2015	32	13	19	59,37
2017	35	17	18	51,42
2019	33	14	19	57,57
2021	37	20	17	45,94
Insgesamt				51,08

Stellt man die Ausbildungszahlen einer ausgewählten Gruppe von Bewerberinnen und Bewerbern für die einzelnen Ausbildungsgruppen gegenüber – und hier sei der Verfasserin gestattet, sich auf die verwaltungsinterne Ausbildung im Landesarchiv NRW in den wenigen letzten Jahren zu beschränken, in denen diese Zahlen intern überhaupt erstmals erhoben wurden –, dann ergibt sich folgendes Bild:

⁷ Zitat aus einer E-Mail an die Verfasserin vom 18. März 2022.

⁸ Vgl. vorige Anmerkung.

Bewerberinnen und Bewerber beim Landesarchiv NRW⁹

Fami-Ausbildung der Abteilungen OWL und W (gemeinsames Verfahren) 2020			
Insgesamt	♂	♀	♀ -anteil in %
52	19 (3, davon 2 in OWL und 1 in W)	33 (2, beide in W)	63,46 (40,00)
Fami-Ausbildung der Abteilung R 2021			
Insgesamt	♂	♀	♀ -anteil in %
71	26 (3)	45 (1)	63,38 (25,00)
Duales Studium zur Diplomarchivarin/zum Diplomarchivar in der Abteilung R 2022			
Insgesamt	♂	♀	♀ -anteil in %
141	68 (2)	73 (3)	51,77 (60,00)
Referendarausbildung Abteilung W 2019			
Insgesamt	♂	♀	♀ -anteil in %
40	29 (4)	11 (2)	27,50 (33,33)
Referendarausbildung Abteilung OWL 2021			
Insgesamt	♂	♀	♀ -anteil in %
57	35 (3)	22 (2)	38,59 (40,00)

Bei den beiden Fami-Einstellungen 2020 und 2021 fällt auf, dass der Anteil der Bewerbungen von Frauen deutlich über 50 % lag, während er im gehobenen Dienst zwischen den Geschlechtern fast ausgeglichen war und im höheren Dienst die Bewerbungen von Männern dominierten. Frauen konnten sich bei der Einstellung gegenüber der Zahl der Bewerberinnen im gehobenen Dienst deutlich, im höheren Dienst zumindest leicht durchsetzen, während bei den Famis trotz einer signifikant höheren Zahl von weiblichen Bewerbungen überdurchschnittlich viele Männer zum Zuge kamen. Da statistische Daten über einen längeren Zeitraum nicht vorliegen, kann hier nicht erwiesen werden, ob es sich um „Ausreißer“ oder um die Regel handelt – gefühlt aber eher um die Ausnahme. Bemüht man allein die Statistik, dann sieht es für die Frauen (und Männer) im Archivarsberuf inzwischen in allen Laufbahnen gut aus, wobei es insbesondere im höheren Dienst noch „Luft nach oben“ hinsichtlich des Frauenanteils gibt. Zugunsten der Archive mag gesagt werden, dass die Zahl der tatsächlich eingestellten Referendarinnen ihrem Anteil an den Bewerbungen in NRW in etwa entspricht. Doch ist zu fragen, warum sich gerade im höheren Dienst vergleichsweise wenige Frauen bewerben, liegt doch ihr Anteil an denjenigen, die an der Universität Münster im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2020 ein Promotionsstudium im Fach Geschichte abgeschlossen haben, bei 44,6 %.¹⁰

Universität Münster – Promotionen im Fach Geschichte 2018 bis 2020

	Insgesamt	♂	♀	♀ -anteil in %
2018	32	16	16	50,0
2019	18	11	7	38,9
2020	20	11	9	45,0

In einigen der regelmäßig ausbildenden Bundesländern ist die Promotion immer noch de jure Voraussetzung für das Referendariat, de facto ist sie es weiterhin auch in mehreren Bundesländern, die inzwischen formal auf diese Anforderung verzichten.

Es ist immer schwierig herauszufinden, warum sich jemand gegen etwas entscheidet. Im Gespräch mit Referendarinnen aus NRW wurde als möglicher Grund für die Zurückhaltung von Frauen genannt, dass das Archivreferendariat mit normalerweise mehreren notwendigen Wohnortwechseln in einer Lebensphase, in der Partnerschaft und Familienplanung Rücksichten erfordern, abschreckend wirken könne, zumal die Betreuung von ganz kleinen Kindern immer noch überwiegend als eine Aufgabe von Müttern gesehen wird. Das mag in den östlichen Bundesländern, in denen diese Tradition nicht besteht, und beim Bund sowie in den Bundesländern, in denen der Masterabschluss ausreicht, in denen Frauen also jünger sind, wenn sie sich für die Bewerbung für ein Referendariat entscheiden, anders sein. Eine Untersuchung dieses Phänomens muss an dieser Stelle ein Desiderat bleiben. Leichter ist es herauszufinden, warum sich junge Menschen – geschlechtsneutral – für ein Referendariat entscheiden: wer nicht ins Lehramt gehen und auch die Unsicherheit einer universitären Karriere vermeiden will, wer in einem (Pflicht-)praktikum Spaß an archivischen Tätigkeiten gefunden hat, wer Kommilitoninnen und Kommilitonen kennt, die engagiert über ihr eigenes Referendariat berichten, überlegt eventuell selbst, sich dafür zu bewerben.

Wie wir Auszubildende finden und wie umgekehrt potentielle Auszubildende uns finden, bleibt einem eigenen Beitrag vorbehalten.¹¹ Keine Antwort hat die Autorin auf die Frage gefunden, warum der Beruf für Frauen besonders attraktiv ist – alle dazu ausgetauschten Argumente unterschieden sich in nichts von dem, was auch für Männer gilt. Die nächste Frage, ob, und wenn ja, wie die Ausbildung geschlechtsspezifisch wahrgenommen wird, ließ bei den Gesprächspartnerinnen und -partnern nur verständnislose Gesichter zurück. So bleibt denn nur, die Zahlen und ihre Entwicklung zu betrachten. Wir könnten überlegen, wie wir das Referendariat familienfreundlicher gestalten. In Zeiten von Homeoffice und distant learning fällt uns, der Zukunft, dazu sicher etwas ein.

MANY WAYS TO ARCHIVAL EDUCATION: THE TRAINING OF WOMEN (AND MEN)

The article gives a statistical overview of female and male percentage on all levels of archival training in Germany and tries to answer questions on why females dominate in some trainings and are under-represented in others.

Dr. Mechthild Black-Veldtrup

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

Abteilung Westfalen

Bohlweg 2, 48147 Münster

Tel. 0251 4885-2136

E-Mail: Mechthild.Black-Veldtrup@lav.nrw.de

⁹ Mit Dank für die Zahlen an Sandra Postulka, Duisburg. In Klammern ist jeweils die Zahl der tatsächlich eingestellten Bewerberinnen und Bewerber angegeben, in der letzten Spalte in Klammern der prozentuale Anteil der eingestellten Bewerberinnen.

¹⁰ promotionen_im_pr_fungsjaehr_2018.pdf (uni-muenster.de); promotionen_im_pr_fungsjaehr_2019.pdf (uni-muenster.de); promotionen_im_pr_fungsjaehr_2020.pdf (uni-muenster.de).

¹¹ S. Heft 3, 2022.

FRAUEN ALS FÜHRUNGSKRÄFTE IN STAATLICHEN ARCHIVEN

EINE ZWISCHENBILANZ

Interview mit Elsbeth Andre, Sabine Graf, Andrea Hänger, Ulrike Höroldt, Margit Ksoll-Marcon und Andrea Wettmann, geführt von Elisabeth Heigl und Sabine Schneider



Andrea Wettmann, Margit Ksoll-Marcon, Elsbeth Andre, Ulrike Höroldt, Sabine Schneider, Andrea Hänger, Sabine Graf, Elisabeth Heigl (von links oben nach rechts unten)

Heigl: Im Jahr 1923 überlegte die preußische Regierung „Frauen als Anwärterinnen für die mittlere, gegebenenfalls auch für die höhere Verwaltungslaufbahn“ zuzulassen. Zur Entscheidungsfindung zog sie bei sämtlichen Behörden Erkundigungen ein, wie deren Erfahrungswerte mit Frauen in der Verwaltung seien, ob und welche Stellen mit Frauen besetzt werden könnten und was sie von einem solchen möglichen Erlass hielten. Zu bedenken wäre unter anderem „ob und [...] inwieweit es als angängig zu erachten wäre, weibliche Beamte als Vorgesetzte männlicher Beamter zu verwenden.“ Der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive antwortete darauf u. a., dass Frauen „zur Verwaltung kleinerer Archive, in die sie sich hineinleben könnten,“ durchaus verwendet werden könnten. Ob sie sich aber „für die komplizierte Verwaltung der Staatsarchive“ eigneten, dazu fehle die Erfahrung. „Wenn sich eine Dame meldet, welche den großen Anforderungen der Archivverwaltung entspricht,“ würde sie

aber nicht abgewiesen werden – einen entsprechenden Erlass hielt er aber nicht für notwendig.¹ Knapp 80 Jahre danach war es dann so weit: Ulrike Höroldt übernahm 2002 als erste Frau die Leitung einer staatlichen Archivverwaltung in Sachsen-Anhalt; heute ist sie Direktorin des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz. Ab 2007 folgten ihr weitere Frauen in die KLA: Elsbeth Andre als Leiterin der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, 2008 Margit Ksoll-Marcon als Generaldirektorin der Staatlichen Archive Bayerns, 2012 Andrea Wettmann als Direktorin des Sächsischen Staats-

¹ Rundschreiben des Preußischen Ministerpräsidenten vom 3. August 1923 und Berichtsentwurf von Paul Fridolin Kehr vom 13. August 1923, in: GStA, I. HA Rep. 178, Nr. 525, fol. 214r-216v. Der Dank für den Hinweis geht an Pauline Puppel.

archivs, 2015 Andrea Hänger als Vizepräsidentin des Bundesarchivs, im selben Jahr Christine van den Heuvel und 2018 Sabine Graf als Präsidentinnen des Niedersächsischen Landesarchivs.

Andre: Auch in Rheinland-Pfalz gibt es das Beispiel, dass nach dem Krieg, also Anfang/Mitte der 40er Jahre, ein Kollege, der aus dem Krieg zurückgekommen war, wieder auf seine Stelle gesetzt wurde und seine Frau, die über die Kriegsjahre hinweg für die Sicherheit des Archivs gesorgt und das Archiv verwaltet hatte, mit dem Argument, der Mann müsse für seine Familie sorgen, wieder vom Amt enthoben wurde und dann auch in die Familienphase gegangen ist.

Höroldt: Auch in Magdeburg gab es mit Charlotte Knabe nach dem Krieg einige Zeit eine kommissarische weibliche Leitung, bis dann der entsprechende Kollege aus dem Krieg zurückgekommen war.²

Heigl: *Konnten Sie sich nach dem Referendariat schon vorstellen, so ein großes Haus wie ein Staatsarchiv zu leiten? Haben Sie diese Position gezielt angestrebt? Hatten Sie Vorbilder?*

Wettmann: Schon im Referendariat wurde uns vermittelt, dass wir eine Laufbahn einschlagen, die uns potentiell auch zu einer Leitungsfunktion befähigt. Aber anders als heute spielte in der Ausbildung die Führungsaufgabe eigentlich keine Rolle. Wir sind darauf nicht systematisch vorbereitet worden. Das geschah bei mir eigentlich erst, nachdem ich in Sachsen fest eingestellt worden bin. Dort war es damals üblich, dass alle Referentinnen und Referenten in der Verwaltung, nicht nur die Archivarinnen und Archivare, Führungskräftefortbildungen absolvieren mussten oder durften. Und davon habe ich sehr profitiert. Ich konnte mir aber trotzdem in meiner Anfangszeit mehr als eine Referatsleiterinnenstelle nicht vorstellen. Dieser Gedanke ist dann erst im Laufe der Berufsjahre gereift.

Höroldt: Als ich angefangen habe, wollte ich erst einmal wissenschaftliche Archivarin werden. Ich habe mir eigentlich gar keine Gedanken darüber gemacht, ob das eine Leitungsfunktion ist oder nicht. Und damals war auch die Frage, ob Kommunalarchiv oder Staatsarchiv nicht gesetzt, sondern man machte die Ausbildung für alle Möglichkeiten. Dass man in einem Kommunalarchiv relativ schnell auch eine Leitungsfunktion bekommen kann, das war natürlich auch damals schon bekannt. Ich hatte dann das Glück, dass ich in einem kleinen Staatsarchiv, dem damaligen Landesarchiv Oranienbaum angefangen habe, wo ich unter den besonderen Bedingungen der Nachwendezeit auch sehr schnell mit Führungsaufgaben in Kontakt kam. Ich hatte damals eine Chefin, die das sehr kollegial gemacht hat und es begrüßt hat, eine Unterstützung mit einem ganz anderen Hintergrund zu bekommen.

Ksoll-Marcon: Als ich meine Ausbildung in den Jahren 1988-1991 an der Bayrischen Archivschule absolvierte, gab es keine Archivarin in einer Leitungsfunktion, weder als Abteilungs- noch als Archivleiterin. Für mich spielte damals die Frage nach einer Leitungsfunktion keine Rolle. Ziel war es, nach dem Referendariat in den Staatsdienst übernommen zu werden. Wir wurden während der Ausbildung auch nicht auf Führungsaufgaben vorbereitet. Nach der Übernahme in den staatlichen Archivdienst gab es jedoch die Möglichkeit, Führungsseminare zu besuchen, ein Angebot, das ich auch wahrgenommen habe.

Schneider: *Uns ist aufgefallen, dass Sie alle im Grunde klassische Lebensläufe haben. Sie haben Geschichte studiert, promoviert und*

das Archivreferendariat absolviert. Aber drei von Ihnen waren zeitweise auch in der Verwaltung einer großen Behörde beschäftigt, was für Archivarinnen und Archivare ja nicht so ganz üblich ist. Wir haben uns gefragt, inwiefern Ihnen die Erfahrungen, die Sie hier sammeln konnten, für Ihre Arbeit im Archiv geholfen haben. Vielleicht haben Sie auch Unterschiede zwischen der allgemeinen Verwaltung und dem Archiv festgestellt.

Andre: Ich war von 1996 bis 1998 in der Politikverwaltung tätig. Dort habe ich vor allen Dingen in Sachen Kommunikation viel gelernt. Ich habe dann von 2005 bis 2007 in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz gearbeitet. Und aus dieser Zeit habe ich nicht nur über Prozesse innerhalb der Landesverwaltung viel gelernt, sondern z. B. auch über die Entwicklung politischer Rahmenbedingungen, die auf uns als Landesbehörde, als Fachbehörde Auswirkungen haben. Und von diesen Erfahrungen und von den Kontakten, die ich während dieser Zeit geknüpft habe, zehre ich heute noch.

Wettmann: Ich habe von 2002 bis 2004, noch relativ zu Beginn meiner beruflichen Laufbahn, im Sächsischen Innenministerium gearbeitet. Aus heutiger Sicht profitiere ich vor allem aus den Kontakten und Netzwerken, die ich in dieser Zeit aufgebaut habe. Sie helfen mir auch heute dabei, Dinge informell zu regeln oder auch Informationen zu erhalten, die ich sonst möglicherweise nicht bekommen würde. Es ist, glaube ich, sehr wichtig, dass auch Frauen genauso wie Männer Netzwerke aufbauen, pflegen und diese entwickeln. Die hierarchische, durchaus effiziente Arbeitsweise eines Ministeriums kennen zu lernen und den Blick zu erweitern, war außerdem sehr lehrreich.

Graf: Zu meiner beruflichen Biografie gehört, dass ich anderthalb Jahre abgeordnet war an die Niedersächsische Staatskanzlei und dort in das Aufsichtsreferat, das zuständig ist für das Niedersächsische Landesarchiv. Durch diesen Perspektivwechsel, nämlich den Blick aus der Staatskanzlei auf das Archivwesen, relativiert sich einiges und gleichzeitig eröffnen sich neue Horizonte.

Heigl: *Wir haben festgestellt, dass das Archivmanagement Teil der Archivarsausbildung ist. Die angehenden Archivarinnen und Archivare werden also heute gezielt auf Führungsverantwortung vorbereitet. Wie ist es Ihnen in Ihrer ersten Führungsposition ergangen? War Ihnen da schon bewusst, dass eine Führungsposition vor allem Management bedeutet und weniger mit eigentlichen Archivarsaufgaben zu tun hat?*

Höroldt: Ich bin 1995 mit dem Referendariat fertig geworden und an das Landesarchiv Oranienbaum gekommen. Dort habe ich Führung, wenn man so will, on the Job gelernt. Ich konnte an Leitungsentscheidungen mitwirken, musste aber noch nicht die Verantwortung dafür tragen. So ein kleines Staatsarchiv hat seine Vorteile, wenn man anfängt.

Ksoll-Marcon: Archivmanagement ist seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auch Ausbildungsfach an der Bayerischen Archivschule. Es hieß nur Archivverwaltungslehre. Der Schwerpunkt dieses Unterrichtsfaches lag auf der Auswertung der Archivstatistik im Hinblick auf eine Schwerpunktsetzung in der Arbeitsplanung vor allem in den Bereichen Erschließung und Aussonderung und des Einsatzes der jeweiligen Fachlaufbahn. Themen der Mitarbeitermotivation oder Mitarbeiterführung spielten dabei keine Rolle. Es ist so, wie es Frau Höroldt sagte, man bekam Führung mit on the Job, man hatte ein Vorbild oder auch nicht,

man hatte seine eigenen Vorstellungen von einer Teamleitung. Von großem Vorteil bei uns war, dass wir als junge Archivrätin oder junger Archivrat ein oder zwei gehobene Dienste, oder was es in Bayern ja auch gibt, mittlere Dienste zugeordnet bekamen. Man hatte also von Anfang an ein kleines Team zu leiten. Der Rest entwickelte sich.

Hänger: Ich habe 2000 mein Referendariat begonnen und da war tatsächlich auch Archivmanagement schon ein Fach an der Archivschule. Für meine Zukunft habe ich aber nicht so viel mitgenommen, weil das doch sehr abstrakt und vielleicht auch sehr männlich geprägt war. Mir hat sehr viel geholfen, dass wir am Bundesarchiv die Möglichkeit hatten, über viele Jahre beim Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr Coachings machen zu können. Coaches, die neben dem militärischen auch mal einen zivilen Einsatz brauchten, haben bei uns ganze Abteilungen ge-coacht. Dazu gehörte auch eine 360 Grad Spiegelung, bei der man sich mit dem Feedback seiner Mitarbeitenden auseinandersetzen musste. Das fand ich schon eine große Herausforderung. Aber im alltäglichen Leben waren es auch tatsächlich die – wenigen – Vorbilder oder eben gerade die „Nicht“-Vorbilder, an denen man sich orientieren und sagen konnte, nein, genauso möchte ich es aber nicht machen.

Wettmann: Führung ist natürlich nie etwas Abgeschlossenes. Ich halte es für zwingend erforderlich, dass man sein eigenes Führungsverhalten während seiner gesamten Laufbahn immer wieder hinterfragt und reflektiert. Dazu gehört auch, sich mit anderen Führungskräften auszutauschen, und sich – wenn möglich – Feedbacks von Kolleginnen und Kollegen einzuholen, was in der Tat eine große Herausforderung ist.

Graf: Als Rat für alle Berufsanfängerinnen möchte ich ergänzen, dass sie nach Möglichkeit die Fortbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte innerhalb der eigenen Verwaltung wahrnehmen sollten. Es gibt viele Angebote und meistens hat der Arbeitgeber ein großes Interesse daran, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich persönlich weiterentwickeln.

Schneider: *Frau Heigl und ich haben uns eigentlich nicht mit der Erwartung oder mit dem Ziel für das Referendariat entschieden, mal ein Staatsarchiv zu leiten. Deswegen haben wir uns gefragt, was denn aus Ihrer Sicht an so einer Führungsposition erstrebenswert ist.*

Graf: Ich glaube, dass es erstrebenswert ist, eine Führungsposition einzunehmen, weil man die Möglichkeit hat, Dinge zu gestalten, Ideen und Konzepte zu entwickeln und sie umzusetzen. Allerdings ist damit natürlich auch immer verbunden, dass man gern Verantwortung übernimmt, Verantwortung für die Einrichtung, Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Leitung eines Archivs empfinde ich als sehr verantwortungsvolle, herausfordernde und ausgesprochen schöne Aufgabe.

Hänger: Ich leite zwar kein Staatsarchiv, dafür leite ich aber in einem sehr großen Archiv einen immer eigenständiger werdenden Bereich und bin für ungefähr 900 Mitarbeitende verantwortlich. Was mich daran so sehr reizt, ist natürlich immer noch das Fachliche. Ich würde mich immer wieder für den gleichen Beruf entscheiden. Aber ich habe gemerkt, dass ich eigentlich am meisten Spaß an der Personalentwicklung habe. Mir Menschen anzusehen, zu sehen, was können sie, welche Fähigkeiten bringen sie mit und an welchen Positionen können sie das Beste leisten. Das ist etwas, was ich für mich entdeckt habe. Was ich natürlich nie-

mals vorher mit dem Beruf der Archivarin verbunden habe, aber wo ich feststelle, dass ich eigentlich dann, wenn ich solche Dinge machen kann, am zufriedensten nach Hause gehe.

Heigl: *Führen Frauen anders, führen Frauen im Archiv anders? Und wie haben Sie selbst Ihren persönlichen Führungsstil gefunden?*

Ksoll-Marcon: Ob Frauen anders führen, möchte ich einmal dahingestellt sein lassen. Es ist eine Frage der eigenen Persönlichkeit, des eigenen Selbstverständnisses und der eigenen Souveränität. Der kooperative Führungsstil hat sich ja in den letzten Jahren durchgesetzt. Das war noch ganz anders zu den Zeiten, als ich anfang. Es gab Führungskräfte, bei denen für mich sehr klar war, dass ich mich, sollte ich jemals eine Führungsaufgabe übertragen bekommen, anders verhalten würde. Generell muss man sagen, dass sich der Führungsstil entwickelt, man entwickelt sich ja selbst auch weiter. Mitarbeiterführung und -förderung, Zielsetzung und Zielerreichung müssen als Gesamtpaket gesehen werden. Für sehr wichtig erachte ich, dass man, wenn man die Möglichkeit hat, Führungsseminare besucht und zwar vom Alter unabhängig. Es geht dabei nicht nur um Anleitungen oder Anregungen für Führungshandeln, sondern auch darum, das eigene Agieren zu reflektieren. Auch Coaching-Angebote sollten wahrgenommen werden. Ein wichtiger Bereich ist auch, wie allgemein bekannt, das Mitarbeitergespräch, das eine Führungskraft auch für die eigene Führungsentwicklung nutzen kann. Hier bekommt man ja mitgeteilt, was die Mitarbeiterin, der Mitarbeiter sich von der Vorgesetzten erwartet.

Wettmann: Ich denke auch, dass der individuelle Charakter am Ende entscheidend ist. Allerdings sollte man auch im Blick behalten, dass sich die Rollenbilder, die es in unserer Gesellschaft gibt, in der einen oder anderen Weise auch auf das Führungsverhalten von Männern und Frauen auswirken. Was aber nicht unbedingt heißen muss, dass Frauen anders, geschweige denn besser führen. Ich habe bei jedem Vorgesetzten, es waren fast ausschließlich Männer, immer Gutes und Schlechtes wahrgenommen, was ich für mich dann verarbeitet habe. Als westdeutsche Leiterin eines ostdeutschen Archivs fand ich es bemerkenswert und auch ermutigend, dass zu meiner Anfangszeit in Sachsen nicht nur im Staatsarchiv viele Führungsstellen mit Frauen besetzt waren, sondern im kommunalen Bereich die Frauen absolut dominiert haben. Dies ist heute anders.

Andre: Ich hatte keine Vorbilder im Archivbereich. Und als ich dann meine erste Stelle und gleichzeitig als Abteilungsleiterin Führungsverantwortung hatte, da habe ich, im Nachhinein betrachtet, den Fehler begangen und einen zu hohen Anspruch an mich gestellt. Was mir aber sehr geholfen hat, war, dass ich in Tätigkeiten vor dem Referendariat (Ferienjobs, Hilfskraftstelle während des Studiums) immer Chefinnen hatte. Ich hatte nie einen Chef. Und die Reflexion darüber, das hat mir tatsächlich auch einen positiven Schub zur Entwicklung gegeben.

² Ulrike Höroldt: Artikel Knabe, Charlotte (Lotte). In: Frauen in Sachsen-Anhalt. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon vom 19. Jahrhundert bis 1945, Bd. 2. Hrsg. v. Eva Labouvie, Köln, Weimar, Wien 2019, S. 248-250.

Schneider: Wenn wir das richtig sehen, waren Sie, Frau Höroldt, 2002 die erste Frau in der KLA. Haben Sie mit dem steigenden Frauenanteil seitdem Veränderungen in der Arbeit der KLA wahrgenommen?

Höroldt: Zu dieser Zeit hieß sie ja noch ARK (Archivreferenten-Konferenz). Damals waren zum Teil noch die Ministerialreferenten und -referentinnen vertreten, und da waren tatsächlich auch Frauen dabei. Dann kam die Phase, in der mehrere Staatsarchive in Einheitsverwaltungen überführt und Landesarchive mit mehreren Abteilungen gegründet wurden, so dass die ARK sich zunehmend zu einer Runde der Archivleitungen entwickelte. Eine Zeit lang war ich in dieser Phase wirklich die einzige Frau in der ARK. Und in dieser Zeit habe ich vor allen Dingen gelernt, dass man als einzige Frau in einem reinen Männergremium ein etwas schwieriges Standing hat, weil die eigenen Beiträge weniger Resonanz finden, auch wenn die Kollegen damals grundsätzlich sehr fair waren. Als mit Frau Andre und dann auch mit Frau Ksoll-Marcon und Frau Wettmann die Anzahl der Frauen sich erhöht hat, hat sich der Tenor, das gesamte Gefüge, verändert. Eine bestimmte Generation hatte noch die Haltung, über Probleme wird hier nicht geredet. Was natürlich einem offenen Austausch entgegensteht. Aber dann hat sich das zunehmend zu einem echten Gremium der offenen Problembehandlung entwickelt, in dem viele auch von schwierigen Entwicklungen in ihren Bundesländern berichten konnten.

Ksoll-Marcon: Ein wichtiger Punkt ist, den es hervorzuheben gilt, was Frau Höroldt zum Schluss ansprach: dass aus der Berichterstattung zu einzelnen Themenbereichen, auf die man sich verständigt hatte, zunehmend die Diskussion und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Punkten folgte. Das gab es zwar auch früher, aber in deutlich geringerem Umfang. Jetzt werden die einzelnen Punkte der Agenda erörtert, diskutiert, reflektiert. Punkte, die uns als Archiv-Community wichtig sind, werden gemeinsam formuliert. Das ist eine positive Entwicklung! Um zur Ausgangsfrage zurückzukommen: Ganz allgemein gilt, dass gemischte Teams zu bevorzugen sind.

Schneider: Das heißt, es liegt vielleicht gar nicht daran, dass mehr Frauen in die KLA gekommen sind, sondern auch daran, dass mehr jüngere Führungskräfte nachgerutscht sind.

Höroldt: Also ich denke, es ist beides. Es sind zwei Entwicklungen zusammengekommen.

Heigl: Uns ist bewusst, dass die folgende Frage in der Regel Männern in Interviews nicht gestellt wird, aber deshalb kann man sie ja nicht weglassen, und zwar die nach der Vereinbarkeit von einer Führungsposition im Archiv mit der Familie, also mit Kindern. Wie sind da Ihre Erfahrungen?

Graf: Ich glaube, es kommt zunächst auf die eigene Einstellung an. Es geht darum, was ich für ein Verständnis von meiner Rolle habe. Dabei ist es wichtig, dass man nicht an tradierten Rollenbildern festhält, sondern dass man eben auf seine eigenen Bedürfnisse hört und sich fragt: Was möchte ich? Möchte ich Familie? Möchte ich Karriere? Wenn ich beides möchte, wie kann ich beides miteinander vereinbaren? Ebenso wichtig wie die eigene Einstellung sind selbstverständlich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Und die haben sich nach meiner Wahrnehmung in den letzten 10 bis 20 Jahren, vielleicht vor allem in den letzten 10 Jahren, auch stark verbessert. Paare oder Eltern

haben zunehmend mehr finanzielle und berufliche Sicherheit, wenn es um die Anfangssituation mit Kindern geht. Auch sind die Betreuungsangebote für sehr kleine Kinder besser geworden, auch wenn es besonders in den westlichen Bundesländern nach wie vor eine Unterversorgung gibt. Und dann kommt hinzu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Gestaltung ihrer Arbeit mehr Spielräume haben, also Gleitzeit, Homeoffice oder andere Instrumente, die es ermöglichen, die eigene Arbeitszeit auch ein bisschen flexibler zu gestalten. Insofern würde ich sagen, die Chancen sind gut, gerade im öffentlichen Dienst Familie und Führungsposition miteinander zu vereinbaren.

Hänger: Also ich glaube, das ist eine Entscheidung, die jede Frau und jede Generation immer wieder für sich neu verhandeln muss. Ich habe die Entscheidung getroffen, beides miteinander zu vereinbaren. Es hat für mich persönlich auch funktioniert. Ich nehme aber wahr, dass vor allem jüngere Frauen mit Kopfschütteln auf das sehen, was ich mir zugemutet oder vielleicht auch, was ich meinem Kind zugemutet habe. Das ist besonders bei den Jüngeren nicht unumstritten. Auch wenn die Betreuungsangebote selbst im tiefsten Westen in Koblenz inzwischen deutlich besser sind, werden diese nicht angenommen, weil die Entscheidung für die eigene Familie eine andere ist. Deswegen glaube ich, wir brauchen andere Modelle, um Frauen zu überzeugen, in Führungspositionen zu gehen. Es ist sicherlich eine gute Möglichkeit, es auf die Schultern von Frauen und Männern zu verteilen. Ich war im Bundesarchiv vor zehn Jahren, als mein Sohn in den Kindergarten kam, die allererste Referatsleiterin, die Telearbeit gemacht hat. Das war damals eine ganz hoch angehängte Entscheidung, ob es möglich ist, dass eine Führungskraft auf der Ebene Referatsleitung Telearbeit machen kann, oder ob damit nicht ein letztlich unerwünschter Präzedenzfall geschaffen wird. Das hat sich heute zum Glück kolossal verändert. Trotzdem möchte ich davor warnen, alles nur auf Homeoffice und Flexibilität zu schieben. Dies bringt wieder andere Schwierigkeiten mit sich. Vielmehr müssen wir innerhalb der Institution Wege finden, das vernünftig miteinander zu managen.

Höroldt: Ich finde es ganz wichtig, was sie eben sagten, Frau Hänger. Die Möglichkeiten von Homeoffice oder wie das bei uns heißt „mobiles Arbeiten“, sind sicherlich für Familien interessant und reizvoll. Aber zu glauben, dass damit alle Probleme gelöst seien, ist, glaube auch ich, ein Irrweg, weil das natürlich eine andere Art von Belastung ist, wenn man mit den spielenden Kindern zu Hause sitzt. Der Eindruck, den ich habe, ist, dass die jüngere Generation sich sehr viel genauer überlegt, wie viel Lebenszeit man den beruflichen Dingen widmet. Also diese Selbstverständlichkeit, dass Führungskräfte 50 oder 60 Stunden in der Woche arbeiten, wird in der jüngeren Generation deutlicher hinterfragt, als das in unserer Generation der Fall ist. Und eigentlich halte ich das für eine gute Entwicklung.

Schneider: Das möchte ich unterstützen, weil ich selbst zu dieser jüngeren Generation gehöre und auch zwei Kinder habe. Im Referendariat musste ich genauso Vollzeit arbeiten wie mein Mann. Wir haben es durch enge Abstimmung und dank der Unterstützung der Großeltern geschafft, trotzdem noch genug Zeit für die Kinder zu haben. Die Homeoffice-Möglichkeiten haben dabei natürlich auch geholfen. Dennoch ist das Referendariat mit Kindern natürlich eine Herausforderung. Aber wenn man das unbedingt will und auch die ganze Familie dahintersteht, ist das durchaus machbar. Schwierig

scheint es aber auch zu sein, Nachwuchs für die Gremienarbeit beispielsweise im VdA zu gewinnen. Wir haben uns gefragt, ob es hierbei ebenfalls einen Zusammenhang mit dem Wunsch jüngerer Archivarinnen und Archivare gibt, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen. Was ist Ihr Eindruck?

Hänger: Also ich glaube, dass dies eher ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist, dass Zeit anders bewertet, anders eingeteilt wird. Ich glaube nicht, dass es an den speziellen Gremienstrukturen im Archivwesen liegt, sondern tatsächlich daran, dass das vielleicht auch aus einer anderen Zeit kommt, wo ein anderes Selbstverständnis herrschte. Um mehr Leute, also egal ob Frauen oder Männer, dafür zu gewinnen, sich hier zu engagieren, bräuchte es andere Strukturen.

Andre: Meine Einschätzung: es ist ein eher grundsätzliches Problem der fehlenden Bindung an Vereine, Gremien. Junge wie ältere Menschen engagieren sich zunehmend eher für einzelne Projekte als für längerfristige Tätigkeiten.

Wettmann: Ich glaube, dass sich heute auch etwas in der Bewertung durch die Arbeitgeber verändert hat. Nach meiner Wahrnehmung hat man früher zwischen der eigentlichen dienstlichen Funktion und der ehrenamtlichen Arbeit zum Beispiel im VdA gar nicht so stark unterschieden. Man konnte mit Zustimmung des Arbeitgebers für diese Arbeit auch sehr viel dienstliche Zeit investieren. Dies und die Auffassung, dass man sich auch in der Freizeit und an den Wochenenden für seinen Beruf engagieren sollte, gibt es heute in der Form nicht mehr. Und wie Frau Höroldt sagte, hat das auch sein Gutes. Diese Veränderung trägt auch bei den Führungskräften dazu bei, dass sie ein ausgeglicheneres Leben führen, was dann auch der Zusammenarbeit mit den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Gute kommt.

Ksoll-Marcon: Ich stimme Frau Wettmann in Bezug auf das große Engagement in früheren Zeiten von Kolleginnen und Kollegen für ehrenamtliche Tätigkeiten, sei es im VdA, sei es in historischen Vereinen, voll zu. Man wird davon aber die dienstliche Gremienarbeit unterscheiden müssen. Es kann zum Problem werden, wenn Arbeitsgruppen nicht mehr besetzt werden können. Ein Hinderungsgrund sind, wie in den vergangenen Jahren feststellbar, mehrtägige Dienstreisen. Das gilt aber für Archivarinnen und Archivare gleichermaßen. Das ist kein geschlechtsbezogenes Problem, es geht hier vielmehr um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um die Frage der Work-Life-Balance. Diese Fragen, das muss ich ganz offen gestehen, spielten bei mir keine Rolle. Es war eine Selbstverständlichkeit, dass ich mit dem Zug in der Früh nach Hannover gefahren bin, dann eine Besprechung hatte, um ca. 17 Uhr zurückgefahren bin, und ich an diesem Tag 14 Stunden oder mehr unterwegs war. Das ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Und es ist gut so! Bei allen Belastungen brachte die Corona-Pandemie es mit sich, dass jetzt endlich auch bei uns Videokonferenzen zum Standard gehören. Das bringt viele Erleichterungen mit sich und ich erwarte mir hiervon Impulse auch für die Gremienarbeit.

Heigl: *Uns fehlen zwar die konkreten Zahlen, aber uns sind Tendenzen zugetragen worden, wonach sich nur wenige Archivare, aber insbesondere wenige Archivarinnen auf Leitungspositionen in Staatsarchiven bewerben. Können Sie dies bestätigen?*

Wettmann: Das stelle ich auch fest, aber nach meinem Eindruck ist dies kein archivisches Problem. Die Bereitschaft, Führungs-

verantwortung zu übernehmen, scheint insgesamt immer mehr abzunehmen. Es ist generell sehr schwer, Führungspositionen zu besetzen. Die Ursachen müsste man eingehender untersuchen. Es könnte auch daran liegen, dass sich Führung in den Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen, sehr stark verändert hat.

Höroldt: Führung wird immer komplexer. Es geht ja nicht nur darum, das eigene Haus zu organisieren, Arbeit zu verteilen, Prioritäten zu setzen, mit den Mitarbeitenden das fachliche Profil weiterzuentwickeln, sondern man muss heute für alles Mögliche geradestehen. Das fängt bei Compliance-Fragen an, geht über Datenschutz, Arbeitsschutz, jetzt im Moment Pandemievorsorge, so dass man also tatsächlich sehr, sehr viele zusätzliche Verantwortungsbereiche hat, die gar nichts mit der Fachaufgabe zu tun haben oder nur am Rande. Hinzu kommt natürlich, dass man sehr stark auch immer wieder mit den jeweiligen vorgesetzten Dienststellen, wie Ministerien oder Stadtverwaltungen, zu tun hat, wo man sich dann über Personal- und Haushaltsfragen auseinandersetzen muss. Und das sind Dinge, bei denen sich gerade Archivarinnen und Archivare überlegen, nehme ich nicht lieber eine mittlere Führungsposition, in der ich fachlich die Dinge weiterentwickeln kann, mich aber mit solchen Sachen nicht herumplagen muss.

Wettmann: Es ist nicht nur die Komplexität, sondern auch die Frage, welche Rahmenbedingungen und welche Spielräume hat man als Führungskraft. Wir haben eine Führungsposition angestrebt, weil wir gerne entscheiden und gestalten möchten. Aber man ist in einer Führungsposition auch immer in einer Sandwichposition. Das bedeutet, man muss Dinge, die von oben angeordnet oder von Politik und Gesellschaft erwartet werden, im eigenen Haus auch gegen Widerstände umsetzen. Selbst dann, wenn man die Dinge anders sieht oder andere Schwerpunkte setzen möchte. Das war natürlich schon immer so, aber ich glaube, die Spielräume haben sich verengt. Die geforderten Effizienzsteigerungen und der stetige Personalabbau bei wachsenden Aufgaben – man denke nur an die Digitalisierung – sind zwar auch eine große Chance. Aber viele potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten für Führungspositionen fragen mich, „warum soll ich mir das antun?“ und wollen sich diesem Druck nicht aussetzen.

Hänger: Ich kann das nur unterstreichen und ergänzen, dass es vielleicht auch eine Fehleinschätzung sein kann, dass man sich dauerhaft mit einer mittleren Führungsaufgabe bis zum Berufsende zufriedengeben möchte und kann. Für mich war irgendwann der Zeitpunkt gekommen, wo ich zwar sehr, sehr viel inoffiziellen Einfluss hatte als Grundsatz-Referatsleiterin, mir das aber nicht mehr gereicht hat und mir bewusst wurde, dass ich nicht nur inoffiziell, sondern auch offiziell diesen Einfluss haben möchte. Und wenn man da dann den Absprung verpasst, wird es später sehr, sehr schwer, ihn noch zu bekommen.

Schneider: *Die nächste Frage wäre, was sie jungen Archivarinnen raten würden, die eine Führungsposition in einem Archiv anstreben. Wie sollten sie dabei vorgehen? Wie sollten Sie sich positionieren, wie sollten sie sich verhalten?*

Wettmann: Aus meiner Sicht sollten sich junge Frauen mehr zutrauen, also selbstbewusster an diese Frage herangehen und die Fortbildungsangebote nutzen. Man kann Führung auch lernen. Das heißt nicht unbedingt, dass jeder oder jede eine gute Führungskraft sein kann. Aber wenn man das Interesse an einer solchen Funktion hat, dann sollte man das auch selbstbewusst

gegenüber Vorgesetzten formulieren und sich Unterstützerinnen und Unterstützer suchen, die einen kritisch begleiten und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Und man sollte frühzeitig in kleinen Teams oder Arbeitsgruppen Erfahrung sammeln und sich ausprobieren. Es ist aber auch Aufgabe der Vorgesetzten, Frauen gezielt zu fördern und in der beruflichen Entwicklung zu unterstützen.

Höroldt: Ja, z. B. Arbeitsgruppen der KLA, da werden immer wieder Leute gesucht, die dort mitwirken und wir haben festgestellt, dass aus unserem Kreis mehrere in der AG ESys³, waren. Das ist z. B. eine sehr gute Gelegenheit, um Netzwerke zu bilden, um auf einer gewissen Höhe auch schon mal Erfahrungen zu sammeln. Dasselbe gilt natürlich innerhalb von Verwaltungen, wenn Mitglieder für Arbeitsgruppen gesucht werden. Denn ganz wichtig für Führungskräfte ist immer auch der Blick über den Tellerrand. Wenn man sich nur um ganz enge Fachthemen bemüht, dann ist auch nicht wahrnehmbar, dass man vielleicht Interesse an einer Führungsposition hat.

Andre: Ich empfinde manchmal die Führungsposition als recht einsam. Ich finde daher Netzwerke und kollegiale Beratung auch über den engsten (Kolleg*innen-)Kreis hinaus sehr wichtig.

Heigl: Kommen wir zum archivarischen Nadelöhr Referendariat. Warum bewerben sich relativ wenige Frauen und offensichtlich auch mit abnehmender Tendenz für das Referendariat? Sieht dies in der allgemeinen Verwaltung anders aus?

Graf: Ich habe mir angeschaut, wie das Verhältnis von Frauen und Männern im Fach Geschichte ist. Und es ist tatsächlich so, dass annähernd 50 % Frauen auch eine Promotion absolvieren. In Niedersachsen hatten wir in den 2010er Jahren einen Anteil von Bewerberinnen, der lag so ungefähr bei 35 % gegenüber 65 % Männern. Das kann natürlich Zufall sein. Die Stichprobe ist relativ gering. Aber es muss ja dafür irgendeinen Grund geben, dass der Beruf der wissenschaftlichen Archivarin offensichtlich nicht für alle promovierten Historikerinnen interessant ist. Über viele Jahrzehnte war das Archiv eine Männerdomäne, und das hat sich erst seit den 1970er Jahren gebessert. Diese Prägung wirkt möglicherweise noch immer nach und beeinflusst Frauen in ihrer Berufswahl.

Wettmann: Es ist zumindest ein Phänomen in Westdeutschland. Wir haben bereits festgestellt, dass das in Ostdeutschland ganz anders war. Ich glaube, wir können die Frage im Moment nicht abschließend beurteilen, weil uns die Datengrundlagen fehlen. Die Zahlen, die Herr Uhde und Frau Ksoll-Marcon für die beiden Archivschulen zur Verfügung gestellt haben⁴, belegen, dass es lange eine Männerdomäne war. Erfreulicherweise hat sich an der Archivschule Marburg in den letzten 10 Jahren aber ein stabiler Frauenanteil von über 40 % etabliert. Allerdings geht es darüber auch nur ganz selten in einzelnen Kursen hinaus. Also offensichtlich wird das Archivwesen – oder zumindest das Referendariat – immer noch von Männern dominiert. In den obersten Bundesbehörden liegt der Frauenanteil bei über 50 %, im höheren Dienst leicht darunter; 37 % der Bediensteten mit Vorgesetztenfunktion sind Frauen.⁵

Höroldt: Mein Eindruck ist, dass viele Frauen erstmal eine Ausbildung machen wollen, also einen Bachelor z. B. im Archivwesen, um einfach einen Beruf zu haben und finanziell unabhängig zu sein, sich dann aber z. T. auch berufsbegleitend weiterqualifizieren.

Hänger: Ich fürchte auch, dass es tatsächlich an der Länge der Ausbildung liegt, dass es weniger attraktiv ist, ohne dass ich dafür eine Lösung parat hätte, denn ich bin eine große Verfechterin der Promotion als Zugangsvoraussetzung für den höheren Dienst. In der allgemeinen Verwaltung sind die Tendenzen m. E. andere und sicherlich sehr viel positivere als im Archivwesen. Aber das liegt, glaube ich, nicht daran, dass Frauen nicht ausgewählt werden, wenn sie sich für das Referendariat bewerben, sondern dass sie sich schlicht und ergreifend gar nicht erst bewerben.

Ksoll-Marcon: Frauen haben in die bayerische Referendaraus-bildung wesentlich später Eingang gefunden als in Marburg und zwar erst in den 1970er Jahren. Bei uns überwiegen auch die Bewerbungen von Männern, was sich auch in den Kursen niederschlägt. Allerdings hatten wir 2014/2016 einen Referendarkurs mit insgesamt 7 Referendarinnen und 3 Referendaren! Was mir immer wieder als Problem kommuniziert wird, sich für die Ausbildung für den höheren Archivdienst zu entscheiden, ist, dass die Referendaraus-bildung im Beamtenverhältnis auf Widerruf erfolgt, es nach Abschluss der Examina keine Übernahmegarantie in den Staatsdienst gibt und bei uns auch keine Möglichkeit, den Einsatzort auszuwählen. Bei uns erfolgt die Zuweisung an ein staatliches Archiv nach dem Bedarf, das heißt also, wenn beispielsweise im Staatsarchiv Würzburg jemand gebraucht wird und diese Person aus Schwaben kommt, muss sie ihren Wohnsitz nach Unterfranken verlegen. Die Frage nach der Verlegung des Wohnsitzes spielt auch eine Rolle, wenn es darum geht, Führungspositionen zu besetzen. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle, dass eine abgeschlossene Archivarsausbildung auch befähigt, in einer anderen Archivsparte wie z. B. in einem Kommunalarchiv tätig zu sein. Die Ausbildung lohnt sich also immer!

Heigl: Nach meiner Erfahrung ist es nicht nur die Frage des Umzugs nach Marburg, sondern auch des Umzugs zum Ausbildungsarchiv. Für mich war klar, dass ich mich bundesweit bewerben muss. Wenn ich jetzt eine Familie gründen möchte, wäre das in dem Maße nicht gegangen.

Schneider: Noch schwieriger ist es natürlich, wenn man dann schon Familie hat. Weil ich nicht bereit war, mit zwei kleinen Kindern weit wegzuziehen, habe ich mich nur in Koblenz beworben, und darauf gehofft, dass ich die Stelle kriege. Ich hatte Glück, aber es hätte natürlich auch schiefgehen können. Haben Sie denn Erfahrungen mit dem Potsdamer Modell im Vergleich zu dem Marburger? Ist das vielleicht familienfreundlicher?

Wettmann: Ich möchte in dem Zusammenhang daran erinnern, dass bei dem Marburger Modell die Ortswechsel kein Selbstzweck sind. Vielmehr hängt dies auch mit der Tatsache zusammen, dass die Ausbildung verwaltungsintern stattfindet. Davon bin ich nach wie vor eine große Verfechterin, und darin sehe ich auch den Hauptunterschied zwischen Potsdam und Marburg begründet. Dass die Anwärt*innen sowie Referendarinnen und Referendare bei uns die Gelegenheit haben, das Archiv in einem längeren Zeitraum von innen kennenzulernen, das hat fachliche Vorteile, und sie können auch Fragen der Zusammenarbeit und der Rolle der Vorgesetzten praktisch erfahren. Dennoch bin auch ich der Meinung, dass wir uns gemeinsam Gedanken darüber machen sollten, wie sich die Ausbildung verändern kann und muss, damit sie für Frauen attraktiver wird.

Heigl: Ist die Promotion auch ein Grund dafür, dass sich weniger Frauen bewerben und welche Rolle sollte die Promotion in der Zukunft noch spielen?

Ksoll-Marcon: Bei der Zulassung zum Referendariat ist die Promotion nur mehr gewünscht und keine *conditio sine qua non*. So ist es auch in Bayern. Voraussetzung ist der Magister- oder Masterabschluss, das Staatsexamen in Geschichte oder auch in Rechtswissenschaften. Bei uns gehen Bewerbungen von Frauen wie auch von Männern ein, die nicht promoviert sind bzw. die noch an ihrer Dissertation arbeiten. Es sollte ja so sein, dass man nicht promoviert, um Archivarin oder Archivar zu werden, sondern um die Berufschancen, den eigenen Marktwert zu erhöhen. Wir Archivarinnen und Archivare sind eine vergleichsweise kleine Community im Vergleich zu den Bibliothekarinnen und zu Bibliothekaren. Mit der Promotion kann ich gegebenenfalls auch die wissenschaftliche Laufbahn einschlagen. Ich möchte mich dafür aussprechen, dass in Bezug auf den wissenschaftlichen Archivdienst an den jetzigen Formulierungen, dass eine Promotion gewünscht sei, festgehalten wird. Ich halte es für einen selbst für wichtig, einmal eine wissenschaftliche Arbeit erstellt, mit historischen Quellen gearbeitet, sie durchdrungen und eine wissenschaftliche Arbeit verteidigt zu haben. Diese Fähigkeiten und Fertigkeiten, die man einbringen und unter Beweis stellen muss, helfen einem später bei der archivwissenschaftlichen Arbeit und auch in einer Führungsposition. Wir haben auch Führungskräfte, die nicht promoviert sind. Das ist unabhängig von Frau oder Mann. Aber der eigene Profit, der eigene Gewinn, den man aus einer Promotion erzielt, den halte ich für zentral.

Höroldt: Für eine Promotion setzt man sich über 2, 3 Jahre geistig mit einem Thema auseinander. Das ist eine große Herausforderung auch für die persönliche Arbeitsorganisation, für die psychische Belastbarkeit, und das ist natürlich, wenn jemand das geschafft hat, auch schon erstmal eine Aussage über das, was an Leistung wirklich möglich ist. Und davon abgesehen habe ich immer wieder festgestellt, dass man gerade als Frau mit einem Titel durchaus auch punkten kann, weil man einfach ernster genommen wird. Man wird nicht mit der Sekretärin verwechselt. Aber das heißt natürlich nicht, dass es nicht andere Herausforderungen gibt, die ähnlich groß sind und die einen genauso dafür qualifizieren.

Schneider: Sind Ihnen Fälle bekannt geworden, in denen Frauen aufgrund ihres Geschlechts im Archivwesen benachteiligt wurden, oder haben Sie solche Benachteiligungen auch schon selbst erfahren müssen?

Wettmann: An dieser Stelle möchte ich zunächst eine Lanze für meine ostdeutsch sozialisierten, männlichen Kollegen brechen. Ich habe zwar nur eine zahlenmäßig kleine Grundlage, auf die sich meine Aussagen beziehen. Aber ich habe wahrgenommen, dass es für meine männlichen Kollegen, die in der DDR aufgewachsen sind, nicht nur völlig selbstverständlich ist, dass Frauen berufstätig sind. Sie haben nach meinem Eindruck auch keine Probleme damit, mit einer weiblichen Vorgesetzten zusammenzuarbeiten. Unabhängig von der Frage Ost oder West gibt es im beruflichen Alltag allerdings viele Situationen, in denen man als Frau sehr viel Durchhaltevermögen, Kraft und Nerven braucht. Das Staatsarchiv gehört zum Geschäftsbereich des Innenministeriums, und das ist in den Führungspositionen noch immer sehr stark männerdominiert. Ich habe es z. B. erlebt, dass sich ein Ab-

teilungsleiter in Besprechungen stets nur an meinen männlichen Stellvertreter gewandt und jeden Blickkontakt zu mir vermieden hat. Oder in einem Gremium, in dem alle Teilnehmenden promoviert waren, stellte der Gastgeber alle Männer mit „Herr Doktor“ vor und mich mit „Frau Wettmann“. Als junge Frau habe ich über solche Dinge hinweggehört und habe mir meinen Teil gedacht. Inzwischen bin ich kämpferischer geworden und lasse mir so etwas nicht mehr gefallen.

Hänger: Ich glaube, wir können wahrscheinlich alle unsere Erfahrungen hier aneinanderreihen. Aber ich finde es relativ erschreckend, dass es immer noch so ist. In großen Runden, der Blick, wenn es darum geht, wer hat hier die Sitzungsleitung, geht immer auf den Mann. Mir fällt es noch heute auf, wenn ich Vorstellungsgespräche leite, und jemand, der den Kontext nicht kennt, in den Raum kommt. Er geht automatisch davon aus, dass hier der Mann das Gespräch führt.

Graf: Ich fürchte, diese Beobachtung gilt nicht nur für das Archivwesen.

Ksoll-Marcon: In anderen Bereichen, z. B. bei den Bibliotheken, gab es schon wesentlich früher als bei den Archiven Direktorinnen. Externe verbinden in öffentlichen Archiven Frauen nicht selten mit subalternen Tätigkeiten. Dazu ließen sich Geschichten erzählen ...

Heigl: Ist Ihnen das eventuell selbst schon mal passiert, dass sie Frauen gegenüber solche Vorurteile hatten? Zum Beispiel, dass eine junge Mutter eventuell weniger geeignet wäre für eine Stelle als ein junger Vater?

Wettmann: Im alltäglichen Dienstbetrieb hat man die Familienplanung von Frauen schon im Hinterkopf. Es ist ja nach wie vor so, dass überwiegend die Frauen die Betreuungszeiten der Kinder übernehmen. Den Dienstbetrieb dann immer wieder neu zu organisieren, ist natürlich eine Herausforderung, aber das gehört auch zu den Aufgaben einer Führungskraft. Bei der Frage, wer für eine Stelle geeignet ist, spielt das Geschlecht aber selbstverständlich keine Rolle. Mir ist es wichtig, im Staatsarchiv – z. B. bei Auswahlgesprächen oder bei Dienstbesprechungen – Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich alle Geschlechter gleichermaßen entfalten können.

Hänger: Dieser Gedanke kommt immer dann, wenn es um kritische Projekte oder Positionen geht. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass man sich dessen bewusst ist. Ich habe nicht dieses Vorurteil im Kopf, eine Frau, die schwanger werden kann, darf keine kritischen Projekte machen. Ich muss allerdings lernen oder darauf achten, meinen eigenen Weg beim Thema Familie und Beruf nicht für den einzig richtigen zu nehmen, sondern zu akzeptieren, dass es auch andere Wege und Entscheidungen gibt.

Andre: Ich habe mich tatsächlich bei der Vorbereitung für dieses Interview dabei ertappt, dass ich jahrelang auch einem kleinen Vorurteil aufgesessen bin. Bei Bewerberinnen für das Referendariat habe ich oft kritischer als bei ihren männlichen Mitbewerbern

- ³ Arbeitsgruppe „Elektronische Systeme in Justiz und Verwaltung“ der ARK.
- ⁴ S. Diagramm 1 und 2. Dank geht an Karsten Uhde für die Bereitstellung der Zahlen für die Archivschule Marburg.
- ⁵ Statistisches Bundesamt, Gleichstellungsindex 2020, erschienen am 12. Januar 2021.

eingeschätzt, dass sie die noch zum Abschluss zu bringende Dissertation tatsächlich parallel zur Ausbildung fertigstellen.

Graf: Ich muss sagen, dass ich eine besondere Wertschätzung habe für Männer und Frauen mit Kindern, die auch im Beruf noch sehr viel leisten. Vielleicht ist das auch ein Vorurteil, aber diese Fähigkeit, beides miteinander zu vereinbaren, ist ja auch ein Ausweis einer besonderen Kompetenz.

Schneider: Was tun Sie in „Ihren“ Archiven, um Frauen gezielt zu fördern? Ein wenig klang das schon in anderen Fragen an, aber gibt es darüber hinaus konkrete Mentoring- oder Coaching-Programme oder andere Maßnahmen, wie Sie Frauen dazu bringen, Führungsverantwortung wahrzunehmen?

Andre: In der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung gibt es ein Programm „Mehr Frauen an die Spitze“. Und eine Kollegin und ich, wir haben uns in unterschiedlichen Jahren als Mentorinnen daran beteiligt. Aber im Archiv selbst haben wir keine Frauenförderprogramme.

Höroldt: Für das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ist es so ähnlich. Wir haben keine eigenen Programme, aber insgesamt gibt es in der SPK sehr viele Fördermöglichkeiten, Führungskräftecoachings- und Führungskräfte-seminare. Die richten sich aber an alle Mitarbeitenden, nicht speziell an Frauen. Aber man kann sich einen Coach buchen, und da dann auch die speziellen Themen behandeln.

Heigl: Zum Schluss möchten wir einen Ausblick in die Zukunft wagen. Gibt es Ziele für die Frauenförderung im Archivwesen? Und was könnte gegen strukturelle Vorurteile und Benachteiligung gemacht werden?

Hänger: Für das Bundesarchiv ist es so, dass laut Gleichstellungsplan die komplette Gleichstellung erreicht ist. Wir haben nur noch eine Unterrepräsentanz von Frauen im einfachen Dienst, aber bis in die oberste Behördenspitze – wir sind inzwischen vier im Präsidium – ist überall 50 % Frauenanteil gegeben. Das heißt, rein formal geht es nur noch darum, das auch zu halten. Das heißt aber noch lange nicht, dass alles gut ist. Ich glaube, wir haben im kulturellen Bereich immer noch Defizite und da können wir im Prinzip nur handeln, indem wir jegliche Diskriminierung in aller Form, wenn wir sie mitbekommen, nicht dulden. Dass wir deutlich werden, auch wie Andrea Wettmann gesagt hat, es auch aussprechen. Und auf der anderen Seite brauchen wir natürlich auch strukturell viel mehr Möglichkeiten, um auch so etwas wie

Führung in Teilzeit weiter ausbauen zu können. In den Ministerien gibt es Planstellen für Leitungspositionen, die mit mehr als 100 % hinterlegt sind, damit zwei Frauen eine Stelle teilen und dabei nicht nur 50 %, sondern vielleicht 75 % arbeiten können. Dafür braucht es noch die Voraussetzungen. Dass der Stand insgesamt so gut ist, liegt nicht daran, dass die Frauen besonders gefördert wurden, sondern weil sie trotz der bestehenden Bedingungen Karriere gemacht haben.

Wettmann: Trotz aller Fortschritte geht mir persönlich die ganze Entwicklung viel zu langsam. Wie ich am Beispiel unseres Innenministeriums gezeigt habe, haben wir immer noch Strukturen, Verhältnisse, auch Atmosphären in den Behörden und besonders in Führungsgremien, die Frauen davon abschrecken, Führungspositionen zu übernehmen. Und ich stelle mir immer wieder die Frage, wie man das ändern kann. Frau Hänger hat schon einige Beispiele angeführt. Aber die Maßnahmen müssen sicherlich darüber noch weit hinausgehen. Den Frauen vorzuwerfen, dass sie sich nicht für Führungspositionen interessieren und daher selbst schuld sind, wenn die Verhältnisse sich nicht ändern, greift aus meiner Sicht viel zu kurz. Wir können als Frauen in Führungspositionen dazu beitragen, dass sich etwas ändert. Aber wir brauchen auch männliche Mitstreiter. Immerhin haben wir jetzt auf Bundesebene eine Innenministerin. Das hat mich sehr gefreut.

Höroldt: Auch in Sachsen-Anhalt gibt es eine Innenministerin. Da ändert sich offensichtlich was. Aber ich finde es ehrlich gesagt schon ein bisschen erschreckend, wenn ich mir meine eigene Laufbahn so angucke. Ich war recht oft in der Situation, die erste irgendwo zu sein und auch heute bin ich immer mal wieder in Gremien, z. B. in Historischen Kommissionen, die erste Frau an der Spitze. Und wir leben im Jahr 2022. Ich glaube, wir haben da tatsächlich noch einiges an Entwicklung vor uns.

Dr. Andrea Wettmann

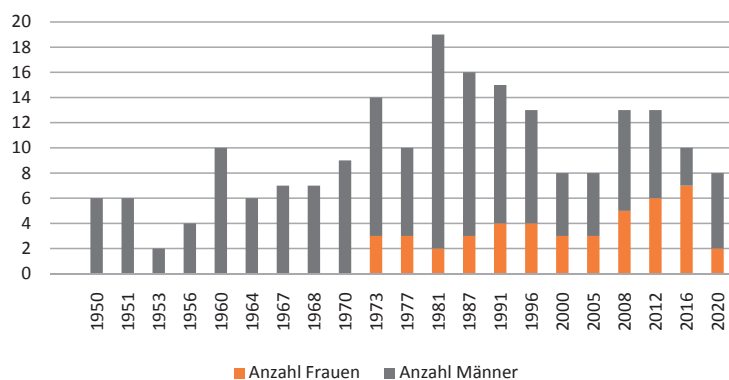
Sächsisches Staatsarchiv

Archivstraße 14, 01097 Dresden

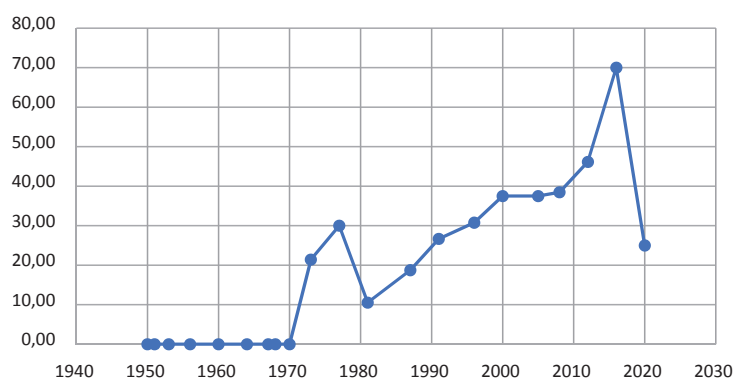
Tel. +4935189219700, Fax +4935189219709

E-Mail: andrea.wettmann@sta.smi.sachsen.de

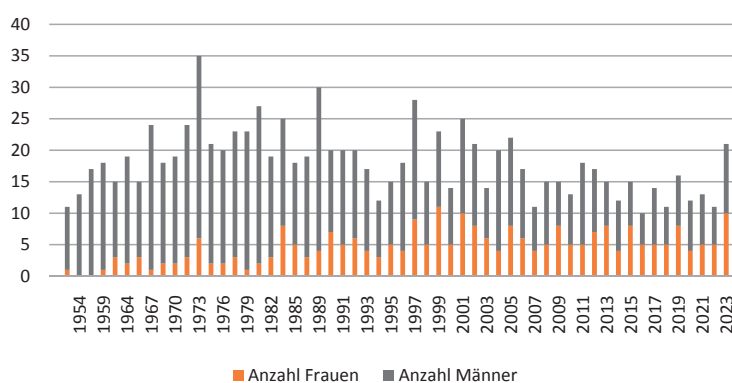
Bayerische Archivschule



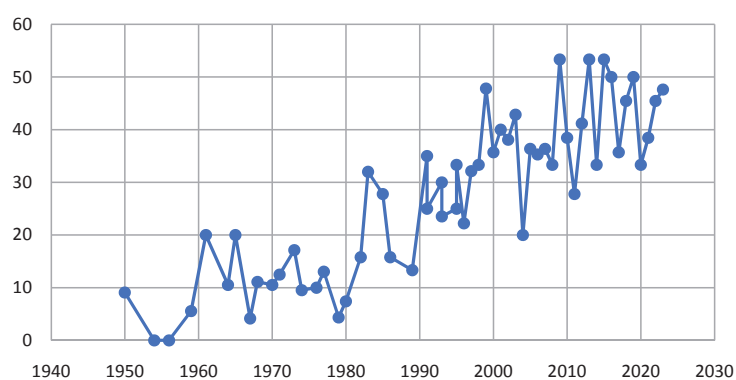
Frauenanteil Bayerische Archivschule (in Prozent)



Archivschule Marburg



Frauenanteil Archivschule Marburg (in Prozent)



FEMINISMUS IM ARCHIV

EIN BLICK AUF DIE ARCHIVE DER FRAUEN- UND LESBENBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND¹

von *Barbara Günther und Silke Mehrwald*

Es war in den bewegten 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, als Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung erstmals daran dachten, die Protokolle, Plakate und Papiere ihrer Aktionen und Projekte aufzubewahren und Archive damit anzulegen. Heute ist es möglich, in der gemeinsamen Datenbank META in den Beständen von mehr als 30, der in i.d.a., dem Dachverband der deutschsprachigen Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen², zusammengeschlossenen Einrichtungen, zu recherchieren, Digitalisate abzurufen und sich im Digitalen Deutschen Frauenarchiv (DDF), dem Portal zur Frauenbewegungsgeschichte, über zahlreiche Akteurinnen und Themen zu informieren. Es ist offenbar viel geschehen in den letzten 50 Jahren. Was genau, das soll in diesem Beitrag dargestellt werden. Dabei stehen die Archive im Mittelpunkt, nicht die Bestände. Kleinere Sammlungen zu regionalen Gruppen der Frauenbewegung gibt es vereinzelt auch in Kommunalarchiven.³ In diesem Artikel aber geht es um die selbstorganisierten Archive aus den Reihen der Frauen-/Lesbenbewegung, die die systematische Überlieferung dieser wichtigen Bewegung betreiben. Sie charakterisieren sich selbst als „Gedächtnis und lebendige Zentren feministischer Bewegungen sowie von Frauen- und Geschlechterforschung“ und wollen „im deutschsprachigen Raum eine hervorragende regionale Überlieferungslage zur Historischen und Neuen Frauenbewegung sowie eine gute Literaturversorgung zu den Gender Studies“⁴ gewährleisten. „Denn generell gilt: Wenn es die autonome Archivarbeit nicht gäbe, würde all das, was lesbisch-feministische Aktivistinnen für das gegengeschichtliche Gedächtnis tun, schlicht gar nicht getan.“⁵ Wie waren die Beweggründe und Entstehungszusammenhänge dieser Frauenarchive? Welche gibt es, wo sind sie zu finden, welche Ziele und Profile haben sie, wie sind sie organisiert, wie sind sie vernetzt und wo sind sie in der allgemeinen Archivlandschaft zu verorten?

WAS SIND „FRAUENARCHIVE“ UND WARUM GIBT ES SIE ÜBERHAUPT?

Ganz bei null hat die Neue Frauenbewegung natürlich nicht angefangen. Zum historischen Kontext der Frauenbewegung – als wichtiger sozialer Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts – gab es punktuelle Überlieferungen. So haben einige große Frauenverbände wie der Deutsche Evangelische Frauenbund (DEF), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) oder der Deutsche Staatsbürgerinnenverband (DSB) ihre Verbandsarchive bewahrt.⁶ Im Landesarchiv Berlin hat mit dem Helene-Lange-Archiv ein Teil der Akten des Bundes Deutscher Frauenvereine und seiner Protagonistinnen überlebt und auch der Lette-Verein und die Alice-Salomon-Hochschule, frühe Orte weiblicher Berufsausbildungen, haben ihre eigenen Archive. Doch die ganze Breite der Bewegung in all ihren Ausprägungen, d. h. sowohl die proletarische, als auch das weite Feld der bürgerlichen Frauenbewegung, von konfessionellen Verbänden bis zum radikalen Flügel, wurde in keinem Archiv überliefert. Zeitgleiche, ähnlich bedeutsame Bewegungen, hatten besser vorgesorgt: So gibt es etwa seit langem das Archiv der deutschen Jugendbewegung und verschiedene Archive befassen sich mit der Arbeiterbewegung, zu der seinerzeit ebenso bedeutsamen Frauenbewegung war Vergleichbares nicht zu finden. Als feministische Forscherinnen sich auf die Suche nach den Vorkämpferinnen in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten machten, stießen sie im Wesentlichen auf Lücken. In Archiven der öffentlichen Hand gab es Zufallsfunde, aber weit und breit keine systematische Überlieferung dieser seit dem 19. Jahrhundert höchst aktiven Emanzipationsbewegung. Dieser Befund war empörend und bedauerlich und so lag die Vermutung nahe, dass das aktuelle Wirken der autonomen Frauen- und Lesbenbewegung wohl ebenso wenig Eingang in die Archive finden würden. Mit dieser Erkenntnis begann in der Bundesrepublik der 1970er Jahre der Gründungsboom der Frauenarchive. Nach ersten aufsehenerregenden Aktionen⁷ nahm die Neue Frauenbewegung richtig Fahrt auf, zum einen mit lautstarken Protesten gegen die §§ 218 ff., zum anderen mit der

Gründung zahlloser Frauen- und Lesbengruppen im ganzen Land. Die „Frauenprojektebewegung“⁸ begann und setzte sich in den folgenden Jahrzehnten fort. Frauen- und Lesbenzentren, Frauenbildungseinrichtungen, Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Frauenbuchläden, Frauenbetriebe entstanden – alle Lebensbereiche gerieten auf den Prüfstand und wurden neu in Besitz genommen. So verging nun kaum ein Jahr, in dem nicht auch ein oder mehrere feministische Archive gegründet wurden. Es begann eine rege Sammeltätigkeit, die nach dem Umbruch 1989/90 und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen weiteren Aufschwung nahm und bis heute anhält.

Allen gemeinsam ist die Stoßrichtung: „Die Dokumente der Bewegung autonom zu bewahren war und ist das Ziel der feministischen Archivarbeit. Zugrunde liegt einerseits das Wissen, dass niemand dies tun würde, wenn nicht die Akteurinnen der Bewegung selbst. Andererseits beansprucht die Lesben- und Frauenbewegung, die Definitionsmacht darüber zu behalten, was für die Überlieferung der eigenen Geschichte relevant ist. In dem Maße wie sich Frauenarchive an kulturpolitischen Aushandlungen beteiligten, desto mehr definieren Frauenarchive selbst ihre Bestände als Teil des Kulturgutes und parallel dazu stieg die Wahrnehmung von Quellen der Frauengeschichte als Teil des Kulturgutes in der Wissenschaft und bei politisch Verantwortlichen.“⁹

Nomen est omen?

Dabei ist der Begriff „Frauenarchiv“ von Entwicklungsprozessen beeinflusst und keineswegs unstrittig. Einige nennen sich selbst tatsächlich so, andere bevorzugen die Bezeichnung „Feministisches Archiv“ oder „Lesbenarchiv“, auch „Gender“ und „Queer“ kommen als Namensbestandteile mehr und mehr zum Tragen. Die Gründung der Archive war kreativ, auch bei der Namensgebung. Es wurde gesammelt, es sollte bewahrt werden und dann wurde ein Name dafür kreiert, der nicht immer gleich auch auf ein Archiv schließen lässt. So hat z. B. eines der ältesten Archive, das im Wesentlichen tatsächlich über Archivgut verfügt, diese Bezeichnung erst vor wenigen Jahren in den Namen aufgenommen: „FFBIZ – Das feministische Archiv“ hieß Jahrzehntlang „Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum“. Zudem ist unabhängig vom Namen bei feministischen Archiven oft die eindeutige Zuordnung zu den herkömmlichen Klassifizierungen Archiv – Bibliothek – Dokumentation – Information schwierig. In der Regel umfassen die Einrichtungen alle Sparten, aber mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Und meist wird die Sammeltätigkeit von Gründung an, in größerem Umfang als in Archiven gemeinhin üblich, mit weiteren Arbeitsfeldern kombiniert: Bildung und Kultur (Lesungen, Stadtrundgänge, Seminare, Workshops, Beratung, u. ä.), Forschung und Publikationen, Kreativwirtschaft. Aber bei aller Verschiedenheit eint die feministischen Archive das Bestreben, die Überlieferung von Frauenbewegung und Frauengeschichte zu sichern.

Organisation und Professionalisierung

Feministische Archive sind ganz überwiegend privatrechtliche Einrichtungen, in der Regel gemeinnützige, eingetragene Vereine, seltener Stiftungen und in wenigen Fällen Teile öffentlicher Einrichtungen (Schulen, Hochschulen, Landesarchiv). Das jeweilige Selbstverständnis hängt nicht nur mit der Organisationsform zusammen, sondern war und ist auch vom Zeitgeist

geprägt. Anfangs wurde oft hierarchiefreies, kollektives Arbeiten jenseits von Herrschaftswissen angestrebt, ein neues Verständnis von Leben und Arbeiten sollte ausprobiert werden, Orte von Frauen für Frauen geschaffen werden. Inzwischen gibt es häufig Geschäftsführer*innen oder Archivleiter*innen und – wenn auch flache – hierarchische Strukturen und die meisten feministischen Archive sind allen Geschlechtern zugänglich. Selbstverständnis und Ausrichtung entwickelten sich parallel zur Forschung, die in dieser Zeit den Paradigmenwechsel von der Frauen- zur Geschlechterforschung in Richtung Gender vollzog. Seit einigen Jahren rückt in einigen Archiven zudem die queer-feministische Bewegung in den Sammlungsfokus.

Auch die immense technische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte ist an den feministischen Archiven nicht vorbeigegangen. Wie alle Archive und Bibliotheken gingen sie den Weg von der Karteikarte oder dem getippten Findbuch zu elektronischen Erschließungs- und Katalogisierungssystemen, zur Archiv- und Bibliothekssoftware.

In aller Regel waren die Initiatorinnen feministischer Archive keine Archivarinnen, nichtsdestoweniger aber wissbegierig und an fachlichen Standards interessiert. Die feministischen Archive haben sich im Laufe der Jahre fachlich sehr stark professionalisiert, sind aber, wie alle Freien Archive, das Mekka der Quereinsteiger*innen. Archivarinnen und Archivare mit dem klassischen Berufsweg über die Archivschule Marburg finden selten den Weg hierher, eher schon Absolvierende der FH Potsdam. Oft sind es aber noch immer engagierte Autodidakt*innen, die sich beherzt und erfolgreich Fachkenntnisse aneignen. Die Anerkennung, die die feministischen Archive in der Fachwelt inzwischen gefunden haben, ebenso wie META und DDF, legen Zeugnis davon ab, dass das funktioniert. Die finanzielle Situation der Einrichtungen steht dem jedoch entgegen. Die wenigsten Einrichtungen verfügen über feste Mittel und es gibt ein hohes Maß an unbezahlt geleisteter Arbeit.

- 1 Wir bedanken uns herzlich bei Cornelia Wenzel für ihre Ideen und Anregungen zu diesem Beitrag.
- 2 Die Diskussionen der autonomen Frauenbewegung in den 1990er Jahren um mehr Sichtbarkeit von Lesben in der Bewegung führte auch zu Umbenennungen der Frauenarchive in Frauen-/Lesbenarchive.
- 3 Vgl. dazu das vom afas. Archiv für alternatives Schrifttum 2014/15 erstellte Verzeichnis der Bestände zu Neuen Sozialen Bewegungen in Kommunalarchiven, online unter: <http://afas-archiv.de/links/verzeichnis-der-bestaende-zu-neuen-sozialen-bewegungen-in-kommunalarchiven/> (aufgerufen am 23.12.2021).
- 4 Selbstdarstellung des i.d.a.-Dachverbandes deutschsprachiger Frauen/Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen, online unter: <https://www.ida-dachverband.de/ueber-ida/> (aufgerufen am 15.01.2022).
- 5 Sabine Balke Estremadoyro, Petra Gehring: Feministische Forschung, frauenbewegte Archive und Digitalität. Ein archivpolitisches Streiflicht, in: CEWS Journal Nr. 116, 13.12.2018, S. 33–39, hier S. 33.
- 6 Die Archive des DEF und des DSB sind inzwischen an das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel übergegangen.
- 7 Hier sei vor allem an den legendären Tomatenwurf 1968 auf der Versammlung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) erinnert, vgl. dazu: Susanne Hertrampf: Ein Tomatenwurf und seine Folgen. Eine neue Welle des Frauenprotestes in der BRD, online unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35287/neue-welle-im-westen?p=all> (aufgerufen am 03.01.2022).
- 8 Vgl. z. B.: <https://taz.de/Frauenprojekte-zwischen-Anpassung-und-Widerstand/!1690780/> (aufgerufen am 08.02.2022).
- 9 Maren Bock, Margit Hauser (2019): i.d.a. - Dachverband der deutschsprachigen Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -informationsstellen e. V., online unter: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/ida-dachverband-der-deutschsprachigen-lesben-frauenarchive> (aufgerufen am 14.11.2021).



Teilnehmer*innen der 53. Jahrestagung deutschsprachiger Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen 2018 in Berlin (Digitales Deutsches Frauenarchiv / Tanja Schnitzler CC BY 4.0)

WAS LIEGT WO? DIE LANDSCHAFT DER ARCHIVE

Eine Besonderheit der feministischen Archive liegt in ihrer häufig zu beobachtenden Sprengel-Ignoranz, womit eine der Grundfesten des Archivwesens unbeachtet bleibt. Die Archive entstanden dort, wo viel Bewegung war und wo sich geschichtsbegeisterte Frauen zusammentaten. Auch wenn es vor dem Hintergrund der dezentralen Organisation der Frauenbewegung den Anspruch „jeder Stadt ihr Frauenarchiv“ gab und gibt¹⁰, wird das wohl ein feministischer Wunschtraum bleiben. Die Landkarte der feministischen Archive ist ein bunter und lebendiger Flickenteppich. Es gibt deutliche Unterschiede in den Sammelprofilen, sowohl was das geographische Sammelgebiet als auch die Differenzierung der Thematik betrifft. Dabei befinden sich die Einrichtungen in engem Austausch und haben dem jeweiligen Sammelprofil entsprechend vereinbart, dass bei Anfragen zu Nachlass- oder Bestandsübergaben aufeinander verwiesen und vermittelt wird. Im Folgenden geht es also weniger um Details der einzelnen Archive, sondern mehr um den Versuch, diese in mancherlei Hinsicht bunte Mischung in einer Typologie darzustellen, die das Gesamtbild klarer umreißen soll. Diese Typologie unterscheidet zwischen den regional orientierten, den deutschlandweit sammelnden und den an einem Thema oder Bereich ausgerichteten Archiven.

Konzentriert auf die Region

Bei Bewegungsarchiven liegt es oft in der Natur der Sache, vor Ort anzufangen, also da, wo die Gruppen sich bilden und wo die Aktivitäten stattfinden. Das bedeutet aber keineswegs, dass sich nun alles in Berlin, Köln oder Leipzig konzentriert – auch auf dem Land und in der Provinz war und ist jede Menge Bewegung. Auf die Regionen ausgerichtete feministische Archive gibt es für Baden-Württemberg (baf Tübingen), Freiburg (Feministische

Geschichtswerkstatt Freiburg, Archiv im Aufbau), das Saarland (FrauenGenderBibliothek Saar), Sachsen (MONAliesA), Dresden (FrauenStadtArchiv), Hamburg (FrauenStadtArchiv und DENKt-RÄUME), Köln (Kölner Frauengeschichtsverein), Bochum und das Ruhrgebiet (ausZeiten und LIESELLE), Bremen und Norddeutschland (belladonna).

Bei einem Blick auf die Deutschlandkarte sind die weißen Flecken unübersehbar. Denn leider kann nicht davon ausgegangen werden, dass überall dort, wo Bewegung war, auch Archive entstanden. Aber es gibt ja noch die Archive, die über das Regionale hinausgehen.

Alles im Blick

Eine dieser überregional sammelnden Einrichtungen ist die GrauZone. Dort liegen die Dokumente der oppositionellen Frauenbewegung, die sich in der DDR in den 1980er Jahren neben dem staats-konformen Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) entwickelt hatte. Mittlerweile befindet sich der Bestand im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, dem Archiv der DDR-Opposition. Ebenso sammelt das Lila Archiv Unterlagen zur Geschichte von Frauen in der DDR und Osteuropa. Im Gegensatz dazu bezogen sich FFBIZ – Das feministische Archiv und der FrauenMediaTurm (FMT) bis 1989 weitgehend auf die westdeutsche Neue Frauenbewegung. Das AddF – Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel ist der Ort für die Überlieferung der historischen Frauenbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert und übernimmt zudem seit einigen Jahren Bestände von Frauenorganisationen, die vor 1970 gegründet und im Deutschen Frauenrat organisiert sind. Das Spinnboden Lesbenarchiv sammelt, wie schon im Namen zu erkennen, zur „Geschichte und Vielfalt des Selbstverständnisses, der Kulturen und Politiken von Lesben in Deutschland und darüber hinaus“.¹¹

Themenzentriert

Und dann befasst sich natürlich nicht jedes Frauenarchiv mit der gesamten Bewegung, sondern mit einzelnen Themenbereichen oder Aspekten. Hierher gehören die anfangs schon genannten Archive des Lette-Vereins und der Alice-Salomon-Hochschule, die weit zurückliegende Bestände aus der Frühzeit weiblicher Berufstätigkeit verwahren und sich vor rund zwanzig Jahren dem Kreis der Frauenarchive anschlossen. Auch das Helene-Lange-Archiv nimmt in der Typologie eine gewisse Sonderstellung ein: Es umfasst die Aktenbestände des Bundes deutscher Frauenvereine und Nachlässe einiger seiner Protagonistinnen, die Bestände des Berliner Frauenbundes 1945 e. V. sowie des Verbandes weiblicher

Arbeitnehmer e. V. und ist eine im Wesentlichen abgeschlossene Sammlung im Landesarchivs Berlin.

Um Komponistinnen, Sängerinnen und Musikerinnen aller Art und aller Zeiten geht es im Archiv Frau & Musik.¹²

Im Folgenden finden Sie eine genaue Aufstellung¹³ der feministischen Archive, die z. T. in erheblichem Umfang Archivgut und Graue Materialien sammeln: Nachlässe, Unterlagen von Gruppen und Initiativen, archivalische Sammlungen, Fotos, Plakate, Interviews, Tondokumente, Filme, Objekte – also Unikate oder zumindest Rara. Nicht aufgeführt sind Bibliotheken und Dokumentationsstellen, auch wenn sie zum Beispiel ein Pressearchiv betreiben.¹⁴

Name, Ort und Homepage	Gründungs-jahr	Sammelschwerpunkt	Sammelzeit-raum	Nachlässe (inkl. Vorlässe und Nachlasssplitter)	Bestände von Körperschaften (Vereinen, Organisationen, Gruppen)	Umfang der Nachlässe und Bestände in Regalmetern
AddF - Archiv der deutschen Frauenbewegung. Forschungs- und Dokumentationszentrum, Kassel www.addf-kassel.de	1983	Frauen- und Frauenbewegungsgeschichte in Deutschland; autonome Kasseler Lesben-/ Frauenbewegung	ab Ende des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts	64	54	750-800
Alice Salomon Archiv der ASH Berlin www.alice-salomon-archiv.de	2000	Internationale und frauenbewegte Soziale Arbeit im Kontext der Geschichte der Hochschule	ab 1850er Jahre	ja	ja	150
Archiv Frau und Musik, Frankfurt am Main www.archiv-frau-musik.de	1979	Frauenmusikgeschichte und Frauen in der Musik	ab 1979	38	–	15
Archiv im Lette Verein, Berlin www.letteverein.berlin/ueber-uns/lette-archiv/	1984	Geschichte des Lette-Vereins und der Frauenberufsbildung und Erwerbstätigkeit	ab 1866	12	1	20
ausZeiten – feministisches Archiv, Bochum www.auszeiten-frauenarchiv.de	1995	Neue Frauen- und Lesbenbewegung in Bochum und im Ruhrgebiet	ab 1970er Jahre	5	30-40	41
baf. Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte Baden-Württembergs, Tübingen www.baf-tuebingen.de	1987	Frauengeschichte Baden-Württembergs	ab 1968 teilweise auch früher (frühestens ab Gründung Baden-Württembergs 1952)	ca. 85	ca. 22	ca. 84
belladonna. Kultur, Bildung und Wirtschaft für Frauen, Bremen www.belladonna-bremen.de	1986	Lesben- und Frauenbewegung sowie LGBTIQ in Bremen und Norddeutschland	ab 1970	ja	ja	200
DENKtRÄUME. Frauen*bildungszentrum, Hamburg www.denktraeume.de	1983	Neue Frauenbewegung, autonome Frauengruppen insbesondere in Hamburg	ab 1970	–	4	8
FFBIZ. das feministische Archiv, Berlin www.ffbiz.de	1978	Neue Frauenbewegung ab 1968	ab 1920	160	100	400

¹⁰ So Maren Bock und Margit Hauser, siehe Fußnote 9.

¹¹ <https://spinnboden.de/archiv-und-bibliothek/archiv-bibliothek/> (aufgerufen am 02.03.2022).

¹² Weitere umfangreiche Bestände finden sich in Archiven, die nicht im ida-Dachverband (dazu unten mehr) organisiert sind, z. B. im schon oben erwähnten Archiv des KDFB oder im Archiv der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen, beide werden ehren- bzw. nebenamtlich von den Verbänden betreut. Das Internationale Frauenfriedensarchiv Asia Jansen, das sich im-

mer eher der Friedens- als der Frauenbewegung zugeordnet, liegt inzwischen als geschlossener Bestand im afas. Archiv für alternatives Schrifttum.

¹³ Die Tabelle beruht auf den Angaben der jeweiligen Einrichtung, die im Rahmen einer Umfrage Anfang 2022 erhoben wurden.

¹⁴ Eine vollständige Aufstellung aller im ida-Dachverband zusammengeschlossenen Einrichtungen mit Kurzportraits und Verlinkungen, online unter: <https://www.ida-dachverband.de/einrichtungen/> (aufgerufen am 22.11.2021).

Name, Ort und Homepage	Gründungs-jahr	Sammelschwerpunkt	Sammelzeit-raum	Nachlässe (inkl. Vorlässe und Nachlasssplitter)	Bestände von Kör-perschaften (Vereinen, Organisationen, Gruppen)	Umfang der Nachlässe und Bestände in Regalmetern
FMT. FrauenMediaTurm. Feministisches Archiv und Bibliothek, Köln www.frauenmediaturm.de	1984	Neue Frauenbewegung, radikaler Flügel der historischen Frauenbewegung	1790er bis 1940er; ab 1960er Jahre	22	11	65
FrauenGenderBibliothek Saar, Saarbrücken www.frauengenderbibliothek-saar.de	1990	Saarländische Frauen(bewegungs)geschichte	ab 1970	3	8	6
Frauenstadtarchiv Dresden www.frauenstadtarchiv.de	2003 ⁵	Dresdner Frauengeschichte; Dresdner Frauenpersönlichkeiten	ab 1857	Ja	Ja	55-60
FrauenStadtArchiv Hamburg www.frauenstadtarchiv.hamburg	2018	Geschichte der Mitgliedsverbände der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen (ahf) und Landesfrauenrat Hamburg und deren Protagonistinnen	ab 1900	12	10	ca. 20
GrauZone. Bestand im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/ddr-opposition-bis-1989/frauenbewegung-in-der-ddr/	1988 ¹⁶	Ostdeutsche Frauenbewegung	1980-1992	ja	ja	35
Helene-Lange-Archiv im Landesarchiv Berlin (LAB) www.landessarchiv-berlin.de/helene-lange-archiv	seit 1988 als Depositum im LAB	Erste Deutsche Frauenbewegung	1888-1933, einzelne Bestände auch darüber hinaus (z. T. bis in die 1990er Jahre)	10	10	ca. 50
Kölner Frauengeschichtsverein www.frauengeschichtsverein.de	1986	Neue Frauenbewegung in Köln	ab 1968	13	22	60
LIESELLE. Frauenbibliothek, Bochum www.liesel-le.asta-bochum.de	1978	Autonome FrauenLesbenbewegung(en) im Ruhrgebiet und überregional	ab 1978	–	4	7
Lila Archiv, Meiningen www.lilaarchiv.de	1991	Frauen und Frauenbewegung, DDR und Osteuropa, widerständige Bewegung, Lesben	ab 1991	12	–	400-500
Louise-Otto-Peters-Archiv, Leipzig www.louiseotto-peters-gesellschaft.de/archiv/archiv	1993	Louise Otto-Peters und Mitstreiter:innen, Anfänge der Frauenbewegung mit Fokus auf Leipzig	1819-1900	2	–	11
MONAliesA. Feministische Bibliothek, Leipzig www.monaliasa.de	1990	(oppositionelle) Frauenbewegung der DDR und der Wendezeit, Queer-Feminismus in Leipzig und Sachsen	ab 1980	1	1	10
Spinnboden Lesbenarchiv & Bibliothek, Berlin www.spinnboden.de	Gründung Archiv-Gruppe 1973 / Gründung Verein 1983	Geschichte, Bewegung & Kultur von Lesben; Feminismus; Queeres Leben	ab 1880er	56	8	Ca. 100

Das hier skizzierte Bild der „Landschaft der Frauenarchive“ ergibt, wie gesagt, kein lückenloses Ganzes, repräsentiert aber gemeinsam mit den Lesben-/Frauenbibliotheken und -dokumentationsstellen eine beeindruckende Infrastruktur. Alle dieser Einrichtungen agieren seit langem auch gemeinsam.

„Allein machen sie Dich ein ...“¹⁷ – Vernetzung

Vielleicht lag es am Zeitgeist um 1980, an der Aufbruchstimmung, am Drive der Bewegung und dem ausgeprägten Gefühl, nur gemeinsam Veränderung durchsetzen und Neues aufbauen zu können – jedenfalls kamen zwischen den ersten feministischen Archiven sehr schnell Kontakte zustande. Seit 1983 gibt es regelmäßige Treffen, anfangs im Frühjahr und im Herbst mit wechselnder Verantwortlichkeit in verschiedenen Städten organisiert, heute jährlich. Sie dienen ganz allgemein dem Austausch, der Verständigung über Sammelprofile und gemeinsame Standards, der kollegialen Fortbildung, aber auch der Entwicklung gemeinsamer Positionen und Strategien. Neben dem individuellen Aufbau einzelner Archive stand und steht das Ziel, gemeinsam für die Überlieferung der Frauen-/Lesbenbewegung, heute auch queeren Bewegung, zu sorgen und die Sichtbarmachung all ihrer Facetten zu forcieren. Dafür ist einerseits solidarisches Handeln und gegenseitige Unterstützung nötig, etwa wenn Archive von Kürzungen bedroht sind. Es braucht aber darüber hinaus auch gemeinsame politische Anstrengungen, um dem Thema insgesamt mehr Gehör und Beachtung zu verschaffen. Um Letzteres voranzutreiben, wurde 1988 der Tag der Frauenarchive begangen, der jährlich am 11. Mai, dem Geburtstag der Lyrikerin Rose Ausländer, stattfindet.

Ähnlich wie am Tag der Archive, wird hier auf die Arbeit der feministischen Archive u. a. mit Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen aufmerksam gemacht. Und 1994 wurde aus dem zwar bereits dauerhaften, aber formal doch losen Zusammenschluss heraus der Dachverband: „i.d.a. – informieren, dokumentieren, archivieren. Dachverband deutschsprachiger Lesben-/Frauenarchive und -bibliotheken“, kurz: i.d.a.-Dachverband gegründet.

DER I.D.A.-DACHVERBAND

Dass i.d.a. kein deutscher, sondern ein deutschsprachiger Dachverband ist, liegt darin begründet, dass es sehr früh bereits Kontakte zwischen deutschen, schweizerischen und österreichischen feministischen Archiven gab, später kamen Luxemburg und Südtirol dazu; das Grenzübergreifende war i.d.a. in die Wiege gelegt. Einrichtungen, die in diesem Kontext über umfangreiches Archivgut verfügen, sind z. B. das Frauenarchiv Bozen – Archivio storico delle donne (www.frauenarchiv.bz.it), die Sammlung Frauennachlässe am Institut für Geschichte der Universität Wien (<https://www.univie.ac.at/Geschichte/sfn/>) und STICHWORT, das Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung in Wien (<http://www.stichwort.or.at/>).

Erste Schritte

Der Schritt vom losen Zusammenschluss zum Dachverband war von der Überlegung geleitet, dass offizielle Vertreterinnen einer „juristischen Person“ und ein gemeinnütziger Verein von politischen Entscheidungsträger*innen und potentiellen Fördergeber*innen ernster genommen werden und mit ihren Anliegen größere Erfolgchancen hätten. Das hat sich als zutreffend

erwiesen. Der Dachverband hat immer wieder mit Stellungnahmen Einfluss nehmen können, wenn Archive von Mittelkürzungen bedroht waren.

Aber auch in der Fachwelt wurden die Archive mit der Zeit aktiver und sichtbarer. Ein erster gemeinsamer Schritt betraf die Zeitschriftendatenbank (ZDB) der Staatsbibliothek zu Berlin. Die Lesben-/Frauenarchive und -bibliotheken verfügen in großer Zahl über Periodika, die oft regional begrenzt und nur in kleiner Auflage erschienen sind. Das ist kein Archivgut im eigentlichen Sinne, sondern gehört zu den raren Beständen Grauer Literatur, die für die Überlieferung aber kaum weniger bedeutsam sind. Diese Periodika fanden in der Regel keinen Eingang als Pflichtexemplar in die Nationalbibliothek. Mit einem gemeinsamen Kraftakt konnten seit 2002 ca. 5.000 Zeitschriften, Jahrbücher, Mitteilungen etc., in die ZDB eingegeben werden. Ungefähr ein Drittel davon war zuvor von keiner anderen Einrichtung gemeldet worden, ist also offenbar nur in Lesben-/Frauenarchiven und -bibliotheken vorhanden. Auch die besitzenden Einrichtungen selbst treten durch die Teilnahme an der ZDB deutlicher in Erscheinung. Doch das war nur der Anfang. 2012 begann das Abenteuer META-Katalog.

META

Viele Archive, viele Datenbanksysteme – zwar existiert in feministischen Archiven eine gewisse Neigung zur Software FAUST, historisch gewachsen werden aber alle möglichen Systeme verwendet. Und da, wie oben schon erwähnt, auch die Dokumentarten vielfältig sind, war der Plan, für all diese Bestände eine gemeinsame spartenübergreifende Datenbank zu entwickeln, ein ambitioniertes Unterfangen, nicht nur aus technischer Sicht. Von der Idee bis zum Onlinegang brauchte es fast zehn Jahre und unermüdliche Lobbyarbeit: 2012 förderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in einem dreijährigen Projekt den Aufbau des META-Katalogs, der 2015 online ging. Heute sind dort die Bestände von 33 Einrichtungen des Dachverbandes zu finden.¹⁸ Stand Ende 2021: 33.295 Einträge zu Archivgut, 23.818 Visuelle Materialien, 231.920 Bücher, 218.634 Artikel, 37.981 Periodika, 8.740 Tonträger, 14.656 Noten und 1.081 Objekte. Die Datenbank wird fortlaufend erweitert und aktualisiert. Der Erfolg von META zog direkt das nächste Projekt nach sich: das Digitale Deutsche Frauenarchiv.

Digitales Deutsches Frauenarchiv

Digitalisierung ist das Gebot der Stunde, auch in den feministischen Archiven. Das 2018 online gegangene DDF¹⁹ war also eine folgerichtige Entwicklung. Es beruht auf dem mit Digitalisaten angereicherten META-Katalog. Mit dem DDF realisiert i.d.a. ein Fachportal zur Geschichte der Frauenbewegungen, das – auf der

¹⁵ Das Frauenstadtarchiv Dresden wurde 2003 – als Nachfolgeeinrichtung des 1995 gegründeten FrauenStadtArchivs – durch den Verein zur Erforschung der Dresdner Frauengeschichte (VEDFG e.V.) weitergeführt.

¹⁶ GrauZone war zunächst ein eigenständiges Archiv. 2003 wurde die Sammlung an die Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, übergeben.

¹⁷ Song von Ton, Steine, Scherben 1971; die B-Seite der Single war, nebenbei bemerkt: Frauen gemeinsam sind stark. Vgl. <http://www.tonsteinescherben.de/diskographie/alleinmachensiedichein.html> (aufgerufen am 27.12.2021).

¹⁸ Zusätzlich wurden weitere Datenquellen eingepflegt: zwei Bibliografien und das GenderOpen Repostitorium, vgl. <https://www.meta-katalog.eu/> (aufgerufen am 27.12.2021).

¹⁹ Vgl. dazu auch: Anke Spille, Stefanie Pöschl: Das Digitale Deutsche Frauenarchiv – Frauenbewegung vernetzt, in: Archivar 2/2017, S. 152-154.

Grundlage der in den Einrichtungen vorhandenen Bestände – Digitalisate, Bestandsdaten und weiterführende Informationen präsentiert. Über biographische Zugänge zu historischen und zeitgenössischen Akteurinnen der Bewegung (Stand Januar 2022: 124), Essays zu Themen (Stand Januar 2022: 102) und einen Blog, in dem aktuelle Geschehnisse, Jahrestage und vieles mehr kommentiert und vorgestellt werden, rückt das DDF Frauenbewegungsgeschichte in die Öffentlichkeit. Die Entwicklung des DDF wurde, wie schon der META-Katalog, vom BMFSFJ zunächst mit Projektmitteln gefördert, dann aber verstetigt. Seit 2020 gibt es eine institutionelle Förderung für das DDF unter Trägerschaft des i.d.a.-Dachverbandes, in die auch META eingeschlossen ist. Diese Förderung beinhaltet die Finanzierung einer Servicestelle mit Fachpersonal für den Betrieb und die technische und inhaltliche Weiterentwicklung von META und DDF sowie einen Projektmittelfonds, aus dem die i.d.a.-Mitgliedseinrichtungen Mittel für Erschließungs- und Digitalisierungsprojekte beantragen können.

Zukunftspläne

Die nächsten Schritte sind bereits ins Auge gefasst. Von Beginn an war geplant, die in META eingebundenen Digitalisate in das Archivportal D und die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) einzubinden. Mittlerweile sind dort die ersten Digitalisate und Datensätze zu finden und einzusehen. Außerdem wird der Blick über die Grenzen gerichtet. Seit langem bestehen Kontakte und Kooperationen, zum Beispiel mit dem Women's Information Network of Europe (WINE), ATGENDER – the European Association for Gender Research, Education and Documentation und EIGE – European Institute for Gender Equality. Da liegt es nahe, so etwas wie den META-Katalog auf europäischer Ebene zu denken. Im November 2020 wurde die Idee META-EU auf der Online-Tagung „Impulse für Europa: Chancengerechte Strukturen und Vielfalt in der Forschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vorgestellt: „Die Initiative META EU – United We Search entwickelt gemeinsam mit Informations- und Forschungseinrichtungen aus allen EU-Mitgliedsstaaten ein gesamteuropäisches Recherchewerkzeug, um den Zugang zu feministischem und frauenbewegtem Wissen in Europa kontinuierlich zu verbessern. Ein Zusammenschluss vieler nationaler Kataloge, basierend auf der Expertise des META-Katalogs, bedeutet einen historischen Meilenstein für die Sichtbarkeit der Frauen- und Geschlechterforschung, der Lesben- und Frauen-geschichte und -bewegungen in der Europäischen Union.“²⁰ Inzwischen gibt es Gespräche mit interessierten Einrichtungen aus verschiedenen Ländern und eine Arbeitsgruppe, die die konkrete Planung vorantreibt.

FEMINISTISCHE ARCHIVE HEUTE – DER WEG VOM 20. INS 21. JAHRHUNDERT

Wie anfangs schon gesagt: es ist viel geschehen in den letzten Jahrzehnten.

Kaum eine andere Bewegung hat die gesellschaftliche Entwicklung seit Ende des 19. Jahrhunderts in dem Maße beeinflusst, wie die Frauenbewegung. Einige Daten zur Erinnerung: Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Mädchen zu höheren Schulen und als Studierende an den Universitäten zugelassen. Mit der Republik wurde 1918 das Frauenwahlrecht Realität, die Verfassungen von BRD und DDR erklärten 1949 die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zum Grundrecht. Frauen durften schließlich sogar

ohne Einwilligung des Ehemannes berufstätig sein – in der DDR von Beginn, also 1949, an, in der BRD seit 1977 (ja, tatsächlich, erst dann!). Seit Anfang der 1980er Jahre wurden kommunale Frauenbüros und Gleichstellungsstellen eingerichtet, heute sind sie flächendeckend vorhanden und auch in Kirchen, Bildungseinrichtungen und größeren Betrieben selbstverständlich. Frauen eroberten politische Führungspositionen: 1953 wurde Hilde Benjamin die erste Ministerin in der DDR (Justiz), 1961 Elisabeth Schwarzhaupt die erste in der BRD (Gesundheit), 1993 Heide Simonis die erste Ministerpräsidentin (in Schleswig-Holstein) und 2006 Angela Merkel die erste Kanzlerin. Auch wenn die Erkenntnis noch nicht in allen Parteien angekommen ist, gehören Frauen heute doch selbstverständlich dazu. Es gilt nicht mehr als weltfremd, ein Kabinett paritätisch zu besetzen.

Natürlich war und ist dies alles kein rauschender Siegeszug und kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass längst noch nicht alles erledigt ist. Frauen werden nach wie vor schlechter bezahlt als Männer, obwohl der Ruf nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit mehr als 100 Jahre alt ist. Frauen übernehmen immer noch den überwältigend großen Anteil der Care-Arbeit – Haushalt, Kinder, pflegebedürftige Angehörige. Beim Aufstieg in Beruf oder Politik sind die gläsernen Decken schnell erreicht, der § 218 ist immer noch nicht abgeschafft und so weiter und so weiter, die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Historische Stationen, an denen die Frauenbewegung für nunmehr überflüssig erklärt wurde, hat es immer wieder gegeben: nach der Erreichung des Wahlrechtes, nach den Verfassungen von DDR und BRD ... Doch es hat sich noch jedes Mal als Irrtum erwiesen, zu denken, nun sei das Ziel erreicht. Also gibt es immer wieder neue Wellen der Frauen-/Lesben- und queeren Bewegung,²¹ es bleibt noch viel zu tun. Und: ja, wir brauchen auch weiterhin feministische Archive.

Die Vielfalt der Archivlandschaft

Die Frauen- und Lesbenbewegung stand und steht mit ihrem Drang, Archive zu gründen, nicht allein. Alle Neuen Sozialen Bewegungen haben zur Bewahrung der „Geschichte von unten“ ihre eigenen Archive gegründet.²² In diesem Zusammenhang der Freien Archive,²³ die die Gegenüberlieferung gewährleisten, sind auch die feministischen Archive zu verorten. Seit geraumer Zeit gibt es jetzt auch eine Annäherung und gegenseitige Wertschätzung der „traditionellen“ und der Freien Archive. Es herrscht weitgehend Übereinstimmung in der Einschätzung, dass alle Archivsparten dazu beitragen, eine umfassende Überlieferung zu gewährleisten, um das gesamte gesellschaftliche Leben abzubilden. Die unterschiedlichen Herangehensweisen und Zugriffsmöglichkeiten betreffen unterschiedliche Aspekte und bilden so das Gesamtbild der kulturellen Überlieferung. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchives, hat es 2020 so formuliert: „... da Archivgut buchstäblich einmalig ist, verhalten die mehr als 1.000 Archive in Deutschland sich komplementär zueinander. Und da macht es nichts, dass nicht alle Einrichtungen, die sich Archiv nennen, einer strengen, auf einer spezifischen Zuständigkeit basierenden Definition entsprechen. Zahlreiche Spezialsammlungen [...] dürfen ebenfalls für sich in Anspruch nehmen, unikaales Archivgut zu sichern und damit Teil des nationalen Gedächtnisses zu sein. [...] Ein Archiv, jedes Archiv ist ein Ort der Vergewisserung, die individuelle und kollektive Erinnerung möglich macht und damit eine wichtige Voraussetzung von Identität auf der Ebene der Person, der Familie sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung darstellt.“²⁴

Auch der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) hat sein über Jahrzehnte gepflegtes Bild eines sehr eng berufsständigen Verbandes zugunsten einer zielorientierten Offenheit aufgegeben. 2007 lud er erstmals beim Deutschen Archivtag zu einer Sektion „Überlieferungsbildung und -sicherung in Freien Archiven“ ein, die von Vertreter*innen Freier Archive gestaltet wurde. Das war der Wendepunkt, der nach und nach auch Kolleginnen und Kollegen aus Freien Archiven in den Verband zog. Meist sind das, wie oben schon erwähnt, berufliche Quereinsteiger*innen, die, wie sich aber seither zeigt, doch bereichernd für die Diskussion von Fachfragen und die Weiterentwicklung des Archivwesens sind. 2009 wurde im VdA der Arbeitskreis Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen (AK NSB) gegründet, in dem Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Archivsparten zusammenarbeiten; auch feministische Archive sind dort vertreten.²⁵ Im Ensemble der Archive in Deutschland haben die feministischen Archive ihren Platz gefunden, ihre Bedeutung ist heute in Fachkreisen unstrittig.

Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang auch das Bestreben zur Überlieferung im Verbund.²⁶ Während dies unter den feministischen Archiven und freien Archiven bereits stattfindet, kann diesbezüglich im Austausch mit den staatlichen Archiven (noch) keine Rede davon sein, dass das tatsächlich funktioniert. Aber es gibt erste Annäherungen und punktuelle Erfolge.²⁷ Der gute Wille ist vielerorts vorhanden, was fehlt, sind meist die Ressourcen, um diesen Ansatz strukturell zu verankern.

Resümee

Es ist viel passiert, dennoch ist längst noch nicht alles gut. Die Leuchttürme META und DDF können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeit in den feministischen Archiven vor Ort fast nie institutionell abgesichert ist. Hier wird immer noch viel zu oft mit befristeten Projektstellen gearbeitet, ist häufig die „ehrenamtliche“, sprich unbezahlte Arbeit nicht für Zusätzliches, sondern für die Aufrechterhaltung des Regelbetriebs nötig. Das bedeutet auch, dass die Überlieferung der Frauen- und Lesbenbewegung nach wie vor nicht nachhaltig gesichert, sondern gefährdet ist. Doch es gibt hoffnungsvolle Zeichen. Im September 2021 besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Archiv der deutschen Frauenbewegung und erklärte dort: „Wir brauchen solche Orte, wir brauchen sie, weil sie uns bewusst machen, wie viel wir den engagierten Frauen zu verdanken haben“ und um „die Erinnerung an diese Hälfte unserer Demokratiegeschichte wachzuhalten.“²⁸ Und er fuhr fort: „Die Geschichte der Frauenbewegung bedarf fortwährender Aufarbeitung. Ohne sie bleibt die Geschichte der Demokratie unvollständig.“²⁹ Wer hätte vor 50 Jahren gedacht, dass mal ein amtierender Bundespräsident so etwas öffentlich sagen würde!

Das macht Hoffnung, aber Realität ist auch: seit November 2021 ruft das FFBIZ – Das feministische Archiv in einem Offenen Brief dazu auf, gegen geplante Kürzungen durch den Berliner Senat zu protestieren³⁰ – 1.741 Unterschriften gibt es bisher. Das Ende der Geschichte ist offen.

FEMINISM IN THE ARCHIVE

This paper deals with self-organized archives of the Lesbian and Women's Movement in Germany which have preserved its records over the last centuries. It analyzes the motivations behind the formation of those archives and their formation processes. Moreover, an overview is given about how many feminist archives exist, where they are located and which purposes and objectives they follow. The authors also give an impression of how feminist archives work, how they take part in networks and what relevance they have in contrast to other German archives.

Barbara Günther

Silke Mehrwald

AddF - Archiv der deutschen Frauenbewegung
Gottschalkstraße 57, 34127 Kassel

E-Mail: info@addf-kassel.de

- ²⁰ Das DDF – einzigartig in Europa. Blogbeitrag vom 11.11.2020, online unter: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/blog/das-ddf-einzigartig-europa> (aufgerufen am 13.01.2022).
- ²¹ Vgl. dazu z. B. die Dossiers der Bundeszentrale für politische Bildung, online unter: <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauenbewegung/> (aufgerufen am 15.01.2022); Von Welle zu Welle. Schlaglichter auf die Geschichte des Feminismus: <https://www.boell.de/de/2018/07/03/von-welle-zu-welle> (aufgerufen am 15.01.2022).
- ²² Vgl. dazu Jürgen Bacia, Cornelia Wenzel: Bewegung bewahren. Freie Archive und die Geschichte von unten, Berlin 2013. Auf der Internetseite des afas. Archiv für alternatives Schrifttum wird ein Verzeichnis Freier Archive angeboten, online unter <http://afas-archiv.de/verzeichnis-freier-archiv/> (aufgerufen am 10.01.2022).
- ²³ Für die aus Bewegungen entstandenen Archive haben sich die Bezeichnungen Bewegungsarchive und Freie Archive herausgebildet.
- ²⁴ Michael Hollmann: Ein Ort der Vergewisserung. Was ist ein Archiv?, in: Politik und Kultur. Zeitung des Deutschen Kulturrates, 3/2020, S. 16.
- ²⁵ Der AK NSB hat z. B. das 2016 vom VdA veröffentlichte Positionspapier zu den Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen erarbeitet, online unter: <https://www.vda.archivnet/arbeitskreise/ueberlieferungen-der-neuen-sozialen-bewegungen-1.html> (aufgerufen am 13.01.2022).
- ²⁶ Vgl. dazu Robert Kretzschmar, in: Anne Fechtel und Julia Kathke: Bericht des Fachgesprächs „Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegung“ am 02.03.2017 im Hamburger Institut für Sozialforschung, online unter: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7110> (aufgerufen am 02.03.2022).
- ²⁷ So haben etwa das Bundesarchiv und das Archiv der deutschen Frauenbewegung 2019 die Akten einiger Frauenverbände mit deren Zustimmung zusammengeführt.
- ²⁸ Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier bei einem Festakt zum 125. Geburtstag von Elisabeth Selbert am 21.09.2021 in Kassel, S. 4, online unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/09/210921-Festakt-Geburtstag-Selbert.html> (aufgerufen am 07.02.2022).
- ²⁹ Eintrag von Frank-Walter Steinmeier und Elke Bündenbender im Gästebuch des Archivs der deutschen Frauenbewegung am 21. September 2021; siehe auch: Christina Hein: Wir nehmen gerne auch das Original. 125 Jahre Elisabeth Selbert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Kassel, in: Hessische Niedersächsische Allgemeine, 22.09.2021, S. 2.
- ³⁰ <https://ffbiz.de/offenerbrief> (aufgerufen am 11.01.2022).

STICHWORT „FRAUEN“ UNGELÖST

FRAUEN- UND GESCHLECHTERFORSCHUNG IN UND MIT ARCHIVEN

von *Julia Paulus*

Als 2018 auf dem Historikertag in Münster erstmals eine Sektion der „Freien Archive“ stattfand,¹ konnten die Veranstalter*innen bereits auf eine seit mehreren Jahren fruchtbare Zusammenarbeit mit staatlichen Archiven verweisen wie auch auf Erfolge in ihrem Bemühen, das lange Zeit „Unsichtbare“ durch eigene Sammlungs- und Forschungstätigkeiten sichtbar gemacht und das vielfältige außerparlamentarische Engagement und Protestgeschehen der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) der letzten 50 Jahre als sammlungswürdig anerkannt bekommen zu haben,² wenngleich erst wenige staatliche Archive einen systematischen Bestandsaufbau zu diesen Überlieferungen betreiben.³ Neben der Schwierigkeit, nichtstaatliches Material von Organisationen sowie Protagonistinnen und Protagonisten, die sich (ehemals) als „autonom“ und somit dezidiert staatsfern definierten, zur sicheren und nachhaltigen Aufbewahrung und Erschließung an- und einzuwerben, besteht eines der größten Probleme für Landes- und Kommunalarchive sicherlich darin, das bereits vorhandene wie das laufend neu zu bewertende Archivgut für die Forschung aufzuschließen bzw. dementsprechend als aufbewahrungswürdig zu bewerten. Beanspruch(t)en diese „Bewegungen“ doch eine kopernikanische Wende im Denken (wie Fühlen) und Handeln eingläutet zu haben, fern ab von traditionellen Formen und Inhalten der bisherigen Politik. Dazu gehörte sowohl die Forderung nach anderen Partizipations- und Entscheidungsweisen wie vor allem der Verweis auf die Berücksichtigung der – zuvor häufig genug als „nicht relevant“ erklärten – nun als eigentlich notwendig erkannten lebensweltlichen Belange.⁴ So standen im Mittelpunkt dieser vielfältigen Demonstrationen des Neuen bisher ausgeblendete Themen wie die Angst vor Umweltzerstörung oder Friedensverlust, andere Formen der politischen Partizipation – wie Bürgerinitiativen und Hausbesetzungen – und kulturellen Emanzipation – wie sozio-kulturelle Zentren – oder es wurden Zustände benannt, die – in Erziehungseinrichtungen und im Familiären verborgene – Gewaltverhältnisse nun erstmals sagbar machten. Nicht selten jedoch wurde diesen Zugängen despektierlich das Etikett „privat“ angeheftet. Und gerade aus diesem Grund sollte

das Private nun als das „eigentlich“ Politische anerkannt werden – eine Erkenntnis und schließlich eine der weitreichendsten Forderungen vieler Gruppierungen der NSB, die ihren Ursprung jedoch zunächst in erster Linie in den Forderungen der Neuen Frauenbewegungen besaß.⁵ Denn hier besaß der angesagte „Perspektiven-“ oder „Blickwechsel“ neben dem auch durchaus spielerischen und provokanten Gestus eines alternativen Lebensstils tatsächlich einen existentiellen Impetus, konnten die Aktivistinnen doch bereits ihre politischen Theorieentwürfe aus der Reflektion über ihre eigenen „praktischen“ Lebenslagen entwickeln. Zwar wurde auch in anderen Formationen der NSB über Gleichberechtigung, Geschlechtergerechtigkeit sowie ganz konkret Fragen nach geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen und alternativen Lebensformen jenseits eines Patriarchats und traditioneller Heteronormativität diskutiert, dies jedoch auch hier in der Regel (zunächst) ausschließlich von Frauen.⁶

Wie dieses historisch aktuelle Forschungsbeispiel deutlich macht, führen in allen Zeiten und Epochen gesellschaftliche und kulturelle Vorstellungen, wie sie zum Beispiel durch familiäre Erziehung, Schul- und Berufsausbildung geprägt wurden, aber auch strukturpolitische Weichenstellungen zu ungleichen Voraussetzungen für soziale Verortungen. Auch in den Köpfen, den mentalen Dispositionen der Handelnden und Behandelten, können auf diese Weise Denk- und Verhaltensräume eingengt oder geweitet werden, bis hin zu (gesamt-)gesellschaftlichen Auf- und Umbrüchen. So zeigen zum Beispiel Studien zum Ruhrgebiet, dass es hier lange Zeit kaum Veränderungen in der Einstellung zu der im hohen Maße geschlechterspezifisch organisierten Arbeitsteilung gab – weder in der als „männlich“ vorgestellten Arbeitswelt noch in dem als „weiblich“ kodierten Privatleben.⁷

Zu den Grundsätzen dieses zählebigen Modells, das schon früh von der historischen Geschlechterforschung als angebliche naturgegebene Grenzziehung zwischen „Öffentlichkeit“ und „Privatheit“ entlarvt wurde,⁸ gehört nicht zuletzt auch die diesem Modell eingeschriebene Konstruktion einer Geschlechterhierarchisierung, die sich sowohl auf der Ebene der Zuordnung und (Ver-)

Teilung von (Erwerbs-)Arbeit zeigt wie aber auch auf der Ebene der rechtlichen, sozialen und politischen Partizipation. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass insbesondere geschlechterhistorisch inspirierte Archivstudien bei der Erforschung von Ungleichheiten wie auch von eroberten Freiräumen diesen Grenzbeziehungen und Grenzverletzungen häufig im Sinne einer Erforschung der Devianz nachgehen.⁹

Bei der Recherche hierzu bietet es sich sicherlich zunächst immer noch an, nach dem „Titel“-Stichwort der zumeist als „Besondere“ oder „Andere“ im allgemeinen Verwaltungshandeln Identifizierten Ausschau zu halten: den Frauen. Und tatsächlich lassen sich über eine solche Suchfunktion nicht selten bereits „Zufallstreffer“ ausfindig machen. Sei es, dass es in der Stadt X entgegen der Erwartung doch Ausbildungsstellen für Handwerkerinnen gab und einige von ihnen sogar ihren „Meister“ machen konnten; sei es, dass die einzige Politikerin bis weit in die 1980er Jahre auf diese Weise in der Gemeinde A gefunden werden konnte, die zuvor in keinem Stadtverordnetenprotokoll Erwähnung gefunden hatte. Auf diese Weise können auch Statistiken zum Vorschein kommen, die die geschlechtsspezifische Verteilung von Erwerbstätigen und Arbeitslosen oder Schüler*innen in weiterführenden Schulen einer speziellen Region sichtbar machen.

Über dieses Instrument lässt sich zunächst zumindest bereits nach dem quantitativen „Verhältnis“ von Männern und Frauen in einer bestimmten sozialen Situation fragen, in deren Rahmen es anscheinend nötig wurde, dieses Verhältnis offen zu legen. Eine weitergehende Analyse der Relationalität von Geschlecht (gender) als Kategorie der sozialen Ungleichheit – analog zu den Kategorien von Race (Ethnien) und class (sozialen Schichten) – im Rahmen der historisch inszenierten Form der Zweigeschlechtlichkeit bedarf dann darüber hinaus jeweils einer genaueren Untersuchung des Kontextes ihrer Entstehung. Wenn die Gewissheit darüber, was vermeintlich eindeutig „männlich“ oder eindeutig „weiblich“ ist, immer wieder neu beschrieben und hergestellt werden muss,¹⁰ gilt es nach den Agentinnen und Agenten der jeweiligen Übereinkünfte zu fragen, auf welche Weise und mit welchem Ergebnis welche Vor-Stellungen von Geschlecht jeweils ausgehandelt und durchgesetzt und wie das Verhältnis oder das Bezogen-Sein von Mann-Sein und Frau-Sein gestaltet wurden. Deutlich wird bei einem solchen Perspektivenwechsel, dass neben Distinktionsmerkmalen wie Generationalität oder Ethnizität vor allem das Geschlecht quer zu allen anderen Kategorien darüber entscheidet,¹¹ ob und in welcher Weise Inhalte in (zivil-)gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen Relevanz erhalten und welcher Teil der Menschheit partizipieren darf, kann oder gar „soll“.¹² In diesem Sinne bedarf das Arbeiten in Archiven – wie stets – eines neugierigen offenen wie zusätzlich eines kompromisslos „anderen“ Blicks auf Archivalien.

WOMEN AND GENDER RESEARCH IN AND WITH ARCHIVES

Why and in what way do gender-historically inspired archival studies explore, above all, inequalities, demarcations and border violations as well as conquered free spaces?

Dr. Julia Paulus

LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte

Karlstr. 33, 48147 Münster

Tel. 0251 591-5880, Fax: 0251 591-3282

E-Mail: julia.paulus@lwl.org

Webseite: <https://www.lwl-regionalgeschichte.de/de/institut/team/julia-paulus/?edit&language=de>

- ¹ Vgl. den Tagungsbericht: HT 2018: Die Archive der Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen. Überlieferung einer gespaltenen Gesellschaft, 25.09.2018–28.09.2018 Münster, in: H-Soz-Kult, 09.11.2018 [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7938 (25.02.2022)]. Vgl. hierzu und im Folgenden auch: Julia Paulus: Neue Soziale Bewegungen in den (nordrhein-westfälischen) Regionen, in: *Geschichte im Westen* 35 (2020), S. 129–147.
- ² Vgl. hierzu: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Überlieferungsprofil Nichtstaatliches Archivgut, Düsseldorf 2011; vgl. auch das 2016 vom Gesamtvorstand des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. (VdA) veröffentlichte Positionspapier (<https://www.vda.archiv.net/arbeitskreise/ueberlieferungen-der-neuen-sozialen-bewegungen.html> [25.02.2022]).
- ³ Vgl. Jürgen Bacia, Anne Niezgodka, Claudia Spahn: Große Defizite bei Kommunalarchiven, in: *Der Archivar* (2015), H. 3, S. 251–254 (https://www.archive.nrw.de/archivar/hefte/2015/Ausgabe_3/Archivar_2015_3_.pdf [25.02.2022]). Vgl. zu Archiven mit Sammlungsschwerpunkten zu den NSB z. B. Wolfgang Bender: Emanzipation und Protest in den Beständen der Abteilung Ostwestfalen-Lippe des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, in: *R@senland. Zeitschrift für lippische Geschichte* 21 (2018), Dezember-Heft, S. 45–52 (<https://www.rosenland-lippe.de/wp-content/uploads/2018/12/Rosenland-21.pdf> [25.02.2022]).
- ⁴ Vgl. zu den „neuen“ Inhalten, Protest- und Lebensformen der NSB u. a.: Julia Paulus (Hrsg.): *„Bewegte Dörfer“. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970–1990*, Paderborn 2018.
- ⁵ Vgl. zum Slogan „Das Private ist Politisch“ und seine Einbettung in die NSB: Heike Kahlert: „Das Private ist politisch!“ Die Entgrenzung des Politischen im Kontext von Anthony Giddens' Strukturierungstheorie, in: Cilja Harders, Heike Kahlert, Delia Schindler (Hrsg.): *Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften*, Opladen 2005, S. 147–173.
- ⁶ Vgl. Lothar Rolke: Erinnerung an die Zukunft der Demokratie: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland – 40 Jahre Soziale Bewegungen, in: *FJNSB* 2 (1989), S. 9–17, S. 15.
- ⁷ Vgl. hierzu z. B. Martin Lücke: Von der gefährlichen Arbeit unter Tage. Männer- und geschlechtergeschichtliche Perspektiven einer Geschichte des Ruhrgebiets, Version 1.0, in: *frauen/ruhr/geschichte* (https://www.frauen-ruhrgeschichte.de/frg_wiss_texte/von-der-gefaehrlichen-arbeit-unter-tage-maenner-und-geschlechtergeschichtliche-perspektiven-einer-geschichte-des-ruhrgebiets [25.02.2022]).
- ⁸ Vgl. Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hrsg.): *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen*, Stuttgart 1976, S. 363–393.
- ⁹ Vgl. hierzu Titel wie: Tabitha Buser: *Eigen-sinnige Schwestern. Devianz unverheirateter Frauen in der Basler Mission (1842–1914)* (<https://infoclio.ch/de/eigen-sinnige-schwester-devianz-unverheirateter-frauen-der-basler-mission-1842-%E2%80%93-1914> [25.02.2022]); Die Konstruktion des devianten Mädchens in der Sozialfürsorge im 20. Jahrhundert, Ravensbrücker Kolloquium (<https://www.hsozkult.de/event/id/event-90622> [25.02.2022]).
- ¹⁰ Vgl. hierzu u. a. den Sammelband: Christiane Eifert (Hrsg.): *Was sind Frauen? Was sind Männer. Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel*, Frankfurt 1996.
- ¹¹ Vgl. zur Problematik des Generationenbegriffs, der in der Regel männlich dominiert ist, u. a.: Jürgen Reulecke: Einführung – Lebensgeschichten des 20. Jahrhunderts – im ‚Generationencontainer‘?, in: ders. / Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. VII–XVI.
- ¹² Vgl. hierzu – am Beispiel der politischen Partizipation von Frauen in der Weimarer Republik – die Kritik an der ‚falschen‘ Entscheidung oder dem sich den Wahlen enthaltenden Verhalten von Frauen: Julia Paulus: *Zivilisierung der Politik in der Weimarer Republik*, in: Dorothee Linnemann (Hrsg.): *„Damenwahl“ – 100 Jahre Frauenwahlrecht. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung*, Frankfurt 2018, S. 204–207, hier bes. S. 207.

FROM VICTIM TO SURVIVOR OF NAZI PERSECUTION

GENDERING THE COLLECTION OF THE POLISH RESEARCH INSTITUTE (PIŻ) IN LUND

by *Izabela A. Dahl*

Since 2017, the Lund University library's webpage provides access to the digitized and translated private collection of testimonies from Polish concentration camp survivors who came to Sweden as a part of the Red Cross White Busses rescue action. These testimonies were collected in the immediate aftermath of the World War II by the Polish Research Institute (PIŻ) and they are a part of the larger so-called Ravensbrück Archive, which was donated to Lund university library by the heirs of its founder Zygmunt Łakociński in 2004.

Considering the fact that most staff member involved with the practical work related to the emerging collection were women and that the testimonies were from interviews largely conducted with survivors from the women's concentration camp of Ravensbrück, the aim of this contribution is to scrutinize why and how gender matters to this archive and what the collection meant to both for the interviewees and the interviewers. Through observations regarding the process of making the collection available for research and considering the archival sources, the article situates the gender dimension in relation to victims of Nazi persecution by pointing to active engagement with work that approaches the experienced trauma. Contextualized by the conditions of working women in the social sector in the first half of the 20th century in Sweden, the article seeks for possible explanations to the fiasco of funding applications that led to the shutdown of the short-lived but still unique project in 1946.

GENDERING THE ARCHIVE

At the first glance the analytical category of gender and the collection of testimonies provided by survivors from the World War II who came to Sweden in April and May 1945 can easily get stuck in the numbers of the interviewed female and male survivors and the question, if gender mattered to these people who survived the unimaginable as the term gendering is usually used as a division, classification and differentiation with respect to social relations. However, as Leah Bassel points out, the term is useful in the con-

text of archival work as the work is usually provided in social contexts which is why the deliberative approaches to debates about gender, culture and religion can be insufficient because they only allow politics within certain parameters, thereby potentially ignoring and even constraining more radical forms of democratic agency.¹ Also Malin Thor's approach on the narratives of Swedish Jews about refugees and survivors as well as on refuge aid and aiding activities during and after WW II emphasizes the need to consider the agency of the refugees themselves and to recognize their initiatives and actions while studying the archival sources as a way to analytically go beyond the scope of the nation states and aid organizations in studies on aid and relief work.²

In order to consider the gender dimension with respect to the archival material of the Łakociński collection, I follow Maria Tamboukou's term "archival sensibility"³, which describes a methodological approach to archival research, and which she describes as part of the overall epistemological stance of „situated knowledges“.⁴ Tamboukou points out, that archives are usually perceived as the end of the active life of a document, a place where a document is deposited to be protected and preserved for the creation of future memories and histories. "And yet archives are beginnings as much as they are ends: they give their documents a new life and particularly with the advent of digitisation, new and diverse forms of life; but they can also deprive their documents of a future life, by hiding them through mysterious cataloguing structures, complex classification practices or simply impromptu spatial arrangements."⁵

Following the aspect of agency of the survivors and applying Tamboukou's approach of archival sensitivity, it is worth seeking out the intersections between the analytical category of gender and the collection of oral testimonies in the Łakociński archive from the perspective of the archivist, and to pose questions about what an archivist might do in order to make this material accessible for research. This question points to the need of accessibility of the sources with respect to various aspects regarding the

origins of the collection, particular the process how the collection was established, or more precisely, how the interviews were collected. In other words, archival sensitivity here shifts attention to the process of collecting the records and to the effects of the encounters which the involved persons experienced through their work.

In the case of the testimonies collected by the PIŻ in Lund, gender is an interesting dimension of survival, as the majority of the interviewers and the interviewees were both women and survivors. In this sense, studies of their testimonies and work can contribute to understanding the process of healing from being a victim to becoming a survivor, in doing so recognizing their experience of trauma and scrutinizing how the interviewees dealt with it, what the work collecting oral testimonies in a professional manner meant for them, and how their work can be understood not only in relation to their past, but also in relation to the continuity of their lives after WW II.

ŁAKOCIŃSKI COLLECTION IN HISTORICAL RESEARCH

My first contact with the records collected by the staff members at the Polish Research Institute in Lund in the aftermath of the Second World War was in 2007, a year after a casual conversation with the then director of the Jewish Historical Institute in Warsaw, Professor Felix Tych. Tych told me about the Łakociński-collection in Sweden that had returned from the Hoover-Institute in the United States and was stored in the cellar of the university library in Lund. Tych was asked to provide his expertise on the returned records. He acknowledged the unique character of the material and its historical value. He has also shared the impression, that the material deserved a genuine pilot study.⁶

Since then, the collection of oral interviews with survivors of the Nazi persecution has been made available using the digital platform ALVIN⁷ and the research interest in the material grew steadily, even if mostly in relation to already ongoing projects on related topics.⁸ The launch of the digital collection at the university library in Lund and the recent decision to establish the Swedish Holocaust Museum gave the final push for the now arriving reports⁹, overviews¹⁰ and important research studies.¹¹ But still, the gender dimension of the collection is an intriguing aspect that needs to be approached as a contribution to the growing field on early Holocaust memory in Sweden.¹²

However, it needs to be emphasized that even if the Łakociński collection has not seen much attention in the Swedish research context until very recently, internationally, it has been well-known since the first, and still most comprehensive study on Ravensbrück, published in 1965 by Wanda Kiedrzyńska. Sigrid Jacobeit and Simone Erpel followed the same path with respect to the documents saved at the Ravensbrück National Memorial and Eugeniusz Kruszewski published the first monograph on the history of the Polish Research Institute.¹³ All these contributions have laid important groundwork for the studies to come, even if they are only available in German and Polish.

THE DIGITIZED TESTIMONIES

The post-war collection of oral testimonies with the arrived concentration camps survivors was a new project which followed previous documentary work conducted by Zygmunt Łakociński

during the war. The recruitment and employment of staff that could conduct interviews was accompanied by both formal and economic obstacles. Moreover, the establishment of the Polish Research Institute (PIŻ) was delayed by the repatriation of survivors to Poland between October and December 1945, which resulted in the departure of potential candidates for work at the Institute.¹⁴ Collecting testimonies was a demanding task and was often interrupted by the weakness and psychological condition of the concentration-camp survivors who took part. The work of the PIŻ employees resulted in 512 handwritten testimonies, signed by Polish survivors. The personal acquaintance of the PIŻ members

- 1 Leah Bassel (2012), *Refugee Women: Beyond Gender Versus Culture*. New York.
- 2 Malin Thor Tureby (2020), "Svenska judars berättelser om flyktingar, överlevande och hjälpverksamheter under och efter Förintelsen", *Nordisk Judaistik / Scandinavian Jewish Studies*, (31:2), 60-84.
- 3 Niamh Moore (2017), *The Archive Project*. Archival Research in the Social Sciences.; Maria Tamboukou (2017), "Reassembling Documents of Life in the Archive", *European Journal of Life Writing*, 6, 1-19.
- 4 Donna Haraway (1988), "Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective", *Feminist studies*, (14:3), 575-599.
- 5 Tamboukou, "Reassembling Documents of Life in the Archive".
- 6 Izabela A. Dahl (2007), "... This is Material Arousing Interest in Common History; ... 'Zygmunt Łakociński and Polish Survivors' Protocols", *Jewish History Quarterly*, (223:3), 319-339.
- 7 ALVIN is a national Swedish platform for digitalized collections of Swedish cultural heritage institutions as a collaborative project maintained by Uppsala University Library, the University of Gothenburg and the University Library in Lund.
- 8 Malin Thor (2010), "På tröskeln till Kalmar. Kommittén för flyktinghjälp. Den Mosaiska församlingen och flyktingarna i Kalmar 1945-1946", in Lars Berggren et al. (eds.), *Samhällshistoria i fokus. En festschrift till Lars Olsson om arbete, migration och kultur*, Malmö, 193-211.; Malin Thor and Jesper Johansson (2016), "Att minnas migrationen. Nordiska Museets insamlingar av invandrades berättelser", *Socialvetenskaplig tidskrift*, (23:3-4), 321-345.; Tureby, "Svenska judars berättelser om flyktingar, överlevande och hjälpverksamheter under och efter Förintelsen".
- 9 Malin Thor Tureby and Kristin Wagrell (2020), *Vitnesmål från Förintelsen och de överlevandes berättelser. Definitioner, insamlingar och användningar, 1939-2020*, Stockholm.
- 10 SOU (2020), "Holocaust Remembrance and Representation. Documentation from a Research Conference", Stockholm.; Vibeke Kieding Banik et al. (2021), "Jewish Archives and Sources in the Nordic Countries. The Current State of Affairs and Future Prospects", *Nordisk Judaistik / Scandinavian Jewish Studies*, (32:2), 54-80.
- 11 Izabela A. Dahl (2011), "Collective Memory and National Identity Constructions: Polish Survivors' Records in Sweden", in David Cesarini et al. (eds.), *Landscapes after Battle. Justice, Politics and Memory in Europe after the Second World War* (2; London and Portland, 2011), 169-186.; Katrine Tinning (2021), "Protocol No. 008. Solidarity, Vulnerability, and the Survivor Testimony as a Post War Battlefield of Memory", *Holocaust Studies*, 1-25.; Victoria van Orden Martínez (2021), "Witnessing against a Divide? An Analysis of Early Holocaust Testimonies Constructed in Interviews between Jewish and Non-Jewish Poles", *Holocaust Studies*, 1-23.; Izabela A. Dahl (2021), "Witnessing the Holocaust. Jewish Experiences and the Collection of the Polish Source Institute in Lund.", in Pontus Rudberg and Johannes Heuman (eds.), *Early Holocaust Memory in Sweden. Archives, Testimonies and Reflections*, Cham, 67-91.
- 12 Johannes Heuman and Pontus Rudberg (eds.) (2021), *Early Holocaust Memory in Sweden Archives, Testimonies and Reflections*, Cham.
- 13 Wanda Kiedrzyńska (1965), *Ravensbrück. Kobiety obóz koncentracyjny*, Warszawa.; Sigrid Jacobeit and Simone Erpel (eds.) (1995), "Ich grüße Euch als freier Mensch". Quellenedition zur Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück im April 1945, Berlin.; Simone Erpel (2003), "Documented Traumas. Interviews with Polish Survivors of Ravensbrück Women's Concentration Camp, Carried out in Sweden in 1945/46", in Johannes-Dieter Steinert and Inge Weber-Newth (eds.), *Beyond Camps and Forced Labour. Current International Research on Survivors of Nazi Persecution. Proceedings of the International Conference London, London, 301-310*; Eugeniusz Kruszewski (2001), "Polski Instytut Źródłowy w Lund (1939-1972). Zarys historii i dorobek"; Klaudyna Michałowicz (2020), *A Story Not to Be Forgotten. The Polish Perspective*, Szczecin.
- 14 Dahl, "Witnessing the Holocaust. Jewish Experiences and the Collection of the Polish Source Institute in Lund".

with the potential interviewees or other connections were often key to the work being conducted effectively. The assistants tried to collect as much as possible through correspondence. In most cases, however, people simply refused to take a pen in their hand, and in these cases, the team had to meet with them personally. In February 1946, the PIŻ team was made up of nine individuals, all former political prisoners. Restricting the number of employees to nine was connected to the National Labour Market Commission's limited funds and to the fact that no other potential candidates received work permits from the Swedish authorities. To carry out the collection of material efficiently, there was a division of tasks within the group. One of the PIŻ assistants, Ludwika Broel-Plater, drew up a list of specific words used by the inmates in the concentration camps, as they were later also used in the testimonies, and reflected the conditions in the camps. Another co-worker, Helena Dziedzicka, translated correspondence into and from English and French. Irena Jaworowicz typed out all the documents for the group. Krystyna Karier oversaw meetings and financial matters. Bożysław Kurowski worked with legal issues. Helena Miklaszewska was responsible for accounting and listing the ex-prisoners who died, while Luba Melchior worked with the archive and was responsible for Jewish matters. Józef Nowaczyk mapped out places related to the concentration camps, and Halina Strzelecka produced different card index registers. The major work of collecting testimonies was carried out in January 1946, when five assistants visited 14 temporary centres in Sweden.¹⁵ Today, the documentation is unique, not only because the testimonies were collected shortly after the survivors' arrival in Sweden, but also due to the high academic standards of the documentary work. All testimonies follow a standardized template that includes information regarding the place and date of the record, the record number, and personal information of the interviewees, including their religious affiliation. Most of these witness reports are between five and 10 handwritten pages long and all are written in Polish. The final records are signed by both the witness and the staff member who was in charge of the particular document, usually the interviewer. All follow an overarching reliability approach consistent throughout the collection that includes an additional text at the end of each record. This extension is a combination of outlines and verbatim witness accounts confirming, complementing, or critically reviewing the testimony. According to the methodological guidelines prepared by the Swedish historian Sture Bolin, these comments would substantiate the witness accounts by another witnesses, who in practice were the PIŻ assistants themselves.¹⁶

Some collected testimonies were neither completed nor registered. These unfiled and unregistered documents are stored as a separate deposit belonging to the larger Łakociński archive but have never been included as a part of the official records. The deposit consists of unfiled records containing about 69 documents and seven fragments, about half of which are from Jewish survivors.¹⁷ The major difference between the unfiled documents and the collection of testimonies is that the unregistered documents do not follow the standardized questionnaire. Hence, they are far more heterogeneous in regard to their textual form. Unlike the official records, they do not follow the fact-oriented approach of the collection and include neither confirmatory nor critical extensions. The variety of genre represented in these documents makes the unfiled documents particularly interesting for historical studies because they offer high explanatory value due to the fact that they

permitted the expression of emotions in relation to the conditions of the everyday life of the victims to the Nazi atrocities.

WOMEN'S ENGAGEMENT IN AIDING ACTIVITIES AND THE NEW APPROACH IN HISTORICAL STUDIES

As Malin Thor Tureby and Kristin Wagrell have pointed out, Łakociński's project has rarely been connected to, or understood as part of, the internationally ongoing documentation work.¹⁸ However, it can be considered that there is a general need for broader contextualization of the project. Which can be driven by interest in understanding the women's working conditions in relation to aid and refuge at that time as the refugee reception in Sweden during the 1930s and 40s was mainly organized under the auspices of civil society within the so-called refugee committees and built on support from the volunteers.¹⁹

Women's involvement in aiding activities is a relatively often ascertained aspect of the refugee aid, although still vastly unexplored.²⁰ The refugee committees, which assisted refugees during their stay in Sweden, had an important mediating function between individuals in need of help on the one hand, and the authorities, with their regulations and requirements on the other. During the 1930s, there was widespread opposition to married women working and until 1939, marriage was a legal basis for dismissal. One of the leading female figures who was deeply involved in refuge and aid within the system of committees during the war was Ingrid Segerstedt Wiberg. As daughter to the editor-in-chief of the newspaper "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" she volunteered in her refuge-related work up until 1945, when she was finally employed as an assistant for stateless refugees by the city of Gothenburg.²¹ In her memoirs, she wrote that social norms strongly influenced society's perception of women's duty to refrain from professional commitment and that in many places it was considered reprehensible for married women to seek work.²² The societal norm was supported by the Swedish Parliament's demand to limit the number of married women in public service in times of unemployment. In the spirit of the times, women's social engagement can be considered a permissible form of meaningful activities but still strongly belonging to the unpaid sector of social work which explains the precarious situation of employment of the female survivors actively engaged in collecting testimonies. Ingrid Segerstedt Wiberg's experience explains the low status of women at the labour market and in relation to work with refuge. The historian Ulla Wikander criticized the fact that the relationship between men and women on the labour market had barely changed as both male workers and employers considered women were best suited as auxiliary workers and in subordinate, lower paid jobs.²³ At the same time has Olwen Hufton, who wrote on the history of European women, 1500-1800, has pointed out that women have always been the poorest.²⁴ The general economic situation determined whether women would be given the opportunity to enter more professional or educational areas that required work or not. According to Hufton, during the period women were constantly brought back to work at the bottom of the labor hierarchy in times of economic downturn. Hufton has concluded the general lack of improvements in relationships between women and men as a long-term tendency, which in case of the Łakociński collection and the concerns of women's financial situation could make the female employees dispensable and

neglected by the authorities as professional staff also in the first half of the 20th century. Hufton thus emphasizes the continuity of women's relative conditions over time.²⁵

Moreover, Laura Jockusch, who has studied the transnational phenomenon of the early Jewish Holocaust research conducted by Jewish commissions and documentation centres in Europe, explains that it is difficult to draw any conclusions about the employees' class backgrounds or what education they received before the Holocaust, but as in case of the PIŻ-team, the majority of the employees were women. Jockusch also argues that the methods of their work challenged the rules of academic history writing and contributed a new approach. While the academic history writing remained perpetrator-focused and regime-centered, taking a top-down perspective on the Jewish catastrophe, the survivor's person-centered and interdisciplinary approach relied on testimony and memory. Collecting the voices of the survivors describing the everyday life and death of European Jews under Nazi rule allowed history writing to be a form of reconstruction. At the same time this new, bottom-up approach, along with the early post-war documentation initiatives did not receive much attention from historians who were not survivors themselves.²⁶

IN CONCLUSION

The gender dimension is often a part of studies on the history of Swedish refuge, including the history of survivors. This is not only motivated by the numbers of people who came to Sweden, but as an analytical category gender is integrated in research questions, often as a reaction to both the previous absence of gendering research and the development of social history with interest in people's lives and social relations. In these cases, gender allows us to deconstruct social relations and explain social norms in historical contexts. Nonetheless, it still remains to be investigated how it happened that the majority of those liberated who came to Sweden in 1945-1946 were women, as well as how this has affected which testimonies and stories about the Holocaust were recorded and how they were collected, as well as what it was like to live as a survivor in Sweden.²⁷

Listening to – and with – the collection and the voices of the survivors is still a current and relevant approach for investigations.²⁸ However, it is not as obvious to recognize the new approach, described by Jockusch, as a part of the healing process after the atrocities of war and trauma experienced by the survivors. Here, as Katrine Tinning points out in relation to the vulnerability of witnesses, the ways in which archives choose to transmit testimonies are important as they are entangled with the issue of who is given a voice in public memory.²⁹ Archivists' play a significant role as intermediaries between documentary evidence and its users and a tangible set of structures and tools that place archival documents in a context and provide an interpretative framework.³⁰ Interfaces in modern institutions and technological systems are neither natural nor neutral; rather they are places where 'archivists determine what constitutes legitimate evidence of the past and shape social memories.

Archival sources are the main traces of the past, which is why they obviously offer research opportunities but also structure and limit our understanding of the past. As they develop over time, archives do not exist in a vacuum but were produced in, and take their larger meaning from, their originating contexts. Therefore, understanding the origins of archival collections is crucial and

often an integral part of the research. Referring to the Łakociński collection as an example and scrutinizing the structure of the digitized and translated testimonies, which are just a small part of the archive, it is striving that the work with accessibility of the material has just started.³¹ Considering the history of the archive, its exile in the US, the context of work related to the collection of testimonies in 1945-1947 is still quite hidden in the archive. Looking for the gender dimension in the archive, the researcher mostly encounters not so much a silence in the archive itself, but rather, as Maria Tamboukou calls it, "silences in the catalogues", as the fact is that "catalogues often do not reveal what is not included in their descriptions".³² Therefore, an approach of archival sensitivity calls for not only digitization as a process of 'democratizing the archive' which makes the sources available online and increases their accessibility due to the published translated versions, but also emphasizes the need for a broad and solidly thought approach to accessibility, with respect to the catalogue listing all the voices of the survivors, including the unfiled records, as well as links and document collections on the employed members of the PIŻ in order to enable and support research on their work. In relation to the bottom-up approach described by Jockusch, which was introduced by the Jewish commissions and documentation centres, the archival administration of the collected sources also

¹⁵ LUB, Łakociński collection, PIŻ: vol. 44:2k Sprawozdanie za okres 22.10.1945-30.09.1946, Lund 21.09.1946.

¹⁶ For controversies regarding the composition of the collected testimonies, see, e. g.: Dahl, "Collective Memory and National Identity Constructions: Polish Survivors' Records in Sweden" or van Orden Martínez, "Witnessing against a Divide? An Analysis of Early Holocaust Testimonies Constructed in Interviews between Jewish and Non-Jewish Poles".

¹⁷ LUB, Łakociński collection, PIŻ: 19 and 20.

¹⁸ Tureby and Wagrell, *Vittnesmål från Förintelsen och de överlevandes berättelser. Definitioner, insamlingar och användningar, 1939-2020*, p. 19.

¹⁹ Izabela A. Dahl (2018), "Att göra skillnad: Ingrid Segerstedt Wibergs hjälpsamhet för flyktingmottagande i Göteborg under andra världskriget", in Maria Sjöberg (ed.), *Allvarligt talat: berättelser om livet, Göteborg*, 419-434.

²⁰ Klas Åmark (2011), *Att bo granne med ondskan. Sveriges förhållande till nazismen, Nazityskland och Förintelsen*, Stockholm.

²¹ Izabela A. Dahl (2014), "Schweden als Zufluchtsland 1933-1945", in Izabela A. Dahl and Jorunn Sem Fure (eds.), *Skandinavien als Zuflucht für jüdische Intellektuelle 1933-1945*, Berlin, 14-31; Helmut Müssener (1974), *Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933*, München.

²² Ingrid Segerstedt Wiberg (1979), *Den sega livsviljan*, Falköping.

²³ Ulla Wikander (1989), *The Sexual Division of Labour, 19th & 20th Centuries*, Uppsala.

²⁴ Olwen Hufton (1995), *The Prospect before Her: A History of Women in Western Europe, Volume One, 1500-1800*, London.

²⁵ Ulla Wikander and Christine Frühauf (1998), *Von der Magd zur Angestellten: Macht, Geschlecht und Arbeitsteilung 1789-1950*, Frankfurt am Main.; Ulla Wikander, 'Kvinnorna i den tidiga industrialiseringen', in Yvonne Hirdman et al. (eds.) (1995), *Kvinnohistoria: om kvinnors villkor från antiken till våra dagar*, Oskarshamn, p. 123.

²⁶ Laura Jockusch (2012), *Collect and Record! Jewish Holocaust Documentation in Early Postwar Europe*, Oxford, p. 92 f.

²⁷ Tureby and Wagrell, *Vittnesmål från Förintelsen och de överlevandes berättelser. Definitioner, insamlingar och användningar, 1939-2020*, p. 9.

²⁸ Kristin Wagrell (2020), "Chorus of the Saved": Constructing the Holocaust Survivor in Swedish Public Discourse, 1943-1966, Linköping.

²⁹ Tinning, 'Protocol No. 008. Solidarity, Vulnerability, and the Survivor Testimony as a Post War Battlefield of Memory'.

³⁰ Margaret Hedstrom (2020), "Archives, Memory, and Interfaces with the Past", *Archival Science*, 2, 21-43.

³¹ See the link to the testimonials of Polish inmates of German concentration camps during the World War II, relating to conditions in the camps at the Lund university library: <https://www.ub.lu.se/hitta/digitala-samlingar/witnessing-genocide/polish-research-institute-archive>. See also the link to the Hoover Institution Library and Archives https://oac.cdlib.org/findaid/ark:/13030/kt3f59r668/entire_text/ (last call 22-02-27).

³² Tamboukou, "Reassembling Documents of Life in the Archive", p. 16.; compare the description of the collection https://www.ub.lu.se/sites/ub.lu.se/files/2020-11/PIZ_archival_description.pdf (last call 22-02-27).

becomes more significant, as it needs to include the everyday work of the people involved. The visibility of their impact on the collection considering their agency, intentions and aims during their work of collecting the testimonies, are crucial as these people were the main actors who created the collection. Making them invisible in the collection risks changing the character of the collection but also ignores the context. In the case of the oral testimonies, and also the unfiled written documents, both the PIŻ members and the authors of the testimonies need to be considered by the archivists in the processes of reorganisation of the archival material and the way it is made accessible for the researchers.

Finally, taking a gendered approach to the Łakociński archive shows that working with the collection of early memories was an active engagement with traumatic experiences, which could have been helpful for both the survivors who engaged with collecting the testimonies and for those who could open up and tell their stories. In this sense, the work with the collection can be viewed as a way of reconciliation with the experienced trauma and thus part of the process from victimhood to survival. However, how those affected moved from the victim stage will need further investigation as victim-survivor terms are often used in research in the context of studies on sexual abuse and not primarily in relation to persons who survived the Holocaust or other Nazi persecution.³³ In the context of the PIŻ collection victimhood as a weak and ineffectual condition deviates from the ability to leave a testimony of the atrocities, not least due to the fact that being victimized is about having no choice. The survivors who created the collection of testimonies decided to pass from the victim stage and entered the healing journey toward becoming a survivor with the aim of sharing their stories as a part of a common history.

VOM OPFER ZUM ÜBERLEBENDEN DER NAZI-VERFOLGUNG. GENDERN IN DER SAMMLUNG DES POLNISCHEN FORSCHUNGSINSTITUTS (PIŻ) IN LUND

Seit 2017 bietet die Universitätsbibliothek in Lund einen Zugriff auf die übersetzte und digitalisierte Privatsammlung von Zeitzeugnissen polnischer KZ-Überlebender. Dieser Beitrag untersucht die Frage, warum und inwiefern Gendern als analytische Kategorie eine Bedeutung für die Sammlung hat. Der Artikel zeigt, wie Gendern eventuell helfen kann, das Fiasko der 1946 gestellten Förderanträge zu erklären, was später unvermeidlich zur Einstellung des kurzlebigen, doch aber besonderen Projekts geführt hat.

Izabela A. Dahl

Associate professor

School of Humanities, Education and Social Sciences

Örebro University

SE-701 82 Örebro

E-Mail: izabela.dahl@oru.se

Web: https://www.oru.se/personal/izabela_dahl

³³ Michael Papendick, Gerd Bohner, and Sabine Windmann (2017), "Passive Victim - Strong Survivor? Perceived Meaning of Labels Applied to Women Who Were Raped", PLoS one, 12:5, 1-21.

FRAUEN- ODER ÜBERNAHMEQUOTE?

DER FAKTOR GESCHLECHT IN DER ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG

von *Annette Hennigs und Julia Kathke*

„Die Entscheidung über die Archivwürdigkeit bestimmt, was der Nachwelt aus unserer Gegenwart dauerhaft überliefert wird.“¹ Dieser so einfach klingende Satz aus dem Konzept des Landesarchivs NRW zur Erstellung von Archivierungsmodellen umreißt die große und komplexe Verantwortung, die Archivarinnen und Archivare bereits seit Jahrzehnten in ihrem Bemühen um eine verantwortungsvolle Überlieferungsbildung beschäftigt. Den Archivierenden kommt die zentrale Aufgabe zu, darüber zu entscheiden, was der Nachwelt überliefert wird, denn „die Entscheidung über die Archivwürdigkeit von Unterlagen [obliegt] allein der archivarischen Verantwortung.“² Ziel der Überlieferungsbildung soll es sein, mit Hilfe von aussagekräftigen Unterlagen ein möglichst umfassendes Bild der Gegenwart zu zeichnen. Damit tragen Archivierende eine große Verantwortung für das, was morgen Geschichte sein wird.

Was bedeutet dies aus geschlechterhistorischer Perspektive? Findet der Faktor „Geschlecht“ Berücksichtigung in der Überlieferungsbildung der staatlichen Archive? Wie erlangt man „Geschlechtergerechtigkeit“ in der Überlieferungsbildung? Und ist dies überhaupt eine Frage, die sich die Überlieferungsbildung stellen sollte?

Um der skizzierten Verantwortung gerecht zu werden und das Ziel einer umfassenden Abbildung der Gegenwart zu erreichen, wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten zahlreiche Hilfsmittel entwickelt.

Erste Archivierungsmodelle entstanden in NRW bereits vor der Gründung des Landesarchivs (LAV NRW). Seit 2004 gibt es mit dem Konzept zur Steuerung der Überlieferungsbildung mit Archivierungsmodellen ein landesweites Instrument, das bereits vorhandene Entscheidungen systematisiert und somit effizienter und planbarer macht sowie auch künftig die Qualität (und in Teilen die Quantität) der Überlieferungsbildung sichert.³

Die Archivierungsmodelle des LAV NRW fragen danach, auf welcher Ebene und an welcher Stelle eines Verwaltungszweigs der für die Erfüllung der Aufgabe maßgebliche Einfluss ausgeübt

wird und ermitteln, wo die aussagekräftigste Überlieferung zur Erfüllung einer Aufgabe entsteht und in welchem Umfang diese Überlieferung übernommen werden soll. Damit dienen Archivierungsmodelle in gleichem Maße „der qualitativ-inhaltlichen Verbesserung, der arbeitsökonomischen Rationalisierung und der wirtschaftlichen Mengensteuerung im archivischen Bewertungsprozess“.⁴

Ziel der Archivierungsmodelle des LAV NRW ist es, gemäß dem primären archivgesetzlichen Auftrag die Überlieferung der staatlichen Behörden, Gerichte und sonstigen Stellen in Nordrhein-Westfalen auf ihre Archivwürdigkeit hin zu werten.⁵

Die Archivierungsmodelle des LAV steuern folglich die Überlieferungsbildung in NRW. Im Blick auf das Thema des Aufsatzes stellt sich die Frage: Berücksichtigen die Modelle den Faktor „Geschlecht?“

1. BESTANDSAUFNAHME: DER FAKTOR GESCHLECHT IN DEN ÜBERLIEFERUNGSMODELLEN DES LANDESARCHIVS NRW

Im Rahmen dieses Beitrages können nicht alle bestehenden Archivierungsmodelle des Landesarchivs im Detail auf die Berücksichtigung des Faktors „Geschlecht“ überprüft werden. Daher beschränkt sich die Sichtung auf besonders relevante Felder.

¹ Steuerung der Überlieferungsbildung mit Archivierungsmodellen – eine Konzeption für das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, s. FK_Archivierungsmodelle_Kurzfassung_0706.11 (nrw.de), abgerufen am 25.01.2022.

² Steuerung der Überlieferungsbildung (wie Fußnote 1), S. 3.

³ Steuerung der Überlieferungsbildung (wie Fußnote 1), S. 6; alle Archivierungsmodelle sind grundsätzlich in männlicher Form formuliert – schon hier bietet sich ein Anknüpfungspunkt für die geschlechtsgerechte Perspektive.

⁴ Steuerung der Überlieferungsbildung (wie Fußnote 1), S. 1.

⁵ Steuerung der Überlieferungsbildung (wie Fußnote 1), S. 12.

Die Justizbehörden wie auch der in jeder Behörde vorhandene Funktionsbereich „Personalverwaltung“ gehören zu den größten „Produzenten“ von „Massenakten“.⁶ Aus diesem Grund bot es sich an, hier Stichproben durchzuführen.

1.1 Das Überlieferungsmodell Justiz

Zu den im Überlieferungsmodell Justiz⁷ bewerteten Behörden zählen das Justizministerium, die Fachhochschule für Rechtspflege, die Justizakademie, das Ausbildungszentrum der Justiz, die Justizvollzugsschule, das Landesjustizvollzugsamt, der Landesbeauftragte für den Maßregelvollzug, die Gerichte, Schiedsämter, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten und Notare.⁸ Der Fokus soll hier auf die in allen Abteilungen des Landesarchivs betreuten Einrichtungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften gelegt werden. Im Bereich der personenbezogenen Unterlagen bilden die Prozessverfahrensakten die größte Menge an der Justizüberlieferung. Einen wesentlichen Anteil daran stellen die Strafverfahren dar. Kriterien für eine Übernahme sind v. a. eine Weglegung mehr als 10 Jahre nach Anlegung der Akte, eine Entscheidung durch den BGH als höchster Instanz, eine lebenslange Freiheitsstrafe, bedeutende Verfahren aufgrund der medialen Wahrnehmung sowie aufgrund der BESTRA-Fälle, auf dem Aktendeckel mit „Staatsarchiv ja“ gekennzeichnete Fälle sowie in den Schwerpunktabteilungen Wirtschaft, Umwelt und Korruption mit besonders hohen Aufbewahrungsfristen versehene Verfahren. Akten zu NS-Gewaltverbrechen werden grundsätzlich komplett übernommen. Im Kern geht es hier also darum, aus verschiedenen Gründen „auffällige“ Verfahren zu überliefern, die besonders schwere und spektakuläre Fälle dokumentieren. Parallel dazu werden von drei Staatsanwaltschaften die Urteilssammlungen übernommen. Genderfragen spielen dabei keine Rolle, obwohl man davon ausgehen kann, dass etwa 20 % der rechtskräftig verurteilten Personen in Deutschland in den Jahren 2009-2019 Frauen und ca. 80 % Männer waren.⁹ Die für die Prozessverfahrensakten genutzte Erschließungsmaske im Verzeichnungssystem VERA ermöglicht keine Auswertung, inwieweit sich der statistisch nachweisbare Anteil von Frauen und Männern bei Gewaltverbrechen in der Überlieferungsbildung reflektiert. Neben den Strafverfahren spielen natürlich auch die Zivilverfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit eine große Rolle in der Überlieferungsbildung. Auch hier sind die Medienresonanz und die Ausnutzung des Instanzenweges bis hin zum BGH eine wichtige Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Archivwürdigkeit. Beachtet werden auch Verfahren, in die Prominente und öffentlich-rechtlich Beteiligte involviert waren bzw. vom Gericht gekennzeichnete Verfahren. Bei den Landgerichten wird auch der Blick auf Verfahren mit einem besonders hohen Streitwert gelenkt. Keines dieser Kriterien berücksichtigt geschlechterspezifische Fragestellungen. Allerdings gibt es im Archivierungsmodell Justiz in allen Bereichen der Rechtssprechung noch das Kriterium „zeittypisch“. An dieser Stelle wird auf aktuelle gesellschaftliche Veränderungen reagiert, und hier kommen tatsächlich auch geschlechterspezifische Fragestellungen zum Tragen. So spiegelt sich etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz von 2006 deutlich in der Überlieferung der Verwaltungs- und Arbeitsgerichte wieder. Insbesondere die Arbeitsgerichte sind darüber hinaus geeignet, mit der Lupe auf die Realitäten der Arbeitswelt zu schauen. In der Überlieferungsbildung spielen dabei u. a. prekäre Arbeitsver-

hältnisse eine wichtige Rolle – mit Blick auf Reinigungsfirmen, Billigketten, aber auch Wach- und Schließgesellschaften oder Speditionen immer wieder auch eine wichtige Dokumentation „typisch“ weiblicher oder männlicher Arbeitswelten.

In der Überlieferung der Sozialgerichte setzt sich dieser Blick in die Lebensrealität der Menschen fort, auch hier gesteuert durch stete gesetzliche Änderungen als Reaktion auf gesamtgesellschaftliche Phänomene.

Im Bereich der Justizüberlieferung kommt immer wieder auch eine Samplebildung als Instrument der Auswahlarchivierung vor. So werden etwa aus den Justizvollzugsanstalten nur die Gefangenepersonalakten von Personen, deren Nachnamen mit „B“ beginnt, übernommen.¹⁰ Gleiches gilt für die Vormundschafts- und Pflegschaftsakten, die bei den Amtsgerichten geführt werden.¹¹

1.2 Das Überlieferungsmodell Personalverwaltung

2009 wurde ein Überlieferungsmodell für das Schriftgut der Personalverwaltung abgeschlossen, das vor allem die Personalakten der seinerzeit über 400.000 Mitarbeitenden des Landes NRW im Blick hatte.¹² Angesichts der Unmöglichkeit einer Komplettarchivierung sollten Kriterien entwickelt werden, die eine fachlich begründete und qualitätvolle Auswahlarchivierung ermöglichen. Folgende inhaltliche Kernpunkte sollten dabei einbezogen werden:

- die Berücksichtigung von Zeitschnitten, insbesondere der NS-Zeit, zu der eine möglichst geschlossene Überlieferung sichergestellt werden sollte;
- die exemplarische Abbildung des „Normalen“ (ohne Anspruch auf mathematische Repräsentativität);
- die möglichst flächendeckende Abbildung von Leitungsfunktionen und
- die Dokumentation von einzelnen Sonderfällen.

Daraus resultierte ein Basismodell, das eine Komplettarchivierung aller Akten der Geburtsjahrgänge bis einschließlich 1910 und eine Auswahlarchivierung der Geburtsjahrgänge ab 1911 nach festgelegten Kriterien vorsieht. So sollen alle Personalakten von Behördenleiterinnen und Behördenleitern und obersten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern übernommen werden. Um dem Anspruch gerecht zu werden, die Personalakten von „normalen“ Mitarbeitenden des Landes ausreichend zu dokumentieren, werden alle Personalakten derjenigen Personen, die an einem 16. jeden Monats geboren wurden, übernommen sowie von allen Beamtinnen und Beamten und Angestellten mit mindestens 40 Dienstjahren. Weiterhin gelten Personalakten mit schweren Disziplinarverfahren und solche von komplett freigestellten Personalratsmitgliedern als archivwürdig. Eine besondere Rolle spielen die sogenannten „Sonderfälle“, die die Personalakten von Prominenten, Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten mit einer außergewöhnlichen dienstlichen Karriere u. ä. berücksichtigen sollen. Beihefte zu Besoldung, Beihilfe, Fort- und Weiterbildungen usw. werden nicht aufbewahrt.

Die Entscheidung für das Geburtsjahr 1910 als Trennung zwischen einer vollständigen Überlieferung und einer Auswahlarchivierung ist der NS-Zeit geschuldet, da davon ausgegangen wurde, dass die wesentlichen Protagonisten der öffentlichen Verwaltung der NS-Zeit vor diesem Stichjahr geboren wurden. Dieses Basismodell wurde für einige Verwaltungsbereiche modifiziert, da sich z. B. Leitungsfunktionen in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich definieren.

Für den Zeitraum vor 1910 spielt eine bewusste Entscheidung für bestimmte Personalakten keine Rolle, da die wenigen noch vorhandenen Personalakten komplett übernommen werden. Anbietungen kommen in diesem Bereich tatsächlich immer noch vor!

Für die Geburtsjahrgänge ab 1911 kommen jedoch Fragen nach einer gendergerechten Überlieferung ins Spiel. Die besondere Beachtung der Personalakten von Entscheidungsträger*innen wird in der Überlieferungsbildung insofern eine Rolle spielen, als in diesem Bereich eine möglichst vollständige Überlieferung angestrebt wird. Im Ergebnis wird dies den Anteil von Frauen an Führungspositionen dokumentieren und – zumindest derzeit – zu einer stärkeren Überlieferung von Personalakten von Männern führen. Problematisch ist dabei zudem die Definition von Führungspositionen, denn z. B. haben Polizistinnen und Polizisten des gehobenen Dienstes oft eine deutlich größere Führungsspanne als z. B. der höhere Archivdienst in kleinen und mittleren Archiven. Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer dagegen haben, obwohl zum höheren Dienst zählend – oft gar keine unmittelbar unterstellten Mitarbeitende. Aus diesem Grund wurde das Basismodell in einigen Verwaltungsbereichen modifiziert. Die Samplebildung nach Geburtsdaten soll einen Querschnitt ermöglichen, der neben den Führungskräften auch normale Mitarbeitende in allen Bereichen erfasst. Damit kann sichergestellt werden, dass eine ausgewogene Überlieferung entsteht, die keine spezifische Berücksichtigung besonderer Gruppen vornimmt. Einen besonderen Genderaspekt weist das Überlieferungsmodell eigentlich nur im Bereich „Sonderfälle“ auf: „In die zuletzt genannte Gruppe könnten z. B. Frauen fallen, die sich frühzeitig in „Männerdomänen“ durchsetzen konnten oder Beamte und Angestellte, denen ein besonders langer oder abwechslungsreicher Karriereweg geglückt ist.“¹³ Gleichzeitig stellen diese „Sonderfälle“ einen besonders problematischen Bereich in der Überlieferungsbildung dar, weil die Identifikation aufgrund der Anbieterlisten von Seiten der Behörden durchaus schwierig sein kann.

1.3 Das Überlieferungsprofil „Nichtstaatliches Archivgut“

Neben den von staatlichen Dienststellen und Behörden anzubietenden Unterlagen kann das LAV NRW laut § 3 Abs. 3 Satz 1 des Landesarchivgesetzes auch Archivgut anderer Herkunft übernehmen, an dem ein öffentliches Interesse besteht.¹⁴ Um die Überlieferung dieser Unterlagen zu steuern, gibt es seit 2010 das „Überlieferungsprofil Nichtstaatliches Archivgut“.¹⁵ Als archivwürdige Unterlagen wird das Schriftgut definiert, welches 1. staatliches Handeln spiegelt und dokumentiert, 2. die amtliche Überlieferung ergänzt oder 3. die Quellenbasis auf solche Sektoren ausdehnt, die in staatlichen Überlieferungen nicht (hinreichend) dokumentiert sind.¹⁶

Das Überlieferungsprofil unterscheidet vier formale Bewertungskriterien: Authentizität, Archivfähigkeit, Benutzbarkeit und die Lizenz zur Bewertung. Als inhaltliche Bewertungskriterien werden Verbundüberlieferung, Sprengelbezug und Archivwürdigkeit genannt.¹⁷ Dabei ist das Kriterium der Archivwürdigkeit besonders hervorzuheben: zentral ist dabei der Quellenwert für die Landesgeschichte. Damit legt das Profil grundsätzliche archivfachliche und inhaltliche Bewertungskriterien fest, die sich nicht am Aspekt „Geschlecht“ orientieren. Es verweist aber darauf, dass in allen Abteilungen des Landesarchivs die Nachlässe auf

regionaler Ebene tätigen Politikerinnen- und Politiker, Spitzenbeamte (z. B. Regierungspräsidentinnen und -präsidenten a. D.), Künstlerinnen und Künstler oder Historikerinnen und Historiker übernommen werden sollen.¹⁸

Anders als bei Akten der Behörden und Institutionen haben die Archivarinnen und Archivare bei der Auswahl der zu überliefernden Nachlässe einen höheren Gestaltungsspielraum, weil hier die Vorgaben des Überlieferungsprofils weiter gefasst sind als in den detaillierten Archivierungsmodellen. Man könnte also vermuten, dass sich hier eine größere Ausgeglichenheit der Geschlechter finden lässt.

Eine geschlechtgerechte Überlieferung lässt sich am ehesten im Bereich der Nachlässe vermuten, da es sich naturgemäß um die Unterlagen zu einer spezifischen Person handelt. Familien- und Hofesarchive sind stärker örtlich orientiert, Sammlungen haben in der Regel einen thematischen Schwerpunkt, Vereins- und Verbandsschriftgut beziehen sich auf Organisation: damit sind alle drei „neutral“ und nicht geschlechtsspezifisch.

In der Abteilung OWL bilden die Nachlässe einen besonderen Schwerpunkt in der Gruppe der nichtstaatlichen Überlieferungen. In Detmold werden insgesamt 326 Registraturbildner und 430 lfm Archivgut aus diesem Sektor aufbewahrt – im Vergleich zum Gesamtbestand verwahrt OWL damit deutlich mehr Nachlässe als z. B. die Abteilung Rheinland mit 312 Registraturbildner und 513 lfm.

Unter diesen 326 Nachlässen finden sich insgesamt 39 Registraturbildner mit weiblichem Vornamen. Betrachtet man dann die inhaltliche Ausgestaltung und zieht noch die Nachlässe ab, die sich als Familiensammlung bezeichnen, hauptsächlich Unterlagen zu männlichen Familienmitgliedern enthalten oder von Ehepaaren gemeinsam übernommen wurden, bleiben tatsächlich nur 15 Nachlässe, die sich den namensgebenden Frauen als Person wid-

⁶ Steuerung der Überlieferungsbildung (wie Fußnote 1), S. 9.

⁷ Vorbemerkungen (nrw.de), abgerufen am 04.03.2022. Das Archivierungsmodell von 2008 befindet sich im aktualisierten Stand vom 08.12.1021.

⁸ Steuerung der Überlieferungsbildung (wie Fußnote 1), S. 128.

⁹ Rechtskräftig verurteilte Männer und Frauen in Deutschland bis 2019 | Statista, abgerufen am 04.03.2022.

¹⁰ Archivierungsmodell Justiz Vorbemerkungen (nrw.de), S. 129, abgerufen am 07.03.2022.

¹¹ Archivierungsmodell Justiz Vorbemerkungen (nrw.de), S. 94, abgerufen am 07.03.2022.

¹² Online unter Überschrift (nrw.de), abgerufen am 24.01.2022.

¹³ Archivierungsmodell S. 27.

¹⁴ Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen - ArchivG NRW), Online: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000338, letzter Aufruf: 21.02.2022.

¹⁵ Dass Unterlagen nichtstaatlicher Akteure für eine umfassende Dokumentation der Zeitgeschichte notwendig sind, ist mittlerweile unumstritten. Siehe hierzu: Jürgen Bacia, Matthias Buchholz, Sabine Happ u.a.: Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen. Positionspapier des VdA zu den Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen, Online: https://www.vda.archiv.net/securedl/sdl-eyJ0eXA-iOjKV1QiLCJhbGciOiJIUzI1NiJ9.ejYpYXQiOiJlNjU0NDU0NDExOTc3ImV-4cCI6MTY0NTU3NDQwMCwidXNlI6MCwiZj3vdxBzIjpbMCwtMV0sImZpbGU0IjmaWxlyWRtaW5cL3VzZXJfdXBsb2FkXC9zZWV-1cmVcL0FLX1VFYmVybGllZmVydW5nZW5fZGVyX05ldWVwX1N-vehlhGvUx0Jld2VndW5nZW5cL1Bvc2l0aW9uc3BhcGlcl9WZEEtS-W50ZXJlZXRzZW10ZV8wNjA3MjAxNi5wZGYiLCJwYVdlIjoyMTE-wfQipmIqZg2NjnTquuNsglpWRQN9wzNGmPKBGnmSWLndwM/Positionspapier_VdA-Internetseite_06072016.pdf, letzter Aufruf: 21.02.2022.

¹⁶ Überlieferungsprofil „Nichtstaatliches Archivgut“, S. 5.

¹⁷ Überlieferungsprofil „Nichtstaatliches Archivgut“, S. 5 und S. 9.

¹⁸ Überlieferungsprofil „Nichtstaatliches Archivgut“, S. 13. An dieser Stelle findet sich übrigens die einzige weibliche Form in allen Überlieferungsmodellen.

men und ihr Leben beleuchten. Zu nennen sind hier die Nachlässe von Dr. Gertrud Angermann, Sibylle Dotti, Gertrud Ernst, Hildegard Grüning, Ingeborg Kittel, Malwida von Meysenbug, Dr. Irmgard Freifrau von Minnigerode, Elisabeth Overbeck, Erna Peter-Suhr, Anna Piderit, Berta Schleicher, Ilse Strobel, Auguste Tödtmann und Elisabeth Witten. Hierbei handelte es sich um Akademikerinnen, Lehrerinnen und Künstlerinnen, aber auch um die lippische BDM-Führerin.

Im Bereich der Unterlagen von Vereinen, Verbänden und Firmen ist nur eine Registraturbildnerin ausgewiesen, die sich dezidiert einer weiblichen Gruppe zuschreiben lässt: die Unterlagen des Frauengeschichtsladen Lippe e.V.

Diese Aufstellung zeigt ein großes Ungleichgewicht in der Verteilung zwischen Männern und Frauen, unabhängig vom Zeitpunkt der Übernahme. Die Übernahmen erfolgten von 1964 bis heute – es scheint keine Phase gegeben zu haben, in der versucht wurde, die unterrepräsentierten Frauennachlässe auszugleichen bzw. in der besonders viele Nachlässe weiblicher Personen übernommen wurden.

Es lässt sich somit festhalten, dass das Leben und Wirken von Frauen bislang in der nichtstaatlichen Überlieferung der Abteilung OWL des Landesarchivs NRW deutlich unterrepräsentiert ist. Über die Ursachen kann nur spekuliert werden. Ein Blick in die Dienstregistratur erhärtet jedenfalls nicht den Verdacht, angebotene Nachlässe von Frauen seien aktiv nicht übernommen worden, weil sie als weniger wichtig abgelehnt wurden. Möglicherweise sind sie weniger aktiv eingeworben worden, möglicherweise haben sich nicht genügend Frauen oder ihre Angehörigen ermutigt gefühlt, ihre Vor- bzw. Nachlässe dem Archiv anzubieten.

2. FAZIT: DER FAKTOR GESCHLECHT IN DEN ÜBERLIEFERUNGSMODELLEN DES LANDESARCHIVS NRW

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Faktor „Geschlecht“ in den Überlieferungsmodellen bzw. dem Überlieferungsprofil Nichtstaatliches Archivgut des Landesarchivs keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle spielt. Wie aber lässt sich eine mit Modellen gesteuerte Überlieferungsbildung geschlechtergerecht gestalten? Brauchen wir überhaupt eine Frauenquote bei der Überlieferungsbildung?

Geschlechtergerechtigkeit in der archivischen Überlieferungsbildung kann in zwei Richtungen gedacht werden: zum einen kann damit gemeint sein, Frauen und Männer in gleichen mengenmäßigen Teilen im Archiv abzubilden, zum anderen, dass alle Geschlechter gemäß dem Auftreten in der Gesellschaft auch im archivischen Kontext repräsentiert werden, beispielsweise durch das Überliefern des realen prozentualen Anteils von Personalakten oder Strafsakten.

Geschlechtergerecht wäre eine Komplettarchivierung aller in den Behörden erstellten Unterlagen. Das kann im archivischen Alltag aber nicht geleistet werden, zu groß ist die Anzahl der angebotenen Akten und zu sinnlos eine gigantische (und damit unübersichtliche) Aufbewahrungspraxis zu Lasten einer qualitätvollen Überlieferungsbildung.

Also müssen Auswahlstrategien dafür Sorge tragen, der Realität gerecht zu werden. Mit der Samplebildung bei personenbezogenen Massenakten ist eine geschlechtergerechte Überlieferungsbildung möglich, weil die genutzten Sample (Buchstaben, Geburtsjahrgänge, Auswahlbehörden) geschlechterneutral sind.

Gleichzeitig führen andere, an inhaltliche Kriterien geknüpfte Auswahlmethoden, mögen sie an sich auch so neutral wie möglich gedacht sein, zu einer Reproduktion des Ungleichgewichts in der archivischen Überlieferung zwischen den Geschlechtern. Bei der Auswahlüberlieferung von Justizakten kommt es aufgrund des insgesamt höheren Anteils an männlichen Straftätern automatisch zu einer häufigeren Überlieferung von Männern als von Frauen. Die Übernahme aller Personalakten von Behördenleitern und obersten Entscheidungsträgern führt – zumindest derzeit – dazu, dass mehr Männer als Frauen den Weg in die Archive finden. Die sogenannten „Sonderfälle“, die besonders Raum für die Überlieferung von geschlechtsuntypischen Karrieren bieten, sind schwierig zu ermitteln und stellen mengenmäßig auch nur einen kleinen Teil dar.

Betrachtet man all die Punkte, lässt sich durchaus konstatieren, dass die staatlichen Archive im Kern „Männerarchive“ sind. Allerdings sind sie dies nicht, weil „die Archive“ beschlossen haben, mehr Männer als Frauen zu überliefern, sondern weil sie die gesellschaftliche Realität abbilden: derzeit ist der Anteil von Männern in Führungspositionen auch im staatlichen Bereich noch höher, was zu einer höheren Überlieferungsdichte bei den Personalakten führt. Betrachtet man die Strafsakten, kommt man zu einem ähnlichen Bild: auch hier werden mehr Akten von Männern als von Frauen überliefert, was schlicht und einfach daran liegt, dass mehr Männer als Frauen straffällig werden.

Ein Festhalten an Geschlechtergerechtigkeit im Sinne von quantitativer Gleichheit würde zu einer Verzerrung der gesellschaftlichen Realität führen – Überlieferungsmodelle können eben nicht abbilden, was in der Gesellschaft nicht vorhanden ist – ein umfassendes Bild der Gegenwart kann nicht konstruiert werden, sondern muss sich eben an den Gegebenheiten orientieren. Gleichzeitig hat der Blick auf die Nachlässe gezeigt, dass im Bereich der nichtstaatlichen Überlieferung ein großes Ungleichgewicht in der Geschlechterverteilung herrscht, obwohl das Überlieferungsprofil, das hier genutzt wird, deutlich größere Gestaltungsspielräume ermöglicht, als die Archivierungsmodelle für das staatliche Schriftgut. Hier besteht ganz sicher Handlungsbedarf. Das Festhalten an der Geschlechtergerechtigkeit im zweiten Sinne – einem Festhalten am realen öffentlichen Auftreten – würde weiterhin dazu führen, dass Nachlässe von Frauen seltener den Weg in die staatlichen Archive finden. In diesem Bereich wäre es durchaus denkbar, mehr im ersten Sinne zu handeln und die Anzahl der Nachlässe auch mengenmäßig hin zu einer Parität zu führen. Aber auch beim staatlichen Schriftgut hat man mit den zeittypischen Phänomenen ein Bewertungskriterium, dessen Bedeutung man sich immer wieder ins Bewusstsein rufen muss. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie sehr Archivarinnen und Archivare in der Gegenwart verhaftet sein müssen, um der Zukunft Geschichtsschreibung zu ermöglichen.

Die Überlieferung der staatlichen Archive soll die Gesellschaft und den gesellschaftlichen Wandel abbilden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich der Rolle der an gesellschaftlichen Prozessen beteiligten Geschlechter bewusst zu werden und diese Überlegungen in Bewertungsentscheidungen aktiv einfließen zu lassen.

Archive können nur überliefern, was sie in der Gesellschaft vorfinden – eine Veränderung der Übernahmequoten hin zu „aus Prinzip mehr Frauen“ und zu einer „Frauenquote in der Überlieferungsbildung“ ist dabei keine Lösung – trotzdem können Archivarinnen und Archivare im Sinne einer Geschlechtergerech-

tigkeit sensibilisiert werden und dementsprechend agieren. Es gibt verschiedene Lehren, die aus der Bestandsaufnahme gezogen werden können:

1. Gesellschaftliche Veränderungen müssen wahrgenommen und in die Überlieferungsbildung integriert werden: hierzu zählt auch die Überlieferung neuer Aspekte der Rechtsprechung (z. B. Fälle nach dem AGG) sowie von zeittypischen Phänomenen.
2. Bei der Auswahl der Sonderfälle sollte verstärkt auf besondere Karrieren weiblicher oder diverser Personen geachtet werden – auch wenn dies einen erhöhten Aufwand darstellt.
3. Im Bereich des nichtstaatlichen Archivguts sollte stärker das Augenmerk daraufgelegt werden, passende Nachlässe weiblicher oder diverser Personen zu übernehmen bzw. aktiv einzuwerben.
4. Schlussendlich zeigt sich auch hier die dringende Notwendigkeit der freien Archive: Gerade den Frauenarchiven kommt bei der Dokumentation der Gesellschaft die immens wichtige Rolle zu, eine komplementäre Überlieferung neben die männlich geprägte Überlieferung der staatlichen Archive zu stellen und das Bild durch die Perspektive von anderen Geschlechtern zu ergänzen.

Eine Abbildung der Gesamtgesellschaft kann daher nur im Verbund gelingen.

THE GENDER FACTOR IN THE FORMATION OF TRADITION

The article focuses on the question whether the “gender” factor is taken into account in the archival appraisal at the state archives of NRW. A cursory analysis of evaluation practices in the judiciary and human resources administration shows that this factor received no consideration. The article discusses the need of gender equality in archival appraisal and tries to figure out opportunities for improvement. It also emphasizes the importance of the Freie Archive, especially of women’s archives, for a multiperspective tradition of society.

Dr. Annette Hennigs

Julia Kathke

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

Abteilung Ostwestfalen-Lippe

Willi-Hofmann-Str. 2, 32756 Detmold

E-Mail: annette.hennigs@lav.nrw.de; julia.kathke@lav.nrw.de

SPRACHE: DE ▼ LEICHTE SPRACHE ANMELDEN

ARCHIV IN NORDRHEIN WESTFALEN

BEREITGESTELLT VOM LANDESARCHIV NORDRHEIN WESTFALEN

Schlagwortsuche Navigierende Suche

Bestand
Landesarchiv NRW Abteilung Ostwestfalen-Lippe

D 108 / Frauengeschichtsladen Lippe e.V.

LAUFZEIT 1880-2000

EINLEITUNG 1987 in Detmold gegründet. Materialsammlung zur Geschichte der Frauen.

INHALT Tätigkeiten des Frauengeschichtsladens Lippe e.V. (16); Frauen und Arbeit (42); Wirtschaft und Soziales (17); Erziehung, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung (8); Frauen und Politik (12); Frauen in Recht und Gesetz (2); Naturwissenschaften, Technik, Umwelt, Medien (7); Kunst, Sprache, Religion (4); Lebensbedingungen und Lebensformen von Frauen (11); Körper und Seele (7); Frauenforschung (2); Frauengeschichte - Geschlechtergeschichte (19); Frauenbibliotheken und -archive (3); Museen und Ausstellungen für Frauen (1); Institutionen, Vereine und Ausstellungen für Frauen (4); Plakate: Werbung mit Frauen (29), siehe Bestand D 81.

UMFANG 39 Kartons = 154 Archivbände 19. und 20. Jh. und weitere 20 Kartons 1980-2000 unverzeichnet. - Findbuch: D 108 und Zugangslisten.

Screenshot zum Bestand „Frauengeschichtsladen“

ENTHÄLT U. A.: „FRAUEN“

REFLEXIONEN ZUR ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG UND ERSCHLIESSUNG IM BUNDESARCHIV

von *Barbara Limberg*

FRAUEN IM BUNDESARCHIV

Eine statistische Spielerei

Im Bundesarchiv lassen sich massenhaft „Frauen“ finden. Das „jederfrau“ zur Verfügung stehende Recherchetool Invenio weist der Suchenden 57385 Treffer unter dem Schlagwort „Frau“ aus.¹ Hinzu kommen 267 Treffer unter dem Begriff „Fräulein“. In der Überlieferung „Heiliges Römisches Reich und Deutscher Bund einschließlich Provisorischer Zentralgewalt (1495-1866)“ finden wir den Begriff hundertfach. In der Überlieferung zum Norddeutschen Bund und Deutschen Reich (1867/1871-1945) steigt die Zahl der Treffer auf 6.508. Darunter findet sich immerhin auch die Erweiterung der gewerblichen und politischen Rechte der Frauen sowie die Zulassung zu den Universitätsstudien und zu den Fachprüfungen, 1889 bis 1920.

Nun darf man aber nicht glauben, die hohe Trefferzahl korreliere mit einer Vielzahl von Archivalien zu frauenspezifischen Themen. Es finden sich unter den Treffern vielfach Eigennamen wie „Frauenlob“ sowie Filmtitel, die „Frau“² bzw. „Fräulein“³ beinhalten. Frauen werden oftmals nicht einmal unter eigenem Namen genannt, sondern als „Frau von“ begriffen, was sich wiederum in den Erschließungsinformationen niederschlägt. In der Überlieferung bis 1866 handelt es sich bei den Treffern, neben Eigennamen, vor allem um Ehefrauen, die zusammen mit ihrem Gatten genannt werden, oftmals finden sie nur Erwähnung, wenn der Mann handelnd für sie auftritt. Spätere Epochen führen die Frau unter dem Titel und Namen des Ehemannes: „Verhaftung von Frau Prof. Noeggerath wegen Duldung von Zusammenkünften zwischen Ernst Toller und anderen Kommunisten, 1919“⁴, „Antiquitäten und Broncen aus dem Besitz von Frau Prof. Troost im Dienstzimmer von Hitler, 1935“⁵, „Frau Pastor Niemöller: Eingabe zugunsten von Frau Superintendent Hahn, Dresden, 1934“⁶. Daneben finden wir Angaben wie: „Pension für die Frau von Reichspräsident Ebert“⁷, „Tod der Frau von Ministerpräsident Otto Braun“⁸. Entscheidend für die Aktenbildung war hier natürlich, dass es sich um die Ehefrau des jeweiligen Amtsträgers

handelte. Die abweichende Erschließung „Beisetzung von Karin Göring, Juni 1934“⁹ resultiert wahrscheinlich aus dem Bekanntheitsgrad, dem „Carin-Kult“, der um die Gattin von Hermann Göring getrieben wurde. Die Ehegattinnen der Bundespräsidenten werden, etwa bei gemeinsamen Terminen, zusammen mit dem Bundespräsidenten unter der Anrede „Frau“ und ihrem Namen, oft auch unter Angabe des eigenen akademischen Grades genannt: „Zeitpläne für den Bundespräsidenten und Frau Lübke“¹⁰, „Teilnahme des Bundespräsidenten und von Frau Dr. Scheel an dem Richtfest für das Sendehaus des Deutschlandfunkes in Köln und der Eröffnung des Heinrich-Lübke-Hauses in Enkhausen/Sauerland am 10. Okt. 1975“¹¹, „Weihnachtsempfang des Bundespräsidenten und Frau Dr. Carstens im Schloss Bellevue für deutsche und ausländische Arbeitnehmer am 18. Dez. 1981“¹², „Besuch des Bundespräsidenten und Frau von Weizsäcker der Aufführung von „Der Trojanische Frieden“ in München am 11. Juni 1988“¹³.

Aber auch in anderen Fällen findet sich der Name der weiblichen Person mit dem Zusatz „Frau“. Über die Gründe kann man spekulieren. Die Anrede „Frau“ findet sich selbst dann, wenn das Geschlecht aus dem Vornamen klar hervorgeht oder die Person sehr bekannt ist, z. B. „Gespräch mit der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Frau Erika Steinbach am 14. Oktober 1999“¹⁴. Teilweise soll uns mit der Nennung auch mehr gesagt werden als lediglich, dass es sich um eine weibliche Person handelt: Der Vermerk „Produktionsindex für die einzelnen Industriesparten. – Besprechung Mr. Smith, Herr Moritz und Frau Gisevski am 10. Jan. 1947“¹⁵ hebt insbesondere die Herkunft der Teilnehmer hervor. Die Suche nach Männern über invenio bringt lediglich 2.504 Treffer, „Mann“ hingegen, dank der unzähligen Eigennamen und Begriffe, die auf „Mann“ beginnen oder auf „mann“ enden, auf 299.512.

Die Zeichenkette „Mann und Frau“ ergibt 152 Treffer, „Frau und Mann“ 15 invenio-Treffer, „Frauen und Männer“ 140, „Männer und Frauen“ 148 und „Männern und Frauen“ 251. Für die Epochen Norddeutschen Bund und Deutsches Reich

(1867/1871-1945) weist invenio die Kombination 109-mal aus, die DDR einschließlich SBZ kommt auf 96 Treffer und die Bundesrepublik einschließlich der Zonen auf 286. Welchen Schluss zieht man daraus? Geschlechtergerechtigkeit sicherlich nicht. Im Übrigen: Der Begriff „geschlechtergerecht“ bringt es auf zwei und „Geschlechtergerechtigkeit“ auf einen Treffer. Doch lassen sich bereits anhand der Erschließungsdaten die Entwicklungslinien durchaus nachvollziehen. Die gemeinsame Nennung von Frau und Mann verweist mitnichten auf die Gleichstellung der Geschlechter, sondern markiert deutlich die bis dato bestehenden Unterschiede zwischen Mann und Frau, die Defizite, das jahrzehntelange zähe Bemühen um Gleichstellung, Gleichberechtigung, „Gleichbehandlung von Männern und Frauen“, den guten Willen einerseits und die Sorge um die gesellschaftliche Ordnung bzw. Organisation in ihrem Kernbereich andererseits. Ehe und Familie, verfassungsmäßig geschützt, aber durch die Gleichberechtigung der Frau in rein familiären Fragen scheinbar in ihrem Bestand bedroht: Güterausgleich bei Trennung, der Wegfall des Letztentscheidungsrecht / Stichentscheids des Ehemannes in familiären Fragen, die Erwerbstätigkeit der Frau. Und doch bezeugen die Begrifflichkeiten in der Überlieferung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Zonen einen gewissen Fortschritt gegenüber der älteren Überlieferung. Letztere stellt begrifflich nicht oder nur bedingt auf Gleichberechtigung¹⁶ oder Gleichstellung¹⁷ der Frau oder gar von Mann und Frau oder auch Emanzipation¹⁸ ab, sondern auf die „Frauenfrage“¹⁹, sowie auf Einzelthemen wie „Stimmrecht der Frau“, „Frauenbewegung“, „Frauenarbeit“, „Frauenlohn“. Bei der Abfrage von Frauenarbeit und Frauenlöhnen zeigt sich in der Überlieferung des 19. und bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts keinesfalls die Kombination der Bezeichnungen „Mann und Frau“. Die „Minderbewertung der Frauenarbeit in den Reichs-, Länder- und Kommunalverwaltungen“, so eine Eingabe des Bundes Deutscher Frauenvereine von 1930,²⁰ ließ das gar nicht zu. Vergleichspaare bilden bis in die 1950er Jahre Frau und Jugendliche, mitunter sogar Kinder. Sehr bezeichnend auch der Artikel „Wie wählten die Jugend und die Frauen?“ im Bulletin der Bundesregierung vom 6. Februar 1954 zur Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen am 6. September 1953.²¹ Die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Arbeitsleben bzw. die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz)²² stand wie die „Richtlinie zur Beweislast im Bereich des gleichen Entgelts und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“²³ erst ab Ende der 1970er Jahre auf der Agenda des Bundesarbeitsministeriums, nachdem der Zwischenbericht der Enquête-Kommission²⁴ des Deutschen Bundestages, die von 1973 bis 1981 mit der Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft befasst worden war, schwerwiegende Defizite aufgezeigt hatte.²⁵ Die Bundeszentrale für politische Bildung kreierte schließlich den Begriff der „Geschlechterdemokratie“ und veranstaltete unter diesem Motto einen Kongress, der sich mit Gleichberechtigung und Partizipation von Frauen und Männern im vereinten Deutschland beschäftigte.²⁶ Zum Ende des 20. Jahrhunderts gesellte sich zur „Rechtstellung der Frau bzw. Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten“²⁷ die Gleichberechtigung und gesellschaftliche Anerkennung Transsexueller.²⁸ Lange war von der binären Geschlechtsidentität ausgegangen worden. Die Gesellschaft teilte die Geschlechter ausschließlich in Frauen und Männer, wie uns auch die Erschließungsinformationen vor Augen führen. Abweichungen wurden

nicht akzeptiert, Eltern übernahmen diese Entscheidung oftmals schon nach der Geburt, bis schließlich das „Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung vom 12. Mai 2021“²⁹ geschlechtsverändernden operativen Eingriffen bei Kindern einen Riegel vorschob. Die „Frauenfrage“ nicht voll gelöst, stellt sich folglich die Frage, was jenseits der herkömmlichen Rollenzuschreibung von männlich / weiblich passiert. Langsam entwickelt sich gesellschaftlich das Bewusstsein einer Geschlechtsidentität jenseits der binären. „Geschlechtliche Vielfalt“ suchen wir in Invenio indes noch vergeblich. „Diversität“ bringt es auf drei Treffer. Parallel bildet sich eine „geschlechterspezifische“ Politik bzw. eine „geschlechtersensible“ Betrachtungsweise heraus. Im Bestand B 213 Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit finden wir den Serientitel „Beratung der geschlechterspezifischen Planung und Durchführung von Projekten“³⁰, in

- 1 Invenio Abfrage vom 30. Jan. 2022. <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/main.xhtml>.
- 2 682-mal findet sich der Begriff im Film und Filmbegleitmaterial. Invenioabfrage vom 19. Feb. 2022.
- 3 61-mal findet sich der Begriff im Film und Filmbegleitmaterial. Invenioabfrage vom 19. Feb. 2022.
- 4 Bundesarchiv (BArch) R 43-I/2691.
- 5 BArch R 43-I/1609.
- 6 BArch R 43-II/162.
- 7 BArch R 43-I/2405.
- 8 In: BArch R 60I/208.
- 9 BArch R 60I/208. Gemeint ist die Beisetzung im eigens angelegten Mausoleum.
- 10 BArch N 1216/65-80.
- 11 BArch B 122/21087.
- 12 In: BArch B 122/26801. Viele weitere Beispiele unter dem Klassifikationspunkt 4 Karl Carstens (1979-1984).
- 13 BArch B 122/36406.
- 14 Enthält-Vermerk in: B 122/73525. Weiteres Beispiel: Beteiligungen und Interessenberücksichtigung. – Gutachten „Politische Planung und demokratische Beteiligung“ von Frau Prof. Dr. Mayntz-Trier, 1970 – 1973. B 106/49622.
- 15 BArch R 310I-ANH./89.
- 16 Gleichberechtigung Frau 315 invenio-Treffer insgesamt, davon: (1) Norddeutscher Bund und Deutsches Reich (1867/1871-1945), (150) Bundesrepublik Deutschland mit westalliierten Besatzungszonen (1945 ff.), (133) Deutsche Demokratische Republik mit sowjetischer Besatzungszone (1945-1990), (31) Nachlässe und Sammlungen.
- 17 Gleichstellung Frau 193 invenio-Treffer insgesamt, davon: (9) Norddeutscher Bund und Deutsches Reich (1867/1871-1945), (157) Bundesrepublik Deutschland mit westalliierten Besatzungszonen (1945 ff.), (20) Deutsche Demokratische Republik mit sowjetischer Besatzungszone (1945-1990), (7) Nachlässe und Sammlungen.
- 18 Emanzipation Frau erzielt lediglich 13 invenio-Treffer, 8 davon in Nachlässen und Sammlungen, 3 Bundesrepublik und 2 DDR.
- 19 Invenio-Abfrage: 868 Treffer insgesamt: (553) Norddeutscher Bund und Deutsches Reich (1867/1871-1945), (236) Bundesrepublik Deutschland mit westalliierten Besatzungszonen (1945 ff.), (41) Deutsche Demokratische Republik mit sowjetischer Besatzungszone (1945-1990), (38) Nachlässe und Sammlungen.
- 20 BArch R 43-I/2555.
- 21 Düsseldorf 1954 (Druck). In: BArch B 136/1717.
- 22 BArch B 149/158770.
- 23 Gesamtlaufzeit der Serie 1979-1999. BArch B 149/159696-159705, 217823, 217825-217827.
- 24 Beschluss zur Einrichtung in Bundestagsdrucksache 7/1148. Weitere Informationen unter https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/21987896_enquete1-199442, zuletzt abgerufen am 26. Jan. 2022.
- 25 Überlieferung des für Frauen zuständigen BMI in BArch B 106/44162, 48561-48576, 48579-48583.
- 26 BArch B 168/4091-4092.
- 27 So der Klassifikationstitel unter Aktenplanposition 20090 im Bundeskanzleramt. BArch B 136/32979-32982.
- 28 BArch B 136/102147. Einschlägig sind hier insbesondere die Unterlagen zu Namenangelegenheiten: „Änderung der Vornamen sowie Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen. – Transsexuellengesetz vom 10. Sept. 1980“, 1980-2000 in BArch B 141/50280-50288, 59353-361, 459097. Darin auch die Frage der Geschlechtszugehörigkeit der Intersexuellen.
- 29 Urschrift: BArch B 463/39153.
- 30 BArch B 213/66004, 66017. Laufzeit: 1989-1996.

BW 1 Bundesministerium der Verteidigung (Leitung), wer hätte es gedacht, „Geschlechtersensible Haushaltspolitik (Gender Budgeting)“³¹, ein Antrag von MdB Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), und in B 106 Bundesministerium des Innern die Anerkennung einer „geschlechterspezifischen Verfolgung und Flucht von Frauen“³². Die Recherchen im Urschriften-Bestand B 463 Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften der obersten Bundesbehörden dokumentieren die jüngste Entwicklung auf rechtlichem Gebiet: „Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 18. Dezember 2018“³³, „Gesetz zur Rehabilitierung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen, wegen ihrer homosexuellen Orientierung oder wegen ihrer geschlechtlichen Identität dienstrechtlich benachteiligten Soldatinnen und Soldaten vom 16. Juli 2021“³⁴. Der Weg dahin lässt sich wiederum über die Überlieferung des Bundesverfassungsgerichts in Bestand B 237 nachvollziehen. Indes kann rechtlich nur fixiert werden, was gesamtpolitisch bereits Anerkennung gefunden hat, was indes nicht mit einer gesellschaftlichen Anerkennung zu verwechseln ist. Diese steht auf dem Prüfstand und wäre nicht zuletzt durch eine entsprechende Überlieferung jenseits der staatlichen nachzuweisen. Wir sehen, dass sich nicht allein die Frauen bewegen, sondern die Geschlechter an sich, zwar langsam, aber kontinuierlich. Übrigens: die Abfrage nach „Geschlecht“ bringt zwar mehrere hundert invenio-Treffer, indes profitieren davon mehr die medizin-historischen Forschungsansätze zu Geschlechtskrankheiten. „Geschlechter“ bringt es auf 85 Treffer.

Was sagt uns diese Spielerei?

Frauenspezifische Themen lassen sich mit dem Schlagwort „Frau“ anhand der Findmittel zwar mit Einschränkungen, aber doch recht gut ermitteln. Die Invenio-Abfrage verdeutlicht zudem sehr anschaulich, wie lang der Weg und wie klein die Schritte zur Gleichstellung waren bzw. sind. Die Weltkriege hätten frau womöglich weiter voranbringen können: Frauen dringen immerhin in vormals den Männern vorbehaltenen Arbeitsgebiete vor,³⁵ in technische Berufe,³⁶ werden selbstverständlich im Krieg eingesetzt,³⁷ wenn auch nicht kämpfend, bekommen Orden und andere Auszeichnungen,³⁸ erhalten endlich auch gewichtige Rechte: das Wahlrecht bzw. die verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung in Art 3 Abs. 2 GG. Indes legen sie wiederum den Rückwärtsgang ein und finden ebenso schnell aus den Männerdomänen heraus, wie sie zuvor hereingefunden haben. Das betrifft signifikant die Berufswelt, auch das Reichsarchiv. Der Personalabbau beim Reichsarchiv setzt selbstverständlich bei den Frauen an.³⁹ Die Nachkriegszeiten führten in den „Normalzustand“ zurück, was überwiegend wohl auch dem Selbstbild der Frau als Hausfrau und Mutter entsprach. Diese Rolle war vor allem im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Arbeitsrecht fixiert. Die Berufstätigkeit der Frau und die Wahrnehmung von Amtsfunktionen wurden natürlich auch durch die sog. „Zölibatsklausel“⁴⁰ konterkariert. Diese erlaubte es den öffentlichen wie privaten Arbeitgebern, das Arbeits- bzw. Dienstverhältnis von Frauen nach der Eheschließung zu beenden.⁴¹ Erschwerend kam das Entscheidungsrecht des Ehemanns über die Erwerbstätigkeit seiner Frau hinzu. Die Ehefrau war demnach in erster Linie Hausfrau. Die Erwerbstätigkeit durfte den Interessen von Haushalt, Ehe und Familie nicht entgegenstehen. Der Mann entschied, wann das der Fall war. Die Gesetze harhten der Anpassung, womit sich die aufeinander folgenden Bundesregierungen schwertaten. Das gesetzlich fixierte Modell der

„Hausfrauenehe“ lief erst mit dem Ersten Eherechtsreformgesetz, das zum 1. Juli 1977 in Kraft trat, aus.⁴² Bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus ist die „Geschlechtergerechtigkeit“ trotz der Verankerung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und des Auftrags, „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern [zu fördern] und [...] auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin[zuwirken]“ in Art. 3 Abs. 2 GG kein konsequent verfolgtes gesellschaftspolitisches Ziel. Die formale Gleichberechtigung der Frau, obgleich verfassungsmäßig geschützt, musste oft mühsam von einzelnen oder etwa durch die um 1970 einsetzende neue Welle der Emanzipationsbewegung erkämpft werden. Der Weg der Frau war dabei oftmals ein Gang durch die Gerichte. Vor allem die umfangreiche Überlieferung des Bundesverfassungsgerichts zeugt eindrucksvoll davon. Die Gesetzgebung musste peu-à-peu nachziehen, was nicht jeder Bundestagsfraktion leichtfiel. Viele sahen die Grundfesten der Gesellschaft bedroht, weshalb sich der Gesetzgebungsprozess oftmals über Jahre hinweg zog. D. h. die Bundesgerichte bzw. das Bundesverfassungsgericht, die Verfassungsbeschwerde und Normenkontrolle, erwiesen sich auch hier wie so oft als Motor von Reformen. Allein 169 Treffer führen in Bestand B 237 Bundesverfassungsgericht zu Verfahren unter dem Begriffspaar „Gleichberechtigung“ und „Frau“. Allerdings finden sich in der Überlieferung des Bundesarchivs auch Beschwerden von Männern, die in den Genuss des Haushaltstages gelangen wollten.

Insbesondere blieb die Rolle der Frau in der Politik, in öffentlichen Ämtern, selbst im öffentlichen Dienst beklagenswert, wie aus den Erschließungsinformationen (auch den nicht vorhandenen) ersichtlich wird: z. B. „Vorschlag an die Reichsregierung, verstärkt die Frauen für ihre Politik zu gewinnen, Dez. 1932“⁴³ und „Eingaben von Verbänden sowie Helene Weber zu der Besetzung von Frauen im Kabinett“⁴⁴. Die politische Tätigkeit der Frau bedeutet noch weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus „ehrenamtliche Mitarbeit im öffentlichen Bereich“ bzw. die „Mitwirkung der Frau in Verwaltungsgremien“⁴⁵. Die Einstellung von Frauen in den Bundesministerien stand 1950 mehrfach auf der Tagesordnung und blieb bis zur 39. Kabinettsitzung unbehandelt, in der „der Herr Bundeskanzler [...] feststellte, daß trotz der allseitigen Anerkennung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frauen und Männern in den einzelnen Bundesministerien keine Neigung bestehe, Frauen einzustellen. Es handelt sich dabei nicht um das Gesamtverhältnis der weiblichen zu den männlichen Kräften, sondern um die Einstellung von Frauen in der Referentenebene. Er bittet die Kabinettsmitglieder, den theoretischen Grundsatz auch in der Personalpolitik ihrer Ministerien durchzusetzen“⁴⁶. Vergeblich.

Bis endlich eine Frau Bundesminister wurde, dauerte es noch. Auch blieb das Ereignis zunächst singulär. 1960 hieß es: „Besetzung des Familienministeriums mit einer Frau. Nachfolge von Theodor Oberländer 1960“⁴⁷. Tatsächlich stellt dieser Vermerk die Besonderheit, die Einmaligkeit und Erstmaligkeit deutlich heraus. Entscheidend ist nicht, welche Persönlichkeit nachfolgt, sondern allein, dass es eine Frau ist! Der erste weibliche Bundesminister(sic!). Nachdem am 14. November 1961 die Mitglieder des vierten Kabinetts Adenauer vereidigt worden waren, fand sich darunter auch Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), die zum Bundesminister (sic!) für Gesundheitswesen ernannt wurde. Das Bundesministerium war neu geschaffen worden und umfasste auch die Zuständigkeit für „Familie“. Die „Frauen“ blieben beim Bundesministerium des Innern.

ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG UND ERSCHLIEßUNG IM BUNDESARCHIV

Überlieferungsbildung und Bewertung

Im Fokus der Betrachtungen steht aus pragmatischen Gründen die Überlieferungsbildung im Bereich Bundesrepublik Deutschland. Die Bewertung im Bundesarchiv orientierte sich über Jahrzehnte maßgeblich am Federführungsprinzip. Da es aber möglich war, auch eine „qualifizierte Mitwirkung“ als archivwürdig zu bewerten, finden sich Doppelt- und Dreifachüberlieferungen im Bundesarchiv. Das bedeutet nicht zwangsläufig das Vorliegen identischer Überlieferungen. Die komplementäre Überlieferung ist gerade in Streitfällen interessant, insbesondere wenn ein Bundesministerium unabhängig Aktivitäten entfaltet, ohne die Zuständigkeit zu besitzen. Auch konnten ergänzende Motive und Kriterien zur Bewertung herangezogen werden, z. B. die Bedeutung des Gegenstandes oder die Einmaligkeit der Zusammenstellung der enthaltenen Unterlagen. Gesondert zu betrachten ist die Überlieferungsbildung in sogenannten Rückgratbeständen. Deren Besonderheit ergibt sich aufgrund der spezifischen Aktenordnung, der komprimierten, konzentrierten bzw. verdichteten Information, die für Recherchen einen schnellen Überblick verschafft. In den Unterlagen des Bundeskanzleramts schlagen sich aufgrund der Richtlinienkompetenz, der umfassenden politischen und exekutiven Verantwortung und Gesamtkoordinierung der Regierungstätigkeit alle wesentlichen politischen Prozesse in stark aggregierter Form nieder. Die Überlieferung bietet einen umfassenden Überblick und Einstieg in die Materie, ohne dass der Blick durch ein Zuviel an Überlieferung bzw. Detailinformation getrübt wird. Im Bereich der Gesetzgebung wurde auch vorsorglich mit der Überlieferung des Bundesministeriums der Justiz im Bestand B 141 ein Ersatz für mangelnde bzw. unvollständige Überlieferungen anderer Ressorts geschaffen.

Durch den Strategieprozess im Bundesarchiv haben sich seit 2017 die Akzente verschoben. Geblieben ist die Einschätzung der Bedeutung der Unterlagen des Bundeskanzleramtes als Ausgangspunkt für Recherchen. Das Bundesarchiv sieht seine Aufgabe nicht mehr darin, Verwaltungshandeln allgemein oder gar die Gesamtheit des staatlichen Handels in seiner Breite, schon gar nicht umfassend, abzubilden. Der Schwerpunkt liegt auf dem Nachvollzug der politischen Entscheidungen, übergeordneter Entwicklungen sowie herausragender Ereignisse. Maßgeblich ist daher die Bedeutung der Aufgabe bzw. des Gegenstandes. Diese ergibt sich keinesfalls aus dem sprichwörtlichen Fingerspitzengefühl der Archivierenden, sondern aus eigens entwickelten Kriterien, die jeweils abzufragen sind.⁴⁸ Ergänzend tritt die federführende Zuständigkeit hinzu, um die aussagekräftigste Überlieferung herauszufiltern. Aber auch die Federführung in einem bedeutenden Arbeitsbereich oder für einen bedeutenden Gegenstand reicht nicht aus, um die Archivwürdigkeit zu begründen. Die Art und Qualität der Aufgabenwahrnehmung, die Intensität und der Umfang der Bearbeitung durch eine Stelle, der tatsächliche In- bzw. Gehalt des Schriftguts auch im Hinblick auf die Qualität der Schriftgutverwaltung (Vollständigkeit, Authentizität), die Überlieferungsverhältnisse sowie die Auswertungsmöglichkeiten und Nutzbarkeit (einschließlich Aggregationspotenzial und Verknüpfbarkeit der enthaltenen Informationen) sowie die Substituierbarkeit durch allgemein verfügbare Publikationen sind vorab zu prüfen bzw. bei der Überlieferungsbildung abzuwägen.

Übernahme von Archivgut ist zunächst aber eine Frage des „Angebots“, nicht zuletzt der anbietungspflichtigen Überlieferung eines Registraturbildners. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Bundesministerium des Innern ein Frauenreferat eingerichtet.⁴⁹ Die „Frauenpolitik“ fand als solche erst 1980 Eingang ins Regierungsprogramm.⁵⁰ In den Kabinettsprotokollen findet sich vorher nur der Kabinettsbeschluss vom 2. Mai 1979 zur Einrichtung eines Arbeitsstabes Frauenpolitik im BMJFG.⁵¹ Dieser sollte bei frauenpolitisch relevanten Vorgängen frühzeitig beteiligt werden. D. h. die Tätigkeit bestand im Wesentlichen in der Mitwirkung bei Aufgaben anderer Ressorts oder Organisationseinheiten im BMI. Das bedeutet wiederum, dass es eine „Frauenpolitik“ als selbstständiges Aufgabengebiet auch fortan nicht gab. Aus dem Arbeitsstab Frauenpolitik entwickelte sich im Jahr 1986 die

31 BArch BW 1/41183.

32 Laufzeit bislang 1988–2012. BArch B 106/330674 f., 332122–33124, 337635 f., 340700 f., 345260–345262, 348945, 357260, 377953, 476898–476904.

33 BArch B 463/37966.

34 BArch B 463/39391.

35 Ausbildung von Frauen zu Kraftfahrzeugführerinnen bei der Reichsbahn durch das NSKK, 1943 in: BArch R 5/2194 Frauen im Baugewerbe, 1948, in: BArch Z 1/971.

36 Ausbildung von technischen Assistentinnen in der Industrie (insb. Bereiche der Elektrotechnik, Physik, Chemie), 1943–1945, BArch R 12-1/303.

37 Durchführung des Führerlasses über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Zwecke der Reichsverteidigung, 1943–1945, BArch R 16/65. Fraueneinsatz, Luftwaffen-Helferinnen, 1944–1945, in: BArch RL 2-III/134. Arbeitseinsatz. – Anordnungen und Verfügungen, 1943–1945, in: BArch RW 21-1/498. Anordnung des Führers über den Einsatz von Luftwaffen-Helferinnen (Entwurf), Abfindung von Frauen im Wehrmachtseinsatz, in: BArch R 2/22509.

38 Auszeichnungen u. a. in: BArch RW 59/324. Kartei: Kriegsverdienstmedaille, v. a. Verleihungen an Frauen, 1943–1945, in: BArch RW 59/2185. In RH 15/178 Allgemeine Grundsätze und Richtlinien für die Verleihung von Kriegsauszeichnungen (u. a. Kriegsverdienstkreuz, Kriegsverdienstmedaille, Ehrenblattspange, Nahkampfspange in Gold, Verleihung an Frauen), 1940–1944; Übersicht über Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Verleihung von Auszeichnungen an Frauen, Juli 1943 in: BArch RW 36/446.

39 BArch R 43-1/2614.

40 BArch B 106/44279.

41 BArch B 106/44279.

42 Unterlagen der Ehrengeschichte in BArch B 141/25119–25155, 29326–29343, 29355–29359. Gesetzgebung in: BArch B 141/29193–29281, 29344–29362.

43 Enthält-Vermerk in: BArch R 43-1/678.

44 Eingaben von Verbänden sowie Helene Weber zu der Besetzung von Frauen im Kabinett, in BArch B 136/4620, Regierungsbildungen 1953–1966, Bd. 1, 1953–1961.

45 Beide Zitate aus Aktenzettel. BArch B 106/48543.

46 https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1950k/kap1_2/kap2_7/para3_9.html?highlight=true&search=Frauen&stemming=true&field=all#highlightedTerm.

47 BArch 136/4618.

48 Z. B. kurzfristige bzw. vorübergehende Bedeutung, Rechtsetzung, politische Entscheidungen mit langfristigen bzw. grundlegenden Auswirkungen, gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen, die Zäsuren bedeuten, zu einem Wertewandel führen, die zumindest für einen gewissen Zeitraum gesamtgesellschaftlich von außerordentlicher Bedeutung (z. B. extrem streitbar, umkämpft) waren, grundlegende Entscheidungen, Maßnahmen und Entscheidungen in herausragenden Präzedenzfällen, besonderen (Gefährdungs- und Krisen-)Lagen, weit über den Einzelfall hinausgehende Auslegung von Normen und Vorschriften und nicht zuletzt Unterlagen, die sich der Sicherung von berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger dienen (insbesondere Reha, Schicksalsklärung, Wiedergutmachung). Der Bewertung entziehen sich im Grunde Unterlagen, die nach Rechtsvorschriften des Bundes dauerhaft aufzubewahren sind (§ 1 Nr. 10 b BArchG).

49 Aufgaben und personelle Besetzung des Frauenreferats, 1949–1955, R 43-1/2555. S. a. BArch B 136/4688.

50 Regierungsprogramm 1980–1984 (Arbeitsprogramm). – Frauenpolitik (Nebenakte), 1980–1980, BArch B 136/13985.

51 122. Kabinettsitzung am 2. Mai 1979, TOP 3. https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1979k/kap1_1/kap2_18/para3_3.html, zuletzt abgerufen am 11.3.2022.

Abteilung Frauenpolitik.⁵² Auch hier bestand die Tätigkeit in der Mitwirkung an frauenpolitisch relevanten Vorgängen und Gesetzgebungsverfahren. 1986 folgte die Einrichtung des „Frauenministeriums“, dessen zehnjähriges Bestehen bereits mit einer Festveranstaltung⁵³ gewürdigt wurde. Mit Organisationserlass vom 7. Juli 1987 ging die Zuständigkeit für Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung, einschließlich der Frauenförderung in der Bundesverwaltung aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern über.⁵⁴

Entsprechend dünn ist die Überlieferung zu „Frauen“ und zu „Frauthemen“ im Bereich des behördlichen Schriftguts. Auch die Überlieferungen des Frauenreferats sowie des Frauenministeriums vermitteln einen kümmerlichen Eindruck. Der Klassifikationspunkt „Frauenfragen“ im Bestand Bundesministerium des Innern dokumentiert die Mitwirkung und das „reaktive“ Tun.⁵⁵ Das liegt wie bereits ausgeführt auch an der fehlenden Zuständigkeit des Frauenreferats. Die Baustellen auf dem Weg zur „Gleichberechtigung“ lagen vor allem im Ehe- und Familienrecht des BGB (Gleichberechtigungsgesetz⁵⁶) und dem Arbeitsrecht, aber auch im Strafrecht und Beamtenrecht bzw. Recht des Öffentlichen Dienstes.

Dem Federführungsprinzip zum Trotz finden wir in der Überlieferung des „Frauenreferats“ eine Reihe von Mitwirkungsakten. Motiv dieser Überlieferung ist vermutlich zunächst einmal die Zielsetzung, einige Unterlagen zu überliefern, um zumindest die Quintessenz des Verwaltungshandelns dieser Organisationseinheit nachvollziehbar zu halten. Ein anderes wäre die Gewichtung des Themas und die Zielsetzung, die spezifische Perspektive des BMI bzw. des Frauenreferats neben der federführenden Ministerialüberlieferung zu dokumentieren und die Überlieferung von nichtstaatlichen Frauen- oder internationalen Organisationen ggf. zu ersetzen, indem auch Tagungsunterlagen⁵⁷, UNESCO-Untersuchungen, „Zusammenarbeit“ mit Organisationen (in der Regel Informationsgespräche und Materialien), Anfragen, Stellungnahmen, Untersuchungen über die Stellung der Frau, Unterlagen zur UN-Frauenrechtskommission etc. überliefert wurden. Natürlich spiegelt sich auch die Tätigkeit der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft⁵⁸ im Bestand wider. Der Zwischenbericht⁵⁹ der Enquête-Kommission sah Defizite im Beruf (Entlohnung, Aufstiegschancen und Vereinbarkeit mit Familienaufgaben), in der Bildung (Erziehungsziele, Motivation und Weiterbildung), im System der sozialen Sicherung (keine eigenständige Absicherung) und im Hinblick auf die politische Repräsentation von Frauen (Mitgliedschaften in Partei und Parlamenten). Er führte zur Befassung des Referats mit der „Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft“⁶⁰ und zur Einrichtung einer Projektgruppe zur Entwicklung einer Konzeption zum weiteren Abbau des Gleichberechtigungsdefizits und zur Verbesserung der Chancengleichheit der Frauen⁶¹ bzw. einer „Kommission für die Gleichberechtigung von Frauen im BMI“, die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frauen bzw. Sofortmaßnahmen des BMI vorschlug.

Die Überlieferung in Bestand B 189 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist folgende Themen aus: Frauen und Beruf, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, soziale Sicherung von Frauen, Frauen in besonderen Lebenslagen, Gleichberechtigungsgesetz und sonstige Rechtsfragen, Schutz von Frauen gegen Gewalt, Frauen und Medien, Frauen und Kultur, Frauen in Politik und Gesellschaft, Politik für Frauen, internatio-

nale Frauenpolitik, Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und Senatoren der Länder (GFMK), Geschlechterforschung, Frauen in den neuen Bundesländern, Frauenforschung. Die Zahl der Verzeichnungseinheiten insgesamt ist gering. Zu den Themenkomplexen ist mitunter nur eine Akte oder Serie angefallen. Auch hier entsteht der Eindruck, dass es bei der Überlieferungsbildung schlicht darum ging, die Tätigkeit der Organisationseinheit, eben das Verwaltungshandeln, wenigstens durch eine kleine Auswahl von Akten zu dokumentieren, wenn auch nur durch Mitwirkungsakten. Immerhin waren es frauenpolitisch relevante Themen und betrafen somit die Kernzuständigkeit der Organisationseinheit. In Bestand B 142 Bundesministerium für Gesundheitswesen, dem Ministerium, dem die erste Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt selbst vorstand, sind keine spezifisch frauen- oder familienpolitischen Themen überliefert. Daraus kann nicht zwangsläufig ein Desinteresse der Bundesministerin gefolgert werden. Grund ist die Bestandsabgrenzung, die wegen der vielfachen Zuständigkeitsänderungen im Zeitablauf notwendig wurde. Die Überlieferung aus der Amtszeit von Bundesministerin Schwarzhaupt mit den Schwerpunkten Familie und Jugend findet sich in Bestand B 153 Bundesministerium für Familie und Jugend. Einschlägiges Archivgut zur amtlichen Tätigkeit wie auch zu den persönlichen Interessenschwerpunkten von Elisabeth Schwarzhaupt ist im Bundesarchiv vor allem in den Beständen B 136 Bundeskanzleramt, B 232 Deutscher Akademikerinnenbund und natürlich N 1177 Nachlass Elisabeth Schwarzhaupt (hierin Korrespondenzen, Unterlagen zur Tätigkeit bei der Evangelischen Kirche Deutschlands, bei der CDU, beim Deutschen Akademikerinnenbund und aus der Zeit als Bundesgesundheitsministerin) recherchierbar. Der Nachlass von Elisabeth Schwarzhaupt ist zersplittert. Teile werden auch im Archiv der Konrad Adenauer Stiftung unter 01-048⁶², im Evangelischen Zentralarchiv Berlin und im Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main verwahrt.⁶³

Um zu Frauen bzw. frauenrelevanten Themen zu forschen, kann folglich nicht allein auf den Bestand des jeweils für „Frauen“ ständigen Bundesministeriums, sondern muss auf eine Vielzahl von Beständen zurückgegriffen werden. Wie gesagt empfiehlt es sich, zunächst bei den Kabinettsprotokollen und im Bestand B 136 Bundeskanzleramt zu den einzelnen Gesetzgebungsverfahren und Sachthemen anzusetzen, und ausgehend davon, sich vom Allgemeinen zum Speziellen hinwendend, die Überlieferung der Fachbereiche, insbesondere der federführenden Bundesministerien in den Blick zu nehmen. Die breiteste Überlieferung findet sich in B 141 Bundesministerium der Justiz (wegen der fachlichen Zuständigkeit für die Prüfung der Rechtmäßigkeit von Gesetzen, aber auch wegen der verhältnismäßig intakten Schriftgutverwaltung). In B 149 Bundesministerium für Arbeit und Soziales sind die Chancengleichheit bzw. Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz bzw. im Hinblick auf Löhne und Gehälter dokumentiert. In Bestand B 463 Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften finden sich schließlich sämtliche Urschriften, schon bei Übernahme ins Bundesarchiv allesamt vollständig erschlossen. Die Abgaben erfolgen zeitnah nach der Verkündung. Auch das Archivgut privater Provenienz wäre heranzuziehen. Das Bundesarchiv verwahrt selbstverständlich auch Unterlagen von und zu Frauenorganisationen⁶⁴ bzw. Vor- und Nachlässe von Frauen.⁶⁵ Indes gibt es keine Aufstellung, die nach Geschlechtern differenziert. In der Abteilung Bundesrepublik Deutschland finden sich neben 798 „Männernachlässen“, 36

Nachlässe von Frauen und 9 Familiennachlässe.⁶⁶ Die Archivierung von Frauennachlässen oder Unterlagen von Frauenorganisationen ist nun kein erklärtes Ziel des Bundesarchivs. Die Übernahme von Nachlässen bzw. privater Unterlagen im Bundesarchiv folgt einem inhaltlichen Profil. Die staatliche und die nichtstaatliche Überlieferung sollen sich sinnvoll ergänzen, zumal der staatliche Blickwinkel sehr eng sein kann und möglicherweise, gerade in gesellschaftspolitischer Hinsicht, eines Korrektivs bedarf. Die nichtstaatliche Überlieferung soll „den notwendigen Perspektivenwechsel ermöglichen“.⁶⁷ Das Thema „Gleichberechtigung der Frau“ und der Weg zur Durchsetzung der Gleichberechtigung bzw. die Beseitigung bestehender Defizite, machen dies mehr als deutlich. Die Überlieferung der Frauenverbände, von Initiativen und Aktionsgruppen etc. ist unverzichtbar. Die Überlieferungsbildung muss aber nicht zwingend beim Bundesarchiv erfolgen. Dieses verfolgte bereits bevor der Begriff u. a. durch den VdA-Arbeitskreis Bewertung populär gemacht wurde das Prinzip der „Überlieferungsbildung im Verbund“ und berücksichtigt die inhaltliche bzw. örtliche Zuständigkeit von Spezialarchiven. Gerade im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung bzw. der feministischen Bewegungen gibt es im deutschsprachigen Raum eine gut vernetzte Archiv-, Bibliothek- und Dokumentationslandschaft, die durch das Digitale Deutsche Frauenarchiv sinnvoll ergänzt wird.⁶⁸

Erschließung

Bereits anhand der Erschließungsdaten des Bundesarchivs lassen sich die gesellschafts- und geschlechtergeschichtlichen Entwicklungslinien in den Grundzügen nachvollziehen. Die Erschließung verfolgt traditionell das Ziel, „objektiv“ zu sein, d. h. sie soll die Auswertung nicht vorwegnehmen, nichts präjudizieren, den Benutzer*innen nicht vorgreifen, sie nicht manipulieren, für sämtliche Fragestellungen offen sein und diese nicht bereits vorgeben. Mittel zum Zweck ist das objektive Erfassen des Verwaltungshandelns durch strikte Orientierung an der vorarchivischen Schriftgutverwaltung. Interpretationen sind zu unterlassen bzw. den Benutzerinnen und Benutzern zu überlassen. Die Erschließung soll sachbezogen und frei von Wertungen sein. Diskriminierende zeitgenössische Begriffe werden im Interesse der Eindeutigkeit oder Recherchierbarkeit von Inhalten übernommen, sind aber zur Kenntlichmachung in Anführungszeichen zu setzen. Fantasie ist nicht gefragt. Titeltbildend bei der Erschließung sind im Wesentlichen die vorarchivischen Erschließungsinformationen, die von der aktenführenden Stelle verwandten Aktenplanpositionen auf Klassifikations-, ggf. auch auf Serienebene (wenn wenig Schriftgut angefallen ist) und die vom Registraturbildner vergebenen Aktenbetreff auf Ebene der Verzeichnungseinheit (auch im Bildbereich) und auf Serienebene. Bis etwa zur Jahrtausendwende waren in der Abteilung Bundesrepublik Deutschland nicht allein die Aktenplanpositionen, die tatsächlich belegt worden sind, in den Findbüchern nachzuhalten, sondern auch die vielen, die in den behördlichen Schriftgutverwaltungen nie belegt worden waren, d. h. zu denen kein archivwürdiges Schriftgut entstanden ist. Das führte bei Invenio-Recherchen natürlich zu Treffern ohne Archivgut, ein höchst unbefriedigendes Ergebnis für die Benutzer*innen. Was sich gerade aus dem Nichtvorhandenen ablesen lassen sollte, bleibt letztlich unbeantwortet. Registraturbildner (insbesondere im Fall der Mitarbeiterablage) neigen oft dazu, möglichst wenige Aktenplanpositionen zu nutzen. Den Erschließenden waren zu der Zeit lediglich moderate Anpassun-

gen gestattet, v. a. die Verwendung des Nominalstils und Kürzungen, weil bei Einführung der elektronischen Erschließung die erlaubte Zeichenzahl zunächst noch sehr begrenzt war. Was sich nicht wortwörtlich aus den Akten ergab, sollte auch nicht aus anderen Quellen erhoben und eingefügt werden. Heute wird das nicht mehr so streng gehandhabt. Archivtitel können selbständig gebildet werden, entscheidend dabei sind Verständlichkeit und Rechercherelevanz. Wenn Originaltitel bzw. Aktenbetreff unzutreffend sind oder nicht tragen, sind Archivtitel neu zu bilden. Der Originaltitel oder Aktenbetreff laut Abgabeverzeichnis wird dennoch weiterhin nachgehalten und bleibt recherchierbar. Der Titel fasst somit den Betreff bzw. den Inhalt einer Verzeichnungseinheit in kurzer, prägnanter Form zusammen und berücksichtigt sowohl den Entstehungszweck als auch den Entstehungskontext, der sich in der Gliederung bzw. Klassifikation des jeweiligen Bestandes widerspiegelt. Redundanzen werden vermieden, da sich die Informationen der übergeordneten Ebenen automatisch bis hinunter auf die Verzeichnungsebene vererben. Grad, Umfang oder Tiefe der Erschließung variieren, nicht zuletzt in Abhängigkeit der personellen Ressourcen, aber auch abhängig vom jeweiligen Ermessen (Interesse?) der Bearbeitenden. Die Enthält-Vermerke präzisieren oder ergänzen den Titel. Sie können inhaltliche Betreffe oder auch einzelne Unterlagen nachweisen. Auch die Enthält-Vermerke unterliegen schlicht dem Ziel, die Recherchierbarkeit des vorhandenen Inhalts zu erhöhen oder falsche Erwartungen zu vermeiden. Erhoben wird, was den

⁵² Zuständigkeiten und Organisation der Abteilung Frauenpolitik in BArch B 189/26129 f.

⁵³ Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl anlässlich der Festveranstaltung „10 Jahre Bundesfrauenministerium“ am 12. Juni 1996 in Bonn 1996, BArch B 136/101857.

⁵⁴ BArch B 189/24975. Vereinbarung zwischen dem BM des Innern und dem BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit über den Übergang der allgemeinen Zuständigkeit für Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung vom 14. Febr. 1989 in B 189/25238. Die parallele Überlieferung findet sich in B 106/152031.

⁵⁵ Z. B. zu „Gleichberechtigung von Mann und Frau“, zur Bezeichnung „Frau“ im behördlichen Sprachgebrauch, zum Familienrechtsgesetz (Gleichstellungsgesetz). Überlieferung im Bestand B 106 Aktenplangruppe 126 (Klassifikationspunkt 4.12 im Findmittel).

⁵⁶ Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) vom 18. Juni 1957, federführend BMJ, in: BArch B 141/2055-2072, Eingaben in: B 141/2017-2025, Materialien in: BArch B 141/2026-2037; Presseäußerungen in: BArch B 141/2050-2054. Auch in: B 136/539-542 und BArch B 106/3430 ff. (hier unter Personenstandswesen geführt), BArch B 106/43313 f. und 43321 f. (unter der Aktenplanposition Frauenfragen).

⁵⁷ Z. B. Tagungen mit den zentralen Frauenorganisationen, in: BArch B 106/43247-43249.

⁵⁸ Beschluss in Bundestagsdrucksache 7/1148. Archivgut in BArch B 106/44162, 48561-48576, 48579-48583. Weitere Informationen unter https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/21987896_enquete1-199442, abgerufen am 26. Januar 2022.

⁵⁹ Bundestagsdrucksache 7/5866 vom 11. Nov. 1976.

⁶⁰ BArch B 106/82883, Laufzeit 1975-1978.

⁶¹ BArch B 106/82884-82887, 86099, Laufzeit 1978-1981. Abschlussbericht in BArch B 106/82886.

⁶² <https://www.kas.de/de/web/wissenschaftliche-dienste-archiv/publikationen/einzeltitel/-/content/elisabeth-schwarzhaupt-1>. Abgerufen am 5. März 2022.

⁶³ <https://www.bundesarchiv.de/nachlassdatenbank/>.

⁶⁴ S. z. B. den Klassifikationspunkt Vereinswesen unter BArch R 43-I/764 ff.

⁶⁵ <https://www.bundesarchiv.de/nachlassdatenbank/>.

⁶⁶ Freundliche Auskunft von Dr. Susanne Waidmann vom 26. Jan. 2022.

⁶⁷ Max Plassmann: Überlieferung zur jüdischen Geschichte im Historischen Archiv der Stadt Köln. In: *!/=* Jahre jüdisches Leben in Kön. Köln 2022 (= Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln 109), S. 9-23, hier S. 15.

⁶⁸ <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/start>. Zuletzt abgerufen am 23. Jan. 2022.

wesentlichen Inhalt ausmacht, was seitens der Registraturbildner als wesentlich oder bedeutsam verstanden wurde und was seitens der erschließenden Person als wesentlich und bedeutsam gewertet wird, vor allem mit Blick darauf, was seitens der Benutzer*innen nachgefragt wird oder nachgefragt werden könnte. Wird bei der Titelbildung möglichst der Aktenbetreff laut Aktendeckel verwandt, so werden die Angaben für den Enthält-Vermerk der Betreffzeile im Schriftgut (Dokument) entnommen. D. h. auch die Titelbildung und Bildung von Enthält-Vermerken sollen möglichst authentisch sein. Wenn also der Name der weiblichen Person mit dem Zusatz „Frau“ erschlossen wird, dann können wir davon ausgehen, dass dies den Formulierungen im Schriftgut entspricht. Von den Formulierungen wird abgewichen hinsichtlich der Amtsbezeichnung. Das generische Maskulinum wurde bis in die 1990er Jahre für sämtliche Mitglieder der Bundesregierung verwandt. Erst am 15. Jan. 1993 beschloss der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung aufzufordern, „in bezug auf konkrete Personen in der Amtssprache die voll ausgeschriebene Parallelformulierung als die sinnvollste Lösung anzusehen“⁶⁹ und damit neben der Bezeichnung „Bundesminister“ auch die Bezeichnung „Bundesministerin“ für Frauen vorzusehen. In den Erschließungsinformationen wird z. B. Elisabeth Schwarzhaupt abweichend von der offiziellen Bezeichnung und ihrem dienstlichen Briefkopf im Titel⁷⁰ oder Enthält als „Bundesministerin“ titulierte. Hildegard Hamm-Brücher wird dementsprechend in den Erschließungsinformationen „Staatsministerin“⁷¹, „Staatssekretärin“⁷² etc. genannt, obwohl es nicht ihrer offiziellen Amtsbezeichnung entsprach.

Die Erschließungsrichtlinien sagen bislang nichts zur Verwendung geschlechterspezifischer oder geschlechtsneutraler Formen. Die verwandten Beispiele sind sämtlich im generischen Maskulinum gehalten: Beruf: Lehrer, Gärtner; Funktion: Abteilungsleiter, Oberarzt, MdB; Amtsbezeichnung: Regierungsrat, Staatssekretär, Bürgermeister; Rolle im Prozess: Beklagter, Richter, Kläger, Nebenkläger, Staatsanwalt, Zeuge, Berichterstatter, Opfer. Die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern zieht sich seit nahezu einem Jahrhundert durch die deutsche Geschichte⁷³ bis zum heutigen Tag. Ecksteine sind auf Bundesebene z. B. der Runderlasses aus dem Jahr 1955⁷⁴ betreffs „Führung der Bezeichnung ‚Frau‘“, also der Anrede von unverheirateten weiblichen Personen im behördlichen Sprachgebrauch, und der diesen Erlass ändernden Runderlass des Bundesministeriums des Innern vom 16. Januar 1972,⁷⁵ die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Maskuline und feminine Personenbezeichnungen in der Rechtssprache“ nachdem die drei Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD und GRÜNE in jeweils eigenen Anträgen die Bundesregierung unter Helmut Kohl aufgefordert hatten, die juristische Fachsprache auf geschlechtsbezogene Formulierungen zu überprüfen und in Gesetzestexten geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen und Formulierungen zu verwenden. Die entsprechende Überlieferung im Bestand B 189 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstreckt sich über 18 Verzeichnungseinheiten mit einer Laufzeit von 1987 bis 1996. Auch das spricht Bände. Zuvor war bereits die Einführung weiblicher Bezeichnungsformen in den Erhebungsunterlagen der Volkszählung 1987 beschlossen worden. Der Bericht der Arbeitsgruppe „Rechtssprache“ datiert vom 17. Januar 1990. Das Merkblatt M 19 des Bundesverwaltungsamtes „Sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Hinweise, Anwendungsmöglichkeiten und Beispiele“ wurde 2000 veröffentlicht. Die zweite Auflage

folgte bereits 2002. Demnach sollte das generische Maskulinum weitgehend durch geschlechtsneutrale Formulierungen und stellenweise genutzte Paarformen (Beidnennung) ersetzt werden. Mittlerweile stellt sich, das eine Problem noch nicht gelöst, eine neue Anforderung: eine geschlechtergerechte Sprache, die der Vielfältigkeit bzw. der Varianz der Geschlechter entspricht.

FAZIT

Obwohl die Erschließungsinformationen ihrer Zielsetzung nach schlicht der Ermittlung von Archivgut dienen, erweisen sie sich als sehr aussagekräftig und aufschlussreich. Natürlich können (und sollen) sie die Auswertung nicht ersetzen. Es besteht auch nicht der Anspruch, gleich bei der ersten invenio- oder BASYS-Abfrage zu einem so umfassenden Thema alle einschlägigen Unterlagen zu ermitteln. Bei der Suche nach „Frauenthemen“ bedarf es weiterer konkreterer An- bzw. Eingaben. Aber allein die eingangs genannten Verknüpfungen führen uns z. B. zur Verknüpfung von „Anrede“ und „Frau“ im amtlichen⁷⁶ bzw. behördlichen Sprachgebrauch, zur Zeichenkette „Ehe- und Familienrecht“, dem größten Hemmnis der Frau auf dem Weg zur Gleichberechtigung und anderen Themen. Mit jeder neuen Abfrage lassen sich weitere Erkenntnisse und damit Parameter für die Suche nach Schlagworten und Zeichenketten finden.

Wie ließe sich die Erschließung weiter optimieren? Durch eine Erschließung, die a) den Entstehungskontext wahrt bzw. nachhält (hinsichtlich der Struktur und inneren Ordnung des Bestandes, womit die Klassifikation und Serienbildung gemeint sind, nicht die physische Ordnung der Aufbewahrungseinheiten oder deren Nummerierung, die Vergabe laufender Nummern als Signaturen hat sich doch bewährt!), b) hinsichtlich der Titelaufnahme, die im Wesentlichen dem jeweiligen „Zeitgeist“ entspricht, d. h. die Sicht und das Verständnis der Registraturbildner wiedergibt und dabei c) die Aspekte, die die Archivwürdigkeit begründen, nämlich die Bedeutung einer Aufgabe, eines Gegenstandes bzw. Sachverhalts, eines Ereignisses, herausstellt. Die Bedeutung ergibt sich wiederum nicht aus der inneren oder politischen Haltung der erschließenden Person, vielmehr der Zielsetzung, die Benutzer*innen durch eine „sanfte Führung“ auf Themen zu stoßen bzw. anhand der Erschließung zu verdeutlichen, worin die Archivwürdigkeit einer Akte besteht. Die Beurteilung der Bedeutung sollte auch hier klaren Kriterien unterliegen. So sind im Enthält-Vermerk einzelne Entscheidungen bzw. Maßnahmen, die gravierend vom Normalfall abweichen und einen herausragenden Präzedenzfall begründen, die zu einer Zäsur führen, Entscheidungen in besonderen Lagen etc. besonders hervorzuheben. Sofern sie den wesentlichen Inhalt der Verzeichnungseinheit ausmachen, sind sie selbstverständlich titelbildend. Die Angaben sollten möglichst ergänzt werden durch eine Verschlagwortung mit Synonymen, um sowohl die zeitgenössischen amtssprachlichen und umgangssprachlichen⁷⁷ sowie aktuell verwandte oder populäre, „politisch korrekte“ Begriffe absuchen zu können. Die Verknüpfung mit Normdaten kann abhängig von ihrer Qualität für zusätzliche Klarheit sorgen. Die eingangs genannten Beispiele zur Bezeichnung von Ehefrauen, die quasi hinter ihren Ehemännern verborgen gehalten werden, lassen eine Verknüpfung mit den in der GND hinterlegten Personen regelrecht wünschen.

Die Feststellung der Bedeutung von Archivgut ist maßgeblich schon für die Priorisierung der Übernahmen und für alle aus einer Übernahme folgenden archivarisches Tätigkeiten, vor allem

Erschließung und Nutzbarmachung auch durch Digitalisierung. Zur Feststellung der Bedeutung bedarf es Kriterien, die „neutral“ sind, unabhängig vom persönlichen bzw. wissenschaftlichen Interesse, den Wertvorstellungen oder politischen Ansichten der Archivarinnen und Archivare. Weder die Überlieferungsbildung noch die Erschließung oder die Auswahl der Digitalisate dürfen manipulativ in die eine oder andere Richtung wirken. Wenn es z. B. darum geht, die Tätigkeit neuer sozialer Bewegungen zu dokumentieren und zu präsentieren, sollten folglich nicht allein die Strömungen überliefert werden, die gerade der vorherrschenden bzw. gesellschaftlich anerkannten politischen, kulturellen etc. Richtung entsprechen, sondern selbstverständlich auch die, die für die Epoche in der Breite zeittypisch sind, von denen ein besonderer Druck ausgeht, deren Wertvorstellungen eine gravierende Abweichung vom „Mainstream“ bedeuten und die nicht nur eine vorübergehende, kurzlebige Erscheinung darstellen. Von „Reichsbürgern“ eine Überlieferung zu erhalten, dürfte allerdings schwerfallen, indes könnten hier die Überlieferung des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder die der entsprechenden Organisationseinheit beim BMI eine sinnvolle Ersatzüberlieferung schaffen.

Wenn es darum geht, die Frauenbewegung nachvollziehbar zu halten, sind entsprechend alle Geschlechter bei der Überlieferungsbildung zu berücksichtigen. Denn auch diese bewegen sich. Um wissenschaftlich arbeiten zu können, bedarf es immer auch des Vergleichs, der Einordnung eines Sachverhalts in seinen Kontext und damit in den gesamtgesellschaftlichen Bezug. Daher bedarf es der Vielfalt an Überlieferungen staatlicher wie privater Registraturbildner und der Vielfalt der archivischen Landschaft, die erst den notwendigen Perspektivenwechsel ermöglichen. Zuletzt noch mit Blick auf die Personalstatistik des Bundesarchivs der versöhnliche Hinweis, dass längst die Zahl der weiblichen Kolleginnen die Zahl der männlichen Kollegen übersteigt. 2020 waren von 903 Bundesarchivangehörigen 529 Frauen. 2022 verzeichnet das Bundesarchiv 1.382 Frauen bei einer Gesamtzahl von 2.280 Personen.⁷⁸

CONTAINS, AMONG OTHER THINGS: WOMEN. REFLECTIONS ON DOCUMENTATION STRATEGY AND DESCRIPTION IN THE FEDERAL ARCHIVES

Through invenio, tens of thousands of archival records on women can be researched. Even the hit display makes it possible to draw far-reaching conclusions about the role of women. The decisive factor is a description that is objective, value-neutral and open to evaluation and takes into account the temporal context of origin. A proper orientation towards the pre-archival management of records prevents manipulative interventions or the prejudice of the view of history. It also applies to the documentation strategy that it should also be obliged to be strictly neutral with regard to the importance of a topic.

Barbara Limberg

Bundesarchiv

Potsdamer Str. 1, 56075 Koblenz

Tel. 0261 505-8416

E-Mail: b.limberg@bundesarchiv.de

⁶⁹ Beschlussvorlage. Bundestagsdrucksache 12/2775.

⁷⁰ Z. B. BAArch B 106/33771.

⁷¹ 1979-1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt.

⁷² Z. B. BAArch B 138/12373.

⁷³ Verfassungsrecht über Ehe, Gleichstellung der Geschlechter, Erziehung, Bildung, Schule und Kunst (Art. 142-150 der RV, enthält u. a.: Anrede „Frau“ im amtlichen Verkehr. R 1501/125096.

⁷⁴ Runderlass vom 9. Feb. 1955, GMBI. 1955, S. 47. Demnach sollte zur Anrede einer unverheirateten weiblichen Person der Begriff „Frau“ verwandt werden, aber nur dann, wenn dieser Wunsch „erkennbar geäußert wird“. Zusammenstellung früherer Erlasse betreffend die Bezeichnung unverheirateter weiblicher Personen in: BAArch B 106/828279.

⁷⁵ BAArch B 106/82880. Zum Thema auch B 189/6310. Digitalisate und Hintergrundinformationen verfügbar in der virtuellen Ausstellung von Kerstin Schenke, Das Fräulein im Amt – 40 Jahre Runderlass des BMI „Führung der Bezeichnung ‚Frau‘“, in: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Das-Fraulein-Im-Amt-40-Jahre-Runderlass-Des-Bmi-Fuehrung-Der-Bezeichnung-Frau/das-fraulein-im-amt-40-jahre-runderlass-des-bmi-fuehrung-der-bezeichnung-frau.html>, zuletzt abgerufen am 5. März 2022.

⁷⁶ BAArch R 1501/125096.

⁷⁷ Z. B. die Begriffe Displaced Person bzw. DP führen nicht weit. Zielführender ist die Zeichenkette „heimatlose Ausländer“. Die Suche nach Freikauf führt zu einer lächerlichen Trefferzahl, obwohl der Begriff weitaus bekannter als die Zeichenkette „besondere Bemühungen“ ist.

⁷⁸ Freundliche Auskunft von Frau Maria Dziobek.

MITTELALTER OHNE FRAUEN?

VON EINER LEERSTELLE IN ARCHIVISCHEN FINDMITTELN

von *Max Plassmann*

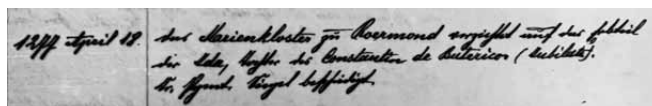
Mittelalterliche Urkundenbestände gelten häufig als ausreichend oder sogar gut erschlossen, weil sie in den Archiven des 19. und frühen 20. Jahrhunderts als Kernbestände aus damaliger Sicht eine besondere Aufmerksamkeit genossen haben. Zumindest ein handschriftliches Findbuch liegt daher häufig vor, das zwar keine Vollregesten im modernen Sinne bietet. Aber es sind meist mehr oder minder umfangreiche Kurzregesten vorhanden, die dem archivischen Zweck, den Zugang zum Archivgut zu ermöglichen, durchaus genügen. Wer in die Feinheiten des Rechtsgeschäfts abtauchen oder noch den Namen des letzten Zeugen wissen will, der kann sich die Urkunde ja im Original oder heute als Digitalisat anschauen. Darauf, dass die 100 bis 150 Jahre alten Findmittel grundsätzlich zuverlässige Kurzregesten bieten, glaubt man sich dabei verlassen zu können, weil vorauszusetzen ist, dass die damaligen wenigen Kolleginnen und vielen Kollegen ihr hilfswissenschaftliches Handwerk verstanden. Daher wurden zahlreiche Urkundenfindbücher in den letzten Jahrzehnten retrokonvertiert, ohne sie noch einmal gegen die Originale zu prüfen – so auch im Historischen Archiv der Stadt Köln, für dessen Urkundenbestände zahlreiche Findbücher aus eigener Produktion sowie wegen der Übernahme von den Kölner Klosterbeständen 1948/49 solche aus der Produktion des früheren Staatsarchivs Düsseldorf vorliegen.¹ Aufgrund des Einsturzes des Archivs 2009 ist hier dann jedoch die Sondersituation eingetreten, dass ohnehin im Zuge des Wiederaufbaus jede Urkunde in die Hand genommen und wenigstens kurz mit dem Findmittel abgeglichen werden muss. Das wiederum enthüllt so manches Problem mit der Qualität der alten Regesten, das bei ihrer Retrokonversion und Nutzung am grünen Tisch nicht aufgefallen wäre. Auf eines dieser Probleme soll hier näher eingegangen werden: auf die (teilweise) Verdrängung von Frauen aus den Findmitteln und damit aus dem Geschichtsbild. Denn vielfach (nicht durchgängig) werden Frauen schlicht und ergreifend selbst dann nicht genannt, wenn sie die betreffende Urkunde gemeinsam mit ihrem Ehemann ausgestellt haben. Verwunderlich ist dies umso mehr, als die Forschung schon lange die rechtliche und wirtschaftliche Rolle von Kölner Frauen wenigstens gehobener Schichten als für mittelalterliche Verhältnisse relativ stark erkannt hat.² Frauen als (Mit-) Ausstellerinnen von Urkunden dürften daher nicht nur genealogisches

Interesse beanspruchen. Vielmehr war ihre Mitwirkung bei vielen Rechtsakten rund um Immobilien, Renten und Erbschaften notwendig, weil sie eigene Rechte an ihnen hatten oder ihr Ehemann nur gemeinsam mit ihnen über das jeweilige Gut verfügen konnte. Ein Fehlen der Ehefrau im Regest unterschlägt daher eine wesentliche Information und ist damit auch in einem auf den wesentlichen rechtlichen Gehalt reduzierten Kurzregest unzulässig. So wie beispielsweise zu einer Urkunde, mit der 1421 der Gürtelmacher Heynrich van Reide und seine Ehefrau Geirdruyt, beide Kölner Bürger, die Rückgabe eines von ihnen im Streit mit Trierer Bürgern in Köln gepfändeten Hauses zusagen. Der Anspruch der Trierer hätte also auch gegen die Ehefrau bestanden, das frühere Regest³ unterschlägt sie aber genauso wie ihren Bürgerstatus.⁴ Oder 1435: Der Rentmeister Goebel Walrave quittiert gemeinsam mit seiner Ehefrau Geefgin Ersatz für in einer Fehde erlittenen Schaden an ihrem Hof in Rodenkirchen, ohne dass Letztere im Regest erwähnt worden wäre.⁵ Auch Fije, die 1404 gemeinsam mit ihrem Ehemann zwei Häuser von den Kölner Augustinern kaufte, fehlte im Regest.⁶ Im Regest zu einer Schreinsurkunde des Schöffenschreins von 1351 wurde nur „Johann Junge und Frau“ als Aussteller genannt, obgleich sie in der Urkunde als Syna erscheint. Ebenso wurde unterschlagen, dass die Ehefrau des Käufers eines Hauses Drude hieß.⁷ Auch dass 1463 der Erbkämmerer des Erzstifts Köln Johan van Hemberg und seine Ehefrau Lijsbeth gemeinsam eine Quittung für die Zahlung einer stadt kölnische Rente ausstellten und auch jeweils für sich besiegelten, ging bislang aus dem Regest nicht hervor, obwohl das Siegel des Ehemanns bis fast zur Unkenntlichkeit beschädigt, das der Lijsbeth aber noch weitgehend intakt ist – aber mangels Erwähnung beispielsweise für eine Studie zu Frauensiegeln nicht hätte gefunden werden können.⁸

Einen besonders krassen Fall illustriert eine Urkunde aus dem Jahr 1404. Laut ursprünglichem Regest handelt es sich um den Abschluss eines Waffenstillstandes der Stadt Köln mit zwei Gegnern in einer Fehde, die während dieser Friedenszeit durch Vermittlung beigelegt werden sollte. Unterschlagen wurde dabei, dass sich die Fehde nicht durch einen Streit der beiden Gegner mit der Stadt entzündet hatte. Ausgangspunkt war vielmehr eine Auseinandersetzung mit Elizabeth Rotstock (aus führender Köl-

ner Familie), in den die Stadt offenbar nur hereingezogen worden war, und es war auch dieser Streit, der nun geschlichtet werden sollte.⁹

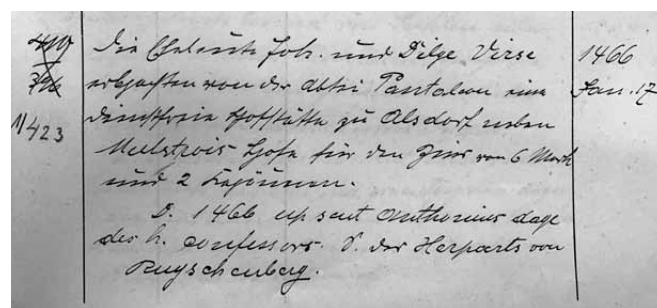
In einer Urkunde der Abtei St. Pantaleon von 1251 wird zwar im früheren Regest die Ehefrau Elizabeth eines Pächters eines Weingartens erwähnt, jedoch offensichtlich v. a. deshalb, weil sie für die Pointe eine Rolle spielte: gemeinsam mit ihrem Ehemann Wigandus de Campe hatte sie das Land der Abtei vermach. Nun war sie zwar gestorben, aber Wigand hatte nun „cum aliam uxorem nomine Karissima“ Kinder gezeugt, die in den Genuss des Landes kommen sollten. Karissima wird im Regest jedoch nicht namentlich genannt.¹⁰ Bei einer Urkunde von 1235 aus demselben Bestand wurde die Witwe Margareta¹¹ nicht namentlich, sondern nur als Witwe angeführt, obgleich die Ausstellung auf ihr Bitten hin erfolgte. Und die Ehefrau Hildegundis fehlte im Regest zu einer weiteren Urkunde von 1323, obgleich über ihr Erbe mitverfügt wurde.¹² Unterschlagen wurde bisher auch Richmüdis, die Witwe des Constantinus genannt de Buttrico in einer Schreinsurkunde aus dem Jahr 1277.¹³ In diesem Fall könnte der Grund für den Wegfall der Ehefrau noch mit Mühe aus dem Inhalt begründet werden, verzichtet hier doch die Tochter Ida, Nonne in Roermond, zusammen mit ihrem Kloster auf ihr Erteil nach dem verstorbenen Vater, so dass die Mutter nur indirekt eine Rolle spielt, nämlich zur Identifizierung der Tochter und eventuell als Nutznießerin des Erbverzichts. Ihre Nennung im Regest wäre daher durchaus im Sinne der Nutzung, aber nicht zwingend gewesen. Wie auch immer: Diese mehr oder weniger wahllos herausgegriffenen Beispiele lassen sich leicht vermehren.¹⁴



Früheres Regest zu HASTK Best. 102SF U 1/2

Fragt man nun danach, warum die Frauen häufig (nicht durchgängig und damit auch nicht mit einer heute nachvollziehbaren Systematik) in den Regesten fehlen, so mag es eine Rolle gespielt haben, dass das Aufschreiben jeden zusätzlichen Namens mehr Zeit und Platz erfordert hätte. Allerdings kann diese Erklärung am Ende nicht befriedigen, nicht zuletzt, weil dann häufig auch andere Informationen mit dem Ziele der Ressourceneinsparung hätten gestrichen werden können und müssen. Wenn diese Einsparung ausgerechnet die Frauen traf, so dürfte das mehr mit dem Familien- und Gesellschaftsbild der erschließenden Archivare (hier bewusst allein in männlicher Form) als mit hilfswissenschaftlichen oder archivfachlichen Erwägungen zu tun gehabt haben. Letztlich waren sie es, die ihren eigenen Ehefrauen, Müttern und Töchtern einen so nachgeordneten Platz zuweisen, dass eine höhere auch rechtliche Bedeutung von Frauen im Mittelalter außerhalb ihrer Vorstellungswelt lag. Oder umgekehrt: Die Erkenntnis, dass Frauen einmal in der guten alten Zeit wenigstens tendenziell über mehr Rechte verfügt hatten als in der eigenen, hätte nicht ohne Rückwirkung auf die Geschlechterrollen der damaligen Gegenwart bleiben können. Um hier unbequemen Einsichten zu entgehen, übertrug man so schlicht wie vermutlich unreflektiert die Geschlechterrollen der eigenen Zeit auf die Vergangenheit – und zementierte sie mit den Mitteln der archivischen Erschließung.¹⁵

Dazu trug auch die häufige Subsummierung der Ehefrau unter dem Nach- bzw. Beinamen des Ehemannes bei. Sie suggeriert einen durch einen festen Nachnamen verklammerten Familienverband, in den die Ehefrau eingegliedert hat und der der selbstverständlichen Vorstellung des 19. und weiter Teile des 20. Jahrhunderts entstammt, nicht jedoch ohne weiteres auf die Vormoderne übertragen werden kann. Dazu ein Beispiel: 1466 nahmen laut Revers Johan Virse und seine Ehefrau Dylve von der Kölner Abtei St. Pantaleon einen Hof in Erbpacht. Das im Staatsarchiv Düsseldorf gefertigte Regest lautete aber auf die „Eheleute Joh. und Dylve Virse“, obgleich es keinen Beleg dafür gibt, dass Letztere tatsächlich diesen Beinamen führte.¹⁶ In diesem wie in vielen anderen Fällen wird die Ehefrau in der Urkunde nur mit ihrem Vornamen angeführt, so dass ihre Subsummierung unter den Beinamen des Ehemanns zwar unpräzise ist, die eigenständige Nennung der Ehefrau aber keine zusätzlichen Informationen bietet. Es lassen sich aber auch Beispiele dafür finden, dass die Ehefrau in der Urkunde einen Beinamen trägt, der im Regest zugunsten des Beinamens des Ehemanns unterschlagen wird. So



Früheres Regest zu HASTK Best. 259 U 1/423

- ¹ Vgl. Joachim Deeters: Die Bestände des Stadtarchivs Köln bis 1814. Eine Übersicht (= Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln. Bd. 76). Köln/Weimar/ Wien 1994, v. a. S. 13; Max Plassmann: Zustand und Benutzung der Urkundenbestände des Historischen Archivs der Stadt Köln nach dem 3. März 2009. In: Archiv für Diplomatik 58 (2012), S. 343-352.
- ² Vgl. Margret Wensky: Die Stellung der Frau in der stadtkölnischen Wirtschaft im Spätmittelalter. Köln/ Wien 1980.
- ³ Da die Regesten korrigiert werden, sobald die hier genannten Probleme erkannt werden, lassen sich die Angaben zu den alten Regesten nicht mehr im Digitalen Lesesaal (<http://historischesarchivkoeln.de>) überprüfen, sobald dieser aktualisiert wurde. In den letzten Jahren wurden die Regesten zu ca. 14.500 Urkunden geprüft und wenn nötig verbessert.
- ⁴ Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK) Best. 1 U 1/9724.
- ⁵ HASTK Best. 1 U 1/1114.
- ⁶ HASTK Best. 1 U 1/7248.
- ⁷ HASTK Best. 102SF U 1/23. Das handschriftliche Findbuch für Best. 102SF Schreinsurkunden Schöffenschrein (heute HASTK Best. 8900 A 324) ist nicht datiert und auch nicht namentlich gezeichnet. Es stammt aus dem späten 19. / früheren 20. Jahrhundert.
- ⁸ HASTK Best. 1 U 1/12854.
- ⁹ HASTK Best. 1 U 1/7249A.
- ¹⁰ HASTK Best. 259 U 1/55. Das handschriftliche Findbuch für Best. 259 St. Pantaleon (heute HASTK Best. 8900 A 633) ist nicht datiert und auch nicht namentlich gezeichnet. Es stammt aus dem späten 19. / früheren 20. Jahrhundert.
- ¹¹ HASTK Best. 259 U 1/45.
- ¹² HASTK Best. 259 U 1/141.
- ¹³ HASTK Best. 102SF U 1/2.
- ¹⁴ Vgl. Max Plassmann: Erinnern, Vergessen, Identität. Das Kölner Stadtgedächtnis. Köln 2021, S. 156-159.
- ¹⁵ Bisweilen wird die Ehefrau zwar im Regest nicht genannt, das von ihr zusammen mit dem Ehemann durchgeführte Rechtsgeschäft aber allein dem Mann zugeschrieben, so etwa zu HASTK Best. 1 U 1/15674.
- ¹⁶ HASTK Best. 259 U 1/423.

1463 in einem Verzicht des Ritters Werner vamme Roide und seiner Ehefrau Guetgijn van Veye auf ihre Rechte an einem Hof: Im Regest erschienen sie als „Eheleute Ritter Werner vamme Roide und Guetgin“.¹⁷

Eine Urkunde aus dem Jahr 1341 wurde von den Eheleuten „Herman ind Aleyt man ind vif“ ausgestellt, die gemeinsam über eine Rente verfügten.¹⁸ Beide wurden auch im Regest genannt, allerdings mit dem Zusatz „von Godorp [Godorf]“, der so lange rätselhaft bleibt, bis man in der Mitte der Urkunde tatsächlich eine Wiederaufnahme beider Namen mit dem Zusatz von Godorp liest – eindeutig eine Bezeichnung des Wohnorts und nicht als Nach- bzw. Beiname verstanden. Das Regest suggerierte aber, dass sie sich tatsächlich bereits in der Intitulatio so nannten und kann so zu dem Schluss verleiten, es handele sich um einen Nachnamen im Sinne des 19. Jahrhunderts.

Es kann nun unterbleiben, weitere Beispiele anzuführen. Es gibt im Übrigen natürlich auch Gegenbeispiele in ausreichender Zahl, die teilweise von denselben Bearbeitern stammen. Irgendeine Form von Systematik oder Befolgung einer Erschließungsrichtlinie ist daher nicht zu erkennen. So bleibt die Vermutung, dass die Archivarinnen und Archivare früherer Generationen mehr oder minder unbewusst ihre eigenen Maßstäbe an die Quellen anlegten und so die Wahrnehmung der Quellen auf ihre eigene Zeit und Kultur hin verzerrten. Überraschend ist dies letztlich nicht, würde doch eine „objektive“ Erschließung allen seit vielen Jahrzehnten gewonnenen kulturwissenschaftlichen und psychologischen Erkenntnissen zum Thema der Objektivität widersprechen. Es lohnt sich dennoch, sich am Beispiel der mittelalterlichen Frauen die Subjektivität von Erschließung vor Augen zu führen, der wir auch heute kaum entgehen dürften (auch wenn wir es nicht merken). Erschließung ist nicht nur ressourcen-, sondern auch zeitgebunden. Das hat einige bedenkenswerte Folgen: Erstens darf bei aller Freude über die statistisch messbaren Fortschritte der Retrokonversion nicht übersehen werden, dass manches Findmittel an sich hätte überarbeitet und aktualisiert werden müssen, bevor es in eine modern anmutende Datenbankumgebung versetzt wird.¹⁹ Zweitens ist diese Aktualisierung aus Ressourcengründen nicht flächendeckend möglich. Drittens wären wir gerade deshalb gut beraten, die Zeitgebundenheit der Informationen nicht hinter einem einheitlichen Datenbankdesign zu verstecken, sondern der Nutzung gegenüber transparent zu

halten, zumindest aber prominent auf das Problem hinzuweisen. Es liegt aber viertens auch in der Selbstverantwortung der Nutzenden, archivische Findmittel nicht wie eine auf Vollständigkeit angelegte dokumentarische Verschlagwortung zu nutzen und daher davon auszugehen, dass neben den Treffern der Datenbankabfrage keine weiteren Quellen mehr existieren. Für geschlechtergeschichtliche Fragestellungen zum Mittelalter in Köln können jedenfalls noch zahlreiche Quellen gehoben werden, die bisher der auf die traditionellen Findmittel fixierten Forschung verborgen geblieben sind.

MIDDLE AGES WITHOUT WOMEN? ABOUT A GAP IN ARCHIVAL FINDING AIDS

Finding aids from the 19th and early 20th centuries often do not list women in medieval charters, even if they played an essential role in the legal transaction. Obviously, archivists of this time transferred their image of women to the Middle Ages and in this way created finding aids that can still distort the perception of the role of women by modern research.

Dr. Max Plassmann

Historisches Archiv der Stadt Köln
Vormoderne Bestände, Nachlässe und Sammlungen
Eifelwall 5, 50674 Köln
Tel. 0221 221-22330, Fax: 0221 221-22480
E-Mail: max.plassmann@stadt-koeln.de
Internet: www.stadt-koeln.de/historisches-archiv

¹⁷ HASTK Best. 259 U 1/401.

¹⁸ HASTK Best. 270 U 1/66.

¹⁹ Das gilt nicht allein für das Problem der Nennung von Frauen, sondern auch z. B. bei der Normalisierung von Namen oder der Identifizierung von Orten. Vgl. dazu Tanja Kayser, Max Plassmann: Eine Erschließungsstrategie für die Altbestände des Historischen Archivs der Stadt Köln. In: Bettina Schmidt-Czaia (Hrsg.): *Erinnern an die Zukunft. Das Kölner Bürgerarchiv* (= Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln. Bd. 100). Köln 2014, S. 19-26.

ZEIT ZU HANDELN

ZUR BEDEUTUNG VON BEWERTUNGS- UND AUSSONDERUNGSKONZEPTEN UND EINER AKTIVEN ÜBERNAHMESTEUERUNG VON ANALOGEN UNTERLAGEN IN ZEITEN DER DIGITALISIERUNG

VORBEMERKUNG

Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf Erfahrungen aus rund 30 Archivprojekten auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene sowie in Kirchenarchiven, die vom Autor im Verlaufe von rund 20 Jahren durchgeführt wurden. Da es immer Auftragsprojekte waren, liegen die Rechte an den konkreten Ergebnissen bei den Auftraggebern und damit bei Finanzministerien, zuständigen Fachministerien, Hauptämtern, Generalvikariaten, Landeskirchenämtern und teilweise auch bei den Archiven selbst. Die Ergebnisse waren oftmals kritisch und führten auch zu politischen Diskussionen, einige Untersuchungen liegen zudem länger zurück und die damaligen auftraggebenden Personen sind nicht mehr im Amt. Es wurde deshalb darauf verzichtet, Genehmigungen für die Veröffentlichung konkreter Zahlen und Fakten einzuholen. Das führt notwendigerweise zu gewissen Abstrahierungen in der Darstellung. Das ist aber nicht unbedingt ein Nachteil, weil von der Auseinandersetzung mit konkreten Werten abgesehen, umso besser auf die grundlegenden Fragestellungen eingegangen werden kann. Bei Interesse können die Themen gerne im Rahmen von Gesprächen oder entsprechenden Veranstaltungen tiefergehend diskutiert werden.

Der Beitrag erhebt bewusst nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Ausarbeitung. Dazu hätten konkrete Daten benutzt, Archive benannt, Grafiken eingearbeitet und auch in angemessenem Umfang Quellen und Zitate verarbeitet werden müssen, die es in großer Vielfalt gibt. Dabei wäre dann aber die Gefahr groß gewesen, wichtige Autorinnen und Autoren sowie Sachverhalte und Quellen zu vergessen und sich dadurch viel Kritik einzuhandeln, die es vermutlich auch so geben wird. Es geht in erster Linie um die verallgemeinerte Aufarbeitung eigener Erfahrungen mit dem Ziel, einen bewusst auch provokanten Beitrag zur dringend notwendigen Auseinandersetzung mit strategischen Fragestellungen der Arbeit und Zukunft von Archiven zu leisten, die viel mehr ins Zentrum der archivischen Diskussion gerückt werden sollten.

EINFÜHRUNG

Bereits heute ist klar, dass in den nächsten Jahrhunderten und ggf. bereits Jahrzehnten erhebliche Teile der umfangreichen Archivbestände unwiederbringlich verloren gehen werden. Man braucht sich dazu nur die Anteile holzschliffhaltiger Materialien an den Unterlagen, die vorhandenen Restaurierungs- und Entsäuerungskapazitäten sowie den Umfang entsprechender Maßnahmen anzuschauen, dann wird die Lage auch ohne umfangreiche Rechenwerke klar. Das ist in der Archivwelt allgemein bekannt, auch wenn die damit verbundene strategische Bedrohung der historischen Ergebnisse archivischen Handelns noch immer nicht selten ausgeblendet und viel zu wenig lösungsorientiert diskutiert wird.

Der längst begonnene und in nächster Zeit weiter Fahrt aufnehmende Übergang zur digitalen Produktion von Unterlagen verschärft die Lage weiter, ohne dass dazu nach meinem Eindruck in der Archivwelt eine entsprechende strategische Diskussion mit entsprechendem Nachdruck im Gange wäre. In den nächsten 30 bis 50 Jahren werden sich die analogen Archivbestände voraussichtlich in nicht wenigen Archiven verdoppeln, weil die Registraturen und Arbeitsplatzablagen der abliefernden Stellen nach der flächendeckenden Einführung der digitalen Aktenproduktion in einer Geschwindigkeit leergeräumt werden, wie es die Archivwelt noch nicht erlebt hat. Die neu zu übernehmenden digitalen Unterlagen kommen hinzu. Über viele Jahrzehnte werden Archive parallel zu den Unmengen digitaler Unterlagen mit riesigen analogen Altlasten zu kämpfen haben. Schlüssige Konzepte kenne ich dafür nicht.

Will man verhindern, dass die Überlieferungsbildung über die vergangenen einhundert Jahre einen substanziellen und unwiederbringlichen Bruch und entsprechende Verluste erleidet, muss man dringend Strategien entwickeln, wie mit diesen analogen Akten- und in der Folge Archivalienmengen umgegangen werden soll. Die Mengen werden so groß sein, dass die Verhandlungen mit den Archivträgern über die dafür sehr bald notwendigen Finanz-, Personal- und Gebäuderessourcen umgehend beginnen

müssen und mehr als schwierig sein werden. Das ist aus meiner Sicht viel zu wenig im archivischen Fokus, Tagesfragen dominieren noch immer zu sehr die Diskussion und auch die Veröffentlichungen. Die Digitalisierung analogen Archivguts wird nicht helfen, denn die Mengen sind viel zu groß, die Kosten zu hoch und der Umgang mit den analogen Unterlagen nach der Digitalisierung ist zudem nicht ausdiskutiert.

Daten zu den analogen Aktenmengen bei den ablieferungspflichtigen Stellen gibt es kaum. Dringend notwendig sind Analysen der Aktenbestände in den Registraturen und Arbeitsplatzablagen bei allen abliefernden Stellen. Daraus kann man dann ableiten, welche Mengen an Archivgut auf die Archive voraussichtlich zukommen werden. Es wird dann sehr schnell klar werden, dass selbst eine im Vergleich zu heute viel restriktivere Bewertung nicht ausreichen wird, um die großen Mengen archivisch zu beherrschen. In jedem Fall wird es vergleichsweise kurzfristig Übergangslösungen für die Bewertung, Übernahme und Unterbringung brauchen, um die bewerteten Unterlagen vor der Vernichtung zu bewahren und anschließend in einem längeren Prozess archivisch weiterbearbeiten zu können. Dieser Prozess wird dann voraussichtlich viele Jahrzehnte oder – mit den heutigen Ressourcen – noch länger brauchen. Und man wird sehr viel Platz in den Magazinen benötigen. Entsprechende Erhebungen und Analysen sind nicht schwer durchzuführen, aber sie werden ganz überwiegend noch immer nicht als notwendig erachtet.

Erreichen die Magazine eines Archivs hohe Füllstände, stellt sich die Frage nach dem Zeitpunkt und der notwendigen Größe eines Neu- oder Erweiterungsbaus. Wie problematisch das Thema schon heute ist, zeigen viele Notlösungen in Form weit entfernter und oftmals ungeeigneter Außendepots oder gar Übernahmestopps. In einer Vielzahl von Projekten ist mir die Thematik immer wieder begegnet. Oft fehlten zuverlässige Planungen und wurden Haushaltsmittel nicht rechtzeitig beantragt. Teilweise haben die Archivträger auch den Prognosen der Archive nicht vertraut. Dafür gab es nach meiner Erfahrung wegen unzureichender Rechenwerke nicht selten auch eine gewisse Berechtigung.

Die Themen Bestandsprognosen und Zugangssteuerung gehen aber weit über Fragen des Raum- oder Magazinbedarfs hinaus. Von zuverlässigen Prognosen und einer aktiven Steuerung der Übernahmen hängen die Arbeitsaufwände für die gesamte archivische Wertschöpfungskette und damit der Personalbedarf für nahezu alle archivischen Prozesse ab. Mindestens betroffen sind die Bewertung und Übernahme, die Erschließung sowie die technische Aufbereitung, die Verpackung und Einlagerung der Unterlagen in die Magazine. Auch der Umfang der Digitalisierung, Investitionen in Bauten und die technische Ausstattung der Archive sowie nicht zuletzt die Bestandserhaltung sowie der gesamte Personalbedarf des Archivs hängen maßgeblich von der Entwicklung des Umfangs der analogen Bestände und von zuverlässigen Übernahmeprognosen ab. Die Aufwände für die künftig zu übernehmenden digitalen Unterlagen kommen hinzu.

Es handelt sich bei diesen Themen nicht nur um operative, sondern um strategische Fragestellungen zur Zukunft der Archive. Die Archive befinden sich aktuell an einem Scheideweg. Es ist an der Zeit, fachlich fundiert und zugleich so rational wie möglich die Lage zu analysieren und dabei ebenso konsequent wie kompromisslos ehrlich zu sein. Bereits der derzeitige Umfang und Zustand der Archivbestände, die Arbeitsrückstände bei der technischen Aufbereitung und bei der Erschließung, der hohe Anteil säurehaltiger Unterlagen an den Beständen sowie die kritische Situation in der

Bestandserhaltung verdeutlichen bei einer ehrlichen Reflexion der Lage sehr schnell, dass erhebliche Teile der Bestände – ich rechne hier mit deutlich mehr als 50 % – nicht auf Dauer erhalten werden können. Die meisten Archive können deshalb ihrem ureigensten Auftrag definitiv nicht gerecht werden. Auch die Digitalisierung wird nicht helfen. Auf die Zukunft zu hoffen, halte ich für illusorisch und fachlich falsch. Die Themen müssen heute angegangen werden, es sind dringend entsprechende Konzepte zu erarbeiten. Die Feststellung von Mario Glauert, Bestandserhaltung sei die zweite Bewertung¹, ist aktueller denn je. Analoge und digitale Übernahmемengen und Arbeitsaufwände für die archivischen Hauptprozesse müssen deshalb weiter stark reduziert werden. Bei den Prozessen werden vermutlich in erster Linie die Bewertung und die Erschließungstiefe im Fokus stehen müssen, wodurch Aufwand in erheblichem Umfang reduziert und für andere existenzielle Aufgaben umgewidmet werden kann. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Prävention im Rahmen der Bestands-erhaltungsstrategie. Weiterhin sind Restaurierungskapazitäten dringend auszubauen. Die vorhandenen Kapazitäten liegen im Vergleich zu den Beständen derzeit eher im Promille-Bereich, viele Archive unternehmen wegen fehlender Mittel gar nichts. Jede nicht ausgelastete und überwiegend aus politisch-strukturellen Gründen nicht trägerübergreifend genutzte Restaurierungswerkstatt schmerzt zusätzlich. Leider gibt es auch das und es sollten im übergreifenden Interesse baldmöglichst kluge und unbürokratische Lösungen für eine bessere und vor allem spartenübergreifende Nutzung gefunden werden. Hier sind neben den Archiven vor allem die Träger und die Politik gefragt. Es muss möglich sein, dass Restaurierungswerkstätten der Länder auch Aufträge von Kommunal- und Kirchenarchiven bearbeiten können, es ist in erster Linie keine fachliche Frage, sondern eine Frage des politischen sowie fachlichen Willens und dann einer klugen Organisation. Und es geht.

Aber das alles wird nicht reichen. Neubewertungen und Nachkassationen in erheblichem Umfang werden vermutlich in einigen Jahren ebenfalls kein Tabuthema mehr sein können. Man sollte besser jetzt damit beginnen. Es ist die altbekannte Frage nach Schredder oder Kehrschaufel, die endlich archivisch beantwortet werden muss. Rein betriebswirtschaftlich und auf Dauer gesehen ist der Schredder kostengünstiger, die Bewertung ist das entscheidende Mittel der Wahl. Das (passive) Hoffen auf spätere Lösungen ist in Anbetracht der noch anstehenden umfangreichen analogen und digitalen Übernahmen keine realistische Option. Die entscheidende Fragestellung für alle archivischen Folgeprozesse und -aufwände ist die nach den laufenden und noch anstehenden Übernahmen. Bewertung und Übernahme bestimmen alle Folgeaufwände vor. Was übernommen wurde, muss auch weiterbearbeitet werden. So trivial das ist, so unzuverlässig sind in vielen Archiven die Übernahmeprognosen, soweit es überhaupt welche gibt. Unterteilt man die Folgekosten dann noch in Einmalkosten wie die technische Aufbereitung oder die Erschließung und in laufende Kosten wie die Unterbringung, die Bestandserhaltung oder die regelmäßige Transformation digitaler Unterlagen, dann wird das archivische Dilemma noch deutlicher. Selbst eine radikale Reduzierung der Erschließungstiefe hat letztlich nur marginalen Einfluss auf die Folgekosten fehlerhafter bzw. zu wenig radikaler Bewertungsentscheidungen. Diese und weitere strategische Fragen liegen bei den Archivleitungen und sind in der archivischen Community viel stärker zu diskutieren. Auf dieses Thema konzentrieren sich die nachfolgenden Ausführungen. Das gängige Vorgehen bei der Erarbeitung von Übernahmepro-

gnosen besteht meist in der Fortschreibung von Übernahmen der vergangenen Jahre, stets unter der Voraussetzung, dass solche Daten überhaupt vorliegen. Wegen der großen Schwankungen bei den jährlichen Übernahmen sind möglichst große Zeiträume (idealerweise 10-20 Jahre) für eine einigermaßen zuverlässige Mittelwertbildung unabdingbar. Solche Daten gibt es aber nach wie vor in vielen Archiven nicht, zumindest werden diese kaum veröffentlicht.

Die Nutzung von Mittelwerten der vergangenen Jahre ist allerdings für zuverlässige Prognosen kaum geeignet. Einmal werden Aussonderungen in der Regel nicht geplant, sondern geschehen oftmals sporadisch aufgrund von Initiativen oder Notlagen der aussondernden Stellen. Nicht wenige der ablieferungspflichtigen Stellen sondern über lange Zeiträume überhaupt nicht oder zu wenig aus und die meisten Archive wissen zudem nur wenig oder fast nichts über die Aktenbestände ihrer „Kunden“.

Zum anderen investieren viele Archive in eine qualifizierte Vorfelddarbeit nur wenig Zeit. Als Begründung wird angegeben, dass dafür kein Personal vorhanden sei. Doch hier erfolgen halt die entscheidenden Weichenstellungen für die Entwicklung der Archivbestände und die mit ihrer Bearbeitung verbundenen Aufwände. Die Aufgabe wird demzufolge oft unterschätzt. Nicht selten gibt es Übernahmestaus oder zumindest -rückstände, so dass selbst langjährige Mittelwerte zu gering sind. Mittelwerte sagen zudem nichts aus über die tatsächlichen Akten- und Altaktenbestände der ablieferungspflichtigen Stellen und auch nichts über die jährliche Aktenproduktion und damit über die Entwicklung der Aktenbestände. In den Registraturen liegen außerdem oft große Mengen an Unterlagen, deren Aufbewahrungsfristen längst abgelaufen sind, deren Übernahme aber noch nicht vereinbart wurde² und die in der Folge nicht bewertet und ausgesondert wurden. Hinzu kommen die immer mehr zunehmenden Bestände in den Arbeitsplatzablagen. Die Anteile der Altregistraturen betragen nicht selten weit über 50 % der Registraturbestände und Arbeitsplatzablagen. In 6 Projekten konnte dies nachgewiesen werden; dabei handelte es sich in allen Fällen um Projekte mit Registraturerhebungen.

Nicht selten haben selbst die Hauptämter der Kommunen, die Innenministerien der Länder und die Landeskirchenämter oder Generalvikariate der Landeskirchen und Bistümer keinen zuverlässigen Überblick über die Situation in den Registraturen. Man kennt den Umfang der dortigen Bestände nicht, weiß kaum etwas über den Anteil der Altregistraturen am Bestand, hat keinen Überblick über Zuwächse, Füllstände und Lagerungsdichten. Statistische Daten zu solchen Fragen werden nur in Ausnahmefällen geführt. Die Archive werden meist nicht eingebunden oder interessieren sich nicht hinreichend dafür.

Die Aktenbestände der Behörden und Einrichtungen sind in der Folge regelmäßig viel größer als angenommen. Letztlich wird durch unnötig große Registraturbestände auch viel Geld für Personal und Räume verbrannt. Auffällig ist auch, dass pro Jahr oft wesentlich mehr Akten produziert als ausgesondert werden. Dadurch vergrößern sich die Aussonderungsrückstände nicht selten über Jahrzehnte und erreichen nahezu astronomische Dimensionen. Allerdings weiß das kaum jemand, da entsprechende Daten fehlen bzw. erst gar nicht erhoben werden. Der weitestgehende Verzicht auf Bestandsaufnahmen in den Registraturen und Arbeitsplatzablagen ist archivisch und betriebswirtschaftlich gleichermaßen grob fahrlässig.

Das Problem wird dadurch verschärft, dass Registraturen in Behörden und Einrichtungen auch nicht im Fokus der dortigen Führungskräfte stehen. Registraturen haben in den Behörden keine Lobby. Sie werden nur selten strategisch geführt und fallen oftmals nur dann auf, wenn die Räume überlaufen oder es registraturbedingt zu Unregelmäßigkeiten bei den Arbeitsprozessen kommt. Hinzu kommen teilweise nicht eingehaltene Aktenpläne, Inkonsistenzen beim Umgang mit E-Mails und anderen elektronisch eingehenden oder erzeugten Unterlagen und anderes mehr. Es gibt also oft gar keine oder keine zuverlässigen Daten über Registraturbestände und deren Entwicklung. Das ist fatal für die ablieferungspflichtigen Stellen selbst, aber auch für die Archive. Bereits Anfang der 2000er Jahre konnte im Rahmen einer Vollerhebung in den Registraturen einer Landesverwaltung gezeigt werden, dass die Registraturbestände nahezu doppelt so hoch waren, wie von den zuständigen Stellen der Landesverwaltung vermutet. Solche Beispiele gibt es auch aktuell. In kürzlich untersuchten Kommunen war die Lage ähnlich, auch in kirchlichen Verwaltungen ist die Lage nicht anders. Ich kenne aber immerhin ein Bistum, das die Zuständigkeit für das Dokumentenmanagement des Bistums der Archivleitung übertragen hat.

Die Situation in den Registraturen ist in der Folge für die meisten Archive eine „Black Box“ mit gravierenden Risiken für die archivische Arbeit und betriebswirtschaftliche Planungen. Doch es kommt noch schlimmer. Eigene relativ aktuelle Erhebungen in Kommunen haben gezeigt, dass sich inzwischen nur noch ca. 50 % der Aktenbestände in zentralisierten Registraturen befinden, die andere Hälfte wird in Arbeitsplatzablagen aufbewahrt. Zu den Aktenmengen an den Arbeitsplätzen gibt es erst recht keine Daten. Selbst die Hauptämter waren überrascht von den Erhebungsergebnissen.

Zusätzliche Bedeutung erhält das Thema mit der Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung, weil die Träger ihre analogen Unterlagen dann voraussichtlich möglichst schnell loswerden wollen. Das ist betriebswirtschaftlich vollkommen logisch. Aber die daraus resultierenden Gefahren für eine zuverlässige Überlieferungsbildung in den Archiven liegen auf der Hand. Eine möglichst zeitnahe Bewertung und Aussonderung sowie alle archivischen Folgearbeiten stellen die Archive jedoch schlagartig vor ungeahnte personelle, logistische und räumliche Probleme. Die Archive sind auf diese Situation nicht vorbereitet und so ist das Desaster konzeptionell und praktisch vorprogrammiert. Recherchen zeigen, dass allein die Bewertung und Übernahme der derzeitigen Registraturunterlagen mit der aktuellen Personalausstattung der Archive im Regelfall mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen würden. Nach Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung wird so viel Zeit aber nicht zur Verfügung stehen, die Registraturen werden viel schneller aufgelöst. Bei der Erschließung, technischen Aufbereitung, Verpackung und Lagerung der Unterlagen sieht es nicht anders aus, das wird noch viel länger dauern. Bereits bestehende erhebliche Arbeitsrückstände

¹ Vgl. dazu Mario Glauert: Die zweite Bewertung. Prioritäten in der Bestandserhaltung, in: Heiner Schmitt (Hrsg.), Für die Zukunft sichern! Bestandserhaltung analoger und digitaler Unterlagen. 78. Deutscher Archivtag 2008 in Erfurt (Tagungsdokumentation zum Deutschen Archivtag 13), Fulda 2009, S. 49-60.

² In der Regel warten die Archive darauf, dass ihnen die Unterlagen von den ablieferungspflichtigen Stellen angeboten werden. Die bessere Lösung besteht aber darin, im Rahmen einer besseren Vorfelddarbeit Aussonderungen zu planen und zu vereinbaren. Nur so können Aussonderungstaus vermieden werden.

bei diesen Arbeiten verschärfen die Probleme. Der Aufbau digitaler Archive sowie die Bewertung, Übernahme und archivische Weiterverarbeitung digitaler Unterlagen sind demzufolge beim Übergang zur digitalen Vorgangsbearbeitung in den Behörden und Einrichtungen bei weitem nicht das einzige Problem der Archive. Die absehbaren „analogen Tsunami“ kommen hinzu. Andererseits bedeutet die Einführung der E-Akten eine Zäsur in der analogen Aktenproduktion und in der Folge auch für die Bewertung und Übernahme analoger Unterlagen durch die Archive. Während früher mit Mittelwerten der jährlichen Übernahmen erstellte Übernahmeprognosen für die nächsten 30 Jahre noch akzeptabel waren, weil diese durch die Beibehaltung der üblichen Übernahmemengen noch irgendwie, wenn auch schlecht und unzuverlässig, gesteuert werden konnten, gelingt das mit der Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung nicht mehr. Die Registraturen stehen dann für die Archive als Übernahme-Puffer nur noch für eine gewisse Zeit zur Verfügung, dann rollen die analogen Aktenbestände voraussichtlich wie eine Lawine auf die Archive zu. Oder sie werden ohne archivische Bewertung und Übernahme einfach vernichtet.

Es gibt dann zwar nur eine einzige analoge Lawine, dann ist voraussichtlich für immer Schluss mit analogen Unterlagen. Doch diese Lawine hat es in sich. Man glaubt aber vielfach noch immer, auch diese (unbekannten) Mengen irgendwie bewältigen zu können. Aber das Tal ist eng, die Lawine wird gewaltig und es werden ohne entsprechende Vorkehrungen nur verschüttete und verwüstete Archive übrigbleiben. Die Verwüstungen sind nach allen vorliegenden Daten gravierend und werden mit heutigen Mitteln kaum zu verhindern und auch nur sehr schwer und langwierig aufzuräumen sein. Oder es wird angesichts des absehbaren Drucks auf die Registraturen und der mangelnden Kapazitäten in den Archiven ohne Bewertung ausgesondert. Über diese Themen muss sehr bald mit den Trägern gesprochen werden.

Ein Teil der Archivarinnen und Archivare geht davon aus, dass nach der flächendeckenden Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung kaum noch analoge Unterlagen produziert werden. Ein anderer Teil sieht das anders und erwartet, dass analoge Unterlagen auch weiterhin in erheblichem Umfang entstehen werden. Belastbare Prognosen für diese sehr unterschiedlichen Auffassungen gibt es bisher nicht. Die zuletzt genannte Auffassung würde die Lage jedoch noch mehr verschärfen. Ich rechne allerdings nach den Erfahrungen bei meinem letzten Arbeitgeber im digitalen Zeitalter eher mit geringen analogen Aktenmengen. Hier wurde vor deutlich mehr als 10 Jahren zur weitestgehend digitalen Vorgangsbearbeitung übergegangen, Papier gibt es kaum noch. Qualifizierte Übernahmeprognosen für die analogen und digitalen Mengen sind deshalb eine strategische Herausforderung für die Archive. Nachfolgend werden für die analogen Unterlagen Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die bereits in der Praxis erprobt wurden. Diese sind zwar mit einem gewissen Aufwand verbunden und nur mit Unterstützung der politischen Leitungen der Länder, Kommunen und Kirchen oder anderer Archivträger qualifiziert durchführbar, aber für Verwaltungen und Archive unabdingbar. Unterstellt wird nachfolgend, dass mit der Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung kaum noch analoge Unterlagen entstehen. Sollte dies nicht so sein, sind zusätzliche Betrachtungen notwendig.

Eine zuverlässige Prognose der analogen Übernahmemengen und damit der archivischen Bestandsentwicklung besteht aus zwei Komponenten:

- Einer vollständigen Registraturanalyse in allen abgabepflichtigen Behörden und Einrichtungen bzw. abliefernden, Schriftgut produzierenden Organisationseinheiten (z. B. bei Trägern von Wirtschaftsarchiven), die auch die Arbeitsplatzablagen mit einbezieht,
- einer Prognose der analogen Aktenproduktion bis zum Zeitpunkt der flächendeckenden Einführung der E-Akte bzw. der digitalen Vorgangsbearbeitung oder für den betrachteten Prognosezeitraum.

Die zweite Komponente kann methodisch auch für zusätzliche Prognosen in dem Fall genutzt werden, wenn nach Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung auch weiterhin analoge Unterlagen in relevantem Umfang entstehen sollten. Die Rechenwerke können dann mit einem prozentualen Ansatz auf der Grundlage der derzeitigen analogen Aktenproduktion weiter fortgeschrieben werden.

REGISTRATURANALYSE

Eine umfassende Registraturanalyse ist nur in enger Zusammenarbeit mit den Archivträgern und ihren jeweiligen Organisationseinheiten möglich. Beim Bund und bei den Ländern sind für eine solche Analyse sicher die Innenministerien die entsprechenden Ansprechpartner, bei den Kommunen die Hauptämter oder die Bürgermeister. Bei den Kirchen gehören die Archive in der Regel zum Landeskirchenamt, Konsistorium oder Generalvikariat; dort sind die jeweiligen Leitungen Ansprechpartner. Da diese Partner selbst von den zu erhebenden Daten profitieren, sollten sie nach allen Erfahrungen nicht allzu schwer für eine solche Erhebung gewonnen werden können. Das hat auch in den entsprechenden Projekten so funktioniert. Man erhält im Ergebnis der Erhebung wichtige Daten zur Situation in den Registraturen und Arbeitsplatzablagen, die für betriebswirtschaftliche Optimierungen (Raum- und Personalbedarf) genutzt werden können.

Nachdem entsprechende Absprachen getroffen wurden, ist als erstes ein Erhebungsraster zu entwickeln. Je Registratur und Arbeitsplatzablage werden nur vergleichsweise wenige Daten benötigt. Bei den Registraturen sind dies die vorhandenen Aktenmengen in Regalmetern (RegM), die Füllstände in %, der Anteil Altregistratur (Unterlagen mit bereits abgelaufenen Aufbewahrungsfristen) am Ist-Bestand in % und die Soll-Lagerungsdichten in RegM/qm (also bezogen auf Kapazität und Fläche der Registratur). Hilfreich wäre noch eine Schätzung der durchschnittlichen jährlichen Zugänge und Aussonderungen, aber solche Daten liegen in der Regel nicht vor oder sind unzuverlässig. Dann sollte noch die Ist-Personalausstattung der Registraturen in Vollzeit-äquivalenten nach Laufbahngruppen erfasst werden. Diese Daten sind in erster Linie für die Verwaltungen selbst interessant, nicht für die Archive. Sie ermöglichen aber übergreifende betriebswirtschaftliche Abschätzungen von Kosten sowie Einsparpotenziale bei unterschiedlichen Aussonderungsstrategien.

An den Arbeitsplätzen der Beschäftigten sind lediglich die Aktenmengen in RegM sowie der Anteil Altregistratur in % zu erfassen. Hier sollten die einzelnen Arbeitsräume Grundlage der Erhebung sein. Weitere Daten z. B. zu Räumen bringen hier keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn.

Alle Angaben werden je Abteilung und je Behörde bzw. Organisationseinheit/Einrichtung zunächst getrennt nach Registraturen und Arbeitsplatzablagen zusammengefasst. Dann werden auch diese Angaben addiert. Weitere Additionen erfolgen später nach Einrichtungsarten sowie Ressorts und in den Kommunen bzw.

Kirchen und bei anderen Archivträgern nach geeigneten kommunalen, kirchlichen bzw. individuellen Strukturen.

Nachgeordnete staatliche, kommunale und kirchliche Einrichtungen sind einzubeziehen. Insbesondere bei den Kirchen wurde wiederholt festgestellt, dass unklar war, welche dieser Einrichtungen überhaupt ablieferungspflichtig sind, nicht wenige Einrichtungen wurden archivisch „übersehen“ und haben noch nie ausgesondert. Der Personalbestand dieser Einrichtungen war insgesamt wiederholt ebenso groß wie in den Landeskirchenämtern bzw. Generalvikariaten. Dies lässt auf erhebliche Aktenbestände und Lücken in der Überlieferungsbildung bei diesen Einrichtungen schließen.

In einem zweiten Schritt, der parallel zur gerade beschriebenen Registraturanalyse vorzubereiten ist, legen die Archive fest, welchen Anteil der Unterlagen je Einrichtungsart und ggf. je Unterstruktur der Einrichtungsarten sie als Archivgut übernehmen wollen. Diese Abschätzung ist bei Vorhandensein von Archivierungsmodellen bzw. Dokumentationsprofilen leichter, sie liegen aber im Regelfall nicht oder zumindest nicht flächendeckend vor. Ersatzweise kann man sich mit Schätzungen je Einrichtungsart (z. B. von Staatsanwaltschaften oder Finanzämtern) bzw. je Struktureinheit einer Einrichtungsart (z. B. Abteilungen eines Ministeriums) helfen. Die Schätzungen der prozentualen Übernahmemengen an Archivgut sollten der Erhebung der Bestände in den Registraturen und Arbeitsplatzablagen vorgeschaltet werden, um die Erhebungen möglichst in der Struktur der künftigen Übernahmen durchzuführen. Man kann dann die erhobenen Mengen an Unterlagen mit dem Prozentsatz des voraussichtlich zu übernehmenden Archivguts multiplizieren und erhält so die zu erwartenden Mengen an Archivgut. Im Ergebnis kann damit die sich aus den bisherigen Aktenbeständen der ablieferungspflichtigen Behörden und Einrichtungen ergebende Menge an Archivgut grob abgeschätzt und einer Raumbedarfsprognose für die Magazine unter Berücksichtigung der noch vorhandenen Magazinreserven sowie der Bestände in den Depots – die idealerweise aufgelöst werden sollten – zugrunde gelegt werden.

Im Ergebnis erhält man eine zuverlässige Übersicht über die tatsächlichen Aktenbestände (laufende Unterlagen und Altregistraturen), Füllstände und Lagerungsdichten in den einzelnen Registraturen und zusätzlich Angaben zu den Akten in den Arbeitsplatzablagen. Daraus ergeben sich gute Anhaltspunkte über die in Zukunft tatsächlich zu erwartenden Mengen an Archivalien. Außerdem können grobe Abschätzungen der Registraturkosten erarbeitet werden (Raum- und Personalkosten), die für die Träger sehr interessant sind und für die betriebswirtschaftliche Abschätzung der Gesamtkosten von Vorgehensalternativen bei der künftigen Aussonderung von Interesse sind. Hier sind nach Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung erhebliche Einsparpotenziale für die Träger zu erwarten, die den Mehraufwänden in den Archiven gegengerechnet werden können. Aber zunächst müssen Archivarinnen und Archivare diese Potenziale ermitteln, um sich ihrer auch strategisch bedienen zu können. Erhebungen zeigen, dass die Lagerungsdichten in Registraturen eher bei 3 bis 4 Regm/qm oder sogar darunterliegen. Ein gut geführtes Zwischenarchiv erreicht bis zu 10 RegM/qm. Diese Daten zeigen, dass bei einem klug organisierten Abbau von Registraturen auch erhebliche räumliche Einsparpotenziale bestehen.

ABSCHÄTZUNG DER KÜNFTIGEN AKTENPRODUKTION

Die Abschätzung der künftigen Aktenproduktion ist zunächst bis einschließlich zum Jahr der vorgesehenen flächendeckenden Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung in der Landes-, Kommunal- oder Kirchenverwaltung notwendig, um die bis zu diesem Zeitpunkt noch entstehenden Aktenmengen und – darauf aufbauend – Mengen an Archivgut abschätzen zu können. Ob danach noch relevante Mengen an analogen Unterlagen entstehen, ist derzeit, wie bereits erwähnt, ungewiss. Gibt es noch keine Entscheidungen über den Zeitpunkt der flächendeckenden Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung, sollten die Mengen für mindestens 10 Jahre hochgerechnet werden, um entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchführen zu können.

Die Abschätzung der laufenden Aktenproduktion ist nicht trivial. Man benötigt zunächst die Anzahl der aktenproduzierenden Beschäftigten nach Behörden- und Einrichtungsarten, idealerweise in der gleichen Struktur wie bei der Registraturerhebung. Benötigt werden also nicht die Stellenzahlen, sondern die durchschnittliche personelle Ist-Besetzung (Daten zu einem Stichtag) in Vollzeitäquivalenten (VZÄ), weil nur so die bestmögliche Abschätzung der tatsächlichen Aktenproduktion möglich ist. Auf dieser Grundlage können die zu erwartenden Aktenmengen abgeschätzt und addiert werden. Anschließend berechnet man die Mengen an Archivgut in analoger Weise mit Hilfe der prozentualen Übernahmemengen. Während die Ermittlung der Ist-VZÄ noch vergleichsweise einfach aus den statistischen Unterlagen der Personalverwaltung möglich sein sollte, bereitet die Ermittlung des Anteils aktenproduzierender Beschäftigter größere Probleme. Hier muss man sich in der Regel mit groben Schätzungen behelfen, da solche Daten statistisch nicht erfasst werden. Diese Schätzungen sollten gemeinsam durch die für die jeweilige Einrichtungsart/Organisationseinheit zuständigen Archivarinnen und Archivare sowie erfahrene Vertreter der Fach- und Personalabteilungen aus den Behörden und Organisationseinheiten in Form des prozentualen Anteils erfolgen.

Die nächste Herausforderung besteht in der Abschätzung der jährlichen Aktenproduktion eines bzw. einer Beschäftigten der jeweiligen Behörden- bzw. Einrichtungsart. Es gibt Behörden/Aktenproduzenten, die mehr Akten produzieren als der Durchschnitt wie z. B. Gerichte. Andere produzieren ggf. weniger Akten wie vielleicht die Polizei, städtische Betriebe oder soziale bzw. technische Einrichtungen.

Bei der Abschätzung der Aktenproduktion kann ein aus meiner Sicht wegweisender Artikel des niedersächsischen Archivars Carl Haase aus dem Jahre 1972 helfen³, der auf einem Vortrag auf dem Dortmunder Archivtag des Jahres 1971 beruht. Carl Haase werden nur noch, wenn überhaupt, die älteren Archivarinnen und Archivare kennen. Gegenstand des Artikels waren betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Abschätzung des Arbeitsaufwands in Archiven, die seiner Zeit weit voraus waren und damals möglicherweise vielen Archivarinnen und Archivaren als zu profan oder archivisch irrelevant galten, um sich intensiver damit auseinanderzusetzen.

Ein für die hier erfolgenden Betrachtungen wichtiger Satz aus diesem Artikel lautet: „Eine normale Verwaltungsbehörde pro-

³ Kostenfaktoren bei der Entstehung behördlichen Schriftgutes sowie bei seiner archivischen Bearbeitung und Aufbewahrung, *Der Archivar* Jg. 25, 1972, Heft 1, S. 49 ff.

duziert im Jahre pro Bedienstetem ein Fach Akten.“ Als ein Fach Akten definiert Haase einen A4-Stapel von 30 cm Höhe. Dieser Satz und die daraus abgeleiteten archivischen Schlüsse faszinieren noch heute, der Artikel ist sehr lesenswert.

1970 wurde weniger Papier produziert als heute. 2001 hatte ich im Rahmen meines zweiten Archivprojekts Gelegenheit, die Annahmen von Carl Haase in einer ostdeutschen Landesverwaltung auf der Grundlage von Daten einer von uns durchgeführten flächendeckenden Registraturerhebung zu überprüfen. Ich kannte den Artikel bereits und rechnete die erhobenen Daten damals um. Dies war deshalb möglich, weil die 2001 erhobenen Registraturbestände nach der Wende, von Null beginnend, im Verlaufe von genau zehn Jahren entstanden waren.

Das faszinierende Ergebnis bestand darin, dass in einer Reihe von Ressorts genau diese 30 cm je aktenproduzierendem Bediensteten bestätigt werden konnten. In anderen Ressorts, darunter der Justiz, ergaben sich deutlich größere Aktenmengen, der Durchschnitt der Landesverwaltung lag bei 48 cm. Es ist deshalb mangels besserer Daten legitim, mit diesen Werten auch heute noch zu rechnen. Da sich die Aktenproduktion seit 2001 tendenziell nicht verringert hat, kann man ggf. eher von 50 cm ausgehen. Die für die Hochrechnung genutzten Werte sollte man mit den Behördenleitungen abstimmen.

Mit Hilfe der Anzahl aktenproduzierender Beschäftigter und der dargestellten Annahmen über die Aktenproduktion je Beschäftigtem lässt sich die Aktenproduktion je Abteilung, Ressort und Gesamtverwaltung in RegM und Jahr abschätzen. Multipliziert mit der Anzahl Jahre bis zur flächendeckenden Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung, lässt sich so die noch zu erwartende voraussichtliche Aktenproduktion bis zu diesem Zeitpunkt schätzen. Durch Multiplikation mit den voraussichtlichen Übernahmewerten in % ergeben sich die noch zu erwartenden zusätzlichen Mengen an Archivgut.

Die so erhobenen Daten kann man dann auch mit den Mittelwerten des in der Vergangenheit übernommenen Archivguts vergleichen. Auf diese Weise erhält man eine erste Abschätzung darüber, ob tendenziell zu wenig Unterlagen bewertet und als Archivgut übernommen wurden. In einer meiner Untersuchungen wurden in einer Landesverwaltung in 15 Jahren ca. 70 % mehr Akten produziert als ausgesondert. Dadurch wuchs der Aktenbestand und damit der ohnehin schon vorhandene Aussonderungsstau in den Registraturen und Arbeitsplatzablagen in dieser Zeit um mehrere hundert RegKM.

Mit der flächendeckenden Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung ist damit zu rechnen, dass die Registraturen zeitnah abgebaut werden. Dies wird auch dann geschehen, wenn es den Archiven nicht gefällt oder sie nicht in der Lage sind, die vorhandenen Aktenmengen zeitnah zu bewerten. Dann droht alles ohne Bewertung vernichtet zu werden. Gravierende Lücken in der Überlieferungsbildung sind absehbar.

Geht man von einer durchschnittlichen Aufbewahrungsfrist der Akten von zehn Jahren aus, ist damit zu rechnen, dass die analogen Aktenbestände nach Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung im Verlauf von höchstens 15 Jahren aufgelöst werden. Das bedeutet für die Archive, dass die Bestände in diesen 15 Jahren komplett bewertet sein müssen, um ungesteuerte Kassationen zu verhindern. Nur dadurch ist sicherzustellen, dass alle als archivwürdig bewerteten Unterlagen vor der Vernichtung gerettet werden können. Da weniger als 5 % Archivgut übrigbleibt, können diese Mengen alternativ zunächst in den Registraturen verbleiben

oder in ein Zwischenarchiv mit besonders hoher Lagerungsdichte verbracht werden. Welche Variante kostengünstiger ist, muss anhand der konkreten Daten der Registraturen berechnet werden. Die entsprechenden Mengen können für die einzelnen Behördenarten geschätzt werden und man kann mit den Behördenleitungen lange vor Eintritt des Ernstfalls über Lösungsmöglichkeiten sprechen und diese konkret planen.

Mit den vorgestellten Rechenwerken lassen sich außerdem die entsprechenden Mengen an Archivgut bereits heute gut abschätzen. Ebenso ist abzuschätzen, welcher Personalaufwand für die Bewertung in diesen 15 Jahren benötigt wird. Es wird ein Vielfaches des heutigen Aufwands für die Bewertung sein. Die Archive können auf dieser Grundlage bereits heute mit dem Umsteuern beginnen und Arbeitsschwerpunkte im Archiv verändern. Außerdem kann man nach Vorliegen der Daten mit den Trägern bereits jetzt über die Lage und die notwendigen Konsequenzen sprechen. Da der Abbau der Registraturen in den Gesprächen gleich mitbesprochen werden kann, entsteht auch ein erheblicher Nutzen für die Träger und es ergeben sich wichtige Ansätze für eine Gegenfinanzierung der archivischen Mehrkosten.

Die Daten können außerdem dazu genutzt werden, Schlussfolgerungen für alle archivischen Folgeprozesse zu ziehen und die entsprechenden Arbeiten und Aufwände bereits heute zu planen. Wenn man weiß, welche Mengen an analogem Archivgut nach der flächendeckenden Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung noch auf die Archive zukommen, kann man die entsprechenden Folgeaufwände abschätzen und diese auf verschiedene Planungszeiträume umrechnen. Das können z. B. 30, 40 oder 50 Jahre sein. Daraus leitet sich dann der entsprechende Personalaufwand je Aufgabengebiet und insgesamt pro Jahr ab.

Dann ist mit dem Träger zu verhandeln. Wenn das Archiv ein umfassendes Konzept für den Umgang mit den Akten nach Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung vorlegt und dabei aufzeigt, dass ein geordnetes Räumen der Registraturen und Arbeitsplatzablagen in angemessenen Zeiträumen möglich sowie betriebswirtschaftlich sinnvoll ist und zu erheblichen Personal- und Kosteneinsparungen in den Registraturen der Verwaltung führt, steigen auch die Chancen, Personal und Investitionen für das ebenso notwendige Aufrüsten der Archive zu erhalten. Es bedarf dazu aber unbedingt der Fakten, Daten und Berechnungen.

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Durch Addition der Daten zu den aktuellen Aktenbeständen in Registraturen und Arbeitsplatzablagen sowie der noch zu erwartenden analogen Aktenproduktion lässt sich die voraussichtliche Menge an Akten der ablieferungspflichtigen Stellen und in der Folge an analogem Archivgut zum Zeitpunkt der flächendeckenden Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung oder alternativ mindestens für die nächsten 10 Jahre abschätzen. Spätestens dann sollte die flächendeckende digitale Vorgangsbearbeitung in den Behörden und Einrichtungen Einzug gehalten haben.

Von besonderer Bedeutung ist der Anteil der Altakten an den Aktenbeständen. Je größer dieser ist, desto stärker stellt sich die Frage nach einer umgehenden starken Erhöhung der jährlichen Bewertungen und Aussonderungen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Registraturbestände sowie die archivischen Folgeprozesse und Personalaufwände. Dabei wäre es für die ablieferungspflichtigen Stellen schon ein Gewinn, wenn die Bewertung

und Aussonderung zügig erfolgen könnte. Denn dadurch könnten die bewerteten Aktenbestände in den Registraturen und an den Arbeitsplätzen um mehr als 95 % reduziert werden. Das führt zu Raum- und voraussichtlich auch Personaleinsparungen in den Registraturen. Die Übernahmen könnten später bzw. zumindest zeitlich gestreckt erfolgen.

Hat ein Archiv mehrere Standorte bzw. Einzel- oder Teilarchive, dann lassen sich die Erhebungsdaten auch auf die einzelnen Archive herunterbrechen, indem man die Daten der einzelnen Einrichtungsorten den Archiven entsprechend der regionalen oder sachlichen Zuständigkeiten zuordnet. Damit lassen sich die Zuwächse der einzelnen Regionalarchive bestimmen und dann entsprechend weiterverwenden, was mit Hilfe entsprechend gestalteter Tabellen funktioniert.

Aus den erhobenen und geschätzten Daten lassen sich weitreichende Schlussfolgerungen für den zielgerichteten Abbau der Registraturbestände und die auf die Archive zukommenden Mengen an Archivgut ableiten. Vor allem jedoch lässt sich mit Hilfe von Aufwandsdaten der Personalbedarf für Bewertung und Übernahme, technische Aufbereitung und Erschließung der übernommenen Unterlagen und alle weiteren archivischen Aufgaben gut abschätzen. Außerdem kann der Raumbedarf für Magazine für einen längeren Zeitraum errechnet werden. Die Archive sollten Erhebungen der Aktenbestände in den Registraturen und Arbeitsplatzablagen dringend zeitnah anstoßen.

Offen bleibt der Zuwachs an analogem Archivgut für die Zeit nach der Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung. Hierfür sollten gemeinsam mit den Innenministerien, Hauptämtern bzw. Archivträgern und den Projektverantwortlichen für die IT-Projekte zur Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung entsprechende Schätzungen erarbeitet werden. Mit Hilfe dieser Schätzungen und der Rechenwerke für die Prognose der Aktenproduktion können dann auch entsprechende Schätzungen der analogen Aktenproduktion für die Zeit nach Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung erarbeitet werden. Im einfachsten Fall werden die Prognosen aus der Zeit vor dieser Einführung mit einer prozentualen Annahme über die analoge Aktenproduktion danach multipliziert.

Um all die angesprochenen Themen angemessen bearbeiten zu können, braucht es eine aussagefähige und zuverlässige Archivstatistik, die neben archivfachlichen Fragestellungen auch betriebswirtschaftliche Daten abbildet und Trends aufzeigt. Auch solche Statistiken gibt es noch lange nicht überall, so dass es nicht verwunderlich ist, dass mittel- und langfristige Prognosen fehlen, die ohne entsprechende Daten nicht erstellt werden können. Wer das nicht glaubt, sollte einmal auf den Websites der Archive danach suchen. Gäbe es solche Statistiken intern, würden diese sicher auch veröffentlicht werden.

STRATEGISCHER AUSBLICK

Die aus den Registratur- und Arbeitsplatzerhebungen gewonnenen Daten lassen sich aber noch viel weitergehender nutzen. Sie bieten den Archiven die Chance, sich in der Verwaltung des Archivträgers, also den Landes-, Kommunal- oder Kirchenverwaltungen bzw. der Unternehmensleitungen sogar über archivische Belange hinaus strategisch zu positionieren und etwas für die weitere Verbesserung der Reputation des Archivs bei den Trägern zu tun. So lassen sich durch eine kluge Bewertungs- und Aussonderungsstrategie relativ zeitnah Registraturflächen und auch der Personalaufwand in den Registraturen deutlich reduzieren. Das spart dem Träger Geld und man wird den Archiven dafür

dankbar sein. Ein Teil der Einsparungen kann dann den Archiven zu Gute kommen. Allein an dieser Überlegung zeigt sich die Sinnhaftigkeit von Registraturanalysen durch die Archive.

Für die Archive selbst ergibt sich als größte strategische Herausforderung, die Übernahmemengen weiter drastisch zu reduzieren. Schaut man sich die bereits bestehende kritische Situation in den Archiven in Bezug auf die bestehenden Arbeitsrückstände, die oftmals vollen Magazine, die gravierenden Defizite in der Bestandserhaltung und die neuen Herausforderungen der Übernahme und Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen an und berücksichtigt dann noch die riesigen Mengen an nicht bewerteten und ausgesonderten Unterlagen, dann bleibt schwerlich ein anderer Ausweg. Es ist zu erwarten, dass man unter realistischer Betrachtung der Gesamtsituation schon bald nicht mehr über eine durchschnittliche Übernahmequote in Höhe von 5 %, sondern über eine Quote (weit) unter einem Prozent reden müssen. Das ist bitter, aber es rächt sich die jahrzehntelange Vernachlässigung strategischer Konzepte und betriebswirtschaftlicher Herangehensweisen in vielen Archiven. Es ist an der Zeit, archivisches und betriebswirtschaftliches Denken konsequent zu kombinieren. Beides gehört untrennbar zusammen, denn jede archivistische Übernahmeentscheidung erzeugt neben Einmalkosten auf Dauer viel höhere laufende Kosten.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur noch immer weit verbreiteten Skepsis in Bezug auf die Bereitschaft der Archivträger, die Archive bei der Beseitigung konzeptioneller, struktureller, finanzieller und personeller Defizite zu unterstützen. Nach ca. 30 verantworteten Archivprojekten biete ich Ihnen eine Rundfahrt zu Archivstandorten in Deutschland, der Schweiz und Luxemburg an, bei denen ich Ihnen zeige, dass im Ergebnis der Projekte durch die Träger Investitionen in Gebäude, Infrastruktur und Personal erfolgten, die in der Summe eine Milliarde Euro deutlich übersteigen.

Natürlich waren die Projekte nie einfach, fehlende Daten mussten nicht selten durch qualifizierte Schätzungen ersetzt werden und es war auch viel Überzeugungsarbeit in manchen Archiven und fast immer bei den Trägern zu leisten. Es gab auch heftige Kämpfe, in einem Fall sogar mit einem Landesrechnungshof, der die Untersuchungsergebnisse mit eigenen Rechenwerken widerlegen wollte. Doch auch der Rechnungshof hatte unrecht und zudem schlecht recherchiert und gerechnet. Sein Widerspruch wurde nach einer entsprechenden Gegendarstellung nicht umgesetzt. Wenn man von seinen Ergebnissen überzeugt ist, lohnt auch in einer solchen Auseinandersetzung das Durchhaltevermögen. In so ziemlich allen Projekten wurden die wichtigsten Ergebnisse im Übrigen umgesetzt, auch wenn die Umsetzung manchmal länger gedauert hat und Teile in Einzelfällen manchmal Jahre später von den Verwaltungen wieder kassiert wurden.

Die Archivträger wurden aber immer mit einer schonungslosen Analyse auf der Grundlage nachvollziehbarer Daten und Fakten und darauf aufbauenden Empfehlungen mit fachlich überzeugenden Argumenten, nachprüfbarer Kostenschätzungen sowie einer gut begründeten Personalbedarfsermittlung von der Notwendigkeit des Handelns überzeugt. Das funktioniert nachgewiesenermaßen wirklich.

Gerd Schneider, Leipzig*

* Dr. Gerd Schneider, Mathematiker, war als Unternehmensberater für Bund, Länder, Kommunen, Archive und Kirchen tätig. Er verfügt über langjährige Projekterfahrung mit Archiven verschiedener Sparten.

DIGITALE ZUGÄNGE ZU ARCHIVGUT SCHAFFEN

DAS OFP-PROJEKT – PROVENIENZFORSCHUNG AN AKTEN DES OBERFINANZPRÄSIDENTEN BERLIN- BRANDENBURG IM BRANDENBURGISCHEN LANDESHAUPTARCHIV (BLHA)

42.000 AKTEN FÜR DIE PROVENIENZ- FORSCHUNG

Im Brandenburgischen Landeshauptarchiv wird mit dem von Irena Strelow initiierten OFP-Projekt ein Forschungsvorhaben umgesetzt, das die Ausmaße der systematischen staatlichen Verwertung von jüdischem Besitz im Nationalsozialismus verdeutlicht: In ca. 42.000 personenbezogenen Akten der Vermögensverwertungsstelle des OFP Berlin-Brandenburg¹ wird durch die Provenienzforschung nach Hinweisen zu früheren Eigentümer*innen von geraubtem Kunst- und Kulturgut gesucht bzw. nach Einrichtungen und Personen, die Kunstobjekte erwarben, wenn diese zugunsten der Staatskasse „verwertet“ wurden. Die ca. 2,4 Millionen Blatt umfassenden Dokumente werden durch die Provenienzforschung digital durchsucht und strukturiert ausgewertet². Mit der digitalen Auswertung der umfangreichen Unterlagen wird pilotartig eine neue Methode der Provenienzforschung erprobt. Die digitalisierten Akten werden mittels eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) systematisch klassifiziert, um sie qualitativ nach relevanten Aspekten analysieren zu können. Digitale Arbeitsweisen bieten für die textbasierte Forschung ein großes Potential, massenhaftes Quellenmaterial auszuwerten. Dazu gehört nicht nur die Durchsuchbarkeit auf Grundlage von Texterkennung, sondern die Strukturierung und Vernetzung von Daten mittels Annotationen, normierten Vokabularen, Visualisierungen sowie weiteren spezifischen Werkzeugen. Den Wunsch, diese digitalen Werkzeuge bei der Auswertung und Bereitstellung im OFP-Projekt zu integrieren, unterstreicht den explorativen Charakter des Vorhabens. Die mit dem Pilotcharakter verbundene Frage, wie und in welcher Form dies umgesetzt wird, ist eine im Projektverlauf zu lösende Aufgabe.

Pilotcharakter hat in dem Projekt auch das Nebeneinander von archivischen Aufgaben, um digitale Repräsentationen der analogen Vorlagen verfügbar zu machen sowie deren unmittelbare anwendungsgestützte Auswertung durch die

Provenienzwissenschaftler*innen zu ermöglichen. Neben der Bedeutung der Forschungsfrage gehört es zum institutionellen Selbstverständnis des Archivs, die digitalisierten Quellen und die Forschungsergebnisse dauerhaft verfügbar zu machen. Das OFP-Projekt ist Chance und Herausforderung zugleich, digitale Angebote im Landeshauptarchiv weiterzuentwickeln.

PROJEKTPLANUNG & UMSETZUNG

Das OFP-Projekt, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), hat eine Laufzeit von 30 Monaten. Seit Anfang 2021 werden die Akten in definierten Arbeitspaketen extern konservatorisch und restauratorisch für die Digitalisierung vorbereitet und darauf folgend extern objektschonend digitalisiert. Ein gutes Zeit- und Projektmanagement zur Absicherung der Qualität der aufeinanderfolgenden Maßnahmen ist in die Abläufe integriert und unabdingbar dafür, dass die digitalisierten Akten sukzessive für die wissenschaftliche Auswertung bereitgestellt werden können.

Digitalisierungsvorhaben in dieser Größenordnung gehörten bisher nicht zum Alltagsgeschäft des Landeshauptarchivs, daher war in der Projektplanung von Anfang an klar: Vorbereitung ist alles. Als Basis für eine solide Aufwandsabschätzung und Maßnahmenplanung diente eine Zustandserfassung des Bestandes, d. h. die fachliche Inaugenscheinnahme jeder einzelnen Akte. Aus der Zustandserfassung resultieren sowohl konservatorische Bedarfe als auch allgemeine Kennzahlen für die Zeit- und Ressourcenplanung. Dieses Vorgehen basiert auf der etablierten Arbeitspraxis des objektschonenden Umgangs mit Archivgut im Landeshauptarchiv, das darauf ausgerichtet ist, das Material so wenig wie möglich mit Maßnahmen „zu stressen“, um es dauerhaft unversehrt zu erhalten. Um die Arbeitsschritte nur einmal – aber dafür richtig – zu machen, sind Standards für die Bereitstellung und Sicherung digitalisierten Archivguts unerlässlich. Damit sind alle Arbeitsschritte von der Bestandserhaltung über die objektschonende Digitalisierung sowie die Bereitstellung und Anreiche-

zung von Metadaten bis zur Speicherung und Onlinestellung von digitalisiertem Archivgut gemeint. Das Forschungsvorhaben, die ca. 42.000 Akten mit digitalen Methoden zu analysieren, schließt an verschiedene Arbeitsfelder des Archivs an, die zugleich seine wichtigsten Aufgaben sind: Erschließen, Bewahren und Bereitstellen – jedes Aufgabengebiet erfordert Expert*innenwissen. Auch wenn das Projekt auf vorhandenes Fachwissen und technische Infrastruktur im Archiv aufsetzen kann, werden Prozesse weiterentwickelt und angepasst. Angesichts der damit verbundenen Aufwände war personelle Verstärkung aus unterschiedlichen Fachdisziplinen zur Erreichung des Projektziels erforderlich. Dafür konnten fünf weitere Mitarbeiter*innen für das Projekt gewonnen werden, zusätzlich zu den drei Wissenschaftler*innen in der Provenienzforschung

ARCHIVE ALS INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN FÜR EINE DIGITALISIERTE FORSCHUNGLANDSCHAFT

Das OFP-Projekt lässt sich im Umfeld der digitalisierten geschichtswissenschaftlichen Forschungslandschaft verorten. Konkret ergeben sich im Projekt Anforderungen an die Normierung von Erschließungsangaben, Anreicherung von Metadaten, automatisierte Texterkennung von maschinenschriftlich erstellten Dokumenten, Anwendungsentwicklung, Informationsintegration des Archivischen Fachinformationssystems (AFIS), des Bildrepositoriums und des DMS, die Zitierbarkeit von Metadaten und Digitalisaten sowie das Datenmapping für die Onlinestellung und Verlinkung mit weiteren Informationsangeboten, wie z. B. einschlägigen Portalen. Auf der einen Seite handelt es sich dabei um spezifische Anforderungen, die sich aus der Fragestellung der Provenienzforschung ergeben, auf der anderen Seite sind es Anforderungen, die dem institutionellen Auftrag entsprechen, Angebote des Archivs dauerhaft nachnutzbar und zugänglich zu machen. Trotz offensichtlicher Überschneidungen gibt es anscheinend jedoch ein Ungleichgewicht zwischen der Selbstwahrnehmung von Archiven und der Außenwahrnehmung durch Wissenschaftler*innen und Forscher*innen, wie zugänglich Archive und in welcher Form ihre Bestände tatsächlich nutzbar sind. Hinzu kommt eine Disparität zwischen den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen bzgl. der Auffassung von Forschungsdaten und Datenmanagement. Es besteht Bedarf an gegenseitigem Austausch: Ausgelöst durch die Forderung nach einer fachbereichsübergreifenden Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) ist bereits vor Jahren eine interdisziplinäre Diskussion entstanden. Einschlägig dafür sind die Diskussions- und Positionspapiere u. a. des Rates für Informationsinfrastrukturen (RfII), des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) und der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA)³. Eine Kernaussage des RfII zieht sich wie ein roter Faden durch alle Papiere: „Gut verfügbare, verarbeitbare und archivierte Daten sind ein Schlüssel für Wissenschaft im Digitalzeitalter.“⁴ 2018 hat sich die KLA mit einem Positionspapier über „Archive als Informationsdienstleister und Infrastruktureinrichtungen“ als wichtige Komponente bei der Etablierung der NFDI geäußert und die Mitarbeit an einem (2018 noch) entsprechend zu bildenden „Konsortium der historisch arbeitenden Geisteswis-

senschaften“⁵ zugesagt. In dem Positionspapier benennt die KLA fünf Handlungsfelder, die die Kompetenzen und Erfahrungen von Archiven betonen: die Zugänglichkeit, Nachnutzbarkeit, Auffindbarkeit, Vernetzbarkeit und Speicherung von Daten⁶. Auch ohne ausdrückliche Nennung lassen sich hier Parallelen zu den „FAIR Data Principles“ ziehen, deren Grundsätze für nachnutzbare Forschungsdaten⁷ stehen: „Findable [auffindbar], Accessible [zugänglich], Interoperable [interoperabel], and Re-usable [nachnutzbar]“⁸.

Die relevanten Konsortien⁹ adressieren im Rahmen der NFDI-Förderung eine breite Forschungslandschaft sowie die kulturelt gebührenden Einrichtungen als Content Provider, d. h. Infrastruktureinrichtungen wie Universitätsinstitute, Kunst- und Musikhochschulen, Akademien, Galerien, Bibliotheken, Archive und Museen. Die Arbeit der Konsortien zielt auf den Austausch sowie die Vernetzung ab, um Forschungsdatenmanagement wissenschaftsgeleitet weiterzuentwickeln. „Die damit verbundenen

- 1 Bestandsbeschreibung: <https://blha-recherche.brandenburg.de/detail.aspx?ID=1663781>.
- 2 Informationen zum OFP-Projekt auf der BLHA-Website: <https://blha.brandenburg.de/index.php/projekte/ofp-projekt/>.
- 3 Vgl. RfII (RAT FÜR INFORMATIONENINFRASTRUKTUREN) (2017): Schritt für Schritt – oder: Was bringt wer mit? Ein Diskussionsimpuls zu Zielstellung und Voraussetzungen für den Einstieg in die Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Link: <https://rfii.de/?p=2269>. RfII (RAT FÜR INFORMATIONENINFRASTRUKTUREN) (2016): Leistung aus Vielfalt. Empfehlungen zu Strukturen, Prozessen und Finanzierung des Forschungsdatenmanagements in Deutschland. Link: <https://rfii.de/?p=1998>. VHD (VERBAND DER HISTORIKER UND HISTORIKERINNEN DEUTSCHLANDS) (2017): Positionspapier des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) zur Schaffung nationaler Forschungsdateninfrastrukturen (NFDI). Link: <https://www.historikerverband.de/verband/stellungnahmen/positionspapier-zur-schaffung-nationaler-forschungsdateninfrastrukturen-nfdi.html>. KLA (KONFERENZ DER LEITERINNEN UND LEITER DER ARCHIV-VERWALTUNGEN DES BUNDES UND DER LÄNDER) (2018): Archive als Informationsdienstleister und Infrastruktureinrichtungen. Positionspapier zum Aufbau einer Forschungsdateninfrastruktur für die historisch arbeitenden Geisteswissenschaften im Rahmen der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Link: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Ueber-uns/Partner/KLA/kla-hauptseite.html>. Vgl. außerdem: DFG (DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT) (2019): Kodex. Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Link: https://www.dfg.de/foerderung/grundlagen_rahmenbedingungen/gwp/index.html. DFG (DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT) (2018): Förderung von Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft. Ein Positionspapier der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Link: http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier_informationsinfrastrukturen.pdf. HIEMENZ, B.; KUBEREK, M. (2018): Empfehlungen zur Erstellung institutioneller Forschungsdaten-Policies. Das Forschungsdaten-Policy-Kit als generischer Baukasten mit Leitfragen und Textbausteinen für Hochschulen in Deutschland. Link: <https://depositonice.tu-berlin.de/handle/11303/8372>. HIEMENZ, B.; KUBEREK, M. (2018): Evaluation institutioneller Forschungsdaten-Policies in Deutschland. Analyse und Abgleich mit internationalen Empfehlungen. Link: <https://depositonice.tu-berlin.de/handle/11303/81692>. HIEMENZ, B.; KUBEREK, M. (2019): Strategischer Leitfaden zur Etablierung einer institutionellen Forschungsdaten-Policy. Link: 10.14279/depositonice-8412.
- 4 RfII (RAT FÜR INFORMATIONENINFRASTRUKTUREN) (2017).
- 5 KLA (KONFERENZ DER LEITERINNEN UND LEITER DER ARCHIV-VERWALTUNGEN DES BUNDES UND DER LÄNDER) (2018).
- 6 Vgl. ebenda: Handlungsfelder, S. 3-4.
- 7 Unter Anwendung der FAIR-Prinzipien wird „Open Data“, „Open Access“ und „Open Science“ ermöglicht.
- 8 FORSCHUNGSDATEN.ORG: FAIR Data Principles. Link: https://www.forschungsdaten.org/index.php/FAIR_data_principles (letzter Zugriff 30.11.2021).
- 9 NFDI4memory, NFDI4Culture, Text+.

Aktivitäten sollen eine nachhaltige, qualitative und systematische Sicherung, Erschließung und Nutzbarmachung von Forschungsdaten (im Einklang mit den FAIR- und CARE-Prinzipien) ermöglichen.“¹⁰

Mit einer erhöhten Reichweite der online zugänglich gemachten Informationen über das von ihnen bewahrte Kulturgut bestärken Archive ihre Bedeutung für diese Aktivitäten. Gleichzeitig entwickeln sich digitale Arbeitsweisen und Angebote weiter, nicht nur in den Infrastruktureinrichtungen, sondern auch in der Wissenschaft und Forschung, wodurch eine Wechselwirkung zwischen archivischen Prozessen und speziellen Anforderungen in Hinblick auf die Forschungsfragen entsteht. Nicht alles an dieser Wechselwirkung ist neu, doch die automatisierten Auswertungswerkzeuge, die der digitalisierten Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stehen, erfordern einen professionellen Umgang mit der Transformation zur digitalen Nutzung und Forschung. Für Wissenschaftler*innen und Forscher*innen bringen digitale und digitalisierte Quellen zusätzliche Aspekte für Quellenkritik mit sich, das sind z. B. Fragen zu Integrität oder Zitierbarkeit der Daten. Auffindbarkeit ist in der analogen Archivwelt eine Kernkompetenz: Signaturvergabe, Verzeichnung, Magazinierung und Erschließung ermöglichen schließlich erst den Zugriff auf die einzelne Akte oder Verzeichnungseinheit. Hier muss eine konsistente Übertragung auf die digitalen Anforderungen stattfinden, d. h. persistente und eindeutige Referenzierbarkeit der digitalen Quellen mit IDs; Beschreibung der digitalen Repräsentationen mittels Metadaten; die Anreicherung mittels Normdaten und strukturierten Klassifikationen sowie Verwendung standardisierter Schnittstellen. Durch die eindeutige Zuordnung über persistente IDs sind die Daten zitierfähig. Sind die bereitgestellten Daten prozessierbar, d. h. konsistent, normiert und maschinenlesbar, sind sie interoperabel, z. B. durch die Anbindung von Schnittstellen, und können so vernetzt werden. Umso effizienter die (automatisierten) Analyse(-Tools) werden, desto größer werden die angeforderten Umfänge von Unterlagen, die gleichzeitig ausgewertet werden können, d. h. durch die Archive bereitgestellt werden müssen. Die sich weiterentwickelnden Werkzeuge und Methoden der Selektion und Analyse bedingen außerdem digitale und standardisierte Services seitens der Archive für die Datenbereitstellung, z. B. für Daten-Download oder -Mapping. Wie die Services für analoge, digitale und digitalisierte Daten allerdings vernetzt werden sollen und wie Strukturen geschaffen und ausgebaut werden können, ist „work in progress“. Die aktive Beteiligung von Archiven mit ihren fachlichen und informationswissenschaftlichen Kompetenzen wird für die Beantwortung der zu diskutierenden Fragen erforderlich sein.

ZUGANG ZU DIGITALISIERTEN QUELLEN

Archive werden zum einen traditionell als Orte des Bewahrens wahrgenommen und zum anderen schaffen sie die Voraussetzungen für den digitalen Zugang zu den von ihnen bewahrten Ori-

ginalen. Archive sind wichtige Infrastruktureinrichtungen, die in Bewegung sind. Dynamik entsteht durch Digitalisierungsstrategien für die Schutz- und Sicherungsdigitalisierung, aber auch durch die Zunahme von drittmittelgeförderten Digitalisierungsprojekten, wie das OFP-Projekt zeigt. Das Landeshauptarchiv nimmt in diesem Projekt bewusst wichtige Impulse aus Forschung und Wissenschaft auf. In erster Linie ist es die mit konkreten Zielen verbundene Provenienzforschung, die Anlass für das umfangreiche Projekt ist. Die Akten sind jedoch zugleich wertvolle Quellen für weitere Forschungsfragen aus anderen historischen bzw. wissenschaftlichen Perspektiven. Dieser Mehrwert ist gleichbedeutend mit hohen Anforderungen daran, die Quellen zugänglich zu machen: Die mit Hilfe des Projekts systematisch erschlossenen Akten der Vermögensverwertungsstelle bzw. deren digitalen Abbilder sollen zentral, nachhaltig sowie qualitativ nachnutzbar gemacht werden, um damit eine wesentliche Voraussetzung für weitere Forschungsfragen, Auswertungsmöglichkeiten und Analyseideen zu schaffen.

Archive, die auf der einen Seite zunehmend digitale Unterlagen übernehmen und auf der anderen Seite diese sowie digitalisiertes Archivgut bereitstellen, sind angesichts dessen herausgefordert, ihre Kompetenzen auch im Hinblick auf komplexer werdende Anforderungen zu erweitern, interdisziplinär offen zu sein sowie Transparenz und Nutzungsorientierung zu fördern, um auch in der digitalen Gesellschaft ihrer Bedeutung und ihrem Auftrag zu entsprechen. Insgesamt ist eine Offenheit für digitale Entwicklungen und für ergänzende Fragestellungen erforderlich, wie z. B. gegenüber Initiativen aus den Digital Humanities zur Vernetzung und Weiterentwicklung der Dienste und Angebote¹¹. Die digitale Bereitstellung von Archivgut muss stärker als bisher in einem größeren Zusammenhang verstanden werden, denn für sich alleine genommen bleibt der Nutzen von Digitalisaten unnötig begrenzt. Eine Herausforderung für Archive bleibt es, den Aufbau und Betrieb der technischen Infrastruktur, die notwendig ist, um das von ihnen bewahrte Archivgut digital bereitzustellen, zu realisieren. Der in der Praxis damit verbundene Aufwand ist Forschenden oft nicht bekannt und wird als Größe in den Förderrichtlinien derzeit kaum berücksichtigt. Eine Chance ist, neben der Weiterentwicklung der Infrastrukturen für Wissenschaft und Forschung ebenso auf Vernetzung der kulturgutbewahrenden Einrichtungen zu setzen, um entwickelte Prozesse, Dienste, Angebote und das notwendige Fachwissen als best practice auszutauschen und nachnutzbar zu machen.

Julia Moldenhawer/Tobias Gurok, Potsdam

¹⁰ <https://barcamps.eu/barcamp-nfdi4culture-digitalisierung-2021/> (letzter Zugriff: 30.11.2021).

¹¹ Wie z. B. CLARIAH-DE.

ASPEKTE DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN ARCHIVEN UND VERFASSUNGSSCHUTZÄMTERN

ZUM ABSCHLUSS DER KLA-AG „UMGANG MIT UNTERLAGEN DER VERFASSUNGSSCHUTZÄMTER“

Mit der bez. AG bezweckte die KLA eine systematische und planvolle Auseinandersetzung mit dem deutschen Inlandsnachrichtendienst. Bisher waren die Verfassungsschutzämter noch nie gemeinsam als Provenienzstellen in den Blick genommen worden. Neu war auch, dass Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz in diese Bemühungen einbezogen waren. Im Format einer Tagung wurde diese Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzämtern am 21.09.2021 im Bundesarchiv in Koblenz fortgeführt. Obwohl sich die Einladung nur an die mit der Schriftgutverwaltung und rechtlichen Fragen betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter, die Geheimschutzbeauftragten der staatlichen Archive sowie die sicherheitsüberprüften Mitglieder der KLA richtete, zählte die Veranstaltung 55 Teilnehmer*innen.

Die einzelnen Referate spannten einen weiten thematischen Bogen: Die Beiträge beleuchteten die normative Ebene der Zusammenarbeit, die Aussonderungspraxis im Bundesarchiv, die bayerische Archivierungsvereinbarung, die Deklassifizierungsmaßnahmen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und schließlich die Anstrengungen von Ämtern und Archiven, auch die elektronischen Daten des Inlandsnachrichtendienstes zu sichern. Zunächst machte der Vortrag von Herrn Kram (Landesarchiv NRW) noch einmal anschaulich, welch große Bedeutung der Faktor „Zeit“ für die archivische Arbeit besitzt. Er kontrastierte das „Transparenzversprechen“ des modernen demokratischen Rechtsstaats mit der Notwendigkeit geheimen staatlichen Handelns, das mit dem Sicherheitsversprechen aller Staaten an ihre Bürger*innen einhergeht. Der Referent wies darauf hin, dass einerseits die Archivierung von Aufzeichnungen einstmals geheimen staatlichen Handelns für einen langen Zeitraum eine Gefahr für die Beteiligten darstellen kann, dass sich andererseits gerade das Archivrecht durch ein umfangreiches und detailliertes rechtliches Instrumentarium auszeichnet, womit es auf diese Anforderungen angemessen reagieren kann. Im Kern geht es dabei um das Zeitmanagement im Archivrecht als Teil des Informationsverwaltungsrecht. Dadurch wird der Zugang zu den archivierten Unterlagen mithilfe signifikanter Zeiträume operationalisiert („temporale Verschiebung“), um sie primär einer historischen bzw. „musealen“ Betrachtung vergangenen Staatshandelns zu-

gänglich zu machen. Außerhalb tagesaktueller Konflikte ermöglicht das Archiv auf diese Weise zwar einen umfassenden Zugang zu den archivierten Unterlagen, dies allerdings um den Preis einer allenfalls post-spektiven Kontrolle staatlichen Handelns. Einer der Kernsätze lautete daher: Kein Wissen dieser Welt erfordert ewige Geheimhaltung.

Herr Weins (Bundesarchiv) stellte die Aussonderung von Unterlagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und die Übernahme von Unterlagen durch das Bundesarchiv dar. Er schilderte die rechtlichen Grundlagen und die Praxis des Verfahrens und richtete dabei den Blick auf die Besonderheiten und Schwierigkeiten dieser Überlieferungsbildung, die Geheimschutz-Problematik, den Umgang mit Verschlusssachen ausländischer Nachrichtendienste (Fremd-VS) sowie den Quellen- und Methodenschutz. Als eine Besonderheit ist die intensive Prüfung der eingestuftten Vorgänge auf Deklassifizierung durch das Bundesamt hervorzuheben. Mit der sog. Z-Kennzeichnung, der Auswahl zeithistorisch relevanter Inhalte, tritt die Dienststelle in Vorleistung, ohne dass das Bundesarchiv seine Bewertungshoheit aufgeben würde. Das Engagement, das zu dem Erfolg der Zusammenarbeit in Bayern beiträgt, zeigte sich auch im Vortrag der Referent*innen des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Konkret ist es hier über eine Archivierungsvereinbarung gelungen, einen Ausgleich zwischen den höchst unterschiedlichen Erfordernissen des Geheimschutzes, der Sicherung von archivwürdigen Informationen und den Ansprüchen der Informations- und Wissensgesellschaft herzustellen. Dabei werden die gängigen archivischen Instrumentarien genutzt und pragmatische Lösungen für die Offenlegung von Verschlusssachen definiert: Verschlusssachen – inbegriffen ist auch älteres eingestuftes Material – sind automatisch 30 Jahre nach Abgabe an das zuständige Archiv offengelegt, sofern für das jeweilige Dokument keine andere Frist bestimmt wurde. Für Unterlagen, die dem Quellen- und Methodenschutz unterliegen, wurde zudem eine 90jährige Schutzfrist ab Laufzeitende definiert. An dieser Stelle ist es im Blick auf den § 6 (1) des Bundesarchivgesetzes nicht unerheblich, dass die Archivierungsvereinbarung eine grundsätzliche Anbietungspflicht aller Daten der im Zuge der Aufgabenerledigung des Verfassungsschutzes erwachsenen Informationen betont, ohne Rücksicht darauf, ob

diese aktenmäßig geführt oder anderweitig verwaltet werden. Bestandteil der Vereinbarung ist ein abgestimmtes Negativverzeichnis, das alle Unterlagengruppen enthält, die nicht mehr oder nur in Auswahl angeboten werden müssen. Das hier gewonnene gegenseitige Verständnis für die Bedarfe der jeweiligen Fachaufgaben bildet die Grundlage für diese im Ländervergleich sehr weitgehende Regelung.

Das BfV stellte seine Verfahren zur Deklassifizierung vor und ging auch auf die Offenlegungs- und Prüftätigkeiten nach § 19 Verschlusssachenanweisung (VSA) Bund ein. Im Kalenderjahr 2021 wurden die BfV-VS bis einschließlich zum Jahrgang 1986 geprüft und in der überwiegenden Zahl offengelegt. Im Jahr 2022 wird die Prüfung mit den Jahrgängen bis einschließlich 1989 fortgeführt.

Mit dem Referat von Herrn Gillner (LAV NRW) und Herrn Schmalzl (Generaldirektion Bayern) haben die Archive gezeigt, dass sie willens und in der Lage sind, die Überlieferung der Verfassungsschutzämter auch nach der Einführung der elektronischen Schriftgutverwaltung zu sichern. Bei dieser Transformation können Archive aber auf gewisse Kontinuitäten bauen: Die Rechtsvorschriften zum Umgang mit VS (VSA, Archivgesetze) bleiben bestehen, ebenso die etablierten Praktiken bei Aussonderung und Archivierung. Bei der Archivierung von digitalen Verschlusssachen müssen Archivarinnen und Archivare die

Erfahrungen aus der analogen Verschlusssachenarchivierung mit jenen aus der elektronischen Archivierung verknüpfen. Obwohl bestimmte VS-Spezifika beachtet werden müssen, ist es nicht erforderlich, neue fachliche Lösungen zu entwickeln (Geheimhaltungsgrade, Methoden-/Quellenschutz). Stattdessen sind die bisher geschaffenen digitalen Archivierungslösungen in die VS-Infrastruktur zu überführen (v. a. bauliche Maßnahmen, organisatorische Maßnahmen, Transfermöglichkeiten). Ist das gelungen, kann auch die elektronische Archivierung von VS von den Vorteilen digitaler Arbeitsprozesse profitieren (Metadaten, Prozessautomatisierung etc.).

Insgesamt zeichnete sich die Tagung durch lange und intensive Diskussionen aus. Die mitunter kontrovers geführten Debatten legten die zahlreichen arbeitspraktischen Probleme offen und verdeutlichten, wie wichtig es ist, einen genaueren Einblick in die Arbeitssituation der jeweils anderen Seite, sowohl diese der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter als auch jene der Archive zu erhalten. Die Veranstaltung war, so betrachtet, einer von weiteren notwendigen Schritten, um den Informationstransfer, den Wandel von Registraturgut der Verfassungsschutzämter zu Archivgut, besser als bisher zu bewältigen und für künftige Zeiten gestalten zu können.

Uwe Zuber, Duisburg

10. TAG DER BESTANDSERHALTUNG

KLIMA – WANDEL UND HERAUSFORDERUNGEN

Das Klima verändert sich. Nicht zuletzt das katastrophale Rheinland-Hochwasser 2021 führt uns allen dies überdeutlich vor Augen. Ebenso erleben wir aber auch vermehrt Starkregen, Trockenheit, Hitze und Stürme. Diese Extremwetterlagen werden sich künftig auch in unseren Breiten noch häufen und verstärken. Den mit ihnen einhergehenden Herausforderungen gilt es jedoch bereits heute zu begegnen. Und das gilt auch für die Kultureinrichtungen.

Aus diesem Grund widmete das Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg (KBE) seinen 10. Tag der Bestandserhaltung dem Thema „Klima – Wandel und Herausforderungen“. Die Jubiläums-Tagung fand am 23. und 24. September 2021 in Kooperation mit der Staatsbibliothek zu Berlin der Stiftung Preussischer Kulturbesitz im wiedereröffneten Haus Unter den Linden statt und konnte zudem per Live-Stream verfolgt werden.

DAS KBE

Das Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg (KBE) wurde 2006 gegründet und ist eine von der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg geförderte Institution. Sein Sitz ist in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin.

TAG 1 – 15 JAHRE KBE UND DIE RELEVANZ DER BESTANDSERHALTUNG FÜR KULTUREINRICHTUNGEN

Am 23. September 2021 begrüßten Kerstin Jahn (KBE) und Achim Bonte (Generaldirektor der Staatsbibliothek zu Berlin SPK) zum 10. Tag der Bestandserhaltung, dem jährlichen Programmhöhepunkt des Kompetenzzentrums Bestandserhaltung.

Nach einem kurzen Einblick in die 15-jährige Tätigkeit des KBE, informierten Lisa Graf und Vai van den Heiligenberg zum aktuellen Stand des laufenden Projekts „Landeskonzept für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts in Berlin“.

Gegenwart und Zukunft: Die Veränderungen des Klimas aus Sicht der Kultureinrichtungen und aus wissenschaftlicher Perspektive

Monika Sommerer (Joseph Wulf Bibliothek, Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee Konferenz) eröffnete die Tagung mit einem eindrucksvollen Erfahrungsbericht aus ihrer Einrichtung. In ihrem Vortrag unter dem Titel „Denkmalgeschütztes Gebäude, Wassernähe, ungünstige Lagerungsmöglichkeiten und am Ende Schimmel – Herausforderungen einer Bibliothek am Wannsee“ verdeutlichte die Situation von Kultureinrichtungen angesichts zunehmender Extremwetterlagen.

Um die Zusammenhänge zwischen der Situation in den Kultureinrichtungen und den klimatischen Veränderungen zu verstehen, informierte Johanna Leissner vom Fraunhofer Institut zur wissenschaftlichen Perspektive. Als Vorsitzende der Expert*innengruppe „Strengthening cultural heritage resilience for climate change“, welche vom Rat der Europäischen Union der EU Kommission aufgestellt wurde, berichtete sie zu den bisherigen Erkenntnissen sowie gegenwärtigen und künftigen Aufgaben und Möglichkeiten, um Kulturgüter zu schützen.

Mit einem Beitrag zur Korrelation von Klimawandel und Kulturerbeeinrichtungen bekräftigte Stefan Simon vom Rathgen-Forschungslabor SMB SPK die Notwendigkeit für die Entwicklung von und verstärkte Forschung zu präventiven Maßnahmen, um Kultureinrichtungen künftig entsprechend planen, ausstatten und somit Kulturgüter auch für die nächsten Generationen bewahren zu können.

Das Klima als Gestaltungselement der Lagerung und Ergebnis der Bauphysik

Christian Hänger (Bundesarchiv) stellte das Konzept der „kühlen Lagerung als Mittel zur Bestandserhaltung beim Bundesarchiv“ vor. Angesichts der enormen Bestandsmengen im Bundesarchiv sind konservatorische Behandlungen in adäquater Zeit nicht realisierbar. Daher wird auf eine kühle Lagerung für das Kulturgut gesetzt, um inhärente Zerfallsprozesse zu verzögern und damit entsprechend an Zeit zu gewinnen.

Eine klimatisierte und kontrollierte Lagerung bedarf jedoch passender Gebäude- und Klimatechnik. Grundlage hierfür ist ein bauphysikalisches Grundkonzept. Abhängig von der Bausubstanz und den bisherigen Baumaßnahmen, kann sich das Klima in den Räumen für die Aufbewahrung von Kulturgut eignen oder nicht. Um hier eine Einschätzung zu erhalten, stellte Katrin Schöne SicherheitsLeitfaden Kulturgut, das digitale SiLK-Tool vor. Dieser informative Fragebogen entstand in Zusammenarbeit vom SiLK-Team und weiteren Expert*innen. Axel C. Rahn erklärte zudem die Grundlagen der Bauphysik und den Zusammenhang mit dem Raumklima.

Die Vorträge des ersten Tages wurden in einer Podiumsdiskussion abgeschlossen, welche von Sven Kriese vom Geheimen Staatsarchiv SPK moderiert wurde.

Workshops und Führungen

Am Nachmittag wurden drei Workshops zu den Themen „Datenlogger – Überblick und Kriterien“, „Einfluss des Klimas auf Archiv- und Bibliotheksgut“ und „Objekte gut verpackt? Schutzbehältnisse für Archiv- und Bibliotheksgut – Möglichkeiten und Anforderungen“ angeboten. Zudem fanden verschiedene



Podiumsdiskussion: v.l.n.r. Hr. Prof. Dr. Simon, Hr. Prof. Rahn, Hr. Dr. Hänger, Hr. Kriese (©SBB)

Führungen in der Staatsbibliothek, unter anderem zum Haus, der Klimatechnik, der Bestandserhaltung aber auch der Baustelle des entstehenden Bibliotheksmuseums, statt. Zudem gab es die Möglichkeit, an einer Führung zur Bestandserhaltung in der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität teilzunehmen.

TAG 2 – AKTUELLES UND DAS OBJEKT IM FOKUS

Aktuelle Förderprogramme

Regina Rousavy vom Landesarchiv Berlin begrüßte zum zweiten Tag und führte durch den Vormittag, welcher aktuellen Fördermöglichkeiten im Bereich Klima und Kulturguterhalt gewidmet war. Ursula Hartweg berichtete zur Entstehung und Entwicklung der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) als kulturpolitischem Bund-Länder-Projekt sowie zu den aktuellen Bestandserhaltungs-Förderprogrammen des Bundes. Constanze Fuhrmann von der Deutschen Bundesstiftung (DBU) stellte das Förderprogramm „Bewahrung und Sicherung national wertvoller Kulturgüter vor schädlichen Umwelteinflüssen“ vor, mit welchem derzeit unter anderem das Forschungsprojekt „Entwicklung einer neuartigen enzymatisch basierten Dekontaminierung von stark mikrobiell geschädigtem Schriftgut am Beispiel historisch wertvoller Handschriften und Druckwerke“ gefördert wird.

Einfluss des Klimas auf Archiv- und Bibliotheksgut

Mit dem Titel „Darf's etwas mehr sein?“ diskutierte Felix Roth Normen und Fachliteratur zum Magazinklima. Über die Jahre wurden verschiedene Empfehlungen zu klimatischen Werten und Toleranzen für die langfristige Erhaltung von Kulturgut veröffentlicht, die bei den Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen jedoch zu Unsicherheiten und sogar zu Überforderung führten. Ingrid Kohl (Geheimes Staatsarchiv SPK) und Sabine Stropp (Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken Brandenburg) unterstrichen die Notwendigkeit für die Auseinandersetzung mit der archivtauglichen Aufbewahrung von Archiv- und Bibliotheksgut mit Beispielen aus der Praxis. Ein Überblick zu möglichen Schäden an Kulturgut durch akute Notfälle, wie

Wassereinbruch, aber auch durch schleichende Prozesse infolge von konstant ungünstigen klimatischen Bedingungen in den Magazinen der Kultureinrichtungen führte die Dramatik deutlich vor Augen.

Klimagerechte Workflows

Der finale Vortragsblock behandelte das Thema der klimagerechten Workflows, um für das Kulturgut möglichst schonende Geschäftsgänge zu schaffen. Im Brandenburgisches Landeshauptarchiv wurde in den letzten Jahren ein entsprechender Workflow entwickelt, um die Akklimatisierung von Objekten auf ihrem Weg zwischen dem Magazin und der Benutzung im Lesesaal zu gewährleisten. Sven Kriese (Geheimes Staatsarchiv SPK) stellte die aktuelle Empfehlung „Transporte klimagerecht planen und umsetzen“ des Bestandserhaltungsausschusses der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA) vor. Diese bietet eine Hilfestellung, um Transporte von Kulturgut – sowohl innerhalb einer Kultureinrichtung als auch zwischen verschiedenen Institutionen – möglichst objektschonend zu planen und durchzuführen.

Tagungsabschluss

Auch an diesem Nachmittag wurden die Workshops und Führungen des Vortages angeboten. Mit dankenden Worten und einem optimistischen Blick in die Zukunft schloss die Tagung.

FAZIT UND AUSBLICK

Die Resonanz auf die zweitägige Veranstaltung war groß und sehr positiv. Das KBE freut sich über die aktive Teilnahme und den guten Austausch der Kolleginnen und Kollegen sowohl als Referierende, aber auch als Teilnehmende. Dies zeigt einerseits, dass das gewählte Tagungsthema „Klima“ von aktuellem Interesse und Relevanz ist, und andererseits, dass Informationsaustausch in der Bestandserhaltung sehr wichtig ist. Der Tag der Bestandserhaltung bietet die hierfür notwendige Plattform und Sichtbarkeit. Die Vorträge sowie weitere Informationen zur Tagung, aber auch zum aktuellen Programm und den Aktivitäten des KBE finden Sie auf der Website www.zlb.de/kbe.

Kerstin Jahn, Berlin

INTERNATIONALE KONFERENZ „ORIGINALERHALT IN PERSPEKTIVE“ DER KOORDINIERUNGSSTELLE FÜR DIE ERHALTUNG DES SCHRIFTLICHEN KULTURGUTS (KEK)

Am 23. und 24. November 2021 veranstaltete die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) die internationale Konferenz „Originalerhalt in Perspektive“ in der James-Simon-Galerie in Berlin. Bis zu 250 Zuschauer*innen aus Fachcommunity und interessierter Öffentlichkeit verfolgten die Veranstaltung, die aufgrund steigender Corona-Infektionszahlen kurzfristig online stattfinden musste.

Den Auftakt machten Grußworte von Hermann Parzinger (Stiftung Preußischer Kulturbesitz), Jörg von Wangenheim (Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien), Markus Hilgert (Kulturstiftung der Länder) und Reinhard Altenhöner (Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz). Anschließend führte Ursula Hartwig (KEK) in die Aufgabenfelder der KEK ein. An den zwei Konferenztagen referierten insgesamt achtzehn Expert*innen aus neun Ländern. Vor Beginn des ersten Panels stand ein Eröffnungsdialo g zur Geschichte der KEK zwischen Isabel Pfeiffer-Poensgen (Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen) und Barbara Schneider-Kempf (ehem. Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz).

Johannes Kistenich-Zerfaß (Hessisches Landesarchiv, Staatsarchiv Marburg) eröffnete das Panel „Strategien zum nachhaltigen Originalerhalt“ mit einem Vorschlag für eine Definition des Begriffs Bestandserhaltungsmanagement. Der Originalerhalt bedürfe stabiler Ressourcen und einer systematischen Erfassung von Schadensart- und -ausmaß. Erforderlich sei zudem die Priorisierung von Beständen und Bestandsegmenten unter Maßgabe der Wirtschaftlichkeit. Der Vortrag schloss mit dem Plädoyer, schriftliches Kulturgut in seiner Entstehungsform zu bewahren. Die Nachhaltigkeit von Medienwerken und das „Cradle-to-Cradle“-Verfahren (C2C) bildete den Mittelpunkt des folgenden Beitrags von Stephanie Preuss (Deutsche Nationalbibliothek). Da die Verwendung von säurehaltigem Recyclingpapier in den vergangenen 20 Jahren zugenommen habe, plädierte Preuss für nachhaltige, alterungsbeständige Alternativen. Am Nachmittag des ersten Konferenztags leitete Floriana Coppola, PhD (University of Ljubljana) das Panel zum internationalen Originalerhalt ein. In einer Livedemonstration stellte sie die „Collections Demography App“¹ vor, die eine Berechnung der zu erwartenden Lebenszeit für unterschiedliche Konservierungsszenarien ermöglicht. Jacob Nadal (Library of Congress, Washington D.C.) richtete anschließend den Blick auf die Organisation von Bestandserhaltungsmaßnahmen an der

Library of Congress. Es sei von entscheidender Bedeutung für jede Bestandserhaltungsstrategie, greifbare Ziele gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen zu definieren. Aus Kopenhagen berichtete Marie Vest, wie die Dänische Königliche Bibliothek in einem Lagergebäude in Vinge Erfahrungen mit passiver Klimatisierung sammelt: Die Kühlung werde über einen nicht-isolierten Fußboden gewährleistet, wodurch das Innenraumklima dem Außenklima folge. Das zweite Panel zu internationalen Initiativen und Kooperationen eröffnete Sam van Schaik (British Library) mit einer Vorstellung des „Endangered Archives Programme“. Das Programm konzentrierte sich auf die Digitalisierung bedrohter Bestände in Ländern, denen Ressourcen sonst fehlten. Susann Harder (Blue Shield Deutschland) griff die globale Perspektive auf und stellte die internationale Kooperation für den Kulturgutschutz von Blue Shield vor. Anschließend präsentierte Matija Strlič (University College London/University of Ljubljana) die internationalen Forschungsplattformen E-RIHS² und IPERION HS³. Kulturerbeeinrichtungen könnten sich beteiligen, indem sie Ressourcen oder strategische Anleitung beisteuerten. Zum Abschluss des ersten Konferenztags ging Richard Ovenden OBE (Bodleian Libraries, University of Oxford) auf Kernthesen seines Buchs „Bedrohte Bücher. Eine Geschichte der Zerstörung und Bewahrung des Wissens vor“⁴ ein. Die Geschichte der Zerstörung von Wissen versteht Ovenden als warnende Erinnerung gegen die Unterfinanzierung von Gedächtniseinrichtungen. Den zweiten Konferenztag sowie das Panel zur Massenentsäuerung eröffneten Agnes Blüher und André Page (Schweizerische Nationalbibliothek). Als irreversibler Eingriff in das Original dürfe die Massenentsäuerung grundsätzlich nur begründet und nachhaltig zur Anwendung kommen. Priorität habe dabei der Auswahlprozess des zu behandelnden Materials. Anna Czajka (Hauptarchiv Alter Akten Warschau) zog ein umfassendes Resümee aus dem „Acid Paper Programme“ der polnischen Regierung. Ihre Einschätzung, dass die enge Zusammenarbeit aller beteiligten Einrichtungen die Voraussetzung für optimale Bestandserhaltung sei, wurde im anschließenden Beitrag von

¹ https://hsl.shinyapps.io/app_2_0/ (aufgerufen am 25.02.2022).

² <http://www.e-rihs.eu/> (aufgerufen am 25.02.2022).

³ <https://www.iperionhs.eu/> (aufgerufen am 25.02.2022).

⁴ Richard Ovenden: *Bedrohte Bücher. Eine Geschichte der Zerstörung und Bewahrung des Wissens*. Berlin 2021.

Michael Fischer (Badische Landesbibliothek Karlsruhe) aufgegriffen. Eine Massensäuerung aller regionalen Pflichtexemplare durch die jeweils zuständigen Bibliotheken käme einer Sicherung des gesamten nationalen Schriftguts gleich. Als zentral hierfür sieht Fischer die Etablierung des PICA-Felds 4233 in den Verbunddatenbanken an. Zu Beginn des fünften Panels (Nachhaltigkeit und Risikomanagement) unterstrich Cristina Duran Casablanca (Stadtarchiv Amsterdam/University College London) den Nutzen von Modellsimulationen für die Bestandserhaltung. Die „Collections Demography App“ stellte sie am Nachmittag gemeinsam mit Matija Strlič im Rahmen eines Workshops vor. Zuvor erörterte Chris Woods (National Conservation Service, London) die Vorteile einer passiven Lagerung von Archivbeständen. Die in Großbritannien lange vorherrschende aktive Klimatisierung schade den Beständen im schlimmsten Fall. Nachhaltige Bestandslagerung zeichne sich dadurch aus, dass sie Gebäudestruktur und CO₂-Fußabdruck berücksichtige und Aufwände für Wartung gering halte. In vielen Archiv- und Bibliotheksszenarien sei eine passive Bestandslagerung kosteneffizient umsetzbar. Johanna Leissner (Fraunhofer-Gesellschaft, Brüssel) schloss das fünfte Panel mit einem Vortrag zu den Auswirkungen des Klimawandels ab. Die „Open Method of Coordination“ (OMC)-Gruppe „Strengthening Cultural Heritage Resilience for Climate Change“ der EU nehme die Resilienz des kulturellen Erbes in den Blick. Leissner ermutigte Archive und Bibliotheken, sich mit eigenen Fallbeispielen an die OMC-Gruppe zu wenden. Oliver Hahn (Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Berlin) referierte zu Beginn des letzten Panels (Digitale Technologien) zur Multispektralanalyse. Diese Technologie ermöglicht Erkenntnisse über die Art und Zusammensetzung verwendeter Schreib- und Zeichenmaterialien. Wie aus „Köln-Flocken“ mithilfe von KI (Künstlicher Intelligenz) wieder vollständige Einheiten werden,

erörterte Ulrich Fischer (Historisches Archiv der Stadt Köln). Die fragmentierten Teile aus dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs müssten aufwendig rekonstruiert werden. Mittlerweile kämen eine Rekonstruktionssoftware und künstliche Intelligenz zum Einsatz. Die finale Entscheidung über eine Zusammenführung von Fragmenten werde jedoch von einer Fachkraft getroffen. Zum Abschluss des letzten Panels widmete sich Ville Kajanne, PhD (National Archives of Finland, Helsinki) den Herausforderungen und Lösungsansätzen für Massendigitalisierungsprojekte. Das finnische Nationalarchiv habe im Jahr 2020 mit einem Projekt begonnen, das die Digitalisierung aller in finnischen Regierungsbehörden verwahrten Dokumente in den Blick nehme. Aktuelle Schätzungen gingen davon aus, dass in Zukunft nur 1-2 % der behördlichen analogen Dokumente aufbewahrt würden. Die Heterogenität der Akten ist für große Schwankungen bei der Geschwindigkeit der Massendigitalisierung verantwortlich. Mehrstufige Qualitätskontrollen begleiten diese anspruchsvollen Prozesse.

Die internationale Konferenz schloss am Nachmittag mit einer Podiumsdiskussion, in der die Teilnehmenden die Digitalisierung und den Klimawandel als Herausforderung und Chance für den Originalerhalt ausmachten. Gedächtniseinrichtungen müssten in Zukunft noch stärker als Forschungsinfrastruktur wahrgenommen und Fördergelder in die Weiterentwicklung existierender Verfahren investiert werden. Mehrfach wurde zudem die Bedeutung präventiver Maßnahmen unterstrichen.

Ein Großteil der Konferenzbeiträge ist auf dem YouTube-Kanal der KEK verfügbar.⁵

Timm Wille, Berlin

⁵ https://www.youtube.com/playlist?list=PLvIRySudPW5fecNzz2c-8Paju-sT8Gb_y (aufgerufen am 25.02.2022).



Die abschließende Podiumsdiskussion in der James-Simon-Galerie in Berlin (Foto: Björn Schmidt)

LOGIK UND LÜCKE

Die Konstruktion des Authentischen in Archiven und Sammlungen. Hrsg. von Michael Farrenkopf, Andreas Ludwig und Achim Saupe. Wallstein Verlag, Göttingen 2021. 287 Seiten, 26 Abb., geb. 34,00 € ISBN 978-3-8353-3797-8

Archive dokumentieren systematisch, aber nie vollständig. Sie konstruieren Authentizität durch die Logik ihrer Überlieferungsbildung. Was außerhalb ihrer Logik liegt, erscheint einer anderen Logik als Lücke. Logik und Lücke bilden also ein dialektisches Spannungsverhältnis; hinzu kommen Verluste, die planvoll oder planlos in die Überlieferungsgeschichte eines Archivs eingreifen. Mit alledem beschäftigt sich der vorliegende Band, der die Ergebnisse einer Tagung vom April 2019 im Deutschen Museum in München zusammenfasst. Der Band macht unmissverständlich deutlich, dass alle Überlieferung konstruiert ist. Quellen sind nicht an sich authentisch, sondern das Archiv schreibt ihnen die Authentizität im Zuge der Überlieferungsbildung erst zu. Autoren wie Foucault und Derrida haben deshalb einen grundsätzlichen Verdacht über das Archiv ausgesprochen, weil Archive immer auch Machtinstrumente darstellen. Denen, die in Archiven arbeiten, fiel es lange schwer, sich auf diese Kritik der Dekonstruktivist*innen einzulassen. Spätestens mit diesem Band aber hat die Diskussion der Archivarinnen und Archivare Anschluss an die Theoriebildung gefunden. Davon zeugt nicht zuletzt die gelungene Einleitung, die in der Verknüpfung kulturwissenschaftlicher Fragestellungen mit der archivischen Praxis die großen Leitlinien des Bandes umreißt. Eine disziplinierte Redaktion hat dafür gesorgt, dass auch im weiteren Verlauf die Fallbeispiele weitgehend konsequent entlang der theoretisch-methodischen Fragestellung vorgeführt werden. Nicht die sonst verbreitete archivische Selbstdarstellung steht im Vordergrund, sondern die kritische Reflexion der eigenen Überlieferungspraxis und -geschichte. Fast alle Beiträge dieses Bandes sind gut; einige sind besonders gut: Dietmar Schenk rechnet in seinen Ausführungen über die „Lücke im Archiv“ mit der „epistemologische[n] Naivität der Archivwissenschaft“ (S. 151) ab. Der archivische Blick auf die

Gegenwart ist einseitig; gleiches gilt schon für die Perspektive der Registraturbildner. Schenk fordert, die Quellenkritik über das Einzeldokument auf die „archivalische[n] Zusammenhänge“ zu erweitern. Wie so etwas aussehen könnte, zeigt Claus Ludl, der den Nachlass des Physikers Gernot Zippe (1917-2008) in den Blick nimmt und dabei erläutert, wie dieser „nicht erst mit der Übernahme durch das Archiv, sondern bereits früher und außerhalb der bestandsbildenden Institution“ (S. 192) manipuliert wurde. Ähnliches beobachtet Wilhelm Füßl für den Nachlass des Physikers und Philosophen Ernst Mach, der nicht nur archivisch atomisiert, sondern vor allem seiner gegenständlichen Bestandteile beraubt wurde; das Labor als Provenienzstelle der Mach'schen Forschungen kann mit den wenigen heute noch vorhandenen Instrumenten und Werkzeugen nur noch partiell ausgeleuchtet werden. Wie wichtig gerade im digitalen Raum die Provenienz für ein kontextbasiertes Verständnis von Quellen ist, verdeutlicht beispielhaft der Beitrag von Elke Bauer über das Bildarchiv des Herder-Instituts. Bauer plädiert dafür, bei digitalen Zugängen zu Bildbeständen „die bisher unvereinbaren Ordnungen nach Pertinenz- und Provenienz“ (S. 118) zu verbinden. Auch wenn Fotos oft themenbezogen recherchiert werden, muss ihr Entstehungszusammenhang erkennbar bleiben. Ob das bei knappen Ressourcen in größeren Archiven (oder gar Portalen) mit einer Vielzahl von Beständen immer gelingen kann, bleibt fraglich. Wie wichtig der Impuls gleichwohl ist, zeigen die den Band beschließenden historischen Fallstudien über Archive in Umbruchsituationen. Sie illustrieren noch einmal aus der Retrospektive, dass sich archivische Überlieferungsbildung immer vor dem Hintergrund politischer und gesellschaftlicher Veränderungen vollzieht. Das ist natürlich keine wirklich neue Erkenntnis, aber eine, die im vorliegenden Band mit dem Fokus auf die Potentiale und Grenzen einer späteren historischen Forschung ebenso systematisch wie anschaulich entwickelt und dargelegt wird. Für alle, die sich mit Fragen der archivischen Überlieferungsbildung auseinandersetzen, ist „Logik und Lücke“ Pflichtlektüre – eine angenehme zudem, da der Band von den Herausgebern sorgfältig bearbeitet und vom Verlag ansprechend produziert wurde.

Andreas Pilger, Duisburg



ANDERTHALB FUSS IN DER TÜR...

LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN UNTERRICHTET ELEKTRONISCHE SCHRIFT- GUTVERWALTUNG FÜR NEUEINSTEIGENDE IN DIE LANDESVERWALTUNG NRW

Wie bereits an dieser Stelle berichtet,¹ hat das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen seit geraumer Zeit „einen Fuß in der Tür“ des Fortbildungsprogramms der Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen „Mont-Cenis“ in Herne (FAH). Zunächst konzentrierte sich der Fortbildungsauftrag auf die Einführung in die Geschichte sowie in die öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Neueinsteigenden in den ehemaligen „höheren Dienst“ (Laufbahngruppe 2.2), bevor während der Corona-Pandemie eine erste Unterrichtseinheit für Führungskräfte in Sachen (elektronischer) Schriftgutverwaltung hinzukam.

Für die zweite Augushälfte des Jahres 2022 steht nun der Einstieg des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen in den Fortbildungsunterricht für Neueinsteigende in den ehemaligen „gehobenen Landesverwaltungsdienst“ (Laufbahngruppe 2.1) auf der Agenda. Der offizielle Titel der nach Möglichkeit der Dinge in der Präsenz stattfindenden Veranstaltung lautet „Seminar im Rahmen der Qualifizierung ‚Neu in der Landesverwaltung für Beschäftigte in der Laufbahngruppe 2.1‘“. Der erste Tag des zweitägigen Seminars ist dabei ausschließlich der Einführung in die (elektronische) Schriftgutverwaltung vorbehalten. Ein Erfolg für das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, wenn man bedenkt, dass eine derartige Wertschätzung des Themas in der Verwaltung lange Zeit kaum zu verspüren war und selbst heute – in Zeiten des immer rasanter erfolgenden Umstiegs der öffentlichen Verwaltung auf das E-Government – noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt. Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Schriftgutverwaltung – zumindest im eigentlichen Sinne – in der verwaltungsinternen Ausbildung nach wie vor keine wahrnehmbare Rolle einnimmt.

Mit dem nächsten, im August anstehenden Schritt hat das Landesarchiv folglich mehr als nur einen Fuß in der Tür. Allerdings ist die Türschwelle auch noch nicht zur Gänze überwunden, da das Angebot vorerst „ad experimentum“ konzipiert ist – mit der

Möglichkeit, im Erfolgsfalle, der aus Behördensicht letztlich ein „Bedarfsfall“ sein dürfte, eine Perpetuierung zu erfahren. Zunächst ist jedoch für Anfang Juni eine Neuauflage des Seminars „Schriftgutverwaltung und Aktenführung für Führungskräfte“ vorgesehen (siehe Abb.). Das Angebot ist behördenübergreifend angelegt und somit an letztlich alle Verwaltungsebenen adressiert.

Martin Schlemmer, Duisburg

¹ Vgl. Martin Schlemmer: Auch in Zukunft gut beraten... Die elektronische Behördenberatung des Landesarchivs NRW wird weiter intensiviert, in: Archivar 74 (2021), S. 298 f., hier S. 299.

Seminarvorschläge

Kennziffer	11.265/001/2022
Veranstaltung	Schriftgutverwaltung und Aktenführung für Führungskräfte
Zeitraum	07.06.2022
Dozierende	Dr. Martin Schlemmer
Preis	180 EURO
	Anmelden

https://antrago.fah.nrw.de/firmenportal/Course/Search?routeinfo=COURSES_PAGE

Seminar-Angebot zur elektronischen Schriftgutverwaltung/Aktenführung für Führungskräfte durch das LAV NRW an der Fortbildungsakademie

AKTUELLES

NACHWAHL IN DER FACHGRUPPE 7

Für die im September und Oktober 2021 durchgeführte Briefwahl zum Gesamtvorstand des VdA hatte bis zur Schließung der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten am 20. August 2021 mit Dr. Torsten Musial (Akademie der Künste, Berlin, Filmarchiv) nur ein Mitglied aus der Fachgruppe 7 eine Kandidatur eingereicht. Demnach wurde mit Dr. Musial nur ein Vertreter für die Fachgruppe 7 im Gesamtvorstand gewählt.

Die aktuelle Satzung sieht für die Fachgruppe 7 die Wahl von drei Vertreterinnen bzw. Vertretern für den Gesamtvorstand vor. Ende 2021 hatten sich schließlich zwei Mitglieder dazu bereit erklärt, für die beiden vakanten Vertretungen der Fachgruppe 7 im Gesamtvorstand VdA zu kandidieren. Darüber hinaus hatte sich ein weiteres Mitglied dazu bereit erklärt, für den erweiterten Fachgruppenvorstand zu kandidieren. Der zum 31. Dezember 2021 ausgeschiedene Vorstand der Fachgruppe 7 hatte daher den

Wunsch geäußert, zeitnah eine Nachwahl durchzuführen.

Die Nachwahl konnte von Mitte Januar bis Ende Februar 2022 durchgeführt werden. Für die Verbandsgeschäftsstelle war dies logistisch und zeitlich mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden. Der Wahlausschuss, bestehend aus dem bereits gewählten Dr. Torsten Musial und Dr. Jörg-Uwe Fischer (Deutsches Rundfunkarchiv, Standort Potsdam-Babelsberg), zählte die Stimmen am 9. März 2022 aus.

Als Vertreterinnen der Fachgruppe 7 im Gesamtvorstand wurden die beiden Kandidatinnen Undine Beier und Annika Souhr-Könighaus (beide Bundesarchiv, Abteilung Filmarchiv, Berlin) gewählt. Darüber hinaus wurde Dr. Susanne Paulukat (Deutschlandradio, Funkhaus Berlin) in den erweiterten Fachgruppenvorstand gewählt.

KURZ NACHGEFRAGT: NEUE MITGLIEDER IM GESAMTVORSTAND

Für die Wahlperiode 2022–2025 wurden mehrere Mitglieder neu in den Gesamtvorstand des VdA gewählt. Wir haben ihnen vor ihrem Amtsantritt zwei Fragen gestellt und im Heft 1-2022 des ARCHIVAR die ersten Antworten veröffentlicht. Heute bringen wir den zweiten Teil.

1. Warum engagieren Sie sich künftig im Gesamtvorstand VdA und welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?
2. Wo und wie möchten Sie den Verband in 10 Jahren aufgestellt sehen?

Undine Beier

Bundesarchiv-Filmarchiv, Berlin



Undine Beier

1. Nach meiner Einschätzung sollten audiovisuelle Materialien als Archivgut mit einer speziellen Komplexität aus inhaltlichen und technischen Parametern mehr Aufmerksamkeit erhalten. Gern möchte ich den übergreifenden Austausch mit anderen Archivarinnen und Archivaren insbesondere für die Themen Überlieferungsbildung, Erschließung und Bewertung suchen. Noch immer findet der Umgang mit dem Film als Quelle und Gegenstand der archivischen Arbeit kaum oder auch gar keine Beachtung im Rahmen der Ausbildung. Hier eine Verbesserung zu erzielen, wäre mir im Rahmen der Verbandsarbeit ebenfalls wichtig.
2. Die Gewinnung von jüngeren Archivarinnen und Archivaren für die Arbeit im Verband möchte ich auf jeden Fall verstärken. Die aktive Werbung für die Mitgliedschaft sowie für die Mitarbeit sollte kein Tabu sein. Viele Kolleginnen und Kollegen gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Es wäre großartig, wenn wir deren großen Erfahrungsschatz für die Arbeit im VdA über ihr Dienstende hinaus sichern könnten.

Dr. Martin Schlemmer

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

*Martin Schlemmer*

1. Da ich gerne mitgestalte, mit Menschen zusammenarbeite und durchaus auch an einer intensiveren Vernetzung interessiert bin, betrachte ich eine Betätigung im Gesamtvorstand des VdA als sinnvolles Unterfangen. Die Anliegen unserer Mitglieder sollten dabei jederzeit im Vordergrund stehen. Gleichzeitig sehe ich uns jedoch auch in einer Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft, die es – mehr denn je – wahrzunehmen gilt. Der Bildungs- und Aufklärungsauftrag der Archive sollte eine maßgebliche Rolle spielen, namentlich die „Frage nach der Fragestellung“, wie das die Historikerin Tatjana Tönsmeier einmal nannte. Auch scheint mir die Frage von Herbert Marcuse nach dem „eindimensionalen Menschen“ in der modernen (Industrie-)Gesellschaft noch keineswegs erledigt – könnten die Archive in dieser Hinsicht einen (noch) aktive(re)n Part übernehmen und ihr aufklärerisches Potenzial noch stärker einbringen? Oder ist das bereits zu viel graue Theorie? Man wird sehen.

Zumindest einen kleinen Beitrag zur Sicherung des demokratischen Rechtsstaates sollten die Archive aber doch zu leisten in der Lage sein; schließlich bescheinigen wir uns gerne selbst eine gewisse Systemrelevanz. Dass vieles nicht mehr selbstverständlich ist, wie es das vielleicht vor Jahren noch gewesen sein mag, haben uns verschiedene Phänomene der nationalen wie internationalen Politik vor Augen geführt, mit denen vermutlich die wenigsten von uns gerechnet haben dürften. Häufig geht es dabei um die Schaffung von Parallelwelten, um Fake News und alternative Fakten, die den Menschen Sand in die Augen streuen und die Deutungshoheit sichern sollen. Genau hier sind die Archive meines Erachtens gefragt. Seriöse und authentische Informationen waren vielleicht noch nie so wertvoll wie heute, wo Informationen massenhaft gefälscht und manipuliert werden (können). Das Diktum vom Veto-Recht der (seriösen) Quellen hat in diesem Kontext seine Berechtigung.

Für mich persönlich gilt zunächst einmal: Think big, start small. Konkret denke ich als ein künftiges Betätigungsfeld an das Thema der digitalen Schriftgutverwaltung – dass dieses Thema vielen von uns, nicht zuletzt und offenbar in besonderem Maße mittelgroßen und kleineren Archiven unter den

Nägeln brennt, hat das entsprechende Archivcamp auf der jüngsten Tagung des Arbeitskreises Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen (März 2022) mehr als deutlich unter Beweis gestellt. Hier sehe ich einen gewissen zeitnahen Handlungsbedarf. Last but not least liegt mir die archivische Zusammenarbeit auf internationaler Ebene am Herzen.

Meines Erachtens hat auch die „VdA-Medaille“ zwei Seiten: den Servicegedanken den Mitgliedern gegenüber einerseits und das Verfolgen der „großen Linien“, auch und gerade im Dienst an der Zivilgesellschaft, andererseits.

2. In zehn Jahren bewegt sich der VdA hoffentlich „auf der Höhe der Zeit“ – was immer das dann heißen mag, und vorausgesetzt, dass wir „Heutigen“ uns dann auch noch dort befinden möchten. Schließlich präsentierten sich die Zeitläufte in letzter Zeit wenig antizipierbar. Als ein wichtiges Ziel für die nächsten Jahre glaube ich jedoch die Verbesserung – vielleicht auch Vereinfachung? – der Kommunikationskanäle – des Verbands gegenüber seinen Mitgliedern wie auch der Mitglieder untereinander – ausmachen zu können. Sicher, vieles wurde in dieser Richtung bereits geleistet, doch vermutlich gibt es noch hinreichend viel „Luft nach oben“. Auch hier werden Impulse aus den Reihen der Mitglieder wichtig und willkommen sein. Es wäre wohl nicht wenig, wenn der VdA in zehn Jahren als attraktive, aktuelle und verlässliche Drehscheibe von Information und Kommunikation wahrgenommen würde, der auf seine Weise einen bescheidenen, aber vielleicht doch wichtigen Beitrag zur Förderung der Akzeptanz des demokratischen Rechtsstaates leistet. Zuletzt möchte ich all jenen danken, die bislang Verantwortung im Vorstand übernommen und getragen haben – „Wir sind Zwerge auf den Schultern von Riesen“.

Annika Souhr-Könighaus

Bundesarchiv-Filmarchiv, Berlin

*Annika Souhr-Könighaus*

1. Ich engagiere mich im VdA, weil eine starke Verbandsarbeit dazu beitragen kann, die Rolle der Archive im Rahmen der Kulturpolitik zu stärken und unsere Arbeit in der öffentlichen Wahrnehmung sichtbarer zu machen.

Audiovisuelles Archivgut erfährt in den fachlichen Diskursen mitunter nach wie vor eine nachrangige Beachtung, obwohl es insbesondere seitens der Benutzung stark nachgefragt wird.

Oft werden audiovisuelle Quellen als „Besonderheit“ innerhalb der Überlieferung verstanden, obwohl sich in der Regel ähnliche Fragen wie im Schriftgutbereich (z. B. bei der Bewertung und Überlieferungsbildung) ergeben. Insbesondere zu diesen Themen möchte ich mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Institutionen in den fachlichen Austausch treten.

2. Ich würde mir wünschen, dass der VdA seine Position noch mehr festigt und möglichst vollständig die Vielseitigkeit der deutschen Archivlandschaft nach innen und außen repräsentiert.

KONSTITUIERENDE SITZUNG DES NEUEN GESAMTVORSTANDS (AMTSZEIT 2022-2025)

Am 24. März 2022 fand die konstituierende Sitzung des neuen Gesamtvorstands des VdA statt. In der Online-Sitzung wurden aus der Mitte des Gesamtvorstandes zusätzlich zum direkt gewählten Vorsitzenden und zum Schatzmeister die weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands gewählt. Als Erste stellvertretende Vorsitzende wurde Dr. Ulrike Gutzmann gewählt (FG 5, Konzernarchiv der Volkswagen Aktiengesellschaft, Wolfsburg), als Zweite stellvertretende Vorsitzende Dr. Maria von Loewenich (FG 1, Bundesarchiv, Berlin). Neuer Schriftführer ist Dr. Bernhard Homa (FG 1, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Hannover).

In den Beirat des ARCHIVAR. Zeitschrift für Archivwesen, wurden der Schriftführer, der Vorsitzende sowie Dr. Torsten Musial (FG 7, Archiv der Akademie der Künste, Abteilung Film- und Medienkunst, Berlin) entsandt. Prof. Dr. Ewald Grothe (FG 6, Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gumpersbach) vertritt weiterhin den VdA beim Ausschuss des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands. Als neuer Vertreter des VdA bei Blue Shield Germany wurde Dr.

Paolo Cecconi (FG 2, Stadtarchiv Chemnitz) entsandt. Der Vorsitzende repräsentiert den VdA beim Fachbeirat für den Wiederaufbau des Historischen Archivs der Stadt Köln.

Auf dessen eigenen Wunsch löste der Gesamtvorstand den Arbeitskreis Aktenkunde des 20. und 21. Jahrhunderts auf und dankte für die wertvolle geleistete Arbeit. Die Arbeitskreise Archivische Bewertung, Archivische Rechtsfragen, Archivpädagogik und Historische Bildungsarbeit, Ausbildung und Berufsbild, Offene Archive und Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen wurden vom Gesamtvorstand bestätigt und werden ihre Arbeit in dieser Amtszeit fortsetzen.

Einstimmig beschloss der Gesamtvorstand, in 2022 keine Mitgliederversammlung einzuberufen. Die nächste Mitgliederversammlung soll satzungsgemäß 2023 beim Deutschen Archivtag in Bielefeld abgehalten werden. Für aktuelle Informationen aus dem Verband und Fragen aus der Mitgliedschaft wird der VdA jedoch ein Forum bei der Digitalen Fachveranstaltung im September 2022 einrichten.



v.l.n.r.: Bernhard Homa (Schriftführer), Maria von Loewenich (Zweite stellv. Vorsitzende), Ulrike Gutzmann (Erste stellv. Vorsitzende), Christian Helbich (Schatzmeister), Ralf Jacob (Vorsitzender)



BERICHTE AUS DEM VERBAND

4. DIGITALE FACHVERANSTALTUNG AM 21. UND 22. SEPTEMBER 2022

Auf Empfehlung von Programmausschuss, Vorsitzendem und Schatzmeister hat der Gesamtvorstand beschlossen, den Mitgliedern in diesem Jahr eine rein digitale Fachveranstaltung anzubieten. Die zweitägige Vormittagsveranstaltung findet am 21. und 22. September 2022 statt. Darüber hinaus wird es am Nachmittag des ersten Veranstaltungstages ein „Forum VdA“ geben, welches allen angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern offen steht. Aufbauend auf den Erfahrungen aus der Digitalen Fachveranstaltung 2021 wird das Format in diesem Jahr weiterentwickelt und

noch benutzerfreundlicher gestaltet. Das Sächsische Staatsarchiv und das Stadtarchiv Leipzig, welche in die Vorbereitungen für den ursprünglich geplanten Deutschen Archivtag 2022 in Leipzig involviert waren, werden sich weiterhin in besonderem Maße in die Programmgestaltung einbringen. Dennoch ist die Digitale Fachveranstaltung kein Deutscher Archivtag in digitaler Form, sondern ein eigenständiges Format des VdA.

Weitere Informationen zum geplanten Programm werden hier im ARCHIVAR und auf der Verbandswebsite bekanntgegeben.

RÜCKBLICK: ONLINE-FORTBILDUNGEN DES VdA AM 9. UND 10. MÄRZ 2022

Die mittlerweile vierte Online-Fortbildungsreihe des VdA fand am 9. und 10. März 2022 statt. Mit insgesamt 164 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik und aus fast allen Fachsparten waren die Veranstaltungen gut besucht. Inhaltlich standen Massendaten in Form von Dateisammlungen, digitale Ausstellungen sowie die beiden Rechtsthemen Persönlichkeitsrecht und Urheberrecht zur Auswahl.

Der VdA dankt an dieser Stelle besonders den Dozenten Dr. Marco Birn (Kreisarchiv Reutlingen), Prof. Dr. Michael Scholz (FH Potsdam), Dr. Mark Steinert (LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum, Brauweiler) und Dr. Christian Groh (MAR-CHIVUM, Mannheim), die ihr Fachwissen jeweils kompetent und gut nachvollziehbar vermitteln konnten. Diesen Eindruck bestätigte auch das durchweg positive Feedback der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Ende der Veranstaltungen.

Weitere Fortbildungen sind für den Spätherbst des Jahres angedacht. Sobald die Planungen hierzu konkret werden, wird der Verband alle relevanten Informationen auf seiner Website und hier im ARCHIVAR veröffentlichen.

Sie haben Expertise in einem bestimmten archivfachlichen Bereich? Für kommende Online-Fortbildungen sucht der VdA Referentinnen bzw. Referenten, die ihr Expertenwissen mit den Kolleginnen und Kollegen teilen möchten. Wenden Sie sich mit einem Themenvorschlag per E-Mail an uns (info@vda.archiv.net) – wir freuen uns auf Ihre Vorschläge!

SPANNENDE ZEITREISEN BEIM TAG DER ARCHIVE 2022

Ein Tag, an dem Archivarinnen und Archivare die Türen ihrer Häuser weit für ihr Publikum öffnen, ihm interessante und spannende Blicke hinter die Kulissen ihrer täglichen Arbeit gewähren und die Besucherinnen und Besucher an ihrer Begeisterung teilhaben lassen: Das ist der Tag der Archive, eigentlich. Doch auch in diesem Jahr mussten die Türen wegen der Pandemie meist geschlossen bleiben. Bereits der letzte Tag der Archive im März 2020 war von der Corona-Pandemie beeinflusst worden. Manche Archive mussten kurzfristig ihre Veranstaltungen absagen, andere konnten quasi gerade noch am letztmöglichen Tag vor der längeren Schließung Publikum empfangen.

Auch die Planung des diesjährigen, mittlerweile 12. Tags der Archive war nicht einfach. Die Entwicklung der Pandemie und die damit zusammenhängenden Öffnungsregeln ließen sich nur schwer voraussehen. Bundesweit musste, je nach Land oder Kommune, mit unterschiedlichen Auflagen gerechnet werden. Daher hatte sich der Gesamtvorstand des VdA schon frühzeitig entschlossen, eher zu digitalen Formaten als zu Präsenzveranstaltungen aufzurufen und auf der Verbands-Website Platz für Videos und Präsentationen der teilnehmenden Archive reserviert. Trotz der schwierigen Ausgangsbedingungen haben sich dennoch fast 150 Archive an der diesjährigen Auflage beteiligt. Etwa ein Fünftel hatte zu gewohnten Präsenzveranstaltungen, meist Führungen, eingeladen wie beispielsweise die Stadtarchive in Lahnstein, Neuss, Ratingen oder Wasserburg. Alle anderen hatten vielfältige digitale Formate entwickelt. Hauptsächlich waren es gesonderte Präsentationen auf den Websites, Blogbeiträge, vorab gedrehte Filme, aber auch Online-Vorträge bzw. Online-Führungen und virtuelle Ausstellungen. Manche Institute hatten ihre Aktionen auch nicht auf einen Tag beschränkt, sondern auf mehrere Tage ausgedehnt. Beispielfhaft sei an dieser Stelle über einige Aktionen berichtet.

FÜHRUNGEN

Das LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum Brauweiler hatte eine kurzweilige, rund zwanzigminütige digitale Führung durch seine Räumlichkeiten produziert. Ähnlich unterhaltsame Beiträge hatten die Stadtarchive in Duisburg, in Trier und in Unna, das Kreisarchiv Nordwestmecklenburg in Grevesmühlen und das Haus der Archive in Biberach an der Riß vorbereitet. Die sächsischen Staatsarchive zeigten 3D-Panoramatouren durch ihre Gebäude. Leider wurden allerdings kaum wirkliche Live-Formate angeboten. Eine wirklich sehenswerte Live-Führung offerierte das Archiv Darstellende Kunst der Akademie der Künste in Berlin, die so den Teilnehmenden auch die Möglichkeit für direkte Fragen bot. Zu den wenigen weiteren Live-Formaten zählten Lesungen wie in Borken oder sogenannte Expertengespräche, in denen sich Mitarbeitende den Fragen des Publikums zu bestimmten Themenbereichen stellten. Das Archiv der sozialen Demokratie beispielsweise

beantwortete Fragen zu den Berufsmöglichkeiten im Archiv und die Ausbildungswege dorthin.

IMAGEFILME

Andere Häuser hatten den Tag zum Anlass genommen, kurze Imagefilme zu drehen wie das Staatsarchiv Bremen, die Abteilung Rheinland des Landesarchivs NRW oder die Stadtarchive in Karlsruhe und in Leipzig. Das Leipziger Stadtarchiv hatte, wie auch das dortige Sächsische Wirtschaftsarchiv, zusätzlich kurze Beiträge zu einzelnen Sammlungsbereichen erstellt.

MEIN LIEBLINGSEXPNAT

Noch einen Schritt mehr ins Detail war das Diözesanarchiv Rottenburg gegangen, das einzelne sogenannte Fundstücke oder kuriose Dokumente in kurzen Filmsequenzen beleuchtete. Und Mitarbeitende des Stadtarchivs Karlsruhe stellten in einer knappen Minute ihr Lieblingsexponat vor, ein Format, das in Museen schon länger üblich ist. Wie überhaupt auffällt, dass Archive erst nach und nach bereits von anderen Kulturerbeinstitutionen erprobte Formate übernehmen. In diese Richtung zielt auch die Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs „Gesichter des Archivs“, in der einzelne Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mit ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern vorgestellt werden, womit der Blick hinter die Kulissen noch einmal auf eine ganz andere, sehr persönliche Weise gelingt.

BLOGSLAM

Die Staatlichen Archive Bayerns hatten zu einem zweiwöchigen BlogSlam eingeladen, an dem sich zahlreiche bayerische Archive beteiligten. Gleichzeitig wurde damit der neue Blog „Archive in Bayern“ (<https://archivebay.hypotheses.org>) gestartet. Im Aktionszeitraum wurden spannende und kuriose Beiträge aus allen bayerischen Archiven präsentiert. Die Münchner Beiträge erschienen auf dem Kooperationsblog „Archive in München“ (<https://amuc.hypotheses.org>). Über alle Archivsparten hinweg führte der BlogSlam mit spannenden und kuriosen Beiträgen in den reichen Fundus der bayerischen Archive ein.

Andere Archive nutzten den Online-Rahmen, um sich gemeinsam zu präsentieren. So boten 10 Düsseldorfer Archive eine Woche lang digitale Formate wie Führungen und Online-Gespräche an. Die sächsischen Staatsarchive hatten interaktive Vorträge und Beratungen zu oft nachgefragten Themen in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen Veranstaltung gestellt. Dazu gehörten auch eine Einführung in die Diplomatie und die Familienforschung. Und auch die sächsischen Staatsarchive präsentierten einen neuen Blog: „SAXARCHIV. Neues aus dem Sächsischen Staatsarchiv.“ Er soll zur Bekanntgabe und Diskussion von vorrangig archiv-

fachlichen Themen zum und aus dem Sächsischen Staatsarchiv dienen (<https://saxarchiv.hypotheses.org>).

FAZIT

Die teilnehmenden Archive konnten im Wesentlichen ein gutes Fazit ziehen. Die Resonanz war eine andere als bei Präsenzveranstaltungen und bewegte sich bei einzelnen Häusern vielleicht nicht im gewohnten Rahmen. Dafür berichteten andere Institute von einem großen Zuspruch auch aus Orten, die weit außerhalb des eigenen Sprengels, zum Teil sogar im Ausland, liegen. Und das Feedback erfolgte vielleicht nicht so unmittelbar, war aber überwiegend positiv.

Für alle war jedoch vor allem eines wichtig: Es hat funktioniert und es wurden wertvolle Erfahrungen mit Online-Formaten

oder bei der Produktion von Video-Clips gewonnen, auf die man zukünftig bauen kann. Denn Online-Angebote werden auch nach der Pandemie ihre Berechtigung haben. Gerade Formate wie Online-Führungen oder „Mein Lieblingsexponat“ lassen sich mit einem überschaubaren Aufwand durchführen oder herstellen. Damit können die Archive, entsprechend ihren Möglichkeiten, den Anschluss an andere Kulturerbeinstitutionen suchen, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Die Mehrzahl der Videos sind nach wie vor auf der Website des VdA (<https://www.vda.archiv.net/videos.html>) bzw. bei den einzelnen Häusern abrufbar.

Torsten Musial, Berlin

LANDESVERBAND BERLIN

NEUE REIHE MIT TAGUNGSBÄNDEN ZU DEN BERLINER ARCHIVTAGEN



Der erste Band der neuen Reihe

Nachdem der Landesverband Berlin anfangs darauf verzichtet hatte, die Vorträge der Berliner Archivtage zu publizieren, hat er inzwischen aufgrund zahlreicher Nachfragen seine Auffassung revidiert. Die Vorträge sollen nun in Sammelbänden veröffentlicht und damit einem breiteren Publikum und so auch denjenigen zugänglich gemacht werden, die an den Konferenzen nicht teilnehmen konnten. Mit einer zeitlichen Verzögerung werden die Tagungsbände in diesem Jahr erscheinen. Der Anfang wurde mit dem Band zum 1. Berliner Archivtag 2017 bereits gemacht. Die Bände werden in einer geringen Auflage gedruckt, aber auch als Online-Version abrufbar sein, sowohl auf den Seiten des Landesverbands Berlin auf der VdA-Website (www.vda.archiv.net/lv-berlin) als auch im Blog Berliner Archive (www.berlinerarchive.de/berlinerarchivtag).

Torsten Musial, Berlin

LANDESVERBAND HESSEN

BEWÄHRTES FORTFÜHREN UND NEUE IMPULSE SETZEN

Der Vorstand des Landesverbands Hessen im VdA für die Jahre 2021-2023 hat seine Arbeit aufgenommen

Im Herbst 2021 wurden erstmals im Rahmen einer Briefwahl Ämter im Bundesvorstand des VdA neu besetzt. Auch zwei Landes-

verbände des VdA führten in diesem ungewohnten Format ihre Neuwahlen durch, darunter der einzige westdeutsche Landesverband Hessen. Ein positiver Effekt der im Herbst 2021 durchgeführten Briefwahl war die hohe Wahlbeteiligung. 84 Mitglieder gaben ihre Stimmen für die fünf zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten ab und damit deutlich mehr als zuletzt auf den Mitgliederversammlungen in Präsenz.

Kontinuität und Veränderung im neuen Vorstand

Mit Peter Maresch (Kreisarchiv Hochtaunuskreis) und Dr. Stephan Schwenke (Stadtarchiv Kassel) standen zwei langjährige Vorstandsmitglieder zur Wiederwahl. Zusätzlich kandidierten mit Dr. Dominik Motz (Archiv des Landeswohlfahrtsverbands Hessen), Verena Schenk zu Schweinsberg (Archivberatung Hessen beim Hessischen Landesarchiv) und Dr. Peter Quadflieg (Stadtarchiv Wiesbaden) gleich drei Neulinge auf den hessischen Wahlzetteln. Alle Kandidaten wurden mit deutlichen Ergebnissen zwischen 80 und 87 Prozent Zustimmung gewählt. Der neue Vorstand vereint damit nicht nur erfahrene und neue Mitglieder, sondern auch die Vertretung sowohl staatlicher als auch kommunaler Archivverwaltungen sowie größerer und kleinerer Häuser im neuen Vorstand ist gewährleistet.

So konnte bereits am 9. Dezember 2021 der neu gewählte Vorstand zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Eine Verteilung der Vorstandsämter war schnell gefunden: Während Stephan Schwenke weiterhin die Kasse des Landesverbands führt, setzt Peter Maresch seine Tätigkeit als Schriftführer fort. Verena Schenk zu Schweinsberg übernahm den stellvertretenden und Peter Quadflieg den Vorsitz für die kommenden zwei Jahre. Dominik Motz wird sich schwerpunktmäßig mit der Organisation des Hessischen Archivtags befassen.

Hessischer Archivpreis mit neuen Kriterien

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnten in den vergangenen zwei Jahren weder der seit 1978 jährlich organisierte Hessische Archivtag stattfinden, noch der Hessische Archivpreis der Jahre 2020 (Stadtarchiv Schlüchtern) und 2021 (Stadtarchiv Fritzlar in der Kategorie „Hauptamt“) vor Ort verliehen werden.

Das veränderte Pandemiegeschehen erlaubte es dem neuen Landesvorstand, beide traditionelle Aktivitäten des hessischen VdA-Landesverbands wieder aufzunehmen. Dabei wurde die Gelegenheit für neue Impulse genutzt. So erhielt in den ersten Vorstandssitzungen und in enger Abstimmung mit der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, die den mit 5.000 Euro dotierten Hessischen Archivpreis seit 2005 stiftet, die Ausschreibung des Preises eine neue Form. Zugleich wurden die Verleihungs- und Bewertungskriterien klarer gefasst. Die Unterscheidung in die Kategorien „Hauptamt“ und „Ehrenamt“ wurde dabei aufgegeben. Der letztmalig in dieser Form vergebene Ehrenamts-Preis für das Gemeindearchiv in Glashütten in Höhe von 1.000 Euro konnte bereits 2021 persönlich verliehen werden.

Im Frühjahr 2022 erfolgt jetzt die Ausschreibung zum Hessischen Archivpreis 2022 bereits in der neuen Form. Gleichzeitig kann nun die Verleihung der Archivpreise für die Jahre 2020 und 2021 mit den beiden ausgezeichneten Kommunalarchiven für den Sommer geplant werden.

Hessischer Archivtag 2022 in Bad Homburg

Im Sommer 2022 wird auch der ursprünglich für 2020 in Bad Homburg v. d. H. geplante 43. Hessische Archivtag durchgeführt. Am 12. Juli 2022 lädt der VdA-Landesverband alle Interessierten zum Thema „Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit in Hessischen Archiven“ in das Forschungskolleg Humanwissenschaften der berühmten Kur- und Bäderstadt ein.

Referieren werden der Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung Dr. Alexander Jehn und Dr. Götz Hartmann vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Gedenkkultur in Hessen. Dr. Sebastian Schönemann von der Gedenkstätte Hadamar, Dr. Ann Katrin Düben von der Gedenkstätte Breitenau und Nicole Tödtli vom Stadtarchiv Kassel stellen neue Projekte zur (digitalen) Erinnerungsarbeit in Hessen vor. Eine „Aktuelle Stunde“, eine Messe für Archivbedarf und die Mitgliederversammlung des VdA-Landesverbands runden das Programm des Archivtags ab. Bereits jetzt macht sich der neu gewählte Vorstand auch Gedanken für die Hessischen Archivtage in den kommenden Jahren und eine eventuelle Gastgeberschaft für den Deutschen Archivtag.

Neue Formate und Ideen

Bereits während der Corona-Krise hat der Landesverband mit einer digitalen Infoveranstaltung zur Auswirkung der Pandemie auf die Archive in Hessen, die gemeinsam mit dem Hessischen Landesarchiv organisiert werden konnte, Erfahrungen mit neuen, kürzeren und digitalen Formaten gesammelt. Diese Impulse möchte der neue Vorstand gerne aufnehmen und in Kooperation mit anderen wichtigen Akteuren wie dem Landesarchiv, dem Verband der hessischen Kommunalarchivariinnen und -archivare, den benachbarten Landesverbänden des VdA oder auch den historischen Kommissionen und Gesellschaften in Hessen weiterentwickeln.

Insgesamt setzt der neue Landesvorstand auf eine noch stärkere Vernetzung und Arbeitsteilung. Auch die Außenkommunikation soll u. a. durch eine Runderneuerung des Web-Auftritts verstärkt werden. Die in der Coronakrise gesammelten Erfahrungen sind hierbei ein großer Vorteil. Durch regelmäßige Onlinemeetings etwa ist der Vorstand in seiner Arbeit bereits jetzt deutlich flexibler geworden. Dies, ergänzt durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Fuldaer Verbandsgeschäftsführung sowie der Verzahnung mit der Mitgliedschaft und der Archiv-Community in Hessen und darüber hinaus, soll die Grundlage für eine erfolgreiche Amtszeit bis 2023 liefern.

Peter Quadflieg, Wiesbaden

LANDESVERBAND SACHSEN

DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNGEN UND FACHKRÄFTE- MANGEL ALS SCHLÜSSELTHEMEN NEUER VORSTAND DES LANDESVERBANDES SACHSEN HAT SEINE ARBEIT AUFGENOMMEN

Nach vielen Jahren außerordentlich erfolgreicher Arbeit haben mehrere Vorstandsmitglieder des Landesverbandes Sachsen im VdA den Staffelstab der Verbandsarbeit vertrauensvoll weitergegeben. Unter der Leitung der langjährigen Vorsitzenden Grit Richter-Laugwitz (Archivverbund Bautzen) tagte der scheidende Vorstand am 14. September 2021 ein letztes Mal im Stadtarchiv Leipzig, bevor die Amtsgeschäfte mit dem Jahreswechsel übergeben wurden.

Seit Januar lenken nun folgende Kolleginnen und Kollegen die Geschicke des Landesverbandes: Dr. Paolo Ceconi (Stadtarchiv Chemnitz), Benny Dressel (Stadtarchiv Zwickau), Dr. Ute Essegern (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden), Anne-gret Jahn-Marx (Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden), Stefan Jentsch (Historisches Archiv BGH Edelstahlwerke GmbH Freital), Stephanie Kortyla (Sächsisches Staatsarchiv, Zentrale Aufgaben, Grundsatz, Dresden), Dr. Michael Ruprecht (Stadtarchiv Leipzig) und Benjamin Schäfer (Archiv der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig). Dass mit Ausnahme der kirchlichen Archive alle Sparten vertreten sind, steht für ein breites Engagement in der Archivlandschaft und bürgt zugleich für die Berücksichtigung möglichst vieler fachlicher und überfachlicher Belange. Auf der konstituierenden Sitzung am 7. Dezember 2021 wurden Dr. Michael Ruprecht zum Vorsitzenden und Dr. Ute Essegern zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Erklärtes Ziel der acht Vorstände ist es, an die Arbeit der Vorgänger anzuknüpfen und bewährte Formate wie den Sächsischen Archivtag, Workshops, Seminare und Fortbildungen weiterzuführen. Wie bisher auch sieht der Vorstand seine Rolle zudem in der

Vertretung archivfachlicher Interessen auf Ebene des Freistaates und wird als Ansprechpartner in allen archivbezogenen und archivfachlichen Fragen zur Verfügung stehen.

Aufgaben des neuen Vorstands

Pandemiebedingt und mangels Planungssicherheit mussten in den letzten beiden Jahren zahlreiche Veranstaltungen des Landesverbandes ausfallen. An die bereits bestehenden Vorplanungen und Überlegungen wird nun angeknüpft. So ist für das laufende Jahr die Wiederbelebung des Erfahrungsaustausches der Ausbilderinnen und Ausbilder in sächsischen Archiven vorgesehen. Zudem soll in der zweiten Jahreshälfte ein Workshop veranstaltet werden, der Partizipationsmöglichkeiten an Förderprogrammen für Archive thematisieren soll. Schließlich laufen auch die inhaltlichen Planungen für den nächsten Sächsischen Archivtag an, der im März 2023 in Mittweida stattfinden soll. Bei allen zukünftigen Vorhaben wird der Vorstand auch die Möglichkeit digitaler Veranstaltungsformate stärker berücksichtigen, um flexibel auf mögliche Einschränkungen bei Präsenzveranstaltungen reagieren zu können. Schließlich soll ganz ausdrücklich auch über engere Kooperationen mit benachbarten Bundesländern sowie den tschechischen und polnischen Kolleginnen und Kollegen nachgedacht werden, denn bekanntlich machen Problemlagen und Fragestellungen des Archivwesens nicht an den Ländergrenzen halt. Ein wichtiges Instrument, um diese zu erforschen, waren die regelmäßig vom Landesverband durchgeführten Umfragen, über deren Weiterführung der Vorstand während einer für Juni anberaumten Klausursitzung beraten wird. Dort soll ferner das Arbeitsprogramm diskutiert werden: Bereits in der ersten Sitzung des Vorstandes waren sich alle Mitglieder darüber einig, dass sowohl die Digitalisierung der Verwaltungen und die elektronische Archivierung als auch der zunehmend erkennbare Fachkräftemangel als die großen und drängenden Schlüsselthemen der Wahlperiode 2022-2025 auf der Agenda stehen müssen.

Michael Ruprecht, Leipzig

GEDENKEN

Der VdA gedenkt an dieser Stelle seiner verstorbenen Mitglieder, deren Tod uns seit der letzten Ausgabe des ARCHIVAR angezeigt wurde:



Fernand Emmel (Luxemburg) im Alter von 76 Jahren
Claudia Heß (Siegburg) im Alter von 54 Jahren
Hans Dieter Masling (Kerpen) im Alter von 79 Jahren
Ute Simon (Nochern) im Alter von 61 Jahren
Prof. Dr. Gerald Wiemers (Leipzig) im Alter von 80 Jahren.

VON OSLO BIS ADELAIDE – VIER JAHRE INTERNATIONALES ENGAGEMENT FÜR DEN VdA IM ICA IM RESÜMEE

Von Oslo bis Adelaide über Mexiko-Stadt, Berlin, Jaunde und Santiago de Chile führten die Treffen des Steering Committee der Section of Professional Associations (SPA) im International Council on Archives (ICA) in der Amtszeit von 2016-2020. Entsandt vom Gesamtvorstand des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. (VdA) vertrat die Unterzeichnerin den deutschen Archivverband im ICA in diesem Zeitraum.¹ Die Hauptaufgabe des Steering Committee des SPA ist es, die Arbeit der professionellen Verbände im Archivwesen und im Records Management zu vernetzen und zu unterstützen, letztlich um das Archivwesen in seinen Aufgaben und seiner gesellschaftlichen Rolle zu stärken. Wer wann mit welcher Funktion im Steering Committee in der Zeit von 2016 bis 2020 vertreten war, sowie wann und wo welche Treffen stattfanden, ist in dem ausführlichen, mit Anhängen versehenen Bericht der Vorsitzenden des Steering Committee, Vilde Ronge (Norwegen), nachzulesen.²

Newsletter

Die Unterzeichnerin übernahm in diesem Gremium die Funktion der Redakteurin des Newsletter, der im Wesentlichen der Vernetzung zwischen den professionellen Organisationen und der Information über die Arbeit des SPA-Teams diente. Mit Übernahme dieser Aufgabe wurde der Newsletter in Form und Inhalt erneuert (siehe Berichte im VdA-Blog). Als eine unerwartet schwierige Aufgabe erwies sich die Aktualisierung des Adressverteilens – nur ein Symptom der besonderen Herausforderungen der internationalen, meist ehrenamtlich geleisteten Zusammenarbeit, auch für das ICA-Büro in Paris.

Internationaler Workshop

Eine weitere wesentliche Aufgabe war es, einerseits in die Zusammenarbeit im SPA und damit im ICA Fachkenntnisse aus Deutschland einzubringen, andererseits den VdA mit Ideen, Informationen und neuen Kontakten aus dem ICA zu inspirieren. Diesen Zielen dienten auch die Einladungen von Anthea Seles, der Generalsekretärin des ICA bis 2022, beim Deutschen Archivtag in Suhl 2019 und von Vilde Ronge in Wolfsburg 2017, Grußworte bzw. Gastbeiträge zu halten. Um die Aufmerksamkeit für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, für fachliche internationale Zusammenhänge, für beispielgebende Aktionen von Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern zu erhöhen und um besser über fachliche Diskussionen außerhalb des eigenen Landes zu informieren, änderte die Unterzeichnerin die bei jedem Archivtag stattfindende „Begrüßung der ausländischen Archivtagsteilnehmer“ in einen „Internationalen Workshop“, der für alle Interessierte geöffnet wurde und bei dem Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland von ihrer Arbeit etwa in Ungarn, Österreich, Tschechien, der Schweiz und aus internationalen Gremien berichteten. Diese Veranstaltungen stießen nicht zuletzt bei jüngeren Archivarinnen und Archivaren auf großes Interesse und werden

hoffentlich bei den nächsten Deutschen Archivtagen fortgesetzt. Warum? Im Forum zur Internationalen Zusammenarbeit bei der vom VdA organisierten virtuellen Fachtagung³ brachten die Diskutierenden es so auf den Punkt: Die internationale Zusammenarbeit ist das Salz in der Suppe, denn sie führt zu Lösungen für Probleme und Herausforderungen, mit denen fast alle Archivarinnen und Archivare sowie Records Manager weltweit konfrontiert sind, insbesondere im Bereich der digitalen Transformation und in der Rolle der Archive als wichtige Säulen des guten Regierens. Insofern wird die internationale Zusammenarbeit, sei es bilateral oder in internationalen Organisationen wie dem ICA, immer als Bereicherung und Entwicklungsbeschleuniger gesehen. Dies gilt auch für die Arbeit der Archivverbände. Was war hierzu der Beitrag des Steering Committee des SPA?

Aufgaben des Steering Committee

Das Steering Committee arbeitet auf der Basis eines gemeinsam erstellten und im Verlauf der Amtsperiode angepassten Business-Planes und den darin formulierten übergeordneten Zielen, der Mission und den operativen Zielen.⁴ Zu den wesentlichen Aufgaben zählte, die Information und Kommunikation zu verbessern, über den bereits erwähnten Newsletter, durch die komplette Überarbeitung der Website (im Rahmen der ICA-Website) und den SPA-Blog auf der Website. Ein anderes wichtiges Ziel war es, die Lobbyarbeit von Archiven und Archivverbänden zu verbessern, also dem Auftrag von Archiven und Records Management – an den entscheidenden Stellen – Gehör zu verschaffen. Eine Methode ist der „Elevator Pitch“, also das zufällige und nur wenige Minuten dauernde Gespräch, in dem die Interessen des Archivs präzise, pointiert und überzeugend dargelegt werden müssen, um erfolgreich zu sein. Um solche „Elevator Pitch“-Ansprachen zu entwickeln, zu erproben und zu präsentieren, führte das SPA-Team im Rahmen der ICA-Konferenz in Mexiko-Stadt einen Workshop durch, der gut angenommen wurde. Das Steering Committee entwickelte daraufhin ein Toolkit mit einer Anleitung zur Durchführung solcher Workshops, damit sie weltweit durchgeführt werden können und damit das Wissen über Methoden zur Stärkung des Archivwesens verbreitet wird. Dieses

- ¹ Ich danke an dieser Stelle dem Landesarchiv NRW dafür, dass es dieses Engagement unterstützte.
S. zu den internationalen Aktivitäten der Unterzeichnerin in dieser Amtszeit: Frank M. Bischoff / Bettina Joergens, Tagungsbericht: Designing the Archive. Bericht von der Jahreskonferenz des International Council on Archives in Adelaide (Süd-Australien), in: *Archivar*, 73 (2020), H. 2, 162-164; Joergens, Tagungsbericht: ICA-Konferenz in Jaunde / Kamerun, November 2018. Bericht von einer historischen Konferenz, in: *Archivar*, 72 (2019), H. 1, 83-85. Weitere Berichte im VdA-Blog unter <https://www.vda-blog.de/page/2/?s=Joergens> (aufgerufen am 05.03.2022).
- ² https://www.ica.org/sites/default/files/spa_quadrennial_report_2016_2020.pdf (aufgerufen am 05.03.2022).
- ³ S. <https://www.vda.archiv.net/ueber-die-digitale-fachveranstaltung-2021.html> (aufgerufen am 05.03.2022).
- ⁴ S. Anm. 2, S. 21f.



Toolkit wurde in den Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch und Norwegisch veröffentlicht.⁵

Auch für die ICA-Konferenz in Jaunde (Kamerun) wurde ein Workshop geplant und vorbereitet, im Wesentlichen von der Unterzeichnerin. Ziel dieses Workshops war es, zu vermitteln und auszutauschen, wie ein Archivverband etabliert und organisiert werden kann, welche Gremien sinnvoll sind oder etwa wie Wahlen durchgeführt werden. Mit diesem Workshop sollten v. a. diejenigen Kolleginnen und Kollegen angesprochen werden, in deren Ländern keine Archivorganisationen existieren oder diese weniger optimal aufgestellt sind. Dieser Workshop ist jedoch leider wegen einer Missorganisation der Konferenzveranstaltungen nicht besucht worden und fiel aus. Auch solche Frustrationserlebnisse sind Teil (nicht nur) von internationaler Zusammenarbeit, die auch ein gewisses Improvisationsvermögen verlangen. Und so organisierte das SPA-Team in Kamerun spontan ein Treffen mit den Vertreterinnen des noch sehr jungen Kameruner Archivverbandes.⁶ Dieser inspirierende Austausch mündete in eine Hilfsaktion, bei der die Vertreterinnen und Vertreter aus den USA Becky Haglund Tousey und Frankreich Pierre-Frédéric Brau die Zusendung englisch- und französischsprachiger Fach- und Lehrliteratur zusagten.

Wie schon in der voran gegangenen Amtsperiode organisierte das SPA-Team auch diesmal ein Kurzfilmfestival, durchgeführt bei der ICA-Konferenz in Adelaide (Oktober 2019). Es wurden 58 Filme eingereicht, die die erforderlichen Kriterien erfüllten. Die Filme kamen aus Asien, Europa und Nordamerika. Alle Filme wurden im Rahmen des Treffens des Steering Committee als Jury in Santiago de Chile im Mai 2019 angesehen und nach folgenden Kategorien bewertet: „Best Film explaining the relevance and importance of Archives and Records management“, „Best Film portraying the relevance and importance of Archives and Records Management“, „Best Film using Humor to communicate about Archives or Records Management“ (hierunter auch ein Film vom Hessischen Landesarchiv) und bester Film von Studierenden. Darüber hinaus gab es einen Publikumspreis.⁷ Auch diese – relativ aufwändige – Aufgabe des Steering Committee zielte auf die Sichtbarmachung (im wörtlichen Sinne mit Filmen) und öffentliche Präsentation der Bedeutung von Archiven und guter Schriftgutverwaltung, wofür letztlich Archivverbände einstehen. Dieses Unternehmen aktivierte zahlreiche Archivarinnen und Archivare weltweit und verband ernste fachliche Themen mit Humor, guten Ideen und interessanten Geschichten.

Leider begleitete das nicht abschließende Problem der Verwaltung der Adressen von Organisationen und Vertreterinnen und Vertreter der Organisation in der ICA-Geschäftsstelle durchweg die Arbeit des SPA-Teams, das auf einen validen Verteiler angewiesen ist. Dies offenbarte die Ressourcenknappheit und Reformbedürftigkeit der Organisation des ICA, der letztlich von den finanziellen und tatkräftigen Beiträgen seiner Mitglieder lebt. Das Adressverteiler-Problem führte dazu, dass osteuropäische Archivverbände, mit denen der VdA in engem Kontakt steht, keine Nachrichten mehr vom ICA erhielten und beinahe ihren Mitgliedsstatus verloren. Ein von der Unterzeichnerin organisiertes virtuelles Treffen mit Kollegen aus Tschechien und Ungarn sowie mit ranghohen Vertreterinnen des ICA konnte helfen, diesen Missstand zu heilen.

Nicht nur deshalb war es ein großes Glück und ein toller Erfolg des Auswahlgremiums, Anthea Seles als neue Generalsekretärin zu gewinnen. Mit ihr stand das Steering Committee des SPA regelmäßig und bei jedem Treffen in Kontakt und konnte so die von ihr angestoßenen Veränderungen im ICA begleiten und auch unterstüt-

zen. Umgekehrt war sie für das SPA-Team enorm wichtig bei der Veränderung des Status der Archivorganisationen innerhalb des ICA. Im Jahr 2020 gelang die Veränderung von SPA zu FPA, also von einer Sektion zu einem Forum. Damit erhielt die große Gruppe der Kategorie B-Mitglieder die gleichrangige Position, wie sie bis dahin alleine den Nationalarchiven vorbehalten war.⁸

Fazit

Neben diesen Höhepunkten der Arbeit im Steering Committee und abgesehen von den ICA-Konferenzen mit zahlreichen Fachvorträgen waren die mehr oder minder formalen Begegnungen und Besichtigungen an den Orten der Treffen, insbesondere in Oslo, Santiago de Chile und Berlin von besonderer Bedeutung. Dazu zählten Besuche der dortigen Archive, Gespräche und Essen mit Kolleginnen und Kollegen. Besonders eindrücklich war der Besuch des Nationalarchivs von Chile⁹ und die dortige Begegnung mit Vertreterinnen und Vertretern des äußerst lebendigen Archivverbandes in Uruguay. Dort lernte ich außerdem eine Archivarin kennen, die sich in der mir bis dahin unbekannten Organisation „Archive ohne Grenzen“ engagierte. Aus der Perspektive des VdA war außerdem das Treffen des Steering Committee in Berlin einer der Höhepunkte.¹⁰

Was schwer in einen solchen Bericht zu fassen ist, sind all die wertvollen kollegialen, zwischenmenschlichen Begegnungen, die unendlichen fachlichen Gespräche beim Frühstück, auf Wegen, an der Bar oder während einer Besichtigung. Auch hier entstanden Ideen und Pläne für die professionelle Archiv(verbands)arbeit. Denn Lösungen für die geteilten Herausforderungen werden nur gemeinsam entwickelt.

Insofern ist es bedauerlich, dass die intensiven Bemühungen des VdA, einem der größten Archivverbände unter den wohlhabendsten Ländern dieser Erde mit einem hochprofessionellen und dichten Netz an Archiven, um eine adäquate Nachfolge im Steering Committee des Forums of Professional Associations leider ohne Erfolg blieben. Diese Entscheidung rief z. T. besorgte Verwunderung bei Kolleginnen und Kollegen der Nachbarländer hervor. Selbstverständlich kostet ein solches Engagement Ressourcen des VdA, des entsendenden Archivs und der betreffenden Person. Gleichzeitig lässt sich nicht immer beziffern, „was es für uns gebracht hat“. Abgesehen davon, dass sich Archive über die Grenzen hinweg unterstützen (sollten), ist aber ein fachlicher Diskurs im Archivwesen genauso wenig wie in der Wissenschaft national denkbar. Die Frage ist schließlich: Beteiligt man sich als Teil der internationalen Fach-Community oder verpasst man wichtige Entwicklungen und damit die eigene Einflussnahme daran? Der VdA sieht die internationale Arbeit als einen wichtigen Bereich seiner Verbandsarbeit an.

Bettina Joergens, Duisburg

⁵ <https://www.ica.org/en/toolkit-on-holding-an-elevator-pitch-workshop> (aufgerufen am 05.03.2022). An dieser Stelle danke ich der VdA-Geschäftsstelle, die für die Übersetzung ins Deutsche sorgte.

⁶ S. Joergens, Tagungsbericht (2019).

⁷ S. Details dazu in: https://www.ica.org/sites/default/files/spa_quadrennial_report_2016_2020.pdf, S. 11f. (aufgerufen am 05.03.2022).

⁸ S. dazu Anhang G in https://www.ica.org/sites/default/files/spa_quadrennial_report_2016_2020.pdf, (aufgerufen am 05.03.2022).

⁹ S. https://www.vda-blog.de/wp-content/uploads/2019/06/June2019_newsletter_final.pdf (aufgerufen am 05.03.2022).

¹⁰ <https://www.vda-blog.de/blog/2018/05/28/treffen-des-steering-committee-spa-in-berlin/> (aufgerufen am 05.03.2022). An dieser Stelle danke ich der VdA-Geschäftsstelle, insbesondere Thilo Bauer und Ramona Firle, Dr. Torsten Musial, Dr. Ragna Boden und Ralf Jacob für ihre Unterstützung bei diesem Treffen.

PERSONALNACHRICHTEN

*Zusammengestellt vom
VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.*

STAATLICHE ARCHIVE

BERLIN

Eingestellt

Karl Sand als Archivar beim Landesarchiv Berlin (3.1.2022).

BREMEN

Versetzt

Dipl.-Informatiker **Oliver Kieselhorst** vom Staatsarchiv Bremen zum Senator für Finanzen in Bremen (14.12.2021).

Ausgeschieden

Archivangestellte **Jana Brunken** beim Staatsarchiv Bremen (28.2.2022).

Sonstiges

Archivoberinspektorin **Monika Marschalck** vom Staatsarchiv Bremen ist in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eingetreten (12.3.2022).

HESSEN

Sonstiges

Dr. Francesco Roberg vom Hessischen Landesarchiv, Abteilung Hessisches Staatsarchiv Marburg, wurde von der Phillips-Universität Marburg unter Verleihung der Venia legendi für die Fächer „Historische Grundwissenschaften“ und „Mittelalterliche Geschichte“ habilitiert (26.1.2022).

MECKLENBURG-VORPOMMERN

In den Ruhestand getreten

Petra Buchta beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Landeshauptarchiv Schwerin (1.1.2022) – Archivamtfrau **Monika Manzke** beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Landeshauptarchiv Schwerin (1.1.2022) – **Heidlore Schitteck**

beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Landesarchiv Greifswald (1.2.2022).

NIEDERSACHSEN

Eingestellt

Christiane Frobart als Beschäftigte beim Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Wolfenbüttel (1.3.2022) – **Daniel Holz** als Beschäftigter beim Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Stade (1.3.2022) – **Bianca Behme** beim Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Hannover (1.3.2022).

In den Ruhestand getreten

Beschäftigte **Gabriela Katzer** beim Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Hannover (31.1.2022).

Ausgeschieden

Beschäftigter **Frank Czezine** beim Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Stade (31.1.2022) – Archivamtmann **Marlon Gollnisch** beim Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Zentrale Dienste (31.1.2022).

NORDRHEIN-WESTFALEN

Eingestellt

Nicole Gerber als Tarifbeschäftigte beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Duisburg (1.1.2022) – **Henri Michnik** als Sachbearbeiter beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Zentrale Dienste, Münster (1.1.2022)

Ernannt

Staatsarchivrätin **Dr. Karoline Riener** zur Oberstaatsarchivrätin beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Duisburg, bei gleichzeitiger Übernahme der Dezernatsleitung (1.1.2022) - Tarifbeschäftigter **Dr. Mathias Schafmeister** zum Staatsarchivrat beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Duisburg (1.1.2022).

Versetzt

Holger Kowoll vom Bundesamt für Flugsicherung, Langen, an das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Zentrale Dienste, Duisburg, als Abteilungsleiter und stellvertretender Präsident (1.2.2022).

Abgeordnet

Staatsarchivinspektor **Daniel Krause** teilabgeordnet innerhalb des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Duisburg, von Dezernat R3 nach Dezernat F1 (13.12.2021 bis 31.12.2022).

KOMMUNALE ARCHIVE**Attendorn: Stadtarchiv Attendorn**

Archivleiter **Otto Höffer** ist in den Ruhestand getreten (28.2.2021) – **Tammo Fuchs** hat die Leitung des Archivs übernommen (1.3.2022).

Bautzen: Archivverbund Stadtarchiv/ Staatsfilialarchiv Bautzen

Rico Heyl wurde als Archivar für das Stadtarchiv eingestellt (1.4.2022).

Frankfurt am Main: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main

Franziska Kiermeier M.A. hat die kommissarische Leitung des Instituts übernommen (1.2.2022) – **Kevin Bätzel** wurde unter gleichzeitiger Ernennung zum Inspektor eingestellt (1.3.2022).

Monheim am Rhein: Stadtarchiv Monheim am Rhein

Archivleiter **Michael Hohmeier** ist in den Ruhestand getreten (31.1.2022) – **Sonja Felten** hat die Leitung des Archivs übernommen (1.2.2022).

München: Stadtarchiv München

Archivdirektor **Dr. Manfred Peter Heimers** wurde zum Leitenden Archivdirektor ernannt (1.2.2022).

Nürnberg: Stadtarchiv Nürnberg

Isabell Beyer wurde nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, eingestellt (17.7.2021) – **Susanne Hirschmann** wurde nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, eingestellt (17.7.2021) – **Lara Bonfig** wurde als Auszubildende zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, eingestellt (1.9.2021) – **Lisa Jüriens** wurde als Auszubildende zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, eingestellt (1.9.2021) –

Patricia Peters wurde als Auszubildende zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, eingestellt (1.9.2021) – **Anna Fuchs** wurde als Beamtenanwärterin eingestellt (1.10.2021) – **Alexander Umhöfer** wurde als Beamtenanwärter eingestellt (1.10.2021) – Archivrätin **Dr. Antonia Landois** wurde zur Archivoberrätin ernannt (1.1.2022).

Trier: Stadtarchiv Trier

Dr. Simone Fugger von dem Rech hat die Leitung des Stadtarchivs übernommen (1.9.2021).

Wiesbaden: Stadtarchiv Wiesbaden

Archivrat **Dr. Peter Quadflieg** wurde zum Archivoberrat ernannt (3.1.2022) – **Negin Mofidian** wurde als Archivangestellte eingestellt (24.1.2022).

KIRCHLICHE ARCHIVE**Köln: Historisches Archiv des Erzbistums Köln**

Svenja Berkensträter wurde als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste im Bereich der Pfarrarchivpflege eingestellt (17.1.2022) – **Judith Linden** wurde als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste im Bereich der Pfarrarchivpflege eingestellt (17.1.2022) – **Melanie Krone** wurde als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste im Bereich der Pfarrarchivpflege eingestellt (1.2.2022) – **Jan von Goldacker** wurde als Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste im Bereich der Pfarrarchivpflege eingestellt (1.2.2022).

Nürnberg: Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Kirchenarchivdirektorin **Dr. Andrea Schwarz** ist in den Ruhestand getreten (1.4.2022).

Speyer: Zentralarchiv der Evangelischen Kirche der Pfalz

Archivdirektorin i.K. **Dr. Gabriele Stüber** ist in den Ruhestand getreten (31.3.2022) – **Dr. Rebecca Rose** hat die Archivleitung übernommen (1.4.2022).

Die hier veröffentlichten Personalsnachrichten beruhen auf den Meldungen und Angaben der archivischen Ausbildungseinrichtungen, der Archiveinrichtungen bzw. der zuständigen Verwaltungen. Der VdA übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der hier veröffentlichten Personalsnachrichten und Geburtstage!

Die Meldungen sind direkt an die Geschäftsstelle des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Wörthstraße 3, 36037 Fulda, E-Mail: info@vda.archiv.net unter Angabe des Einsenders (Dienststelle, Archiv, Institution) und des Bearbeiters (Name, Vorname, Telefon, E-Mail) zu senden.

**REDAKTIONSSCHLUSS
PERSONALNACHRICHTEN**

in Heft 03, 75. Jg. (Erscheinungstermin Juli 2022):
31. Mai 2022

JÜRGEN STENZEL †

Geb. 26. April 1952 Flensburg

Gest. 23. Januar 2022 Berlin

Ganz im Norden Deutschlands, in Flensburg, ist Jürgen Stenzel aufgewachsen. Als er sein Geschichtsstudium abgeschlossen hatte, waren die Stellen für Historiker knapp. So begann sein Dienst in der Kirche mit einer ABM-Stelle in Berlin. Der damalige Propst Holl wollte die Erforschung der Berlin-Brandenburgischen Kirchengeschichte fördern. So war er es auch, der die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Kirchengeschichte in Berlin-Brandenburg auf die Idee brachte, an einer umfangreichen Darstellung der Kirchengeschichte der Landeskirche zu arbeiten. Daraus wurde dann das 1999 erschienene und von dem FU-Professor Gerd Heinrich herausgegebene Standardwerk „Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg“. Propst Hollm suchte daher nach einem Assistenten, der ihn bei seinen auf dieses Feld bezogenen Arbeiten unterstützen sollte. Und er fand Jürgen Stenzel. Es ergab sich eine gute Zusammenarbeit. Jürgen Stenzel übernahm Recherchen und half bei der Organisation der Arbeit für das Buchprojekt. Eine kurze Zeit lang habe dann auch ich als Nachfolger im Propstamt mit Jürgen Stenzel zusammengearbeitet und seinen kritischen Geist ebenso kennengelernt wie seine Zuverlässigkeit, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft.

In der wieder vereinigten Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg erhielt er dann eine feste Stelle im Landeskirchlichen Archiv und war für die Erfassung und Pflege der Archivbestände in den Kirchenkreisen und Kirchengemeinden der Landeskirche zuständig. Dabei hat er die Arbeit der Archivpfleger und Archivpflegerinnen koordiniert und lokale Verzeichnungsprojekte organisiert. In den Kirchenkreisen und Gemeinden wurde seine Arbeit sehr geschätzt. Zu den längerfristigen Großprojekten, um die er sich gekümmert hat, gehörten die Sicherungsverfilmung der Kirchenbücher und die Erstellung einer internen Beständeübersicht.

Aus seiner Initiative entstand auch die kleine neue Zeitschrift „Archivbericht“, die er im Auftrag der Landeskirche herausgab. In diesen Heften fand sich eine bunte Mischung von Informationen und Artikeln, die aus der Arbeit im Archiv entstanden: Da berichteten Nutzer des Archivs über ihre Forschungsprojekte, da wurden interessante Aktenfunde vorgestellt, es gab Berichte über neu erschienene Bücher, und es gab immer wieder Kurzbiographien von Pfarrern. Auch größere Komplexe, die im Zusammenhang mit Forschungen im Archiv standen, wurden vorgestellt, z. B. die Forschungen zu Zwangsarbeitern in Kirchengemeinden und kirchlichen Werken. Ich habe immer mit Interesse darin gelesen und denke, dass sie für die Forschungsarbeit gute Anregungen geben können. Das gilt besonders für eines der „Beihefte“, ein Sonderheft, in dem Jürgen Stenzel eigene Archiv-Forschungen vorgestellt hat: „Schwestern und Brüder. Anmerkungen zur Geschichte der ‚Vikare der Bekennenden Kirche‘ in der Kirchenprovinz Mark Brandenburg 1933-1945“. Nach sorgfältiger Recherche enthält das Heft eine Liste von Kurzbiographien der jungen Theologinnen und Theologen, die sich zur Bekennenden Kirche hielten. Da für jede Biographie auch die Quellen angegeben wurden, kann das Buch für weitere Forschungen sehr gut genutzt

werden. Die Anregung zu diesen Forschungen hatte Propst Hollm schon 1986 gegeben.

Eine Herzschwäche setzte Jürgen Stenzel immer wieder zu. Zweimal erforderte ein Herzinfarkt eine Operation. Mit der Erfahrung dieser gesundheitlichen Einschränkung übernahm er das (Neben-)Amt der „Vertrauensperson der Schwerbehinderten“ in der Landeskirche. Auch dieses Amt nahm er sorgfältig wahr, er setzte sich engagiert und einfühlsam für Betroffene ein. Er war in der Mitarbeiterschaft ein beliebter und hilfsbereiter Kollege. 2017 ging er in den Ruhestand.

Seine Familie, die Ehefrau und die vier Kinder, waren ihm auch in schweren Zeiten eine wichtige Stütze. Seine Herzkrankheit hat leider auch zu seinem frühen Tod geführt. Im Januar dieses Jahres ist er im Alter von 69 Jahren gestorben. Mit dem „Archivbericht“ hat er ein dienstliches Erbe hinterlassen, das weiterwirkt. Wir werden ihn dankbar in Erinnerung behalten.

Karl-Heinrich Lütcke, Berlin

DR. FRITZ WOLFF †

Geb. 17. Januar 1936 Roßleben an der Unstrut

Gest. 8. November 2021 Marburg

Geboren wurde Fritz Wolff am 17. Januar 1936 in Roßleben an der Unstrut, wo er auch zur Schule ging. Nach seiner Konfirmation schloss er sich der Evangelischen Jungen Gemeinde an. Dies führte zu Konflikten mit der Schulverwaltung und der Freien Deutschen Jugend in der DDR. Er musste 1952 die Oberschule verlassen und floh nach West-Berlin; wenige Tage später folgten ihm Eltern und Geschwister. Die Familie gelangte im Frühjahr 1953 ins Rheinland; Wolff besuchte fortan das Evangelische Aufbaugymnasium Espelkamp-Mittwald, wo er 1955 das Abitur ablegte. Im selben Jahr nahm er ein Lehramtsstudium der Fächer Geschichte und Germanistik in Bonn auf, wechselte aber schon 1956 an die Universität Göttingen. Nach einem Wintersemester 1957/58 in Edinburgh kehrte er nach Bonn zurück und legte Ende 1961 das erste Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen ab. Im Mai 1964 wurde er in Bonn mit der von Konrad Repgen betreuten Arbeit „Corpus Evangelicorum und Corpus Catholicorum auf dem Westfälischen Friedenskongress. Die Einführung der konfessionellen Ständeverbindung in der Reichsverfassung“ zum Dr. phil. promoviert.

1965 nahm Wolff das Archivreferendariat am Hauptstaatsarchiv Düsseldorf auf, das er im März 1967 mit dem zweiten Staatsexamen abschloss. Zum 1. Mai 1967 stellte ihn sein Ausbildungsarchiv auch ein, doch ließ er sich auf Initiative seines Doktorvaters zum Wintersemester 1968/69 an die Universität Bonn abordnen. Schließlich nutzte Wolff dann das Angebot des Staatsarchivs Marburg, dort eine Planstelle zu übernehmen, die er am 1. Oktober 1969 antrat. Bereits 1973 wurde er zum Oberarchivrat befördert, 1983 zum Archivdirektor und 1994 zum Leitenden Archivdirektor des Hessischen Staatsarchivs Marburg. Dieses Amt füllte er bis zur Versetzung in den Ruhestand Ende Januar 2001 aus. Für den Wechsel von Bonn nach Marburg motiviert hatte Wolff die Möglichkeit, archivische Arbeit mit Lehre zu verbinden. Die Archivschule Marburg war in diesen Jahren Teil des Staatsar-

chivs Marburg, und man benötigte dringend einen Dozenten für die archivarisches Fachausbildung des gehobenen und höheren Dienstes in den Kernfächern Archivwissenschaften und Archivgeschichte. Bereits 1970 gehörte Wolff dem Prüfungsausschuss für die archivarisches Staatsprüfung an. Bis 2000 hat er zahllose Ordnungs- und Erschließungsaufgaben angestoßen und begleitet, die archivische Kartenkunde vertreten und Exkursionen ins In- und Ausland (einschließlich Mittel-/Osteuropa) organisiert und durchgeführt. Wolff hat als Mitglied in diversen Gremien der Archivschule die Entwicklungen und Reformen der Fachausbildung wie der Einrichtung selbst miterlebt und mitgestaltet. Darüber hinaus engagierte sich Wolff v. a. bis zu Beginn der 1980er Jahre auch in der Fort- und Weiterbildung von Berufskolleginnen und -kollegen nichtstaatlicher Archivsparten, von Kommunal-, Kirchen- oder Wirtschaftsarchiven sowie der Schulung von Registratoren in der Verwaltung zum Thema Aktenführung. Zur Verabschiedung Wolffs in den Ruhestand formulierte der Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst treffend: „Es dürfte keinen Absolventen der Archivschule der letzten 30 Jahre geben, der nicht mit Dr. Wolff zu tun hatte, sei es als Archivdirektor oder Dozent der Archivschule.“ In der Tat: Fritz Wolff hat eine ganze Generation deutscher Archivarinnen und Archivare mitgeprägt.

Für den sprachinteressierten und -begabten Wolff lag es nahe, auch internationale Verbindungen zu knüpfen und zu pflegen. So nahm er bereits 1971 an der Jahresversammlung der Vereinigung der Archivare und Bibliothekare Belgiens teil und besuchte 1973 den internationalen „Stage Technique International d'Archives“ der französischen Generaldirektion der Archive in Paris. 1977 wurde er Mitglied des neu gegründeten Committee on Training and Education innerhalb des International Council on Archives (ICA) und bemühte sich fortan um eine engere internationale Zusammenarbeit in der Ausbildung, z. B. um die Angleichung von Unterrichtsplänen und Curricula. 1978 nahm er an der Sitzung des UNESCO-Komitees Education & Training Policy teil, 1980 fuhr er zum Internationalen Archivkongress in London, 1982 führte ihn die Frühjahrstagung des Ausschusses für archivarisches Ausbildung wieder nach Paris, für den er ein Projekt zur „Entwicklung eines Curriculums für Archivpersonal in den Ländern der Dritten Welt“ übernommen hatte. Zur Pflege der internationalen Kontakte der Archivschule nahm Wolff 1984 an der Jahrestagung der Society of American Archivists in Washington teil, hielt dort einen Vortrag zur „Archival Education in Germany“ und besuchte mehrere Archive, v. a. in Illinois.

Im Staatsarchiv Marburg konzentrierte sich Fritz Wolff auf die

Ordnung, Verzeichnung und Erweiterung der Kartenbestände, die Sammlung archiv-kartographischer Forschungsliteratur und die Kontaktpflege zur Kartographie. Seit Bestehen des Arbeitskreises der Kartenkuratoren an Archiven und Bibliotheken 1985 vertrat er dort das Staatsarchiv Marburg, das seinerzeit mit mehr als 200.000 Blättern den größten Bestand an handgezeichneten Karten in Westeuropa besaß. Bis 2001 besuchte er regelmäßig die Tagungen des Deutschen Kartographentags und richtete eine dieser Veranstaltungen 1990 in Marburg mit aus.

Von April 1974 an hat Wolff darüber hinaus Lehraufträge an der Philipps-Universität Marburg übernommen und bot diese bis zum Sommersemester 2000, d. h. 53 Semester lang, durchgehend an, in denen er die Arbeit mit und an Archivgut vermittelte und bewarb. Inhaltlich reichte das Spektrum von Paläographie, Archiv- und Aktenkunde bis zu ereignis- und strukturgeschichtlichen Themen des 15. bis 20. Jahrhunderts.

Zu den Themen Archivwissenschaft, -geschichte, -ausbildung, Registraturwesen, Ordnung und Erschließung, Kartographie, Verfassungsgeschichte, Parteiengeschichte trat Wolff immer wieder als Vortragender, Ausstellungsmacher – nicht zuletzt vieler erfolgreicher Hessentags-Ausstellungen – oder als Autor in Erscheinung. Als Landeshistoriker beschäftigten ihn v. a. die Reformationgeschichte, die Hugenotten und die Verbindungslinien Hessens nach Thüringen und Sachsen. 1992 verantwortete er wesentliche Teile der Landesausstellung „Hessen und Thüringen“ und 2004 – drei Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst – wirkte er maßgeblich an den Gedenkveranstaltungen zu Philipp dem Großmütigen mit. Wolff war u. a. Mitglied der Historischen Kommissionen für Hessen, der Hessischen Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum, des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung und des wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Hugenottenmuseums; seit 1980 war er Mitglied des Hessischen Heimatbundes, von 1981 bis 1993 dessen Vorsitzender und dadurch zugleich Mitglied im Präsidium des Deutschen Heimatbundes.

Ende Januar 2001 schied Fritz Wolff als Marburger Archivdirektor aus dem Dienst, blieb aber weiter präsent und ein reger Forscher auch im Staatsarchiv Marburg. Nach seiner Pensionierung bereicherte er die Gremien- und Gemeindegarbeit der Marburger lutherischen Pfarrkirche durch Ausstellungen und Beiträge zur Reformationgeschichte, war Mitglied des Kirchenvorstandes (2001–2007) und in der Synode des evangelischen Kirchenkreises Marburg-Stadt (2002–2007).

Am 8. November 2021 verstarb Dr. Fritz Wolff in Marburg.

Andreas Hedwig, Johannes Kistenich-Zerfaß, Marburg

VORSCHAU

Das nächste Heft befasst sich im Schwerpunkt mit dem Thema „Archivische Facetten der Stadt Leipzig von überregionaler Bedeutung: Der Blick aus Leipzig in die Welt“. U. a. sind folgende Beiträge geplant:

- Einleitung: Leipzig und seine Gedächtnisinstitutionen. Vielfalt und Relevanz der Überlieferung an einem Ort
von **Anett Müller**
- Gedächtnis der Bürgerstadt – das Stadtarchiv Leipzig als Wissens-, Forschungs- und Lernort
von **Michael Ruprecht**
- Wissensstandort seit 1409 – Die Universität in Leipzig
von **Jens Blecher**
- „Geographie: () so notwendig für unsere Zeit“ – Das Archiv für Geographie des Leibniz-Instituts für Länderkunde
von **Heinz Peter Brogiato**
- Frauen bewahren ihre Geschichte – Das Louise-Otto-Peters-Archiv
von **Constanze Mudra**
- Eine Begegnungs- und Gedächtniseinrichtung für die Genossenschaftsidee als Immaterielles Kulturerbe der UNESCO. Das Deutsche Genossenschaftsmuseum in Delitzsch
von **Tom Keiderling**
- Arbeiterbewegung und Stadt. Überlieferung in Leipziger Sammlungen
von **Johanna Säger**
- Über 175 Jahre Bestandteil der Musikstadt Leipzig – Das Archiv der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig
von **Ingrid Jach**
- Der Wirtschaftsstandort Leipzig. Zur Wirtschaftsüberlieferung im Staatsarchiv Leipzig
von **Anett Müller**
- „Gründet Wirtschaftsarchive!“ – Das Sächsische Wirtschaftsarchiv e. V.
von **Veronique Töpel**
- Die Buchstadt Leipzig – Quellen zur Buchhandelsgeschichte im Deutschen Buch- und Schriftmuseum
von **Carola Staniek**
- Vernetzt in die Zukunft – die Überlieferung der Leipziger Messe im Staatsarchiv Leipzig und im Unternehmensarchiv der Leipziger Messe GmbH
von **Frauke Gränitz/Birgit Richter**
- Mehr als Kohle. Die Überlieferung im Bergarchiv Freiberg zum Mitteldeutschen Bergbaurevier im Leipziger Umland
von **Peter Hoheisel**
- Opposition – Repression – (Friedliche) Revolution. Zur Entstehung, Überlieferung und Zukunft des Stasi-Unterlagen-Archivs in Leipzig als Teil des Bundesarchivs
von **Stefan Walter**
- „damit wir einmal nicht nur sagen können: Wir sind das Volk! Sondern auch: es ist unser Land!“ Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.
von **Saskia Paul/Diana Stiehl**
- Barrierefreies Arbeiten im Archiv – Empfehlungen des Deutschen Zentrums für barrierefreies Lesen
von **Thomas Kahlisch**

IMPRESSUM

- Herausgeber: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Schifferstr. 30, 47059 Duisburg, VdA -Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Wörthstr. 3, 36037 Fulda
- Gesamtredaktion: Kathrin Pilger in Verbindung mit Ralf Jacob, Frank M. Bischoff, Torsten Musial, Bettina Joergens und Bernhard Homa
- Mitarbeiterin Gesamtredaktion: Petra Daub
- Mitarbeiter VdA (Personalnachrichten und VdA-Teil): Thilo Bauer, Thilo Hohmeister
- ISSN 0003-9500 / ISSN 2199-9252 (Internet)
- Kontakt: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Redaktion „Archivar“, Schifferstraße 30, 47059 Duisburg, Tel. 0203-98721-0, -119 (Kathrin Pilger), -124 (Petra Daub), Fax 0203 /98721-111, E-Mail: archivar@lav.nrw.de
- Druck und Vertrieb: Franz Schmitt, Kaiserstraße 99-101, 53721 Siegburg, Tel. 02241/62925, Fax 02241/53891, E-Mail: archivar@verlagfranzschmitt.de
- Gestaltung: ENGEL UND NORDEN, Wuppertal, Mitarbeit: Ruth Michels, www.engelundnorden.de
- Anzeigenverwaltung: Verlag Franz Schmitt (Preisliste 23, gültig ab 1. Januar 2017)
- Zuständig für Anzeigen: Sabine Schmitt im Verlag Franz Schmitt

Die Verlagsrechte liegen beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen. Amtliche Bekanntmachungen, Mitteilungen und Manuskripte bitten wir, an die Redaktion zu senden, Personalnachrichten und Veranstaltungshinweise dagegen an die Geschäftsstelle des VdA. Für unverlangt eingesandte Beiträge übernehmen wir keine Haftung, unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt. Zum Abdruck angenommene Arbeiten gehen in das unbeschränkte Verfügungsrecht des Herausgebers über. Dies schließt auch die Veröffentlichung im Internet ein. Die Beiträge geben die Meinungen ihrer Verfasser, nicht die der Redaktion wieder.

Der „Archivar“ erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis beträgt für das Einzelheft einschl. Porto und Versand 9,00 EUR im Inland, 9,50 EUR im Ausland, für das Jahresabonnement im Inland einschl. Porto und Versand 36,- EUR, im Ausland 38,- EUR.

Hinweise für VdA-Mitglieder: Alle Personalnachrichten, geänderte Anschriften und Bankdaten sind ausschließlich an folgende Adresse zu melden: VdA-Geschäftsstelle, Wörthstr. 3, 36037 Fulda, Tel. 0661/2910972, Fax 0661/2910974,

E-Mail: mitgliedsdatenaenderung@vda.archiv.net, Internet: www.vda.archiv.net

Bankverbindung: Konto für Mitgliedsbeiträge VdA: Sparkasse Fulda, SWIFT-BIC: HELADEF1FDS,

IBAN: DE18 5305 0180 0043 0464 47

Konto für Spenden an den VdA: Sparkasse Fulda, SWIFT-BIC: HELADEF1FDS, IBAN: DE20 5305 0180 0043 0500 00.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Share Alike 4.0 International Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>)